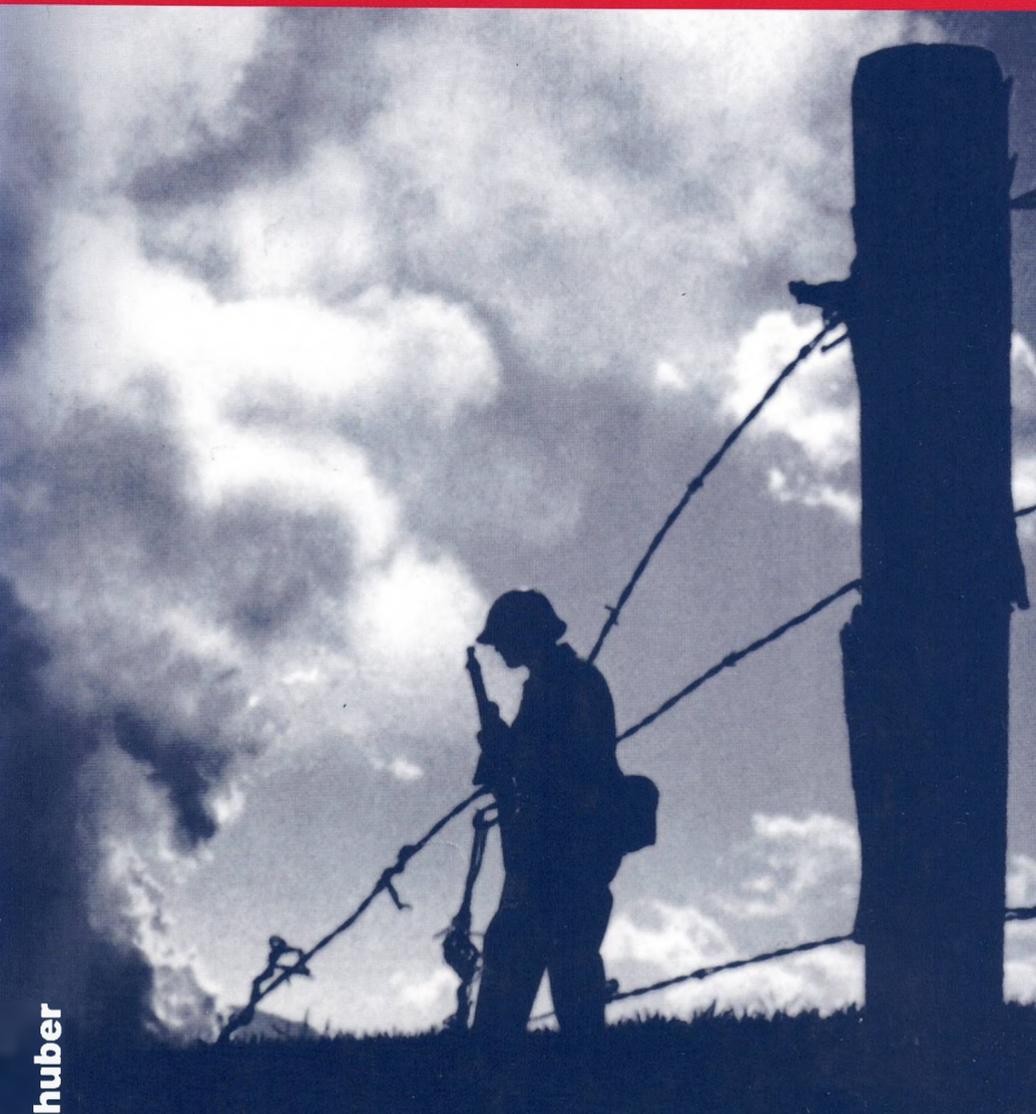


ALICE MEYER

ANPASSUNG ODER

WIDERSTAND

Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus



huber

«Es wird uns vor Überheblichkeit bewahren, wenn wir uns von Zeit zu Zeit daran erinnern, dass wir in der Stunde der Gefahr nicht das Volk von lauter Helden waren, als das wir uns gerne sehen.»

Alice Meyer

Das Standardwerk zur Situation der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zeigt die Schweiz vom Vorabend des Kriegsausbruches bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges als ein neutrales Gebilde in prekärer Lage: Die Weltwirtschaftskrise, das Aufkommen der Hitlergetreuen «Nationalen Front», die Aktivitäten der 5. Kolonne und ihre Steuerung durch den «Gauleiter» Wilhelm Gustloff, die Bedrohung durch den italienischen Faschismus und die zögerliche Haltung der Westmächte hatten ein Klima der Mutlosigkeit geprägt, das erst allmählich von einem weite Bevölkerungskreise erfassenden Widerstandswillen verdrängt wurde. Die Autorin verschweigt nicht, dass Furcht und wirtschaftliche Interessen viele Schweizer zur Nachgiebigkeit gegenüber dem Dritten Reich veranlassten, sie zeigt aber auch, dass die Entschlossenheit eines Landes, seine Integrität zu verteidigen, stärker sein kann als Kanonen und Panzer. Damit weist dieses Buch weit über das Schweizer Beispiel hinaus exemplarisch auf die Situation kleiner Staaten im Kraftfeld internationaler Machtpolitik hin.

Mit einem Geleitwort von Marthe Gosteli und einem Essay zum heutigen historischen Forschungsstand von Christa Altorfer.

ISBN 978-3-7193-1542-9



www.verlaghuber.ch

huber

«Anpassung oder Widerstand» ist auch heute noch unbestritten ein Klassiker unter den bleibenden Sachbüchern zur Geschichte der Schweiz im 2. Weltkrieg. Das Buch erhält nicht nur durch die Diskussion um die Rolle der neutralen Schweiz im internationalen Machtgefüge eine neue Bedeutung. Es ist auch ein hochinteressantes Dokument «weiblicher Geschichtsschreibung» und steht für die kritische, aber in seinen Wertungen unbestechliche Haltung gegenüber den entscheidenden ethischen und moralischen Fragen der Politik – unabhängig von jedem Zeitgeist und jeder politischen Strömung.

Ein Geleitwort der bekannten Sozialgeschichtlerin Marthe Gosteli sowie eine Darstellung des heutigen historischen Forschungsstandes runden dieses wichtige Handbuch zur Schweizer Geschichte ab.



Alice Meyer

Studium der Jurisprudenz, in besonderem Masse an Geschichte und Zeitgeschichte interessiert, schrieb «Anpassung oder Widerstand» aus

der persönlichen Kenntnis des Umfeldes um Prof. Karl Meyer heraus. Die Autorin hatte insbesondere Gelegenheit, zahlreiche Emigranten, Politiker sowie Mitglieder des deutschen Widerstandes, die bei Karl Meyer und seinem Freund Karl Barth verkehrten, persönlich zu sprechen.



Marthe Gosteli

Herausgeberin, geb. 1917. Gründete das «Archiv zur Geschichte der schweiz. Frauenbewegung» und im Jahr 1982 die Gosteli-Stiftung.

Ausgezeichnet u. a. mit der Bürgermedaille der Stadt Bern und der Silbernen Verdienstmedaille der Ökonomischen und Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Bern.

Alice Meyer

Anpassung oder Widerstand

Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus

Neu herausgegeben mit einem Geleitwort von Marthe Gosteli
und einem Nachwort von Christa Altorfer

Verlag Huber
Frauenfeld Stuttgart Wien

Wir danken der Gosteli-Stiftung für die Förderung dieses Werkes.

© 2010 Verlag Huber Frauenfeld
an Imprint of Orell Füssli Verlag AG, Zürich, Switzerland
Alle Rechte vorbehalten
www.verlaghuber.ch

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Dadurch begründete Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf andern Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Vervielfältigungen des Werkes oder von Teilen des Werkes sind auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie sind grundsätzlich vergütungspflichtig.

Umschlag: Barbara Ziltener, Frauenfeld
Druck: fgb • freiburger graphische betriebe, Freiburg

ISBN 978-3-7193-1542-9

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16



Geleitwort

Was hat mich veranlasst, mich als Herausgeberin an der Neuausgabe dieses Buches zu beteiligen? Die vom Schatten der 68-er Bewegung getriebene Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges hat mich als Zeitzeugin sehr bewegt. Die bis heute vorliegenden Aufarbeitungen dieser Geschichte bedürfen vieler Korrekturen, die vor allem auch mit dem geschriebenen Wort vorgenommen werden sollten. Die Neuausgabe von «Anpassung oder Widerstand» liefert eine grosse Zahl nachgeprüfter Akten und Dokumente, die kaum je oder überhaupt nie verwendet worden sind. Zeitzeugen sind kaum gefragt. Es ist bemerkenswert, dass gerade eine Frau sich die Mühe genommen hat, aus ihrer Sicht und mit intimer Kenntnis der Wirklichkeit das echte Verständnis für die Vergangenheit zu wecken. Sie steht für viele Frauen in unserem Lande, die in Zusammenarbeit mit den Männern auf allen Gebieten unseres Lebens – vor allem auch politisch – einen bis heute kaum wahrgenommenen Beitrag geleistet haben. Sie gehörte zu den Frauen, die Geschichte machten und frühzeitig mit aller Klarheit die Bedrohung unserer Demokratie durch die Diktatur erkannt haben. Wer die Geschichte nur vom Hörensagen wahrnimmt, erhält hier von einer Zeitzeugin Aufschluss über die Verzerrungen der Weltgeschichte.

Marthe Gosteli

Vorwort

Das nationalsozialistische Deutschland hat für die Schweiz nicht nur eine militärische Gefahr bedeutet. Es hat sie seit dem Jahr 1933 auch geistig-politisch bedroht, indem es sie mit den Methoden der «erweiterten Strategie» bearbeitete.

Die vorliegende Arbeit unternimmt den Versuch, diese Bedrohung zu schildern und zu zeigen, wie das Schweizervolk aus seiner Mitte die Kräfte hervorbrachte, die es befähigten, ihr standzuhalten.

Im geistig-politischen Abwehrkampf, den das Schweizervolk gegen den deutschen Nationalsozialismus zu bestehen hatte, kann man zwei Phasen unterscheiden. Bis zum Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 ging es vor allem darum, gegen das Eindringen nationalsozialistischen Gedankengutes und gegen die Wühlarbeit der Nationalsozialisten zur politischen Selbstbesinnung und zur Wachsamkeit aufzurufen. Man hat damals dafür die Bezeichnung «geistige Landesverteidigung» geprägt. Seit dem Juni 1940, als die Existenz der Schweiz unmittelbar bedroht schien und die Nationalsozialisten glaubten, die Schweiz sei reif für die Anpassung an das «Neue Europa», galt es, den unbedingten Willen zum Durchhalten und zum Widerstand zu wecken und wachzuhalten. Es waren weitgehend die gleichen Leute, die spontan aus dem Volk aufstanden, sich zuerst für die «geistige Landesverteidigung» einsetzten und nachher zu Trägern des Willens zum unbedingten Widerstand machten und diesem, gegenüber den Tendenzen der Anpassung, zum Durchbruch verhalfen.

Ich beschränke mich bei meiner Darstellung auf die deutsche Schweiz. Wohl war die Gefahr der physischen Vernichtung, die dem Land vom Reich her drohte, für alle Schweizer objektiv gleich gross. Aber in der deutschen Schweiz haben wir sie subjektiv früher und inten-

siver empfunden. Darüber hinaus waren die Deutschschweizer, da selber deutschstämmig, der Gefahr einer kulturellen «Aufsaugung» ausgesetzt, gegen die Welschschweizer und Tessiner naturgemäss viel immuner blieben. Daraus entwickelte sich in der deutschen Schweiz eine starke Betonung unserer schweizerischen Eigenart und eine schroffe Abwehrlhaltung gegen das nationalsozialistische Deutschland, die besonders den Welschschweizern oft übertrieben vorkamen. Die Nationalsozialisten haben diesen Unterschied erkannt, ausgenutzt und durch eine bewusst verschiedene Behandlung der beiden Landesteile noch gefördert.

Soweit die bisher erschienenen Arbeiten über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg sich mit dem geistigen Abwehrkampf des Schweizervolkes befassen, beschränken sie sich darauf, einzelne Episoden oder Phasen zu schildern. Ich habe versucht, auf Grund des mir zur Verfügung stehenden Materials eine zusammenhängende Darstellung zu geben. Natürlich erhebe ich dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit; besonders nicht hinsichtlich der erwähnten Personen, deren Wirken ohne die Unterstützung Unzähliger, die in der Stille im gleichen Sinn tätig waren, hätten scheitern müssen. Meine Arbeit will nicht mehr sein als ein Beitrag zur Geschichte einer Zeit schweizerischer Bedrängnis und schweizerischer Bewährung.

Alice Meyer

I. Militärische Bedrohung

Am 30. Januar 1933 ernannte der deutsche Reichspräsident und Feldmarschall von Hindenburg den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, zum Kanzler des Deutschen Reiches.

Durch dieses Ereignis verschlechterte sich die internationale Lage, die schon vorher voller latenter Spannungen gewesen war, mit einem Schlag katastrophal. Eine Partei, die das Ziel verfolgte, aus Deutschland «eine Grossmacht allerersten Ranges» zu machen, war identisch geworden mit diesem Deutschland, und an ihrer Spitze stand ein Fanatiker, entschlossen, die gewaltigen ihm zufallenden Machtmittel skrupellos in den Dienst dieses Zieles zu stellen. Dass er es nicht auf friedlichem Weg erreichen konnte, wusste Adolf Hitler, und er hat von Anfang an den Krieg in seine Pläne einkalkuliert. Die Methoden, mit denen er diesen Krieg zu führen gedachte, unterschieden sich jedoch grundlegend von den bisher geubten. Zur militärischen Kriegführung trat als ebenbürtig die geistige hinzu, die Hitler selber als die «erweiterte Strategie» bezeichnete.

«Was ist der Krieg anderes als List, Betrug, Täuschung und Überraschung? Es gibt eine erweiterte Strategie, es gibt einen Krieg mit geistigen Waffen ... Warum soll ich den Gegner auf militärische Weise demoralisieren, wenn ich es auf andere Weise billiger und besser tun kann?... Was die artilleristische Vorbereitung für den frontalen Angriff der Infanterie im Grabenkampf bedeutet hat, das wird in Zukunft die psychologische Zermürbung des Gegners durch revolutionäre Propaganda zu tun

haben, ehe die Armeen überhaupt in Funktion treten... Die moralische Niederkämpfung des Gegners, wie erreichen wir sie vor dem Krieg? Das ist die Frage, die uns interessiert... Gefühlsverwirrung, Unentschlossenheit, Panik, das sind unsere Waffen. Ich habe von den Bolschewiken gelernt. Ich scheue mich nicht, es zu sagen. Man lernt immer am meisten von seinen Feinden.»

So äusserte sich Adolf Hitler im Jahre 1933 im engeren Kreise, und so hat es Hermann Rauschning in seinem Buch «Gespräche mit Hitler» aufgezeichnet¹. Dieses Buch wurde im Februar 1940 vom Bundesrat verboten, als die «erweiterte Strategie» schon in Österreich und in der Tschechoslowakei ihre ersten Erfolge gezeitigt hatte und auch bei den westlichen Nachbarn Deutschlands und in der Schweiz in vollem Gange war. Im Jahre 1933 aber, als Hitler diese Worte zu seinen Vertrauten sprach, nahmen nicht einmal diese, geschweige denn die Weltöffentlichkeit – soweit sie überhaupt von ihnen erfuhr – sie ernst.

Mit Recht sollte Reichspropagandaminister Goebbels im Frühjahr 1941, als Deutschland auf dem Höhepunkt seiner Macht stand, spotten: «Wohin wären wir gekommen, wenn die Feinde des Nationalsozialismus uns von Anfang an so ernst genommen hätten, wie wir es verdienen?»

Zunächst war es die gewaltige militärische und wirtschaftliche Aufrüstung, mit der Hitler sofort nach seinem Machtantritt begann und die er nach aussen mit Friedenspropaganda und Antibolschewismus abzuschirmen versuchte, was die Welt und mit ihr die Schweiz beunruhigte.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatten bei uns, wie bei allen westlichen Demokratien, der Glaube an eine kollektive Sicherheit, verkörpert im Völkerbund, und später die grosse Wirtschaftskrise zur Folge gehabt,

dass das Wehrwesen vernachlässigt wurde. Aus den militärischen Kreisen, die nie aufgehört hatten, auf die Gefahr dieser Vernachlässigung hinzuweisen, erhob sich naturgemäss zuerst der Ruf nach möglichst rascher Nachholung des Versäumten. Auf ihr Drängen unterbreitete der Bundesrat, unter Hinweis auf den «Ernst der internationalen Lage», im Frühjahr 1935 dem Volk die sogenannte «Wehrvorlage». Der damalige Pressechef der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Hauptmann Hans Hausmann, der massgebend dazu beitrug, dass die Vorlage vom Volk angenommen wurde, wies in Wort und Schrift darauf hin, dass wir «aller Voraussicht nach vor neuen kriegerischen Auseinandersetzungen der unser Land umgebenden Staaten» standen.

«Am Horizont des internationalen Geschehens zeichnet sich die Möglichkeit eines neuen Weltbrandes ab», erklärte der Historiker Professor Karl Meyer in seinen Vorträgen über «Die militärpolitische Lage der Schweiz», in denen er seit anfangs 1935 in allen grösseren Städten der Deutschschweiz vor freisinnigen Parteiversammlungen, vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft und vor Offiziersgesellschaften für die «Wehrvorlage» und für die allgemeine materielle und personelle Aufrüstung der Schweiz eintrat. Als erster nannte er die Gefahren, die den Weltfrieden bedrohten, öffentlich beim Namen. Er wies nach, dass – neben dem allgemeinen Abbau des Rechtsgedankens innerhalb der Staaten und zwischen ihnen – unter den vielen internationalen Konfliktstoffen der damaligen Zeit der deutsche nationalsozialistische Imperialismus an erster Stelle stehe. Deutschland könne sein Ziel, eine «Grossmacht allerersten Ranges» zu werden, nur auf Kosten Europas erreichen und müsse daher eines Tages auf den Widerstand der anderen europäischen Grossmächte stossen. Spätestens dem Griff nach Österreich würden diese sich widersetzen, glaubte er, und erwies sich damit, von vielen des Pessimismus bezichtigt, als noch zu optimistisch. In dieser internationalen Lage,

so führte er aus, würde eine ungenügend gerüstete Schweiz für ihre Nachbarn eine Versuchung bedeuten. Das Risiko, in einen kriegerischen Konflikt der Grossmächte verwickelt zu werden, hänge darum für die Schweiz vom Stand ihrer militärischen Bereitschaft ab. Auch gegen einen Angriff auf die Schweiz allein, der aus strategischen oder aus ideologischen Gründen denkbar wäre, sei eine schlagkräftige Armee, die dem Angreifer den Preis zu hoch erscheinen liesse, das beste Vorbeugungsmittel. Den schweizerischen ideologischen Pazifisten stellte er seinen «realen Pazifismus» gegenüber und erinnerte sie an den Ausspruch des deutschen Pazifisten Friedrich Wilhelm Foerster: «Der weltfremde Pazifismus ist die grösste Kriegsgefahr. Eine militärisch starke Schweiz liegt im Interesse des europäischen Friedens.»

Anfänglich neigten bei uns manche dazu, die warnenden Stimmen als allzu pessimistisch in den Wind zu schlagen. Die Erinnerung an den letzten Krieg war noch zu frisch. Wer schon wieder von Krieg sprach, machte sich unbeliebt und zog sich den Vorwurf der Schwarzseherei zu. Aber die Entwicklung in Deutschland sorgte dafür, dass das Gefühl des Bedrohtseins bei uns immer weitere Kreise ergriff.

Am 27. Februar 1933 brannte das Reichstagsgebäude unter verdächtigen Umständen nieder. Am 1. April 1933 setzten in Deutschland mit einem allgemeinen Boykott der jüdischen Geschäfte die Massnahmen gegen die Juden ein. Vom Mai an wurden sukzessive die Gewerkschaften und alle politischen Parteien und Verbände beseitigt. Am 30. Juni 1934 liess Hitler seinen einstigen Kampfgefährten Ernst Röhm unter dem Vorwand, er habe gegen ihn eine Verschwörung angezettelt, mit Hunderten von anderen politischen Gegnern ermorden. Am 16. März 1935 ordnete er die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht an, und am 15. September 1935 verkündete er die «Nürnberger Gesetze», die einer Judenverfolgung von nie dagewesener Unmenschlichkeit den

Anstrich der Legalität verleihen sollten. Am 29. März 1936 sicherte er sich durch eine Volksbefragung, die eine Farce war, mit neunundneunzig Prozent Jastimmen die formelle Zustimmung des deutschen Volkes zu seiner Politik.

Parallel zu diesen innenpolitischen Massnahmen, die tief beunruhigen mussten, gingen nicht weniger alarmierende aussenpolitische.

Am 14. Oktober 1933 verliess Deutschland die Abrüstungskonferenz und trat aus dem Völkerbund aus. «Wie es geschah, ist charakteristisch und massgebend für den Nationalsozialismus. Hierin ist eigentlich schon alles vorweggenommen, worüber sich nicht bloss das Ausland im unklaren befand, sondern ebenso der deutsche Bürger. Es war die endgültige und unwiderrufliche Option Deutschlands für eine revolutionäre Lösung.» (Rauschning) ².

Am 13. Januar 1935 brachte die Saarabstimmung die Rückkehr des Saargebietes in das Deutsche Reich. Am 7. März 1936 benützte Hitler die Entzweiung Italiens mit Frankreich und England über der abessinischen Frage zur Besetzung und Remilitarisierung der Rheinlande und am 25. Oktober 1936 zur Schaffung der Achse Berlin-Rom. Im Frühjahr 1938 sollte er sich, während Frankreich durch innere Krisen absorbiert und England infolge seiner weltpolitischen Sorgen und wegen des Friedenswillens des englischen Volkes aktionsunfähig waren, stark genug fühlen, seinen weltgeschichtlichen Marsch nach dem Osten, den er in seinem Buch «Mein Kampf» angekündigt hatte, anzutreten.

Angesichts dieser Geschehnisse setzten bei uns hohe Offiziere und bürgerliche Politiker die verantwortlichen Behörden, zum Teil durch Volksversammlungen, durch Parteiaktionen und persönliche Interventionen, unter Druck, um sie zur Beschleunigung der Aufrüstung zu veranlassen.

Auch die sogenannten Fronten machten die Aufrüstung zu einem ihrer Hauptprogrammunkte. «Wer die Nationale Front beschimpft, be-

schimpft die Armee!» rief der Frontenführer Dr. Robert Tobler am 12. Juli 1934 an einer frontistischen Versammlung pathetisch aus. Durch ihr betont nationales und militärfreundliches Gebaren verschafften sich die «Erneuerer» beträchtliche Sympathien auch bei Leuten, die ihnen zunächst skeptisch gegenübergestanden hatten. Diese Leute übersahen, dass ein energisches Eintreten für militärische Aufrüstung nicht unbedingt gleichbedeutend ist mit echt schweizerischer Gesinnung und mit der Einsicht in die spezifischen Gefahren, die uns damals bedrohten. Man konnte eine schlagkräftige Armee auch bejahen «als Selbstzweck oder aus innenpolitischen Gründen» (Wille) oder, wie der welschschweizerische Schriftsteller Gonzague de Reynold es ausdrückte, «weil die Armee unsere älteste Erzieherin ist, ohne die das Volk der Eidgenossen sehr rasch degenerieren würde».

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, die seit 1917 die militärische Landesverteidigung abgelehnt hatte, fasste an ihrem Zürcher Parteitag vom 31. Januar 1937 unter ihrem neuen Präsidenten, Nationalrat Dr. Hans Oprecht, mit 370 gegen 77 Stimmen den Beschluss: «Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz steht grundsätzlich auf dem Boden der militärischen Landesverteidigung.» Dieser Beschluss war der letzte Schritt in einer Entwicklung, die im Moment eingesetzt hatte, als der Nationalsozialismus in Deutschland an die Macht kam. Schon im Jahre 1934 hatte Oprecht erklärt, jeder Arbeiter würde im Ernstfall zur Waffe greifen, ohne vorher die Partei und ihre Führer um Rat zu fragen. Im gleichen Jahre schrieb er: «Die Hoffnung auf eine internationale kollektive Sicherheit hat sich zerschlagen; Deutschland treibt unaufhaltsam einem Krieg entgegen... Welche Politik soll die Arbeiterschaft vertreten, wenn der Krieg, trotz all ihren Anstrengungen, ihn zu verhindern, ausbricht? Sie muss aktive Politik treiben, sie muss für die militärische Landesverteidigung ein treten³.»

Als einer der ersten Militärs revidierte Hausamann damals seine Einstellung gegenüber der Sozialdemokratie vollständig. Er tat es in der Überzeugung, dass es angesichts der Gefahren, die uns von aussen bedrohten, eine nationale Notwendigkeit war, ihr goldene Brücken zu bauen. «Erinnerungspolitik», wie reaktionäre Kreise sie bei uns auch während des Krieges fortsetzten, bekämpfte er in der Folge, wo immer sich ihm Gelegenheit dazu bot. Als Bundesrat Minger, der selbst massgebend zur «Belehrung» der Linken beigetragen hatte, ihn im Jahre 1938 auf ausdrücklichen Wunsch der sozialdemokratischen Führer ersuchte, die Rolle eines Verbindungsmannes zwischen Armee und Arbeiterschaft zu übernehmen, stellte er sich zur Verfügung. In Dutzenden von Vorträgen vor Arbeiterversammlungen orientierte er seine Zuhörer über militärische Fragen und bestärkte sie in ihrer Entschlossenheit, die Unabhängigkeit der Heimat nötigenfalls mit der Waffe zu verteidigen. Aus jener Zeit stammt auch seine Zusammenarbeit mit Oprecht, die sich in der Folge zu einem wichtigen Faktor unseres nationalen Widerstandes entwickelte.

Im Laufe von acht Jahren bewilligte das Schweizervolk für Rüstungsausgaben rund 1 Milliarde Schweizer Franken. Die Wehranleihe des Jahres 1936, zum niedrigen Zinssatz von 3 Prozent, überzeichnete es innerhalb von wenigen Monaten um 100 Millionen. Im Jahre 1935 stimmte es der Verlängerung der Rekrutenschulen, im Jahre 1939 derjenigen der Wiederholungskurse und anderer militärischer Ausbildungskurse zu.

Indem das Schweizervolk diese grossen materiellen und personellen Lasten freiwillig auf sich nahm, bekundete es vor aller Welt seine Entschlossenheit, seine Unabhängigkeit um jeden Preis zu verteidigen. «Prüfstein des Widerstandswillens eines Volkes ist stets seine militärische Bereitschaft» (Karl Meyer).

II. Erweiterte Strategie

Die Schweiz war aber durch Hitlerdeutschland nicht nur militärisch gefährdet. Vom Moment ihrer Machtübernahme an bedrohten die Nationalsozialisten sie auch geistig, mit den Methoden der «erweiterten Strategie». Unter der Oberfläche korrekter diplomatischer Beziehungen und einschläfernder offizieller Versicherungen bearbeiteten sie die Schweiz, wie man einen künftigen Feind bearbeitet, dem gegenüber man sich eine möglichst günstige Ausgangsstellung verschaffen will.

Grundlage dieser Politik war das Doppelspiel, dieses Merkmal einer jeden totalitären Politik, dem die Nationalsozialisten ihre überwältigenden Anfangserfolge gegenüber Leuten verdankten, die noch an ein gewisses Mass von Anstand und Loyalität im internationalen Verkehr glaubten; es war die erpresserische Lüge, mit welcher die Nationalsozialisten, nach einem Wort von Ernst Schürch, Chefredaktor des ‚Bunds‘, das Opfer «einspichelten», die berühmte Maxime aus «Mein Kampf», dass nur die kleinen Lügen von der Masse nicht geglaubt werden, die grossen dagegen immer.

Am 27. September 1933 teilte Bundesrat Giuseppe Motta, unser damaliger Aussenminister, dem Nationalrat mit, er habe an einer Völkerbundtagung in Genf mit Reichsminister Goebbels das Problem der «tatsächlichen oder vermeintlichen Bedrohung der Schweiz durch den Nationalsozialismus» zur Sprache gebracht und Reichsminister Goebbels habe ihm versichert, die Doktrin und Politik der deutschen Regierung richte sich keineswegs gegen die Schweiz.

Ganz im Gegenteil: «Die Schweiz ist ein gesunder und starker Organismus, der sich im Laufe einer langen Geschichte entwickelt hat. Man könnte sich Europa nicht mehr vorstellen ohne die Schweiz... Trotz den Verschiedenheiten der Ideen und Einrichtungen will das Reich mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf dem Fuss einer tiefen und dauernden Freundschaft leben⁴.»

Am 6. Januar 1934 versicherte der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, dem Vertreter eines Schweizer Blattes: «Die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei legt Wert auf die Feststellung, dass kein ernsthafter Mensch in Deutschland daran denkt, die Unabhängigkeit anderer Staaten auch nur anzutasten.»

Am 21. Mai 1935 sagte Hitler in seiner Reichstagsrede im Zusammenhang mit anderen aussenpolitischen Betrachtungen: «Wir Deutschen haben allen Grund, zufrieden zu sein, dass sich an unserer Grenze ein Staat mit einer zu einem hohen Teil deutschen Bevölkerung bei grosser innerer Festigkeit und im Besitz einer wirklichen und tatsächlichen Unabhängigkeit befindet.»

Am 26. Februar 1937 erklärte Bundesrat Motta vor dem Nationalrat, alt Bundesrat Schulthess sei im Februar von Reichskanzler Hitler «in überaus zuvorkommender Weise» empfangen worden, und dieser habe erklärt: «Der Bestand der Schweiz ist eine europäische Notwendigkeit. Zu jeder Zeit, komme, was da wolle, werden wir die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz respektieren.»

Im engeren Kreise hatte Hitler allerdings, Rauschning zufolge, schon 1933 erklärt: «Die Zeit der kleinen Staaten ist vorbei. Es wird künftig keine Neutralität mehr geben. Die Neutralen werden in die Kraftfelder der Grossen geraten. Sie werden aufgesaugt werden⁵.» Das konnte nicht anders ausgelegt werden, als dass auch die Schweiz in den Augen der Nationalsozialisten keine Existenzberechtigung hatte und früher oder später von Deutschland «aufgesaugt» werden würde. Vor allem aber gab

es Programmpunkt eins der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der «den Zusammenschluss aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Grossdeutschland» forderte, das Schlagwort, mit dem die Nationalsozialisten bis zur Einverleibung der Tschechoslowakei ihre Eroberungsabsichten tarnten. Dementsprechend richtete sich die «erweiterte Strategie» vor allem gegen die altemannische Schweiz.

Wie das faschistische Italien seit dem Machtantritt Mussolinis in den Kantonen Tessin und Graubünden eine intensive und kostspielige, aber dank der aufrechten Haltung der dortigen Bevölkerung wenig erfolgreiche irredentistische Propaganda betrieb, so erhob Hitlerdeutschland einen Anspruch auf die deutsche Schweiz als «unerlöstes deutsches Land» Eine «volkstumpolitische Monatsschrift» erklärte: «Das Blut entscheidet. Deutsch ist, was deutscher Abstammung ist, mag es auch gestern oder heute noch durch eine Staatsgrenze vom Reich getrennt gewesen sein»⁶. Die Bürger der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die bis 1933 in Deutschland Schweizer geheissen hatten, nannte man seither plötzlich «Deutsche in der Schweiz». Auf Landkarten wurde die Schweiz als «deutscher Volksboden» oder als «deutsches Siedlungsgebiet» eingezeichnet. Auf einer Karte, die 1934 im Inselverlag herauskam und als Postkarte vertrieben wurde, gehörte die Schweiz zu «Grossdeutschland». Ein deutsches Geographiebuch nannte als höchsten Berg Deutschlands das – Finsteraarhorn. Unter dem Titel «Pfahlbauerkomplexe» schrieb eine süddeutsche Zeitung: «Es hat in der Schweiz immer einzelne gegeben, die in deutscher Sprache ihr Leid darüber klagten, dass sie die deutsche Sprache sprechen müssen und dass sie Deutsche seien.» Und eine andere: «Man will plötzlich einen neuen Menschen entdeckt haben. Er ist Deutscher und doch wieder kein Deutscher.

Er ist – Schweizer⁷.» Auch die Geschichte musste zum Nachweis herhalten, dass die Schweizer «Abtrünnige» und «Verräter am Reich» seien. Der Freiheitswille der alten Schweizer wurde umgefälscht in «bäuerliche Eigenbrötelei», in «Geldgier und engstirniges Streben nach Freiheit».

Diese Propaganda, der entgegenzuwirken die Schweiz keine Möglichkeit hatte, war für das deutsche Volk berechnet. Sie sollte ihm gegenüber die Legitimation für einen eventuellen späteren Zugriff auf die Schweiz schaffen. Als Beispiel dafür, dass sie nicht umsonst war, diene der Brief eines deutschen Rechtsanwaltes an seinen Schweizer Kunden, den der ‚Bund‘ am 25. November 1938 veröffentlichte: «Eine andere Frage ist die, ob es nicht für Sie und Herrn B. bedeutend besser wäre, noch so lange zu warten, bis Bern Sitz eines Reichsstatthalters ist. Ich habe heute das Gefühl, diese Zeit sei nicht mehr fern. Ihre Forderung von 70‘000 Mark stellt natürlich in einem grossdeutschen Reich, zu dem auch über kurz oder lang die deutsche Schweiz gehören wird, einen erheblichen Vermögenswert dar, der nicht mehr zum lumpigen Sperrmarkkurs in Schweizer Fränkli umgewandelt werden muss...» Bei einem Fussballmatch in Deutschland wurde die Schweizer Mannschaft offiziell als «Deutsche aus der Schweiz» begrüsst. Schweizer Ärzte erhielten Prospekte für deutsche Medikamente mit der Anrede: «Wir wenden uns als Landsleute an Sie...»

Da sich das nationalsozialistische Deutschland für befugt hielt, drei Millionen Schweizer als Deutsche zu beanspruchen, ging es daran, die «Deutschen», die sich seit siebenhundert Jahren darauf versteiften, Schweizer sein zu wollen, zurückzugewinnen. Dieser Aufgabe widmeten sich vor allem zwei deutsche Organisationen: der ‚Volksbund für das Deutschtum im Ausland‘ in Berlin, dem jener Professor Karl Haushofer nahestand, dessen Propaganda sich der Schweiz bediente und der Hitlers Eroberungspläne ausarbeitete und die Kleinstaaten als politische «Ver-

dampfungsformen» bezeichnete, und das ‚Deutsche Auslandsinstitut‘ in Stuttgart, das in engem Zusammenhang mit der ‚Auslandorganisation‘ des Gauleiters Bohle arbeitete. Diese beiden Organisationen hielten Schulungslager ab, in denen sie die zukünftigen Propagandisten, bevor sie diese in die Schweiz schickten, vorbereiteten. «Kulturwerbung» nannten die Nationalsozialisten die Tätigkeit dieser Organisationen. In den Richtlinien eines dieser Schulungslager hiess es: «Der deutsche Student an der Schweizer Hochschule und das deutsche Dienstmädchen in der Schweizer Familie sind wertvolle Ergänzungen unserer deutschen Kultur⁸.» Im März 1935 schrieb die Zeitschrift ‚Der deutsche Student im Ausland‘: «Der reichsdeutsche Student muss in seinem Gastland, besonders in der Schweiz, mehr denn je eine intellektuelle Propaganda im Sinne des Nationalsozialismus betreiben.» Als besonders wirksames Propagandamittel wurde der Antisemitismus empfohlen, weil er in der Schweiz den Charakter einer unpolitischen Propaganda habe. Auch die Förderung der Angst vor dem Kommunismus sei beim schweizerischen Bürgertum als unauffällige Propaganda geeignet. Schweizer Hausfrauen beklagten sich damals darüber, dass ihr Mädchen Abend für Abend im Dienst der Partei tätig sei und sich auch aktiv in politische Diskussionen einmische. Der deutsche Gesandte in Bern, Minister Köcher, schrieb im Frühling 1938 nach Berlin: «Der Sinn unserer Kulturpropaganda liegt doch darin, dem Schweizer immer stärker zum Bewusstsein zu bringen, dass er nur ein Teil des grossen deutschen Kulturraumes ist. Nichts trägt aber besser dazu bei, dieses Ziel gegen alle Widerstände zu fördern, als die Veranstaltungen unserer Künstler.»

Der nationalsozialistischen Propaganda diente auch das ‚Deutsche auslandswissenschaftliche Institut‘ in Berlin, das Ausländerkurse veranstaltete, die von Schweizern mit nationalsozialistischen Sympathien regelmässig besucht wurden.

„Gesellschaft zur Förderung des kulturellen Lebens“ hiess eine nationalsozialistische Tarnorganisation, die im Herbst 1939 von der deutschen Gesandtschaft in Bern selber ins Leben gerufen wurde und formell unter der Leitung eines Zürcher Mittelschullehrers stand. An ihren Veranstaltungen wurde von deutschen und schweizerischen Nationalsozialisten, Frontisten und gelegentlich auch von ahnungslosen Schweizern mehr oder weniger verhüllt nationalsozialistische Propaganda getrieben. «Es ist heute wichtiger als je», heisst es in den Richtlinien des deutschen Propagandaministeriums für Auslandagenten, «dass im Gastland unverdächtige Persönlichkeiten für unsere Propaganda gewonnen werden.»

Ein „Bund zur Pflege persönlicher Freundschaften mit Ausländern“ vermittelte Tausende von Adressen, die sich zur Anknüpfung eines freundschaftlichen Briefwechsels eigneten. «Aus dem Briefwechsel wächst der Wunsch, sich persönlich kennenzulernen; es ergeben sich gegenseitige Besuche⁹...» Und schon ist der Kanal für die Propaganda fertig.

Radio und Presse, Filme und Wochenschauen, sie alle standen im Dienst einer geschickt gehandhabten nationalsozialistischen Propaganda, die immer die gleichen Ziele verfolgte: Herabsetzung der schweizerischen Demokratie und der Demokratie überhaupt und Anpreisung des deutschen Nationalsozialismus. Über ein Dutzend Nachrichtenagenturen und Mitteilungsdienste sandten regelmässig ihren propagandistisch gefärbten Lesestoff an einen Grossteil der Schweizer Presse. Unter Missbrauch des diplomatischen Kuriers gelangte Propagandamaterial in ganzen Wagenladungen in die Schweiz. Man schätzte damals die Summe, die das nationalsozialistische Deutschland allein für die Propaganda in der Schweiz jährlich ausgab, auf rund 500.000 Mark.

Dazu trat die persönliche Propaganda, für welche die Voraussetzun-

gen in der deutschen Schweiz besonders günstig lagen. Es hat bei uns von jeher eine grosse Zahl von Personen gegeben, die durch Reisen oder Geschäfte, durch Verwandtschaft oder wissenschaftlichen Gedankenaustausch oder anderen fachlichen Umgang mit Deutschland verbunden und mit ihren Sympathien daher in Deutschland verankert waren. Was in normalen Zeiten ein Vorteil war und zum gegenseitigen Verstehen beitrug, führte in Zeiten des Propagandakrieges dazu, dass die betreffenden Leute, häufig unbewusst, dem Einfluss der nationalsozialistischen Propaganda erlagen und die Verhältnisse in der Schweiz durch die Brille nationalsozialistischer Betrachtungsweise sahen.

So kam es, dass sich immer wieder einzelne schweizerische hohe Militärs, Industrielle, Hochschulprofessoren und Schweizer mit deutschen Verwandten, ohne es zu merken, zu Sprachrohren der deutschen Propaganda machten. Es gab damals keinen kulturellen, geschäftlichen oder verwandtschaftlichen Kontakt zwischen Deutschen und Schweizern, den die Nationalsozialisten nicht skrupellos in den Dienst ihrer Propaganda zu stellen versucht hätten.

Man war jedoch in jenen Jahren bei uns oft zu rasch bereit, Männer der Grossindustrie und Hochfinanz ganz allgemein der Anpassung zu verdächtigen. Viele von ihnen haben der Schweiz gerade durch ihre internationalen persönlichen und geschäftlichen Beziehungen wertvolle Dienste geleistet und sind nie der nationalsozialistischen Propaganda erlegen, so wenig wie die Männer, die unsere Wirtschaftsverhandlungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland führten. «Über die Härte der am grünen Tisch geführten Schlachten kann sich nur ein Bild machen, wer in diesen schweren Jahren aus der Nähe unsere abgekämpften, aber nie nachlassenden Streiter beobachten konnte. Die Geschichte ihrer zähen Kämpfe gegen einen übermächtigen und häufig arroganten Verhandlungsgegner, der alle Methoden der Einschüchterung anwandte,

wird, wenn sie einmal geschrieben wird, ein Beispiel des Behauptungswillens bieten, das dem unbedingten Abwehrentschluss der Armee nicht nachsteht», schrieb Direktor Ernst Speiser nach dem Krieg.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die deutsche Propaganda den ehemaligen Deutschen in der Schweiz. In einem «Schwäbischalemannischen Heimatbrief» an die «Schwaben in aller Welt» hiess es: «Wir wissen, wie es Euch bedrücken muss, wenn sich niemand um Euch kümmert. Wir wissen auch, wie es Euch, die Ihr im Innern eines fremden Landes wohnt, zumute ist, wenn kein Landsmann mehr bei Euch einkehrt, und Ihr würdet wahrscheinlich manches darum geben, wenn Ihr wieder heimkehren könntet in unser besseres, grösseres und freieres Deutschland¹⁰.» Nach einem «Wehrgesetz» vom 21. Mai 1935 blieben eingebürgerte Deutsche in der Schweiz Reichsangehörige im Sinne des Wehrgesetzes und waren auch dann nicht vom deutschen Wehrdienst befreit, wenn sie bereits in der Wehrmacht eines anderen Staates (also beispielsweise in der schweizerischen Armee) gedient hatten.

Oft war es unklar, von welcher deutschen Stelle eine bestimmte Propagandaaktion ausging. Letztlich liefen aber alle Fäden in der Hand des Stellvertreters des Führers, Rudolf Hess, zusammen.

Der Erfolg dieser Propaganda blieb im Verhältnis zum Aufwand, mit dem die Nationalsozialisten sie betrieben, gering, solange die Schweizer Zeitungen das Volk umfassend informieren konnten. Abgesehen davon, dass der Schweizer jeder Propaganda zum Vorneherein kritisch gegenübersteht, wogen die Nachrichten über das, was in Deutschland geschah, schwerer als jede Propaganda. Nicht die «traditionelle Reichsfeindschaft» der Schweizer war am Misserfolg der deutschen Propaganda schuld, wie die Nationalsozialisten behaupteten. Sie selber hatten es erreicht, dass die Deutschschweizer, die während des Ersten Weltkrieges mit ihren Sympathien so sehr auf deutscher Seite gestanden hatten, dass

man von einem «Graben» gegenüber der Welschschweiz sprach, seit 1933 tatsächlich zunehmend «deutschfeindlich» geworden waren.

Es gehört zur «erweiterten Strategie», dass man bei einem potentiellen Gegner die Stelle ausfindig macht, an welcher er besonders empfindlich ist. Ein sorgfältiges Studium aller schweizerischen Eigentümlichkeiten führte die Nationalsozialisten zum Ergebnis, dass diese Stelle in der Schweiz die Presse war. Als Ergänzung zur Propaganda begannen sie daher, die Schweizer Zeitungen, zunächst mit Beschlagnahmungen und Verboten, unter Druck zu setzen.

Mit ihren rund vierhundert Zeitungen war die Schweiz das relativ zeitungsreichste Land der Welt. In keinem anderen Land verliess sich der Bürger für seine Meinungsbildung so sehr auf seine Zeitung wie in der Schweiz, und in keinem Land verdiente die Presse so sehr, «das Sinnesorgan der öffentlichen Meinung» (Karl Meyer) genannt zu werden. Eine Einschränkung der Pressefreiheit musste daher den Schweizer besonders empfindlich treffen. Wenn man noch die gemeinsame Sprache hinzurechnet und ausserdem bedenkt, dass der Vorwurf, die Schweizer Presse sei «überheblich und schulmeisterlich», schon früher in Deutschland und gelegentlich auch in der Schweiz erhoben wurde, so muss man zugeben, dass die Nationalsozialisten gut beraten waren, als sie die Presse als «neuralgischen Punkt» der Schweiz wählten.

Eine der ersten Massnahmen des nationalsozialistischen – wie jedes totalitären – Regimes bestand in der Gleichschaltung der Presse des eigenen Landes. Sofort nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurden die deutschen Zeitungen der Kontrolle des Propagandaministeriums unterstellt, und nach wenigen Wochen hatte Deutschland seine «Eintopfpresse».

Die Deutschschweizer verfolgten die Vorgänge jenseits unserer Nordgrenze mit grösster Aufmerksamkeit und wachsender Besorgnis

und verlangten, von ihren Zeitungen umfassend orientiert zu werden. Die Schweizer Zeitungen befriedigten dieses berechnete Bedürfnis zum guten Teil in einwandfreier Form. Dass angesichts gewisser empörender Vorkommnisse in Deutschland vor allem bei unserer am stärksten engagierten Linkspresse Fälle von Überbordungen vorkamen, war verständlich, aber es schadete der Schweiz, denn es entwertete die Argumente derer, die für die Pressefreiheit eintraten, und liess die nationalsozialistischen Vorwürfe auch in den Augen vieler Schweizer als berechnete erscheinen. Ausserdem versties es gegen die Pflicht der Zurückhaltung im Urteil, die der elementare Anstand jedem auferlegt, der nicht gewillt ist, sein Leben für seine Äusserungen einzusetzen.

Dass Ausdrücke wie «Blutsäufer», «Diktaturbestie» oder auch nur «Mörder», die ein «Richtkatalog» der konsultativen Pressekommission aufzählte, gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern nicht verwendet werden durften, dass «ein in Verbalinjuriem sich austobendes Kraftmeiertum» (Nobs) unterbunden werden musste, darüber waren Presse und Volk sich weitgehend einig und der grösste Teil der Schweizer Zeitungen hielt sich daran. Aber «objektive Berichterstattung und massvolle Kritik» waren nicht nur zulässig, sondern notwendig, denn «in der Demokratie muss nicht nur die Regierung, sondern auch das Volk sich eine selbständige Meinung bilden können» (Feldmann).

Der Jurist Professor Dietrich Schindler schrieb: «Wenn die öffentliche Meinung kleiner Staaten zur Politik eines Grossstaates Stellung bezieht, bedeutet das keineswegs einen Angriff, sondern es geht um die Wahrung des nationalen Erbgutes, um die geistige Landesverteidigung, die heute ebenso selbstverständlich ist wie die militärischeⁿ.»

Am 26. September 1933 erklärte Bundesrat Motta vor dem Nationalrat, die Herren von Neurath und Goebbels hätten ihm tags zuvor in

Genf versichert, die Schweizer Presse solle durch Deutschland keinerlei Behinderung erleiden, sofern sie es verstehe, sich «an die Grenzen einer objektiven Berichterstattung und einer vernünftigen und gerechten Kritik» zu halten.

Scheinbar herrschte also volle Übereinstimmung zwischen dem schweizerischen und dem deutschen Standpunkt. Wie aber, wenn das, was die Schweiz als objektive Berichterstattung betrachtete, von den Nationalsozialisten als Beleidigung empfunden wurde?

Im Februar 1933 liessen die Nationalsozialisten durch ihr eigenes Werkzeug den Reichstag in Brand stecken, schoben dieses Verbrechen den politischen Gegnern in die Schuhe und leiteten daraus die Legitimation zur Entrechtung eines ganzen Volksteils ab. Die deutschen Zeitungen brachten Bilder von Hitler, wie er vor dem brennenden Reichstagsgebäude stand und erklärte: «Das ist ein von Gott gegebenes Zeichen. Niemand wird uns nun daran hindern, die Kommunisten mit eiserner Faust zu vernichten.»

Hätten die Schweizer Zeitungen ihren Lesern die deutsche Version vorsetzen und ihre begründeten Zweifel an dieser Darstellung verschweigen sollen? Sie entschieden sich zum grössten Teil für «objektive Berichterstattung». Das Schweizervolk musste die Tatsache dieses zynischen Betrugs, diese Schaffung eines Vorwandes kennen. Es gehörte zu den Methoden der «erweiterten Strategie», die eines Tages auch gegen die Schweiz zur Anwendung kommen konnten. Deutschland aber betrachtete die objektive Schweizer Berichterstattung als Beleidigung und beschlagnahmte oder verbot die betreffenden Schweizer Zeitungen.

Hier zeigte sich schon die Unvereinbarkeit der beiden Standpunkte und damit die Aussichtslosigkeit aller Bemühungen, mit dem Deutschland Hitlers je zu einer befriedigenden Regelung der Pressefrage zu gelangen. Die Schweiz erstrebte mit einer Regelung korrekte diplomatische Beziehungen, Deutschland sah in ihr ein Mittel, die Wahrheit zu

unterdrücken. Letztlich war es eine Machtfrage. Der Grosse versuchte dem Kleinen seinen Willen aufzuzwingen. Die Frage lautete für uns: Wie weit dürfen wir dem deutschen Druck nachgeben, ohne dass wir die Grundlagen unserer Unabhängigkeit – im vorliegenden Fall die Pressefreiheit, die ein Teil der Freiheit ist, – gefährden? Eine prinzipielle Frage, die von 1933 bis 1945 hinter allen unseren Auseinandersetzungen mit Hitlers Deutschland stand, und über deren Beantwortung die Meinungen bei uns oft weit auseinandergingen.

Für das nationalsozialistische Regime, das dem eigenen Volk die Wahrheit verschweigen wollte und musste, bedeuteten die freien Schweizer Zeitungen eine unerträgliche Belastung. Was half es, dass man in Deutschland die deutschen Zeitungen gleichschaltete, wenn die Deutschen aus den Schweizer Zeitungen die unterschlagenen Nachrichten dennoch erfuhren und überdies noch die gefährliche demokratische Luft atmeten?

Statt die deutschen Massnahmen mit dem Verbot von deutschen Zeitungen in der Schweiz zu beantworten, was das Naheliegende und durch die Schreibweise der deutschen Zeitungen mehr als gerechtfertigt gewesen wäre, suchte der Bundesrat den Fehler zunächst bei den Schweizer Zeitungen. Damit gab er von Anfang an das Prinzip der Reziprozität preis, das formell während der ganzen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft gelten sollte.

Am 26. März 1934 erliess er, ohne die Presseverbände zu konsultieren, eine Verordnung, die ihm erlaubte, auf dem Verwaltungsweg gegen «fehlbare» Presseorgane vorzugehen, «die durch besonders schwere Ausschreitungen die Beziehungen der Schweiz zu anderen Staaten gefährdeten». Die öffentliche Meinung reagierte scharf auf diesen ersten behördlichen Eingriff in die Pressefreiheit. Man empfand ihn als ungerrecht, solange die deutschen Zeitungen in der Schweiz ungehindert Propaganda treiben konnten. Die Verordnung wurde besonders von den So-

zialdemokraten und von den Vertretern der Presse heftig kritisiert und als verfassungswidrig bezeichnet, und nur «der Ernst der internationalen Lage» und die Zusicherung, es werde künftig eine aus Pressefachleuten aller politischen Richtungen zusammengesetzte konsultative Pressekommission den Bundesrat bei seinen Entscheidungen beraten, brachten die Opposition zum Verstummen.

Als das deutsche Volk am 30. Juni 1934, anlässlich des sogenannten Röhmputsches (vergleiche Seite 12), ahnte, dass die deutschen Zeitungen ihm den wahren Sachverhalt verschwiegen, setzte in Deutschland eine so stürmische Nachfrage nach deutschschweizerischen Zeitungen ein und die deutschen Schikanen gegen diese nahmen derartige Ausmasse an, dass der Bundesrat mit Gegenmassnahmen nicht länger zuwarten konnte. Als er am 6. Juli 1934 drei deutsche Blätter auf nur vierzehn Tage verbot, begründete er diese milde Massnahme damit, allzu rigorose Gegenmassnahmen könnten Gegenmassnahmen von Seiten Deutschlands bewirken. «Namentlich wäre es unangenehm, wenn wir plötzlich unser Verbot unter dem Druck Deutschlands aufheben müssten¹²...» Schon damals fasste der Bundesrat also die Möglichkeit ins Auge, dass er sich gezwungen sehen könnte, deutschem Druck nachzugeben.

In dieser Haltung, die den Nationalsozialisten nicht verborgen blieb und die sie in ihrer Überzeugung bestärkte, dass sie in der Presse die Achillesferse der Schweiz entdeckt hatten, sahen bei uns manche eine Ängstlichkeit, die sie als demütigend und gefährlich empfanden. Sie waren der Meinung, es wäre richtiger gewesen, wir hätten von Anfang an ruhig und bestimmt auf unserem Recht beharrt, weil ein totalitäres Regime durch Nachgiebigkeit immer nur zu weiteren Forderungen ermutigt wird.

Die deutschen «Gegenmassnahmen» liessen nicht lange auf sich warten. Schon zwei Tage später, am 8. Juli, meldete das Deutsche Nach-

richtenbüro, angesichts der Tatsache, dass schweizerische Blätter «geradezu ungeheuerliche Lügenmeldungen» über die Niederschlagung des hochverräterischen Anschlages verbreitet hätten und dass die Schweiz drei deutsche Zeitungen «ohne jeden Grund» verboten habe, sehe sich die Reichsregierung gezwungen, «die schweizerischen Zeitungen, die die übelste Hetze betrieben haben, die ‚Neue Zürcher Zeitung‘, die Basler ‚Nationalzeitung‘ und den Berner ‚Bund‘, auf die Dauer von sechs Monaten zu verbieten.» Nicht die «Hetzpresse der Linken», sondern ausdrücklich bürgerliche Blätter wurden also betroffen.

«Man stellt sich im Dritten Reich offenbar auf den Standpunkt», schrieb die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ vom 9. Juli 1934, «dass die Beanspruchung der aus allgemeinen Völkerrechtsgrundsätzen folgenden Reziprozität durch einen kleinen Nachbarstaat eine Anmassung darstelle, die nicht geduldet werden könne.»

Die bundesrätliche Vorsicht hatte nichts genützt, und auch in der Folge zeigte sich Deutschland um so «empfindlicher», je gewissenhafter der Bundesrat darüber wachte, dass die Schweizer Zeitungen durch ihre Schreibweise Deutschland nicht beleidigten. Dabei waren von 1935 an alle bedeutenderen Schweizer Zeitungen aus Deutschland verbannt und konnten beim deutschen Volk keinen Schaden mehr anrichten.

Aber es ging den Nationalsozialisten bei ihrer Pressepolitik gegen die Schweiz gar nicht um den Schutz des deutschen Volkes; sie benützten sie als Waffe der «erweiterten Strategie», mit welcher die öffentliche Meinung der Schweiz gelähmt werden sollte.

Vom Jahre 1936 an begnügten sich die Nationalsozialisten nicht mehr damit, sich von den Schweizer Zeitungen «beleidigt» zu fühlen. Getreu dem Grundsatz, dass man dort, wo man auf Nachgiebigkeit trifft, sofort weitere Forderungen stellen soll, gingen sie einen Schritt weiter und verquickten unsere Neutralität mit der Pressefrage.

Schweizer, die zu jener Zeit in Geschäften oder zu Besuch nach Deutschland reisten, wurden im Ton ehrlicher Besorgnis gefragt, was uns eigentlich einfallen, wie wir uns das vorstellten, wie sich «die Hetze der Schweizer Zeitungen gegen Deutschland» mit unserer Neutralität vertragen. Nach konkreten Beispielen für diese «Hetze» befragt, wären die betreffenden Deutschen vermutlich in Verlegenheit geraten. Sie bekamen ja gar keine Schweizer Zeitungen mehr zu Gesicht. Sie gaben unbedacht die Parole des Propagandaministeriums von den Schweizer Zeitungen, «die mit ihrer Hetze die Neutralität verletzen», weiter.

Leider vergassen die meisten unserer damaligen Deutschlandreisenden, konkrete Beispiele zu verlangen, und liessen sich bluffen. In die Schweiz zurückgekehrt, warfen sie ihrerseits den Schweizer Zeitungen vor, sie verletzen durch ihre Schreibweise die Neutralität.

Nachdem das Terrain auf diese Weise vorbereitet war, wurde der Vorwurf der Neutralitätsverletzung von den deutschen Zeitungen, vom deutschen Radio und von den deutschen diplomatischen Vertretern übernommen. Namhafte deutsche Juristen und Historiker mussten «wissenschaftlich» nachweisen, dass die Neutralitätspflicht sich nicht nur auf den Staat, sondern auch auf den Staatsbürger beziehe. Dietrich Schindler erklärte dazu: «Jede derartige Ausweitung des Neutralitätsbegriffs schafft für denjenigen, der ihn aufstellt, ein höchst einfaches Mittel, den neutralen Staat der Neutralitätsverletzung zu bezichtigen.» Und als der deutsche Jurist Bockhoff behauptete, der neutrale Staat sei verpflichtet, «die Bildung der öffentlichen Meinung durch die Presse mit den Bestimmungen des Völkerrechts in Übereinstimmung zu bringen», erwiderte ihm Karl Meyer, der nationalsozialistische Machtstaat sei am wenigsten legitimiert, sich auf das Völkerrecht zu berufen. Wenn er heute von uns eine Ausdehnung der Neutralitätspflicht auf die Presse fordere, tue er es

um seines augenblicklichen Interesses willen und nicht aus Achtung vor dem Völkerrecht.

Bundesrat Motta vertrat zwar offiziell den Standpunkt, grundsätzlich sei nur der Staat neutral, eine Gesinnungsneutralität kenne die Schweiz nicht; in der Praxis zeigte er jedoch die Tendenz, den Fehler an den bestehenden Spannungen mindestens ebenso sehr bei den Schweizer Zeitungen zu suchen wie bei Deutschland, und jedesmal, wenn er sich öffentlich für die Pressefreiheit einsetzte, schwächte er die Wirkung seiner Erklärung dadurch ab, dass er eine Ermahnung an die Schweizer Zeitungen «zur Zurückhaltung» hinzufügte. Man nannte das «Bundesrat Mottas Doppelthese».

Am 26. Oktober 1938 erklärte Bundesrat Motta im Bundeshaus vor einer grossen Redaktorenkonferenz, der Bundesrat lehne die Gesinnungsneutralität zwar ab, aber die Schweiz müsse sich von einer Parteinahme im Kampfe der verschiedenen ideologischen Auffassungen fernhalten. Anschliessend verlas er ein Schreiben schweizerischer Industrieller, die in Deutschland lebten und die «auf die ernsten wirtschaftlichen Gefahren des Pressekonfliktes mit Deutschland» hinwiesen. Als erster Votant gab Willy Bretscher, Chefredaktor der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘, zu, dass Beschimpfungen von Völkern und Staatsoberhäuptern als unsinnig und verwerflich abzulehnen seien. Hingegen könne sich die schweizerische Presse das Recht nicht nehmen lassen, sich zu den fremden ideologischen Auffassungen sachlich zu äussern und abwehrend Stellung zu beziehen. Die Schweiz sei einer intensiven deutschen Radio-propaganda ausgesetzt und müsse sich gegen diese auf dem Wege der Presse zur Wehr setzen. Wirtschaftskreise unseres Landes hätten durch ihre Investitionen in Deutschland eben Risiken auf sich genommen, und es wäre unzulässig, wenn nun vor allem auf ihre Interessen Rücksicht genommen würde, durch Hintansetzung der Aufgaben der Presse¹³.

Die Nationalsozialisten gingen schliesslich so weit, zu erklären, von der Schweizer Presse hänge es ab, ob Deutschland gegebenenfalls unsere Neutralität respektieren werde oder nicht. Auf alle Fälle werden die «Neutralitätsverletzungen» unserer Zeitungen in einer «Mappe» aufbewahrt und diese werde von Tag zu Tag dicker. Also gewissermassen die Anlegung von Vorwänden auf Vorrat! Sollte Deutschland eines Tages aus strategischen Gründen einen Angriff auf die Schweiz planen, so lag der «Kriegsgrund» in der Mappe bereit.

Es war der unerhörte Versuch, der Schweizer Presse als ganzer die Verantwortung für einen allfälligen künftigen deutschen Angriff auf die Schweiz aufzuladen.

Im Jahre 1937 versuchten die Nationalsozialisten, uns zu einem Presseabkommen zu veranlassen, wie Bundeskanzler Schuschnigg es im Sommer 1936 für Österreich abgeschlossen hatte und wie sie es sukzessive allen neutralen Kleinstaaten aufzudrängen versuchten.

Im Sommer 1937 traten zuerst in Konstanz und dann in Luzern Vertreter der deutschen und der schweizerischen Presse zusammen, um «die auf dem Gebiet der Presse zwischen den beiden Staaten bestehenden Spannungen zu beseitigen». Zu unserem Glück war die schweizerische Delegation, die unter Leitung von Nationalrat Dr. Markus Feldmann, Redaktor der ‚Neuen Berner Zeitung‘ (1940 bernischer Regierungsrat und 1951 schweizerischer Bundesrat) stand, aus Männern zusammengesetzt, die sich nicht einschüchtern liessen. Sie wiesen die Bedingungen, die ihnen die Deutschen vorschlugen, als «unmögliche Zumutung» zurück und liessen es kurzerhand auf einen Bruch ankommen. Der Bericht der Delegation vom November 1937 stellte lakonisch fest, die Deutschen beurteilten alle Nachrichten einzig nach ihrer Schädlichkeit für das deutsche Regime und eine Entspannung wäre ausschliesslich auf Kosten der Schweizer Presse gegangen.

Jene Männer haben, indem sie der Schweiz ein Presseabkommen ersparten, einen der ersten und gefährlichsten Anschläge der Nationalsozialisten auf unsere Pressefreiheit und damit auf einen Grundpfeiler unserer Unabhängigkeit vereitelt.

Im Jahre 1937 war dieses ganze Problem jedoch schon so heikel, dass es nicht mehr in aller Öffentlichkeit diskutiert werden konnte. So kam es, dass bei uns weite Kreise bis zum Kriegsende über die Absichten im unklaren blieben, die Deutschland mit seinen Vorwürfen gegen die Schweizer Presse verfolgte, und dass sich unter dem Einfluss der deutschen Propaganda verhängnisvolle Missverständnisse einnisten konnten. Besonders da, wo an sich autoritäre Tendenzen bestanden, wie in der Armee, fand die These von der «Verantwortung der Schweizer Presse», die sich mit der Zeit zur These von der «Kriegsschuld» oder «Blutschuld» der Schweizer Zeitungen entwickelte, zahlreiche Anhänger. Mit dieser These versetzte man alle verantwortungsbewussten Presseleute in einen schweren Gewissenskonflikt. Unter Berufung auf ihre vaterländische Disziplin verlangte man von ihnen eine Zurückhaltung, die ihrer Überzeugung nach dem Vaterland Schaden zugefügt hätte.

Im März 1935 erregte ein Zwischenfall, der sich auf Schweizer Boden ereignete, internationales Aufsehen, weil er zum erstenmal den Beweis für die geheime Wühlarbeit des Dritten Reiches im Ausland erbrachte. Dr. Berthold Jacob, ein bekannter deutscher Emigrant, der in Strassburg lebte und besonders durch seine Artikel über die geheime deutsche Wiederaufrüstung das Missfallen der Nationalsozialisten erregt hatte, verschwand während eines Besuches in Basel plötzlich. Er war mit einem anderen Emigranten, Dr. Hans Wesemann, zusammengewesen. Wesemann wurde verhaftet und er gestand, dass er im Auftrag von höchster Berliner Stelle zusammen mit der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) Jacobs Entführung vorbereitet und ausgeführt hatte. Der Bundesrat protes-

tierte durch den schweizerischen Gesandten in Berlin und verlangte die Freilassung Jacobs. Als Berlin sich weigerte, nahm die Bundesversammlung zu dem Fall Stellung und forderte den Bundesrat auf, fest zu bleiben. Hierauf beschloss der Bundesrat, beim Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag gegen Deutschland Klage zu erheben. Kurze Zeit nachdem die vom damaligen Basler Regierungsrat Dr. Carl Ludwig ausgearbeitete Klageschrift eingereicht war, lenkte die deutsche Regierung ein und lieferte Jacob an die Schweiz aus¹⁴. Die feste Haltung des Bundesrates hatte sich bewährt und fand damals weit über unser Land hinaus Anerkennung.

Vom Moment an, wo die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Deutschland zur ausschliesslichen Trägerin des Regimes geworden war, dehnte sie ihren Totalitätsanspruch auch auf die deutschen Reichsangehörigen im Ausland aus. Auch die in der Schweiz ansässigen Deutschen sollten im Geist der nationalsozialistischen Bewegung organisiert und gewissermassen zu einem Staat im Staate gemacht werden. Mit dieser Aufgabe war Wilhelm Gustloff in Davos, Leiter der Landesgruppe Schweiz der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, betraut. Er empfing seine Weisungen von Gauleiter Bohle von der ‚Auslandorganisation‘ in Stuttgart, der seinerseits dem Stab des Stellvertreters des Führers, Rudolf Hess, angehörte.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei der Schweiz bestand, wie diejenige Deutschlands, aus Ortsgruppen, Stützpunkten und Zellen und war zentralistisch und autoritär organisiert. Ihre Funktionäre wurden von der ‚Auslandorganisation‘ eingesetzt und waren dieser direkt verantwortlich.

Im September 1935 gab es in der Schweiz rund fünfundvierzig Ortsgruppen und Stützpunkte, die netzförmig über das Land verteilt waren, und ausserdem dreihundert andere nationalsozialistische Organisatio-

nen, wie Hitlerjugend, Bund deutscher Mädel, Kraft durch Freude, Frauenerbeitsgemeinschaft und so weiter. Besonders unliebsam sollten sich der ‚Landesverband der deutschen Studentenschaft, dem man nicht nur intensive Propaganda, sondern ausgesprochene Spionage nachweisen konnte, und der ‚Deutsche Turn- und Sportverein‘, von dem man vermutete, dass er eine militärische fünfte Kolonne vorbereite, bemerkbar machen. Presseorgan der Nationalsozialisten in der Schweiz war der ‚Reichsdeutsche‘, der am 2. Juni 1935 als Retorsionsmassnahme verboten und anfangs 1938 – ohne dass die Schweiz dafür eine Gegenleistung erhalten hätte – durch die ‚Deutsche Zeitung in der Schweiz‘ ersetzt wurde.

Nach Rauschning hatte Hitler erklärt: «Es ist zweckmässig, dass es wenigstens zwei Richtungen des Deutschtums in jedem Lande gibt. Die eine muss sich immer auf ihre Loyalität berufen können. Sie hat die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verbindungen zu pflegen. Die andere soll radikal und revolutionär sein. Sie muss sich bewusst sein, dass sie von mir und meinen Behörden gelegentlich wird preisgegeben werden müssen¹⁵...»

Nach den Schätzungen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes gehörten in jenem Zeitpunkt ungefähr fünftausend Deutsche der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei der Schweiz an. In zweieinhalbjähriger Werbetätigkeit und Betriebsamkeit war es Gustloff und seinen Ortsgruppen und Stützpunktleitern nicht gelungen, mehr als knapp vier Prozent aller in der Schweiz ansässigen Deutschen zu Nationalsozialisten zu machen. «Es ist notorisch», erklärte der Basler Freisinnige Thalmann im April 1935 vor dem Ständerat¹⁶, «dass der allergrösste Teil der in der Schweiz lebenden Deutschen das Treiben dieser Gauleiter, Stützpunktführer und so weiter als unerträglichen Druck empfinden und dass sie alle Angst haben, sie würden von einem dieser Leute denunziert und könnten nicht mehr nach Hause.» Die meisten Deutschen gehörten damals einem der Vereine an die geistig-kulturellen

Charakter hatten, von ihren Angehörigen kein politisches Bekenntnis verlangten und in ihrer Gesamtheit die «deutsche Kolonie» bildeten. Dieses Nebeneinander von politischen und unpolitischen Auslanddeutschen war natürlich den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge, und Gauleiter Bohle verlangte, zunächst erfolglos, die Landesgruppenleiter sollten mit diplomatischen Vorrechten ausgestattet werden, um auf die nicht nationalsozialistischen Deutschen einen stärkeren Druck ausüben zu können.

Bei ihrer Tätigkeit in der Schweiz trieben die Nationalsozialisten das bewährte Doppelspiel: Offiziell verpflichteten sie sich, «die Gesetze des Gastlandes zu respektieren»; intern galt jedoch der Grundsatz: «Führer, wir folgen dir». In den Anleitungen an die Auslanddeutschen fanden sich Sätze wie: «Das Leben der Reichsdeutschen im Ausland wird ausschliesslich bestimmt durch die Zielsetzung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei – in jedem Fall geht unbedingt das Bekenntnis zum Deutschtum der Loyalität gegenüber dem fremden Staat vor.» «Jeder Parteigenosse, der ins Ausland geht, ist dort Kämpfer für das neue Deutschland, Missionär der Idee des Führers¹⁷.»

Gustloffs Bestreben ging dahin, über alle gegenteiligen Anzeichen hinweg den Eindruck der strikten Legitimität aufrechtzuerhalten. Er trieb seine Provokationen immer nur gerade so weit, dass sie unter keinen gesetzlichen Tatbestand fielen.

Zu den «gegenteiligen Anzeichen» gehörten vor allem die mit grossem Propagandaaufwand angekündigten und durchgeführten Grosskundgebungen, von jeher eines der beliebtesten und wirksamsten Werbemittel der Nationalsozialisten, wie die seit 1933 regelmässig wiederkehrenden Gedenkfeiern zur Machtergreifung und zum Geburtstag des Führers, die Maifeier, das Erntedankfest und die Heldengedenkfeier, zu denen mit Vorliebe Redner aus dem Reich zugezogen wurden. Am 30.

Januar 1934 erklärte beispielsweise der Presseleiter des ‚Gauges Ausland‘ an einer Gedenkfeier zur Machtergreifung in Basel: «Der Liberalismus geht an Altersschwäche zugrunde. Auch in der Schweiz werden sich die schlafmützigen Demokraten die Augen reiben, wenn eines Tages plötzlich die Hakenkreuzfahnen aufgezogen werden.»

Anfangs 1935 hatte Gustloff im ‚Reichsdeutschen‘ die Deutschen in der Schweiz aufgefordert, Schweizer Geschäfte, die keine deutschen Waren führten, zu boykottieren. In seinem schon erwähnten Votum vor dem Ständerat (vergleiche Seite 36) hatte der Freisinnige Thalmann hierauf erklärt: «Wenn aber Deutschland auf seinem Gebiet unsere Zeitungen durchwegs verbietet und die Verbreitung von Ansichten unterbindet, die dem Regime unerwünscht sind, so machen wir uns und unsere Demokratie vor aller Welt lächerlich, wenn wir das Erscheinen von Zeitungen wie dem ‚Reichsdeutschen‘ und das Treiben von Leuten wie Gustloff in Davos dulden. Wir erwarten daher vom Bundesrat, dass er diesem Treiben Einhalt gebietet.»

Am 3. April 1935 stellte der sozialdemokratische Nationalrat Canova in einer Interpellation folgende Fragen:

«Ist es dem Bundesrat bekannt,

1. dass der deutsche Staatsangehörige Wilhelm Gustloff, früher Beamter des Schweizerischen Meteorologischen Forschungsinstitutes in Davos, jetzt Gauleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Gau Schweiz, sich in einer Weise betätigt, die von demokratisch gesinnten Schweizern als freche Provokation und von fremden Kur- und Sportgästen als Belästigung und Bedrohung empfunden wird?;
2. dass Wilhelm Gustloff in der Schweiz deutsche Stützpunkte mit militärischem Charakter errichtet und deren Leiter zwingt, den Eid auf Hitler zu leisten?;

3. dass Wilhelm Gustloff Hitlerfahnen einweihet und Veranstaltungen organisiert, an welchen die Teilnehmer in nationalsozialistischen Uniformen erscheinen?»

Bundesrat Baumann antwortete auf die Interpellation, seine Erhebungen hätten keine Anhaltspunkte für ein provokatorisches Verhalten Gustloffs ergeben; ein gewisses Gefühl des Missbehagens gegenüber der Landesgruppe Schweiz der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sei allerdings verschiedenenorts festgestellt worden, aber für die Ausweisung Gustloffs liege zur Zeit kein Grund vor.

Am 4. Februar 1936 wurde Gustloff von einem jüdischen Emigranten namens David Frankfurter erschossen – «der erste Nationalsozialist, der nicht von einem Parteigenossen umgebracht wurde».

Dieses Attentat hätte den Nationalsozialisten einen idealen Vorwand geliefert, wenn sie damals gegen uns eine grössere Aktion vorgehabt hätten. Da dies nicht der Fall war, entschloss sich das Propagandaministerium, die Gelegenheit wenigstens zu benützen, um gegen die Schweizer Presse eine Attacke zu reiten. Am 5. Februar «gellte ein einziger Schrei der Empörung durch ganz Deutschland», und die deutschen Zeitungen begannen sich auf Kommando an Vorwürfen gegen die «Schweizer Presse», das schweizerische Parlament und die schweizerische Öffentlichkeit zu überbieten. Das ‚Berliner Tageblatt‘ schrieb von einer «Atmosphäre besinnungslosen Hasses», die in der Schweiz geherrscht habe, was die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ (6. Februar 1936) mit dem Hinweis parierte: «Der jugoslawische Jude David Frankfurter hat zu dem Hass gegen den Nationalsozialismus, der ihn zu seiner Tat trieb, gewiss triftigere Gründe gehabt als die Angriffe einiger schweizerischer Blätter auf einen ihrer Ansicht nach unerwünschten Ausländer.» Gustloffs Leiche wurde

in einem Extrazug nach Deutschland übergeführt, und der badische Reichsstatthalter Wagner bezeichnete an einer Trauerfeier in Singen in Anwesenheit höchster nationalsozialistischer Würdenträger die Schweiz als «Mitschuldige an dem verabscheuungswürdigen Meuchelmord». Am 7. Februar brach die Kampagne ebenso plötzlich ab, wie sie begonnen hatte. Hinterher stellte sich heraus, dass es sich um eine Extratour des Propagandaministeriums gehandelt hatte, die dem Auswärtigen Amt nicht passte, da die Rheinlandbesetzung bevorstand und man eine gewisse Mässigung für angebracht hielt. Der Mord an Gustloff hatte ohnehin weit über die Schweiz hinaus Aufsehen erregt und die Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit nazistischer Organisationen ausserhalb Deutschlands gelenkt. Dementsprechend tönte auch die Rede, die Hitler am 12. Februar 1936 in Schwerin an der Bahre Gustloffs hielt, auffallend massvoll. «Es ist ein Ruhmesblatt für die Schweiz sowohl als auch für unsere eigenen Deutschen in der Schweiz», erklärte er, «dass sich keiner dinge liess zu dieser Tat, so dass zum erstenmal der geistige Urheber selber zum Täter werden musste... So hat nun jede Ortsgruppe des Auslandes ihren nationalsozialistischen Patron, ihren heiligen Märtyrer dieser Bewegung. In jeder Geschäftsstelle wird nun sein Bild hängen ...» Und zum Schluss: «Ich muss hier feierlich feststellen: Auf dem Wege unserer Bewegung liegt nicht ein einziger von uns ermordeter Gegner, nicht ein Attentat. Wir haben das vom ersten Tag an abgelehnt. Nie kämpften wir mit diesen Waffen¹⁸.»

Aber für die Schweiz war die Sache damit nicht erledigt. Die Ermordung und noch mehr ihre Begleitumstände hatten das Schweizervolk so stark beunruhigt, dass der Bundesrat etwas unternehmen musste.

Bundesrat Motta protestierte bei den deutschen Stellen dagegen, dass der Schweizer Presse die Verantwortung für das Attentat zugescho-

ben wurde, aber er verband mit dem Protest die übliche Ermahnung an die Schweizer Zeitungen zu grösserer «Zurückhaltung» und schwächte damit die Wirkung des Protestes ab.

Am 18. Februar 1936 erliess der Bundesrat, «in der Erkenntnis, dass eine nationalsozialistische Landesleitung als zweite Vertretung des Dritten Reiches neben der deutschen Gesandtschaft unhaltbar geworden war», ein Verbot von Landesleitung und Kreisleitungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Um aber die Beziehungen zu Deutschland, die sich infolge dieses Verbotes getrübt hatten, wieder zu normalisieren, und nachdem alt Bundesrat Schulthess am 26. Februar 1937 die beruhigende Erklärung Hitlers mit nach Hause gebracht hatte (vergleiche Seite 18), wandte der Bundesrat nichts dagegen ein, dass im Spätsommer 1937 die Funktion eines Landesgruppenleiters der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Schweiz einem Mitglied der deutschen Gesandtschaft, einem gewissen Freiherrn Sigismund von Bibra, übertragen wurde. Damit erhielten die Nationalsozialisten in der Schweiz, die – nach Luxemburg – mit hundertfünfunddreissigtausend die relativ grösste Zahl von Deutschen beherbergte, eine Vorzugsstellung, wie kein anderes Land der Welt sie ihnen gewährte. «Furcht vor Hitler ist die Ursache dieser Sonderbehandlung: Die Schweizer Regierung hat das Gefühl, dass, wenn sie anders handelte, dies eine deutsche Angriffshandlung auslösen könnte», schrieb William Dodd, amerikanischer Botschafter in Berlin in den Jahren 1933 bis 1937, unter dem 26. November 1937 in sein Tagebuch.

Jetzt war Gauleiter Bohles Wunsch erfüllt, die Einheit von Staat und Partei auch in der Schweiz verwirklicht. Die Nationalsozialisten genossen die Exterritorialität der Gesandtschaft und waren damit der Kontrolle durch die Schweizer Behörden noch mehr als bisher entzogen. Vor allem aber hatten sie jetzt gegenüber den anderen Deutschen in der Schweiz ein mächtiges Druckmittel: Mit der Drohung des Passentzuges und des

Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit, gegen die ihnen die Schweiz keinen Schutz gewährte, konnten sie ihre Landsleute zwingen, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beizutreten. Die Mitgliederzahl dieser Partei nahm sprunghaft zu, und im Mai 1938 wurde die «deutsche Kolonie» in ihrer bisherigen Form aufgelöst, und an ihre Stelle trat eine neue deutsche Kolonie, die «den Zusammenschluss aller in der Schweiz wohnhaften Deutschen zu einer echten Volksgemeinschaft» herstellte.

Zwischen dem Druck der Partei und dem schweizerischen Misstrauen gerieten damals die vielen Deutschen, die nichts vom Nationalsozialismus wissen und sich der Schweiz gegenüber loyal verhalten wollten, in eine tragische Situation. Dr. Rothmund, Chef der Eidgenössischen Polizeiabteilung, vertrat den Standpunkt, die Schweiz habe kein Interesse an der Vermehrung der Zahl der Staatenlosen. «Wir sollten daher die Deutschen in der Schweiz ermuntern, dem Druck nachzugeben, und der Partei beizutreten.»

Am 17. September 1937 schrieb die ‚Neue Zürcher Zeitung‘: «So sind die Nationalsozialisten zu ihrem Ei des Kolumbus gekommen, das ihnen gestattet, leicht und schmerzlos sich mit dem Bundesratsbeschluss vom 26. Februar 1936 abzufinden, der die Unterhaltung einer Landesleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in der Schweiz untersagte.»

Bundesrat Motta aber erklärte, er sei «glücklich», dass nunmehr die deutschen Kolonien in unserem Land durch die ordentlichen Vertretungen der Gesandtschaft und der Konsulate betreut werden.

Als bekannt wurde, dass von Bibra für die Rolle des Landesgruppenleiters und Gesandtschaftsrates ausersehen war, wurde von verschiedenen gut informierten Seiten darauf hingewiesen, dass es sich bei ihm um einen gefährlichen nationalsozialistischen Agenten handle, der sich in Prag mit seiner für einen Diplomaten ungewöhnlichen Wühlätigkeit

den Namen «Anschlusskommissar» verdient habe. Der Schweizer Journalist Hermann Böschenstein, damals Berliner Korrespondent der ‚Basler Nachrichtens berichtete dazu, der tschechische Presseattaché in Berlin habe ihn ausdrücklich vor Bibra gewarnt, aber der schweizerische Legationsrat Dr. Kappeler habe ihn durch «eine plumpe Demarche» daran gehindert, diese Warnung nach Bern weiterzuleiten¹⁹. Bei der politischen Einstellung, für welche Kappeler schon damals bekannt war, liegt der Verdacht nahe, dass es sich nicht um eine Ungeschicklichkeit, sondern um Absicht gehandelt hatte.

Bundesrat Motta schenkte den Warnungen zunächst keine Beachtung. Erst als die englische Zeitung ‚News Chronicle sie übernahm, unsere Linkspresse sie veröffentlichte und der Sozialdemokrat Meierhans sie zum Gegenstand einer Interpellation machte, musste Bundesrat Motta Stellung beziehen.

Am 15. Dezember 1938 erklärte er vor dem Nationalrat: «Diese Verleumdungen sind ein typischer Fall von Lügen zu politischen Zwecken. Herr von Bibra ist zuerst von einer englischen Zeitung, dem ‚News Chronicle‘, aufs Korn genommen worden. Ich habe mich über den Charakter dieser Zeitung informiert. Man hat mir erklärt, sie stehe in mancher Hinsicht weiter links als das offizielle Organ der Labourpartei, der ‚Daily Herald‘» (eine der grösseren Tageszeitungen der englischen Liberalen). «Die genannte Zeitung teilte mit, Herr von Bibra, der sich seit 1935 in Bern befindet, habe von Herrn Himmler, dem Leiter der politischen Polizei Deutschlands, den Befehl erhalten, die Teilung der Schweiz vorzubereiten: Die deutsche Schweiz werde ans Reich, das Tessin an Italien und die welsche Schweiz an Frankreich gehen.» Die Linkspresse der Schweiz habe diese Meldung sofort verbreitet, und neuerdings habe auch das ‚Œuvre de Paris‘ die Informationen der englischen Zeitung wiederholt und hinzugefügt, Herr von Bibra habe den Titel «Sonderkommissar

für den Anschluss der Schweiz» erhalten, führte Bundesrat Motta weiter aus. «Es handelt sich um einen typischen Fall dessen, was man als Brunnenvergiftung bezeichnet. Ich kenne den Urheber, aber ich will ihn nicht nennen. Ich wollte darüber ins reine kommen. Ich habe alle meine Beamten gefragt, die regelmässige Beziehungen mit Herrn von Bibra unterhalten. Ihr Urteil lautet kategorisch und einstimmig: Herr von Bibra war stets angenehm und korrekt uns gegenüber, verständnisvoll und versöhnlich ... Ich halte es für meine Pflicht als Ehrenmann, mit Schärfe gegen die offensichtlich falschen Nachrichten zu protestieren, die gegen einen Diplomaten gerichtet sind, der einer bei uns akkreditierten Gesandtschaft angehört. Doch, was halten Sie, meine Herren, von diesen Ausländern, die unter dem Vorwand, uns über die uns bedrohenden Gefahren aufklären zu wollen, uns um jeden Preis mit zwei von unseren Nachbarn verfeinden wollen?...»

Am 16. Dezember stand in der ‚Berliner Börsenzeitung‘: «Bundesrat Motta hat sehr charakteristische und eindeutige Worte für das Treiben der internationalen Hetzpresse und der Kriegshetzer gefunden...», und die ‚Deutsche Allgemeine Zeitung‘ vom gleichen Datum schrieb: «Bundesrat Motta hat schon in früheren Reden gegenüber den reichsdeutschen Belangen stets eine grosse Objektivität gezeigt. Die Verurteilung der Gerüchtemacherei in der Schweiz und die scharfe Zurückweisung der Verleumdung gegen den deutschen Geschäftsträger werden in Deutschland sehr begrüsst.»

«Wenn wir eigentlich auch wussten», schrieb Ernst Schürch, «dass für Hitler die satanische Lehre galt, das Moralische verstehe sich als Mittel zur Tarnung des Unmoralischen, jedenfalls als Mittel zur Macht, so handelte man bei uns nicht nach dieser Erkenntnis, sondern man liess sich täuschen durch die anständigen Formen einer Diplomatie, die das Haus voll unanständiger Diplomaten hatte²⁰.»

«Wir haben überall mitten im Lande des Gegners Freunde, die uns helfen. Wir finden solche Männer in jedem Lande. Wir brauchen sie nicht zu kaufen. Sie kommen von selbst...», hatte Hitler 1933 erklärt²¹. Auch aus der Schweiz kamen sie.

Als sich in der Schweiz in den zwanziger Jahren infolge der grossen Wirtschaftskrise Unzufriedenheit ausbreitete, gelangte besonders die jüngere Generation immer mehr zur Überzeugung, dass es nicht so weitergehen könne, dass die Politik der historischen Parteien versagt habe und einer grundlegenden Erneuerung bedürfe. Im Jahre 1928 entstand die Jungliberale Bewegung; bei den Konservativen taten sich die Jungkonservativen, bei den Sozialdemokraten die Sozialistische Jugend zusammen und verlangten von der älteren Generation, der sie Verknöcherung und mangelnde Initiative vorwarfen, eine aktivere Politik.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung bildeten im Jahre 1928 oppositionelle Kreise der bürgerlichen akademischen Jugend Diskussionszirkel, in denen sie einen Ausweg aus einer Lage suchten, die durch «das Versagen der bürgerlich-liberalen und der sozialistisch-marxistischen Parteien nach dem Weltkrieg entstanden war.» Diese Diskussionen, die sich um «Volksgemeinschaft», «totalitäre Staatsform» und «verantwortungsbewusste Führung» drehten, standen deutlich unter dem Einfluss von Gedankengängen, wie sie von den damals in Deutschland nach der Macht strebenden nationalsozialistischen Kreisen vertreten wurden²². Im Juli 1930 gründete Robert Tobler mit Studenten der Universität Zürich die Neue Front, die sich akademisch gab und an eine «geistige Elite» wandte. Sie wurde in weiten bürgerlichen Kreisen zunächst wohlwollend aufgenommen. Man rechnete es ihr als Verdienst an, «dass sie bei der jungen Generation das Interesse für die Politik wieder geweckt hatte». Die ‚Basler Nachrichten‘ billigten ihr zu, sie sei «unstreitig die wertvollste und am meisten autochthone dieser neuen Bewe-

gungen gewesen, entstanden im ernsten Ringen um eine neue Einstellung zu Staat, Gesellschaft und Wirtschaft...»

Die Nationale Front, die ein anderer Angehöriger dieser Diskussionszirkel, Hans Vonwyl, anschliessend an die deutschen Reichstagswahlen, im Oktober 1930, gründete, wandte sich an die Arbeiterschaft, fand jedoch keinen Anklang. Sie versuchte ihre zahlenmässige Bedeutungslosigkeit durch ein um so herausforderndes Auftreten wettzumachen. Sie bekannte sich offen zum Nationalsozialismus, und ihr Organ, der ‚Eiserne Besen‘, tat es mit seiner Hetze gegen «Juden, Freimaurer und Marxisten» den nationalsozialistischen Blättern gleich. Kurz vor dem deutschen Umsturz im Januar 1933 forderte die Nationale Front den Bundesrat telegraphisch auf, «Abwehrmassnahmen gegen den zu erwartenden Flüchtlingsstrom aus Deutschland zu treffen».

Als die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Deutschland an die Macht kam, erlebten die Erneuerer in der Schweiz im sogenannten «Frontenfrühling 1933» einen mächtigen Auftrieb. Im Laufe von wenigen Wochen erblickten damals nicht weniger als zehn verschiedene nationalsozialistisch angehauchte Organisationen, von denen fast jede ihre eigene Zeitung mitbrachte, das Licht der Welt. Die Neue Front und die Nationale Front nahmen miteinander Fühlung auf und traten in Verbindung mit der welschschweizerischen Union nationale von Georges Oltramare.

Am 22. April 1933 veranstalteten sie unter dem Namen ‚Kampfbund Neue und Nationale Front‘ im Kaufleutensaal Zürich ihre erste grosse öffentliche Kundgebung. Nach den Aussagen eines neutralen Beobachters herrschte in der Versammlung, die unter dem Zeichen des langschenkigen Schweizer Kreuzes stattfand und bei welcher sich die einheitlich in graue Hemden gekleideten Teilnehmer mit ausgestrecktem Arm und dem Ruf Harus grüssten, bald eine eigentliche Pogromstim-

mung, neben der sich das Bekenntnis zur Schweiz wenig überzeugend ausnahm. In den Referaten des ehemaligen Oberstdivisionärs Sonderegger, des welschen Frontisten Georges Oltramare, Dr. Wilhelm Fricks von der Eidgenössischen Front und Dr. Ernst Biedermanns stand – neben Ausfällen gegen das Parlament und verschwommenen philosophischen Betrachtungen über den Spenglerschen «Untergang des Abendlandes» – die Judenfrage im Mittelpunkt.

Am 23. Mai 1933 wurde aus dem Kampfbund die politische Partei Nationale Front. Ihre erste Landesleitung bestand aus Biedermann, Dr. Rudolf Henne, Dr. Hans Oehler, Eduard Rüeegsegger, Dr. Robert Tobler und Dr. Alfred Zander. Erster Landesleiter war Biedermann. An die Stelle des ‚Eisernen Besens‘ traten die Tageszeitungen ‚Front‘ und ‚Grenzboten‘. Wochenzeitschrift der Nationalen Front waren die von Oehler geleiteten ‚Schweizer Monatshefte für Politik und Kultur‘ (seit 1934 die ‚Nationalen Hefte‘). Dieses im Jahre 1921 von Mitgliedern des Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz gegründete Blatt hatte sich von jeher durch seine geistige Abhängigkeit von Deutschland ausgezeichnet. Bis die Nationale Front im Jahre 1934 in den von Oehler herausgegebenen «Nationalen Heften» eine eigene Monatsschrift erhielt, kamen einzelne ihrer Mitglieder auch in der im Jahre 1921 gegründeten und damals für ihre Deutschlandfreundlichkeit bekannten «Schweizer Monatshefte für Politik und Kultur» zu Wort.

Die Nationale Front stellte sich dem Schweizervolk als eine Partei vor, die ganz auf schweizerischem Boden stand und «für eine freie und unabhängige Schweiz» eintrat. «Die Nationale Front hat den Grundsatz der Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland stets peinlich gewahrt» (Tobler). In einem Protokoll, das anlässlich der Fusion der beiden Fronten am 13. Mai 1933 aufgenommen und bald darauf durch Indiskretion

bekannt geworden war, hatte es jedoch geheissen: «Es ist selbstverständlich, dass die Nationale Front auf dem Boden des wahren Nationalsozialismus steht und jederzeit zu stehen hat. Der Antisemitismus ist daher folgerichtig eines ihrer Zentralprobleme...» Von Anfang an trieb also die Nationale Front das Doppelspiel, auf das sich ihr grosses Vorbild, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, so meisterhaft verstand.

Kurz nach ihrer Gründung erhielt die Nationale Front Zuzug vom Bund nationalsozialistischer Eidgenossen mit seinen Führern Wolfgang Wirz, dem «militanten Vorkämpfer der alldeutsch-völkischen Propaganda in der Schweiz», und dem Architekten Theodor Fischer. Der letztere hatte noch vor der Machtergreifung in Freiburg im Breisgau vor dreitausend deutschen Nationalsozialisten erklärt, die Schweiz sei ein französischer Vasallenstaat unter jüdischem Protektorat, und mit den Worten geschlossen: «Deutsche, seid dankbar, dass uns eine Mutter jenen deutschen Helden geboren hat, der uns alle aus unserer grössten Seelennot befreien wird: Adolf Hitler!»

Man hätte annehmen sollen, schon diese Vorgänge würden genügen, jedermann über den wahren Charakter der Nationalen Front die Augen zu öffnen. Dem war aber nicht so. Vor allem in den Kreisen, die bei uns damals immer noch die Hauptgefahr auf der Linken sahen, brachte man der jungen Bewegung weiter Sympathien entgegen. Viele rechtsbürgerliche Kreise der Stadt Zürich glaubten in der Nationalen Front mit ihrem dynamischen Auftreten, ihren gross aufgezogenen Versammlungen, ihrem vaterländischen und militärfreundlichen Auftreten und ihrem scharfen Antimarxismus Ansätze zu einer echten nationalen Erneuerung zu erkennen. Den extremen Antisemitismus der Nationalen Front taten sie als «nebensächliche Begleiterscheinung» ab. Bürgerliche Zeitungen rühmten die «kraftvolle ideale Vaterlandsbegeisterung», die in den frontistischen Versammlungen zum Ausdruck komme, und bezeichnete es als Gewinn, dass wieder «eine politische Leidenschaft ins Volk gekommen sei».

Im September 1933 liess sich der stadtzürcherische Freisinn, als es galt, den Stadtrat und den Gemeinderat neu zu bestellen, zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien (ausgenommen die Demokraten) auf eine Listenverbindung mit der Nationalen Front ein, und am Vorabend der Wahlen wurde ein gemeinsamer Fackelzug durch die Stadt veranstaltet.

Die Freisinnigen ausserhalb Zürichs machten aus ihrer Missbilligung kein Hehl. «Dem Kampf gegen links mag man vieles unterordnen, aber den Charakter nicht», schrieb Theodor Gut in der freisinnigen ‚Zürichsee-Zeitung‘. Die ‚Glerner Nachrichten‘ erklärten: «Was sich gegenwärtig im Zeichen des Kampfes gegen den Marxismus in Zürich abspielt, das hat mit Selbstachtung und Selbstvertrauen wenig, mit Charakterlosigkeit um so mehr zu tun.»

Kurz bevor der Zürcher Freisinn zusammen mit der Nationalen Front in den Wahlkampf zog, hatten die Luzerner Freisinnigen unter Führung von Nationalrat Kurt Bucher und Dr. Hans Bachmann am 7. Juli 1933 im ‚Löwengarten‘ in Luzern eine Versammlung, die die Zürcher Frontisten, mit alt Oberstdivisionär Sonderegger als Redner, abhalten wollten, unter den Augen der Polizei mit Gewalt auseinandergetrieben – ein Akt der Selbsthilfe, der in der Geschichte des schweizerischen Freisinns ein Unikum darstellte.

Diese widerspruchsvolle Haltung des Freisinns gegenüber der Frontenbewegung lieferte ein interessantes Beispiel für die «Heterogenität der Parteien»²³, wie sie lange Zeit auch in der Haltung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber den Kommunisten zum Ausdruck kam.

Im Wahljahr 1935 genossen die Frontisten, nachdem sie 1933 im Zürcher Gemeinderat zehn Sitze gewonnen hatten, bei der Wählerschaft des Kantons Zürich so viel Vertrauen, dass sie sechs Mitglieder in den Kantonsrat und ihren Führer Tobler sogar als – ersten und letzten – Nationalrat in die Bundesversammlung entsenden konnten. 1934 brachten

sie eine Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung, welche von jüngeren Gruppen sehr verschiedener Tendenz propagiert wurde. 1936 kam eine solche betreffend das Verbot der Freimaurerei – nachweislich zum Teil mit deutschem Geld und auf deutsche Initiative – zustande, die indessen beide vom Schweizervolk wuchtig verworfen wurden. Eine Initiative für eine Judengesetzgebung gelangte nicht über das Anfangsstadium hinaus.

Als die Nationale Front im Sommer 1933 als stärkste der verschiedenen Erneuerungsbewegungen mit mehreren tausend Mitgliedern aus dem «Frontenfrühling» hervorging, setzte sie sich aus den verschiedenartigsten Elementen zusammen. Neben Idealisten, die von der jungen, forsch auftretenden Partei, die immer wieder ihre vaterländische Gesinnung betonte, eine echte Erneuerung unseres politischen Lebens erhofften, gehörten ihr ehemalige Angehörige der bürgerlichen Parteien an, die in ihr ein «Bollwerk gegen den Bolschewismus» sahen, wie die bürgerlichen Parteien in Deutschland es anfänglich im Nationalsozialismus gesehen hatten. Durch ihr energisches Eintreten für die Erhöhung unserer Wehrbereitschaft gewann sie zahlreiche, vor allem jüngere Offiziere, die das «System» für die damalige ungenügende Ausrüstung und Ausbildung unserer Armee verantwortlich machten. Im Juli 1934 zählte die Nationale Front allein im Kanton Zürich rund hundertachtzig Offiziere zu ihren eingeschriebenen Mitgliedern. Dazu kamen alle jene Schweizer, die infolge ihrer traditionellen Sympathien für Deutschland jetzt für die nationalsozialistischen Gedankengänge in frontistischem Gewand empfänglich waren. Romantische Veranlagung, politischer Ehrgeiz, Abenteuerlust, etwas Ressentiment und etwas Trotz gegen die ältere Generation bildeten ebenfalls günstige Voraussetzungen für den Beitritt zur Nationalen Front, die mit ihrem absichtlich verschwommen gehaltenen Programm geeignet war, die verschiedenartigsten Hoffnungen zu wecken.

Die inneren Spannungen, die angesichts dieser uneinheitlichen Zusammensetzung unvermeidlich waren, führten schon im Oktober 1933 zu einer Spaltung der Nationalen Front. Der ehemalige Major der schweizerischen Armee Ernst Leonhardt trennte sich, angeblich weil sie ihm zu wenig radikal war, in Wirklichkeit weil sie seinem Ehrgeiz zu wenig Entfaltungsmöglichkeiten bot, von der Nationalen Front und gründete in Basel den Volksbund, der, nach seinen eigenen Worten, «eine garantiert nationalsozialistische Organisation» war. Der Volksbund machte als erste Erneuerungsbewegung mehrere behördliche Eingriffe notwendig (wie das bundesrätliche Verbot von Parteiuniformen im Mai 1933 und der Verwendung des Hakenkreuzes im Juli 1938; Bundesbeschluss betreffend staatsgefährliches Propagandamaterial im März 1938 und Verbot der Zeitung ‚Volksbund‘ durch den Regierungsrat des Kantons Basel im Dezember 1934). Er brachte es nur auf knapp vierhundert Mitglieder, von denen nachweislich «mehr als die Hälfte persönliche oder familiäre Beziehungen zu Deutschland unterhalten hatten²⁴». Als Leonhardt befürchten musste, der Bundesrat werde den Volksbund auf Grund der Demokratieschutzverordnung (die am 15. Dezember 1938 in Kraft trat) verbieten, löste er diesen am 10. Dezember auf und ging als erster schweizerischer Erneuerer in die Illegalität. Am 12. Dezember gründete er jenseits der Grenze die Schweizerische Gesellschaft für Freunde einer autoritären Demokratie, eine Ersatzorganisation für den Volksbund, und kämpfte seither von Deutschland aus «für die Umwandlung der Schweiz in einen nationalsozialistischen Staat».

Seither rissen die «Spaltungen» und «Säuberungen» bei der Nationalen Front nicht mehr ab. Obgleich sie in ihren politischen Zielen weitgehend übereinstimmten, brachten die schweizerischen Erneuerer nie eine einheitliche schlagkräftige Organisation zustande. Das Führerprinzip, zu dem sie sich bekannten, wurde ihnen zum Verhängnis. Allzu vie-

le von ihnen hielten sich selber für begnadete Führer und waren nicht geneigt, das überlegene Führergenie eines einzigen anzuerkennen.

Im Sommer 1934, parallel zum Röhmputsch in Deutschland, erlebte die Nationale Front ihre erste, wenn auch unblutige «Führerkrise», in deren Verlauf Henne die Landesleitung übernahm und Biedermann und Zander aus der Nationalen Front ausschloss. 1936 gründete Ernst Hofmann mit Dr. Heinrich Wechlin und Dr. Heinrich Büeler die Eidgenössische Soziale Arbeiterpartei. Hofmann wurde im August 1939 in einem Presseprozess in Schaffhausen als «ein minderwertiges Individuum, arbeitsscheu, aufbrausend, anmassend und brutal» charakterisiert. Seine politische Konzeption war einfach. Sie lautete: «Es gibt nichts anderes als die Orientierung nach draussen; auch bei uns darf es nur à la Adolf gehen.» Diesem Mann schenkten etliche schweizerische Grossindustrielle und bekannte Persönlichkeiten des politischen Lebens, wie alt Bundesrat Musy, ihr Vertrauen. Sie ermöglichten ihm die Schaffung eines kostspieligen administrativen Apparates und die Herausgabe einer eigenen Wochenzeitschrift, ‚Schweizervolk‘, die Ende 1938 vom Bundesrat verboten werden musste.

1938 rief Zander, der ehemalige Leiter der Jugendorganisation der Nationalen Front, mit anderen früheren Angehörigen der Nationalen Front den Bund treuer Eidgenossen ins Leben, der kurz nach seiner Gründung schon in ein Strafverfahren verwickelt und mehrerer Vergehen gegen die Unabhängigkeit der Schweiz überführt wurde.

Im gleichen Jahr kam es bei der Nationalen Front zur zweiten «Führerkrise», und der bisherige Gauführer Tobler rückte an Stelle von Henne zum Landesführer auf. Nach dem Krieg stellte sich heraus, dass dieser Wechsel auf Rat eines gewissen Dr. Peter erfolgt war, der in Stuttgart das ‚Büro Dr. Peter‘ leitete, das im Jahr 1939 dann den Namen ‚Aleman-

nischer Arbeitskreis' annahm. Peter war ausserdem «Schweiz-Referent» beim Reichssicherheitshauptamt Himmlers in Berlin. Eine der Hauptaufgaben Peters bestand im Sammeln von Informationen über die Schweiz. Es gab kein Lebensgebiet der Schweiz, über das beim ‚Alemannischen Arbeitskreis‘ in Stuttgart nicht genau Buch geführt wurde. Dort lagen auch die Listen mit den Namen jener Schweizer, die dem Dritten Reich feindlich gegenüberstanden, und die bei einer allfälligen Besetzung der Schweiz «sofort verhaftet und beseitigt» werden sollten. Nachfolger von Dr. Peter wurde im August 1940 Dr. Klaus Hügel (vergleiche Seite 167).

In Nachhaffung der nationalsozialistischen SA (Sturmabteilung) hatte die Nationale Front schon im Jahre 1934 aus eigens dazu ausgewählten, «besonders zuverlässigen» Mitgliedern eine Terrorgruppe, genannt ‚Säntis‘, aufgestellt, die mit brutaler Gewalt für das frontistische Gedankengut werben sollte. In Zürich kam es zu antisemitischen Demonstrationen gegen die Aufführung des Stücks «Professor Mannheim» des jüdischen Autors Wolf im Schauspielhaus; den Marxismus bekämpften die Frontisten in der Person eines ‚Volksrecht‘-Redaktors, in dessen Wohnung sie eine Bombe warfen. Als besondere Heldentat schleuderte ein Frontist gegen eine Rednerin an der Tagung des ‚Weltbundes für Frauenstimmrecht) im Schwurgerichtssaal Zürich – ein Ei! Am 22. Oktober 1935 drang Tobler mit einer Schar Frontisten in eine sozialdemokratische Versammlung in der Wirtschaft ‚Zum Ochsen‘ beim Kreuzplatz ein, und es kam zur berüchtigten «Saalschlacht im Ochsen». Bei dieser tat sich der Frontist Heinrich Reutlinger besonders hervor, der dann (am 4. Mai 1943) wegen Landesverrates zum Tode verurteilt werden musste. Der Freimaurer Kaufmann Denner wurde in einem Hausgang überfallen und verprügelt. In der ‚Front) schrieb hierauf Landesführer Tobler, er habe «durch die Presse erfahren», dass Mitglieder der Nationalen Front

den Überfall auf Kaufmann Denner begangen hätten. Die Nationale Front verurteile dies aufs Schärfste und habe die «Schädlinge der Erneuerungsbewegung» unverzüglich ausgeschlossen. Intern wurde diesen jedoch mitgeteilt, sie könnten der Nationalen Front später wieder beitreten.

Im Herbst 1936 liess die Nationale Front ihre Maske fallen. «Nein, wir sind keine halben Nationalsozialisten; wir stehen weltanschaulich ganz auf dem Boden des Nationalsozialismus», schrieb die ‚Front‘ vom 12. Oktober 1936. Seither reisten die Frontisten ganz offen zu den nationalsozialistischen Parteitag in Deutschland und rühmten sich ihrer Beziehungen zu hohen Persönlichkeiten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die nachweislich schon seit 1934 bestanden hatten, aber bisher geheimgehalten worden waren. Die ‚Front‘ und der ‚Grenzbote‘ nahmen bei jeder Gelegenheit für Deutschland und gegen die Westmächte Stellung. Als Österreich unterging, schrieb die ‚Front‘: «Mit dem Anschluss ist ein Gefahrenherd an unserer Grenze verschwunden.» Natürlich vertraten sie auch die deutsche These von der «Verantwortung der Schweizer Presse». Im Jahre 1937 kam es zu mehreren Prozessen, in denen der Nationalen Front auch finanzielle Abhängigkeit von Deutschland nachgewiesen wurde, obschon ihr Führer erklärt hatte: «...dass speziell die Nationale Front nie einen Rappen ausländischer Gelder angenommen hat und nie annehmen würde, wenn ihr solches angeboten würde. Landesverräter und Käuflichkeit gibt es in ihren Reihen nicht²⁵.»

Wer der Nationalen Front gutgläubig angehört hatte, nahm spätestens 1937 seinen Austritt; wer weiter dabei blieb, konnte sich nicht mehr auf seinen guten Glauben berufen.

Die Opposition und besorgte Patrioten aus anderen politischen Lagern hatten schon früh auf die Problematik der Offiziere hingewiesen, die der Nationalen Front angehörten. Nicht dass sie diese Offiziere verdächtigt hätten, sie würden im Kriegsfall die Schweiz nicht verteidigen.

Aber die politischen Anschauungen, die sie als Frontisten vertraten, hätten, wenn sie verwirklicht worden wären, dazu geführt, dass es gar nicht zum militärischen Widerstand gekommen wäre. Der Einfluss des Einheitskommandanten auf die Geisteshaltung der Truppe ist nun aber einmal so gross, dass es vom Standpunkt des geistigen Widerstandes aus nicht gleichgültig sein konnte, dass Offiziere ihre Soldaten im nationalsozialistischen Sinn beeinflussten. Der frontistische Leutnant Othmar Maag, Leiter der Jugendgruppe der Nationalen Front in Winterthur (und später der Schweizer SS), hatte erklärt, es sei «äusserst wichtig für die Nationale Front, dass er zum Offizier avanciere, denn es müssen im schweizerischen Offizierskorps wie auch in der Mannschaft Zellen geschaffen werden, um die Leute in frontistischer Hinsicht... zu gewinnen».

Den wiederholten Warnungen von sozialdemokratischer Seite hatte man in bürgerlichen Kreisen und auch in der Armee bis 1936 wenig Beachtung geschenkt, weil man sie für Ausfluss einer militärfeindlichen Gesinnung oder gar für Parteipropaganda hielt. Im November 1937 brachte der Jungliberale Alfred Lafont in seiner Zeitschrift ‚Die neue Generation‘ die Frage der frontistischen Offiziere zum erstenmal öffentlich zur Sprache und forderte, sie sollten samt und sonders zur Disposition gestellt werden. Auch hohe Offiziere vertraten die Ansicht, frontistische Offiziere gehörten nicht in die Armee – oder mindestens nicht an Posten, wo sie die Truppe beeinflussen konnten, denn «sie wirkten an der geistigen Entführung von Schweizer Bürgern ins Reich mit».

Mitte Juni 1939 war Oprecht in der Lage, dem Nationalrat die neuen Instruktionen Toblers an die Mitglieder der Nationalen Front bekanntzugeben. «Wir setzen uns für Gonzague de Reynold ein», hiess es da, «weil er sich uns weitgehend zur Verfügung stellt... Wir müssen künftig mehr mit solchen Leuten zusammenarbeiten. Allein können wir das Rennen

nicht machen. Auch Hitler (!) konnte das nicht. Er ist eigentlich auf dem Buckel Hugenberg's gross geworden ... Ich war früher ein Anhänger polizeiwidriger Aktionen. Aber heute stehe ich auf dem Standpunkt, dass wir uns mit diesen Aktionen mehr geschadet als genützt haben... Ich habe Folgendes gemacht: Ich habe sämtliche in Frage kommenden Behörden aufgesucht und ihnen die Ziele der Nationalen Front erklärt. Ich war sogar bei einem Bundesrat und habe ihn überzeugt, dass wir richtige Ziele verfolgen ... Diese Leute lassen sich gar nicht so schwer überzeugen...»

Am 22. März 1939 hatte der Chef des Eidgenössischen Polizei- und Justizdepartements, Bundesrat Baumann, an einer Konferenz im Bundeshaus erklärt: «Die Nationale Front hat ein Bekenntnis zum Schweizertum abgelegt. Solange sich das nicht ändert, sind wir nicht in der Lage, etwas gegen diese Leute zu tun.»

Aber die Änderung der Taktik kam zu spät; sie konnte nicht verhindern, dass es mit der Nationalen Front unaufhaltsam bergab ging. Im Herbst 1939 wagte Landesleiter Tobler es nicht mehr, sich den Stimmbürgern zu stellen. Er verzichtete «freiwillig» auf sein Nationalratsmandat. Ebenso «freiwillig» löste am 3. März 1940 die Landesleitung der Nationalen Front ihre Organisation auf, «weil sie angesichts der völligen Verkrampfung der Gegensätze keine Möglichkeit eines fruchtbaren politischen Einsatzes mehr sahen» (Tobler).

«Bei der Eigenbrötelei des Schweizers ist es überhaupt schwer, die Massen zum kritiklosen Mitgehen bei einer grossen Idee mitzureissen», stellte der ‚Völkische Beobachter‘ zum Auflösungsbeschluss der Nationalen Front fest.

Die Nationale Front hatte sich im Schutz unserer demokratischen Freiheitsrechte fast ungestört entwickeln können. Für kurze Zeit hatte es ausgesehen, als werde sie sich neben den anderen Parteien einen Platz sichern: für kurze Zeit war es ihr gelungen, einem Teil des Schweizer-

volkes Sand in die Augen zu streuen. Aber der gesunde politische Instinkt der Schweizer liess sich auf die Dauer nicht täuschen. «Jede Partei, die sich offensichtlich mit dem Ausland verbindet, wird von unserem politisch reifen Volk in die Schranken gewiesen²⁶.» Ohne behördliches Eingreifen, nur durch seine Wachsamkeit und durch das Mittel der Aufklärung hatte das Schweizervolk selber diesem gefährlichen Vorposten des Nationalsozialismus auf Schweizer Boden das Handwerk gelegt. Im Jahre 1938 stellte das Bundesgericht fest: «Die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung empfindet die Nationale Front als einen Fremdkörper. Weite Kreise sehen ausserdem in ihrem Wirken eine Herausforderung und eine Gefährdung der Unabhängigkeit unseres Landes, weil ihre Organisation und ihr Auftreten sich stark an ausländische Vorbilder anlehnen²⁷.»

Die Organisation war verschwunden. Aber es blieben die Leute und ihre Gesinnung; es blieben die aus der Nationalen Front hervorgegangenen landesverräterischen Organisationen, die ihre Tätigkeit zum Teil von Deutschland aus fortsetzten, und es blieben vor allem die Beziehungen, die zwischen der Nationalen Front und nationalsozialistischen Stellen in der Schweiz und in Deutschland angeknüpft worden waren und weitergeführt wurden – so geheim, dass nicht einmal nach dem Krieg völlige Klarheit über sie geschaffen werden konnte.

III. Geistige Landesverteidigung

Die Erkenntnis, dass wir vom nationalsozialistischen Deutschland geistig-politisch bedroht waren, setzte sich bei uns langsamer durch als die Einsicht in die militärischen Gefahren.

Dass Deutschland seit 1933 gegen uns mit den Methoden der «erweiterten Strategie» vorging, wie man gegen einen künftigen Gegner vorgeht, den man moralisch sturmreif machen will, begriffen zunächst nur die verhältnismässig wenigen, die den Nationalsozialismus genau kannten; sei es, dass sie ihn von Berufs wegen studiert hatten, wie einzelne Juristen und Historiker und der grösste Teil unserer Presseleute, sei es, dass sie Gelegenheit hatten, ihn in Deutschland in seinen praktischen Auswirkungen kennenzulernen, wie die führenden Männer unserer Arbeiterschaft.

Vor allem aus diesen Kreisen war denn auch, wie wir gesehen haben, in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft der Widerstand gegen nationalsozialistische Einflüsse und Übergriffe gekommen. Männer der Presse hatten sich, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, geschlossen allen behördlichen Versuchen zur Einengung der Pressefreiheit widersetzt und uns ein Presseabkommen mit Deutschland erspart. Vor allem Juristen und Historiker waren einer extensiven Interpretation unserer Neutralität entgegengetreten und hatten die Gefahren aufgezeigt, die der demokratischen, vielstämmigen Schweiz vom totalitären Hitlerdeutschland her drohten.

Als Partei hat die Sozialdemokratie sich am frühesten und geschlossensten gegen den Nationalsozialismus gestellt. (Der lärmende «Antifa-

schismus», den die Kommunisten betrieben, war international und klassenmässig bedingt und hatte nichts mit schweizerischer Gesinnung zu tun.) Männer wie Bringolf, Oprecht und Reinhard wussten, dank ihrer Beziehungen zu ihren deutschen Gesinnungsgenossen, wie es der Arbeiterschaft unter dem nationalsozialistischen Regime erging, dass ihre Organisationen aufgelöst und ihre Angehörigen grausam verfolgt wurden. Sie machten sich daher von der tödlichen Gefahr, die Hitlerdeutschland für die schweizerische Arbeiterschaft und damit auch für die Schweiz bedeutete, eine klare Vorstellung, als manche andere Schweizer im Nationalsozialismus noch eine interne deutsche Angelegenheit, eine Art konservative Revolution sahen, die als «Bollwerk gegen den Bolschewismus» sogar eine gewisse Sympathie verdiente.

Auf gewerkschaftlicher Grundlage wurde im Herbst 1933 die Wochenzeitschrift ‚Die Nation‘ gegründet, deren Aufgabe und Grundlage die Abwehr nationalsozialistischer Einflüsse war.

Im gleichen Jahr gelang es den Gewerkschaften, die Büchergilde Gutenberg, die seit 1929, mit fünftausend Mitgliedern, als Filiale der Berliner Büchergilde in Zürich bestanden hatte, in eine schweizerische Genossenschaft umzuwandeln und zur Trägerin schweizerischen Gedankengutes zu machen.

Vom Herbst 1932 bis 1935 organisierte der Sozialdemokrat Dr. Emil J. Walter eine Vortragskampagne mit über zweihundert Vorträgen, in denen Charakter und Gefahren der Frontenbewegung aufgezeigt wurden, und veröffentlichte gleichzeitig unter dem Titel «Der Mittelstand in Bewegung (Die Fronten)» eine eingehende Übersicht über die verschiedenen Erneuerungsbewegungen.

Es waren zum grössten Teil sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Organisationen, aus denen am 17. Juni 1936 die Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe hervorging, die Widerstand gegenüber dem

Nationalsozialismus leistete, indem sie sich für die von diesem Verfolgten und Bedrohten einsetzte.

Am selben Parteitag vom 31. Januar 1937, an welchem die Sozialdemokratische Partei der Schweiz sich vorbehaltlos zur militärischen Landesverteidigung bekannte, legte sie ein unbedingtes Bekenntnis zur schweizerischen Demokratie ab und erklärte sich grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien bereit, ohne die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Landesregierung zur Bedingung zu machen. Aus der Einsicht, dass ihr Schicksal mit der Schweiz unlösbar verbunden war, stellte sie in gefahrvoller Zeit das Gesamtinteresse des Landes über ihre Parteiinteressen. Dadurch, dass gewissermassen die Sozialdemokratie einen Schritt nach rechts und die Freisinnigen, indem sie die dargebotene Hand zur Zusammenarbeit ergriffen, einen Schritt nach links taten, kam es zu einer Sammlung auf die Mitte, die wohl als das wichtigste Ereignis der Vorkriegszeit auf innenpolitischem Gebiet bezeichnet werden kann.

An der Delegiertenversammlung der Neuen Helvetischen Gesellschaft vom 4. April 1937 sprach Oprecht über «Die schweizerische Demokratie im Kriegsfall» und bekräftigte das Bekenntnis der Sozialdemokratie zur schweizerischen Demokratie, zur Neutralität und zum unbedingten Willen zu ihrer Verteidigung.

Diese politische Versöhnung schuf auch die Voraussetzung für ein bedeutsames Ereignis auf sozialem Gebiet. Im Sommer 1937 schlossen die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der grössten Wirtschaftsgruppe der Schweiz, der Metall- und Uhrenindustrie, ein Abkommen über den Arbeitsfrieden, in welchem unter anderem die Arbeitgeber auf die Aussperrung, die Arbeitnehmer auf den Streik als Kampfmittel verzichteten. Das Hauptverdienst am Zustandekommen dieses Verständigungswerkes hatten Dr. h.c. Hans Dübi, Generaldirektor der Von-Roll-schen Eisenwerke, und Dr. h.c. Konrad Ilg, Präsident des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes.

Am Beispiel Österreichs sollte es sich zeigen, dass das Nichtzustandekommen einer Verständigung mit der Arbeiterschaft dem Dritten Reich die Verwirklichung seiner Eroberungspläne gewaltig erleichtert hatte. Zu spät kam die Warnung, die Otto von Habsburg am 17. Februar 1938 an Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg richtete: «... Sie wissen, dass ich stets für eine weitgehende Befriedung gegenüber der Arbeiterschaft war, hingegen eine Politik der Nachgiebigkeit gegenüber den nationalsozialistischen Volksverrättern stets verurteilt habe... Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen folgenden Plan zur Rettung der schwer bedrohten Heimat auseinanderzusetzen ... Die Arbeiter haben in den letzten Tagen bewiesen, dass sie Patrioten sind. Sie können durch den Nationalsozialismus nicht vergiftet werden und werden daher stets am sichersten für Österreich eintreten, wogegen ihnen die Regierung die Möglichkeit geben muss, an der Gestaltung des Vaterlandes aktiv mitzuwirken.»

Im März 1938 besetzte Hitler – unter dem Schlagwort «Heimführung ins gemeinsame Reich aller Deutschen», in Wirklichkeit aber aus machtpolitischen und strategischen Gründen – Österreich, das erste Hindernis auf seinem Marsch nach Osten.

Der österreichische Staat war eine Schöpfung der Siegermächte von 1918 gewesen. Es war ihm in der kurzen Zeit nicht gelungen, eine tragfähige Staatsidee und einen zureichenden Abwehrwillen gegenüber dem «deutschen Bruderstaat» Deutschland zu entwickeln. In seiner Radioansprache an das österreichische Volk am Vorabend des deutschen Einmarsches erklärte Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg: «Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in dieser ernsten Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, dass der deutsche Einmarsch durchgeführt wird, sich ohne Widerstand zurückzuziehen.»

Zum erstenmal hatte sich Hitlers Rezept, wie es in Rauschnings Buch beschrieben ist, bewährt: «Der Gegner muss demoralisiert und kapitulationsreif sein, ehe man an eine militärische Aktion denken kann.»

Im Jahre 1935 hatte die gleichgeschaltete deutsche Presse eine heftige Kampagne gegen die österreichische Presse eröffnet, die sich bald auf den österreichischen Staat und auf den Bundeskanzler ausdehnte. In der Meinung, Nachgiebigkeit sei für den Schwächeren die einzig mögliche Haltung, wies Schuschnigg die österreichische Presse an, sich in ihren Reaktionen aller Provokationen zu enthalten und begrüßte es, als die Nationalsozialisten vorschlugen, die – von ihnen selber erzeugten – Spannungen, die zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der Presse bestanden, durch ein Presseabkommen zu beseitigen. Am 11. Juli 1936 unterzeichneten Bundeskanzler Schuschnigg und der deutsche Gesandte von Papen in Wien ein «Abkommen zur Normalisierung der deutsch-österreichischen Beziehungen.» Das Abkommen gab Deutschland nicht nur die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, was für Äusserungen der österreichischen Zeitungen geeignet waren, die öffentliche Meinung Deutschlands «zu beleidigen» und dadurch «die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu trüben». Die deutsche Presse belehrte, auf das Abkommen gestützt, die österreichischen Zeitungen darüber, was mit Österreichs Rolle «des zweiten deutschen Staates» (auf die es sich im Vertrag vom 11. Juli 1936 festgelegt hatte) vereinbar sei und was nicht – wie sie zur gleichen Zeit den Schweizer Zeitungen vorzuschreiben versuchte, was «neutral» sei und was nicht. Darüber hinaus verlangte Deutschland, dem Abkommen gemäss, an das Österreich sich mit grösster Gewissenhaftigkeit hielt, die österreichische Presse solle «loyal die positiven Leistungen Deutschlands würdigen und sich nicht lediglich in negativer Richtung äussern» – eine Forderung, der Öster-

reich unter Missachtung der Wahrheit nachkam, während die deutschen Zeitungen nur selten und an unauffälligen Stellen ein anerkennendes Wort für Österreich übrig hatten –, bis schliesslich die öffentliche Meinung in Österreich so verwirrt und gelähmt war, dass sie dem Propagandastrom des deutschen Radios keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen vermochte. «Nicht wegen des Presseabkommens allein ist Österreich untergegangen, aber dieses war Voraussetzung der inneren Zermürbung und Lähmung der Widerstandskraft, die zur Folge hatte, dass das Volk die Gefahren nicht mehr zu sehen vermochte, dass ihm sozusagen die Binde über die Augen gezogen wurde²⁸...».

Am 12. Februar 1938 liess Hitler Bundeskanzler Schuschnigg zu sich auf den Obersalzberg kommen und stellte ihm drei Forderungen: Wiederzulassung der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich, Amnestie für die inhaftierten Nationalsozialisten und Aufnahme eines zweiten Nationalsozialisten in seine Regierung (den «Nationalen» Glaise von Horstenau, hatte er schon auf Grund des «Gentlemen-Agreement» von 1936 ernannt.). Diese Forderungen unterstrich er mit der Drohung des militärischen Einmarsches und mit der Erzeugung einer allgemeinen Atmosphäre der Einschüchterung. «Ich habe bei dem Besuch Schuschniggs meine beiden am brutalsten aussehenden Generäle im Vorzimmer paradieren lassen²⁹», spottete er nachher. Schuschnigg sah keine andere Möglichkeit, als die Forderungen anzunehmen. Nach der Rückkehr von seiner «Wallfahrt» ernannte er Arthur Seyss-Inquart, den er für einen «Gemässigten» hielt, der aber in Wirklichkeit Görings Werkzeug war, zu seinem Sicherheitsminister. Die österreichischen Nationalsozialisten, die zu Tausenden aus den Gefängnissen strömten, gingen jetzt offen an die Unterwühlung des österreichischen Staates. Mit ihrer Propaganda, die in der österreichischen Presse kein Gegengewicht mehr hatte, brachten sie es fertig, den Anschein zu erwecken, als stehe die überwältigende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung hinter ihnen.

Dass das nicht der Fall war, wusste Hitler wohl selber am besten, und sorgte daher dafür, dass das von Schuschnigg auf den 13. März angeordnete Plebiszit gar nicht zustande kam.

Knebelung der österreichischen Presse, freie Hand für die österreichischen Nationalsozialisten und sukzessive Besetzung aller wichtigen Regierungsstellen mit Handlangern Hitlerdeutschlands, das waren die Methoden der «erweiterten Strategie», mit denen die Nationalsozialisten Österreich «erobert» hatten und mit denen sie auch die Schweiz sich gefügig zu machen hofften.

Bundeskanzler Schuschnigg, ein Staatsmann der alten Schule, hatte als erster erfahren, dass für das revolutionäre nationalsozialistische Deutschland Verträge und Abkommen nichts anderes waren als Instrumente der «erweiterten Strategie», dazu da, die moralische Widerstandskraft des Gegners zu brechen.

Zwei Lehren vor allem vermittelte der Untergang Österreichs der Schweiz: Nur ein Volk, das unerschütterlich an seinen Staat glaubt, findet in der Stunde der Gefahr die Kraft, ihn zu verteidigen. Und die Methoden, mit denen Österreich sturmreif gemacht wurde, wiesen bedenkliche Ähnlichkeit auf mit denen, die bei uns zu jener Zeit zur Anwendung gelangten. «Kampf und Einsatz in Österreich sind das Vorbild für die Gruppen draussen, sind Verpflichtung für alle Parteigenossen der Auslandsorganisationen, wo immer sie stehen mögen», schrieb die ‚Deutsche Zeitung in der Schweiz‘. Daraus ergaben sich für uns zwei Forderungen: vermehrte politische Selbstbesinnung und erhöhte Wachsamkeit gegen nationalsozialistische Einflüsse. In diesen beiden Richtungen bewegten sich die Bestrebungen, für die man damals den Ausdruck «geistige Landesverteidigung» prägte.

Als erste augenfällige Auswirkung des österreichischen Anschlusses kam es am 21. März 1938 bei der Eröffnung der Bundesversammlung zu

einer noch nie dagewesenen Kundgebung nationaler Geschlossenheit. Der Bundesrat gab in beiden Räten gleichlautende Erklärungen ab, in denen er die Gelegenheit begrüßte, «die öffentliche Meinung aufzuklären und grundlose Befürchtungen zu zerstreuen». «Die Veränderung der politischen Karte Europas», erklärte Bundespräsident Baumann, «kann keine Schwächung der politischen Lage der Schweiz zur Folge haben». Er berief sich auf «die feierlichen Zusicherungen, die uns von allen Seiten gegeben worden sind», und erklärte: «Der Wille des Schweizervolkes, diese Aufgabe zu erfüllen und seine Unabhängigkeit unter Einsatz seines Blutes zu behaupten, ist einhellig und unerschütterlich... Das Schweizervolk ist einig und muss einig bleiben im Willen, das unvergleichliche Vaterland, das Gott ihm gegeben hat, koste es, was es wolle, gegen jedermann und bis zum letzten Atemzug zu verteidigen.» Alle Fraktionen der Bundesversammlung billigten in einer Erklärung, die vor dem Nationalrat der Sozialdemokrat Grimm, vor dem Ständerat der Konservative Zust verlasen, die Worte des Bundesrates und «erklärten feierlich, dass das gesamte Schweizervolk, ohne Unterschied der Sprache, der Konfession oder der Partei, entschlossen ist, die Unverletzlichkeit seines Vaterlandes bis zum letzten Blutstropfen gegenüber jedem Angreifer, wer er auch sei, zu verteidigen».

Diese Kundgebung verdankte ihre grosse Wirkung auf das Schweizervolk, und auch auf das Ausland, vor allem der Tatsache, dass der Bundesrat sich für eine derartige Erklärung überhaupt entschlossen hatte und dass eine Einigung der Fraktionen zustande gekommen war.

In Wirklichkeit waren die Befürchtungen, von denen der Bundesrat sprach, natürlich nicht «grundlos». Die Lage der Schweiz hatte sich, zusammen mit der Weltlage, durch den Untergang Österreichs ganz wesentlich verschlechtert. Der Bundesrat beschleunigte daher unverzüglich die Aktion zur Wiederherstellung der «integralen» Neutralität der

Schweiz im Völkerbund, mit deren Vorbereitung er sich schon seit dem misslungenen Sanktionenexperiment im abessinischen Konflikt im Jahr 1936 beschäftigt hatte. Dem grossen internationalen Ansehen und dem diplomatischen Geschick Bundesrat Mottas war es zu verdanken, dass diese heikle Aktion sich rasch und reibungslos abwickelte. Am 29. April 1938 überreichte er dem Völkerbund das Memorandum, in dem er daraufhinwies, dass «die Bedingungen, unter denen die Schweiz in den Völkerbund eintrat, sich seither gründlich verändert» haben, und ersuchte den Rat, «getragen von der wuchtigen Entschlossenheit der eidgenössischen Räte und des Volkes, die überlieferte umfassende Neutralität mit den Bestimmungen des Völkerbunds paktes vereinbar zu erklären». In seiner Resolution vom 14. Mai erklärte der Völkerbunds rat sich bereit, die Schweiz «in Anbetracht der besonderen Lage, die sich aus ihrer immerwährenden Neutralität ergibt, die auf einer jahrhundertealten und vom Völkerrecht anerkannten Überlieferung beruht, nicht mehr zur Mitwirkung an Sanktionen einzuladen».

Mit diesem Schritt brachte die Schweiz zum Ausdruck, dass sie endgültig das Vertrauen in ein kollektives Sicherheitssystem verloren hatte und sich wieder ganz auf die Politik der bewaffneten Neutralität verlassen wollte.

«Die Umstände, unter denen Österreich zur Preisgabe seines Selbstbestimmungsrechtes gezwungen und zum Verlust seiner Freiheit verurteilt wurde, haben die politische Situation der Gegenwart grell beleuchtet... Die Gefahr, der bei ungehemmter weiterer Offensive der Diktaturstaaten ganz Europa ausgesetzt ist, betrifft im besonderen auch die Schweiz...», hiess es in einem Aufruf aus jenen Tagen, der zur «unverzüglichen Organisation der Zusammenarbeit auf breiter Basis, in Verbindung mit allen Freunden einer freien Schweiz in der ganzen Welt» auf-

forderte und von bekannten Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern unterzeichnet war.

Am 27. April 1938 sprach Karl Meyer an einer Veranstaltung der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Zürich über «Unsere Aufgabe nach dem Untergang Österreichs». «Die Einverleibung Österreichs ist nur eine Etappe», führte er aus. «Schon steht die Tschechoslowakei unter unerträglichem Druck... Wir müssen mit Jahren schwerster europäischer, ja planetarer Spannung, mit chronischer Kriegsgefahr rechnen...»; aber «... in der Weltgeschichte folgen sich Bewegung und Gegenbewegung. Jede Bewegung neigt zur Übernutzung der Gelegenheiten, zur Überspannung der Ziele und ruft dem Gegenschlag. Seit dem Zusammenbruch des ersten deutschen Kaiserreiches, seit dem 13. Jahrhundert, hat Europa keine kontinentale Vorherrschaft auf die Dauer ertragen ... Aufgabe der schweizerischen Gegenwartsgeneration ist es, die Eidgenossenschaft durch diese Gefahrenzone hindurchzusteuern, durch lange Jahre, in einer Epoche, wo die ideologische Propaganda und die Machtpolitik in der Welt sich ähnlich verbinden wie in der Französischen Revolution.» Es gehe nicht an, erklärte er, eine Parallele zu ziehen zwischen unserer sechshundertfünfzig Jahre alten Eidgenossenschaft und Österreich, das erst seit zwanzig Jahren als selbständiger Staat bestanden habe. «Österreich hatte seine alte Staatsidee verloren und noch keine neue gefunden», führte er aus. «Wir Schweizer brauchen den Staatsgedanken nicht erst zu suchen. Er ist unser fester Besitz, und er hat gerade in diesen Wochen seine alte Kraft neu bewiesen. Wir bekennen uns zu den Ideen des freien Nationalitätenbundes, der kleinstaatlichen Freiheit und der Demokratie.» Gegen diese drei Grundpfeiler der schweizerischen Eidgenossenschaft richte sich der nationalsozialistische Totalitarismus, der sich heute in Europa im Vormarsch befinde. Er schloss mit den Worten: «Die Güter, die wir Schweizer mit unserem Staat verteid-

gen, sind letztlich überstaatliche, ewige Güter, die im Urteil der Weltgeschichte am schwersten wiegen. Aus dieser Gewissheit schöpfen wir, mitten in einer dunklen Gegenwart, das sichere Vertrauen in die Zukunft der Schweiz. Gewiss, der heutige Tag ist nicht unser, wohl auch nicht der morgige. Durchzuhalten bis übermorgen, das ist unsere Gegenwartsaufgabe.»

Als im September 1938 das Schicksal der Tschechoslowakei auf des Messers Schneide stand und sich unserer Bevölkerung eine grosse Unruhe bemächtigte, schlug Dr. Jakob Job, Direktor der Radiogenossenschaft Zürich, vor, der Bundesrat möchte sich mit einer Erklärung direkt an das Volk wenden. Als er kein Gehör fand, sprach Pfarrer Karl Zimmermann am 21. September 1938 über den Sender Beromünster die aufrichtenden Worte, auf die, wie das ungewöhnlich starke Echo zeigte, weite Kreise gewartet hatten.

Am 22. September 1938 führte Karl Meyer an einer öffentlichen Versammlung der Freisinnigen Partei in der Stadthalle Zürich aus: «Es liegt nicht in unserer Befugnis, den Richter zu spielen. Der schweizerische Staatsbürger ist dafür nicht kompetent. Denn die Schweiz hätte sich ja schon im Falle Österreich und auch jetzt, in der Schicksalsstunde der Tschechoslowakei, einer Forderung etwa der Weststaaten oder des Völkerbundes um freien Durchmarsch zur Verwirklichung internationaler Rechtssanktionen entzogen. Sie hätte sich dem aus ihrer Staatsraison, auf Grund ihrer vierhundertjährigen Neutralität entziehen müssen. Aber wenn wir als Staatsbürger nicht Richter sein dürfen in dieser Frage, so haben wir als geschichtlich denkende Menschen die Pflicht, uns die Bedeutung der Stunde zu vergegenwärtigen und als eidgenössische Staatsbürger die Lehren aus solchem universalgeschichtlichem Geschehen zu ziehen ... Noch wissen wir nicht, was aus der Zusammenkunft in Godesberg zwischen dem britischen Premier und dem Führer Grossdeutschlands folgen wird; ob das Dritte Reich das Spiel, das es seit einigen Jah-

ren spielt, auch heute fortsetzt, seinen Gegnern eine Forderung nach der andern zu stellen und ihnen nach sukzessiver Erfüllung schliesslich auch die letzte Demütigung nicht zu ersparen, nach dem Vorbild, das einst Rom Karthago bereitet hat? Der Premier des grössten Weltreiches, das die Menschheit je gesehen hat, hat vor acht Tagen das befristete Ultimatum persönlich abgeholt und bringt heute persönlich die Kapitulation nach Godesberg. Hier, in der Zone, wo 1919 bis 1926 die Flagge des britischen Weltreichs wehte – des scheinbaren Siegers im Weltkrieg –, hier soll sich die Kapitulation vollziehen, der Zusammenbruch des europäischen Gleichgewichts, die Anerkennung der deutschen Herrschaftstellung in Europa.»

Am gleichen Tag schrieb Bretscher in der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘: «Mit der übrigen Welt haben wir aufgeatmet, als das Schlimmste für einmal vermieden werden konnte. Mit der übrigen Welt fragen wir uns aber auch, auf wie lange die Kriegsgefahr gebannt worden ist... Wir wissen, dass für die Erhaltung des Friedens ein schwerer Preis gezahlt worden ist... Jedesmal, wenn mit Gewalt oder auch mit der blossen Drohung mit Gewalt politische Umwälzungen hervorgerufen, staatliche Grenzen verändert werden, wird auch die Grundlage erschüttert, auf der ideell-rechtlich die Existenz unseres kleinen Staates beruht.»

Als am 29. September 1938 der Verrat Englands und Frankreichs an der verbündeten Tschechoslowakei in München weit herum als Triumph des Friedenswillens der Diktatoren gefeiert wurde, stimmte das Schweizervolk nicht in den allgemeinen Jubel ein. Zu Freudenkundgebungen wie in anderen Ländern kam es damals in der Schweiz nicht. Begreiflicherweise. Nirgends vielleicht wie gerade in unserem kleinen Land musste empfunden werden und nachdenklich stimmen, wie man in München kurzerhand Verträge beiseite schob, welche den Bestand eines an-

deren Staates hätten garantieren sollen. Mit gesundem politischem Instinkt erkannte das Schweizervolk in seiner Mehrheit, dass die Schwäche der beiden grossen westlichen Demokratien, die sie durch ihre Vertragsbrüchigkeit enthüllt hatten, auch für die Schweiz nichts Gutes verhies.

Am 2. Oktober 1938 nahm Bundesrat Motta an der Tessiner Messe in Lugano Stellung zum Münchner Abkommen. «Wir treten aus einer schweren politischen Krise heraus... Eine ungeheure Erleichterung, eine Freude, die keinen angemessenen Ausdruck findet, erhebt alle Herzen in einer Bewegung der Dankbarkeit. Dieser edle Greis war in Wahrheit der ‚fliegende Bote des Friedens‘, ein unvergleichlicher Ruhm seines Landes und eine gemeinsame Ehre aller Völker, die sich vor seiner Grösse verneigten ... Und ich gestatte mir, mit menschlicher Ehrerbietung den grossen Führer des befreundeten Nachbarlandes zu grüssen, Benito Mussolini, der, indem er ohne Zögern die Einladung, sich jenseits der Alpen zu begeben, annahm, die noch bestürzten Gemüter zusammenführte, sich den Titel höchsten Verdienstes erwarb, den nur der trübe Sinn der Kurzsichtigkeit oder des Fanatismus noch zu bestreiten vermag.»

Diese Rede gehörte zu den bundesrätlichen Äusserungen, die geeignet waren, die Regierung dem Volk zu entfremden. Jedermann wusste, dass wir die Diktatoren nicht herausfordern durften und dass wir gute Gründe hatten, besonders Italien gegenüber Zurückhaltung zu üben. Das Schweizervolk hatte auch Verständnis dafür, dass unsere politischen Vertreter die Diktatoren immer wieder bei ihren Versicherungen des Wohlwollens behafteten, wie der Bundesrat es zum Beispiel in seiner Erklärung vom 21. März 1938 getan hatte. Es war ein Gebot der Staatsklugheit. Aber das Lob, das Bundesrat Motta in Lugano dem faschistischen Diktator spendete, wurde allgemein als übertrieben und unnötig empfunden. Und überdies schien aus der Rede hervorzugehen, dass man beim Politischen Departement das, was in München geschehen war, nicht richtig beurteilte.

Noch andere Äusserungen, die Bundesrat Motta in jenen Tagen tat, wurden vom Volk nicht recht verstanden.

Am 26. November 1938 erfuhr die schweizerische Öffentlichkeit durch das Deutsche Nachrichtenbüro, der schweizerische Gesandte in Berlin, Frölicher, habe am 25. November beim neunzigsten Stiftungsfest des Schweizerischen Unterstützungsvereins in München in Anwesenheit von Münchner Behördevertretern zu seinen Landsleuten gesprochen. Laut den ‚Münchner Neuesten Nachrichten‘ hatte Minister Frölicher unter anderem ausgeführt, es werde ausserhalb Deutschlands noch immer nicht genügend erkannt, dass es ein Verdienst des Nationalsozialismus sei, nicht Aussenpolitik nach alten imperialistischen Rezepten zu machen, sondern den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes auf sein Panier geschrieben zu haben. Dr. Frölicher betonte, dass in der Schweiz – viel sei daran die Schweizer Presse schuld – jedes Gespräch mit Vorliebe kolportiert werde, das spät am Abend am Wirtshaustisch nach vielen Gläsern gesprochen werde. Das einzig Wichtige sei aber, was der deutsche Reichskanzler erklärt habe. Bei dieser klaren Stellung wäre es wahrhaftig an der Zeit, dass man im ganzen Schweizervolk der Aussenpolitik des Bundesrates Verständnis entgegenbringe. Man vergesse oft, dass Deutschland der grösste Lieferant der Schweiz sei, und bedenke auch nicht, dass fünfzigtausend Schweizer in Deutschland lebten.

Die Rede wurde in den Schweizer Zeitungen aller politischen Richtungen – natürlich mit Ausnahme der Frontisten – heftig kritisiert. Die christlich-sozialen ‚Neuen Zürcher Nachrichten‘ schrieben am 28. November: «Das, was wir auf Grund der deutschen Zeitungsberichte über die Rede wissen, lässt darauf schliessen, dass unser gegenwärtiger Minister seine Aufgabe mit derjenigen des deutschen Gesandten in der Schweiz verwechselt hat... Wenn er sich schon bemüssigt fühlte, von Deutschland als dem grössten Kunden und Lieferanten zu sprechen, hätte er auch erwähnen müssen, dass die Schweiz Deutschland auch als

ihren grössten Schuldner betrachten muss und dass den fünfzigtausend Schweizern in Deutschland hundertfünfzigtausend Deutsche in der Schweiz gegenüberstehen, die bei uns Gastrecht und Verdienst genießen.»

Zum schärfsten Protest müssten aber die Worte herausfordern, die gegenüber der Schweizer Presse gefallen sind... «Wir verwahren uns entschieden gegen eine solche Diffamierung der peinlich beobachteten Objektivität in der Berichterstattung, durch welche sich die schweizerische Journalistik im Allgemeinen stets ausgezeichnet hat. Wenn sich herausstellt, dass die Rede tatsächlich so gehalten wurde, wie die ‚Münchener Neuesten Nachrichten‘ sie wiedergeben, dann muss festgestellt werden, dass der gegenwärtige schweizerische Gesandte nicht mehr der Mann des Vertrauens des Schweizervolkes sein kann.»

Im Manuskript, das Frölicher dem Bundesrat auf sein Verlangen zustellte, fehlte der Passus über die Presse. Obschon die ‚Münchener Neuesten Nachrichten‘ sich auf das Stenogramm ihres Berichterstatters beriefen, stellte der Bundesrat Frölicher's Manuskript als «authentische Version» der Schweizer Presse zur Verfügung. Den Journalisten, die Bundesrat Motta's Ansicht über den beunruhigenden Vorfall zu kennen wünschten, warf dieser vor, sie hätten Frölicher «grundlos und unüberlegt angegriffen» und betrieben eine «infame Hetze», und vor dem Nationalrat versicherte er am 15. Dezember in Beantwortung einer Interpellation Meierhans: «In Wirklichkeit hat unser Berliner Minister kein Wort über die Presse gesagt... Es kann Herrn Frölicher kein Vorwurf gemacht werden. Ich halte darauf, ihm hier das volle Vertrauen des Bundesrates auszusprechen.»

Hinterher erklärte Frölicher jedoch, er habe kein geschriebenes Konzept gehabt, sondern die Rede aus der Erinnerung rekonstruieren müssen. Es sei daher möglich, dass er jene Bemerkung über die Presse ge-

macht habe. Bundesrat Motta, dem er dies sagte, habe aber gemeint, das spiele keine Rolle. Er selber bemühe sich ja auch bei jeder Gelegenheit, die Schweizer Presse zur Zurückhaltung zu ermahnen.

Befremden erregte auch die Erklärung, die Bundesrat Motta in der gleichen Sitzung über die «einsatzbereiten» deutschen Studenten abgab: Der Verband der schweizerischen Studentenschaften hatte das Politische Departement in einem Schreiben vom 22. November darauf hingewiesen, dass ein Anschlag in der Universität Berlin «politisch einsatzbereiten Studenten» eine finanzielle Hilfe für Studienzwecke in der Schweiz in Aussicht stellte. Der Verband ersuchte um Abklärung der Angelegenheit. «Das Politische Departement», erklärte Bundesrat Motta, «hat unverzüglich die schweizerische Gesandtschaft in Berlin angewiesen, die erforderlichen Erkundigungen einzuziehen. Ich erhielt den Bericht der Gesandtschaft am Morgen des 2. Dezember und habe am gleichen Morgen dem Bundesrat den wahren Sachverhalt dargelegt... Am Nachmittag habe ich die Öffentlichkeit, im Einverständnis mit meinen Kollegen, durch ein Communiqué informiert.

Die Studenten haben mit der ihrem Alter eigenen Wucht ihren Willen kundgetan, in ihren Studienstätten keine fremden Eingriffe zu dulden. Die Hochschule ist ein Tempel: Einzig Freiheit und die Ehrfurcht vor den Wissenschaften haben Zutritt zu ihr. Ich glaube aber, der wahrhaft Schuldige an dieser Unruhe war das zweideutige und ziemlich unglückliche Wort ‚einsatzbereit‘. Man hat sich eingebildet, dass der ‚einsatzbereite‘ Student ein leidenschaftlicher Verbreiter einer bestimmten Lehre sein müsse. Wir haben uns nach dem wirklichen Sinn des Wortes erkundigt. Sowohl von der deutschen Gesandtschaft in Bern wie von den deutschen Behörden in Berlin wurde uns versichert, dass der Ausdruck ‚einsatzbereit‘ keineswegs die Bedeutung habe, dass die Studenten mit

einer politischen oder wie immer gearteten Propagandamission betraut seien. Wir haben ausserdem die Versicherung erhalten, dass die deutschen Universitätschüler die Weisung haben, sich in keiner Weise in die Politik des Gastlandes einzumischen. Jede solche Propaganda ist ihnen strengstens untersagt...»

Wer die offiziellen Proklamationen der Nationalsozialisten verfolgt hatte, wusste, was das Wort «einsatzbereit» bedeutete. «Einsatzbereit» sein, hiess, propagandistisch für den Nationalsozialismus zu sein. «Einsatzbereit» waren aber auch die Mitglieder der SS-Abteilung gewesen, die Dollfuss ermordeten, «einsatzbereite» Studenten hatten den Anschluss Österreichs vorbereiten helfen, «einsatzbereite» Mitglieder der SA, der SS und der Hitlerjugend hatten die deutschen Synagogen in Brand gesteckt.

In diesen Interpellationen hatte sich die innere Unruhe und Nervosität entladen, welche sich der deutschschweizerischen Landesteile angesichts der europäischen Ereignisse der letzten Monate und einer gegen die politischen und kulturellen Grundlagen der Schweiz gerichteten Propaganda von aussen und innen bemächtigt hatte. Viele Welschschweizer verstanden diese Stimmung nicht und schüttelten über sie die Köpfe. Auch die Antwort des Bundesrates missbilligte die Aufregung: «Ich bin betroffen ob der Besorgnis, die sich gewisser Gegenden unseres Landes bemächtigt hat», erklärte Bundesrat Motta. «Diese Besorgnis ist nicht gerechtfertigt. Eine nervöse und ängstliche Haltung geziemt uns Schweizern nicht.» Nationalrat Dr. Albert Oeri, Chefredaktor der ‚Basler Nachrichten‘, schrieb dazu am 17. Dezember 1938, die starke und spontane Reaktion aus dem Volk müsse begrüsst werden, «das Bild eines abwehrenden Volkes bei einer zurückhaltenden Regierung ist nach aussen sicher eindrucksvoller als der umgekehrte Fall.»

Nachdem Hitler am 26. September 1938 erklärt hatte: «Ich habe Herrn Chamberlain versichert, dass es – wenn dieses Problem gelöst ist – für

Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt... Wir wollen gar keine Tschechen», besetzte er am 15. März 1939 die Rest-Tschechoslowakei. Am 14. März hatte er den tschechoslowakischen Staatspräsidenten, Dr. Hácha, nach Berlin befohlen und ihm – unterstützt von Reichsmarschall Göring, der mit der Bombardierung Prags drohte – derart zugesetzt, dass er am 15. März, als die deutsche Wehrmacht und die deutsche Luftwaffe schon in die Tschechoslowakei einrückten, dem deutschen Volk verkünden konnte: «Die Prager Regierung hat Befehl gegeben, dem Einmarsch der deutschen Truppen keinen Widerstand entgegenzusetzen und ihren Anordnungen in jedem Fall Folge zu leisten.» Ohne einen Schuss abzufeuern, musste die für ihre Tapferkeit berühmte tschechische Armee sich ergeben. (Nur den tschechischen Fliegern gelang es im letzten Augenblick, fast vollzählig nach Warschau zu entkommen, von wo sie auf einem langen Leidensweg über Paris schliesslich nach London gelangten und dort ein Jahr später zusammen mit geflüchteten polnischen Fliegern in die Luftschlacht über England eingriffen. Der englische Premierminister Winston Churchill schreibt in seinem Bericht «Luftschlacht über England» (Seite 51): «Auch polnischen und tschechischen Piloten gebührt ihr Anteil des Ruhmes dieser Schlacht. Sie besitzen die Eigenschaften grossen Mutes und Ungestüms. Sie sind wahrhaftig grossartige Kämpfer.») Ein zweitesmal hatte Hitlers Rezept sich bewährt: Als der moralische Widerstand gebrochen war, kamen die deutschen Truppen als «friedliche Besatzungsarmee» ins Land.

Am 16. März 1939 sprach Bundesrat Obrecht, Chef des Volkswirtschaftsdepartementes, vor der Basler Gruppe der Neuen Helvetischen Gesellschaft über kriegswirtschaftliche Massnahmen. Mit Blick auf Schuschnigg und Hácha, die zu Hitler zitiert worden waren, nahm er mit folgenden Worten auf die Geschehnisse in der Tschechoslowakei Bezug: «Das Ausland muss es wissen: Wer uns ehrt und in Ruhe lässt, ist

unser Freund. Wer dagegen unsere Unabhängigkeit und unsere politische Unversehrtheit angreifen sollte, dem wartet der Krieg. Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen.»

Endlich hatte ein Bundesrat, ohne Rücksicht auf das Ausland, das gesagt, was das Volk hören wollte. Es hat ihm dafür gedankt, indem es seinem Ausspruch in der Erinnerung an die Zeit des Zweiten Weltkriegs einen dauernden Platz einräumte. Weder vorher noch nachher ist es einem Bundesrat mit noch so brillant formulierten Reden gelungen, einen derart engen Kontakt mit dem Volk herzustellen, wie Bundesrat Obrecht ihn mit wenigen prägnanten Worten erreichte.

Anschliessend an die Erklärung Bundesrat Obrechts erhoben Persönlichkeiten aus verschiedenen Kreisen, unabhängig voneinander, die Forderung, es sollten alle wehrwilligen, aber nicht der Armee angehörenden Bürger bewaffnet werden.

So schrieb zum Beispiel der Sekretär des VPOD Basel, H. Wiedmer, am 18. März 1938 an Oprecht: «Die Erklärung Bundesrat Obrechts hat beruhigend gewirkt. Aber ich bin der Meinung, es sollte auf die Worte jetzt eine greifbare Tat folgen, welche die Bereitschaft zur Verteidigung nach innen und nach aussen unterstreicht. Ein dringlicher Bundesbeschluss sollte anordnen, dass sämtliche Schweizerbürger, die keinen Militärdienst leisten, verpflichtet sind, sofort einen Schiesskurs zu absolvieren... Der Bundesrat würde damit dem Schweizervolk und dem Ausland zeigen, dass er wirklich das ganze Volk auf die Verteidigung vorbereitet.» Am 25. März 1939 erschien in der ‚Berner Woche‘ ein Artikel von Dr. Hans Strahm, betitelt «Volkskrieg?», in welchem für die Schweiz das «schrankenlose Recht der Selbstverteidigung mit allen Mitteln» beansprucht wurde. «Wir sollten verzichten auf den theoretischen Unsinn eines ‚ehrlichen‘ Krieges», schrieb der Verfasser. «Einem ein-

brechenden Feind muss zum Voraus klar sein, dass, alles was irgend Waffen tragen kann, sich mit allen Mitteln wehren wird.» Unter dem Motto «Heraus mit den langen Gewehren!» deckte Ernst Schürch in mehreren Artikeln im ‚Bund‘ Strahms Auffassung weitgehend.

In der Folge entspann sich in der ‚Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung‘ vom Mai und Juli 1939 eine erregte Diskussion über diese Frage. Hauptmann Hans Georg Wirz sah in den Vorschlägen Schürchs ein Misstrauensvotum gegenüber der Armee und lehnte sie entrüstet ab. Der Bevölkerung empfahl er für den Kriegsfall «das tapfere Aushalten unter einer vorübergehenden fremden Okkupation». Das bezeichnete Schürch als Weltfremdheit und berief sich unter anderem auf einen Parlamentarier, der aus der Stimmung, die in seiner Gegend herrschte, den Schluss gezogen hatte: «Ich weiss nur eines: Wenn der Krieg kommt, dann wird bei uns aus allen Fensterlöchern und aus allen Kellerlöchern geschossen, und zwar von Männern und Frauen, Haager Konvention hin oder her.»

Der Wunsch des Volkes nach Sammlung der letzten Widerstandskräfte wurde im Herbst 1939 vom Armeekommando aufgegriffen und fand nach Beginn des Krieges im Westen am 12. Mai 1940 seine Verwirklichung in den Ortswehren.

Auf die imponierende Kundgebung nationaler Geschlossenheit vom 21. März 1938, mit welcher Bundesrat und Parlament auf den Untergang Österreichs reagiert hatten, waren in einigen grösseren Städten öffentliche Versammlungen mit Rednern aus verschiedenen politischen Lagern gefolgt. So sprachen beispielsweise am 6. April 1938 im Börsensaal Zürich Oberstkorpskommandant Ulrich Wille und Nationalrat Dr. Paul Meierhans, Redaktor des ‚Volksrechts‘ an einer überparteilichen Kundgebung für die Unabhängigkeit der Schweiz. Zu einer überparteilichen Zusammenarbeit kam es zunächst nur in einzelnen Kantonen. Auf Bundesebene wurde sie erst unter dem aussenpolitischen Druck der Kriegs-

jahre zum Beispiel in den Vollmachten-Kommissionen der Eidgenössischen Räte verwirklicht.

Zwei Erlasse des Bundesrates aus dem Jahre 1938 standen jedoch im Zusammenhang mit den Geschehnissen im Ausland: die sogenannte Demokratieschutzverordnung vom 15. Dezember 1938 und die bundesrätliche Vorlage über Schweizerische Kulturwahrung und Kulturwerbung vom 9. Dezember 1938, das persönliche Werk Bundesrat Philipp Etters.

Im November 1938 hatte Nationalrat Feldmann den Bundesrat eingeladen, «zu prüfen, in welcher Weise die Interessen der Eidgenossenschaft wirksam geschützt werden können gegenüber allen politischen Organisationen, welche unter ausländischem Einfluss die äussere Sicherheit und die innere Ordnung des Landes gefährden». Er wandte sich besonders scharf gegen die rechtsextremen Gruppen Eidgenössische Soziale Arbeiterpartei, Bund treuer Eidgenossen und Volksbund, deren Staatsgefährlichkeit er in drei Richtungen sah: im rückhaltlosen Kampf für die nationalsozialistischen Ideen auf Schweizer Boden, in der bewussten Diskreditierung der schweizerischen Demokratie und der gleichzeitigen aktiven Propaganda für einen fremden Staat und dessen Staatsauffassung.

Dem Bundesratsbeschluss betreffend Massnahmen gegen staatsgefährliche Umtriebe und zum Schutz der Demokratie, mit dem der Bundesrat dem Postulat Feldmann Folge gab und der am 15. Dezember 1938 in Kraft trat, kam prinzipielle Bedeutung zu. Dreimal, in den Jahren 1921, 1933 und 1936, waren sogenannte Staatsschutzgesetze, die sich damals vor allem gegen die Linksextremen richteten, weitgehend von den gleichen Kreisen, die dem Bundesrat jetzt Langsamkeit im Ergreifen von Massnahmen gegen Frontisten und Nationalsozialisten vorwarfen, abgelehnt worden. Jetzt, im Jahr 1938, war es eine sozialdemokratische Zeitung, die schrieb: «Die Demokratie ist nicht dazu da, dass unter ihrem

Schutz die Organisation zu ihrer Vernichtung aufgezogen wird. Anrecht auf demokratische Rechte und Freiheiten kann nur jener erheben, der gewillt ist, diese Rechte und Freiheiten auch anderen zu gewähren, sofern er selber an die Macht käme.» Am 12. Dezember antwortete Bretscher in der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘ auf den Einwand des ‚Journal de Genève‘, der Bundesrat schaffe mit seiner Verordnung ein «Meinungsdelikt»: «Man darf sich fragen, ob wirklich gerade von Bundesrat Baumann und von den anderen Mitgliedern des gegenwärtigen Bundesrates befürchtet werden muss, dass sie einen extensiven Gebrauch von den Befugnissen machen werden, die sie sich in dem vorliegenden Beschluss zuerkannt haben. Wir hegen in dieser Beziehung keine grossen Befürchtungen, nachdem wir gesehen haben, dass dem Bundeshaus die nationalsozialistische Maulwurfspresse eine Zeitlang weniger Sorge zu bereiten schien als die Haltung jener anderen Organe der öffentlichen Meinung, die aus Sorge um den Staat die Behörden zur Ergreifung der notwendigen Massnahmen drängten ... Wir sind und bleiben eine Demokratie, auch wenn wir dafür sorgen, dass unsere Behörden künftig den Feinden der Demokratie mit den Mitteln begegnen können, die der neuen, diabolischen Technik der Staatszersetzung und Staatszerstörung angemessen sind. Bleiben wir Demokraten – aber lasst uns einmal keine Hirtenknaben sein!»

Am 9. April 1939 nahm das Parlament die bundesrätliche Vorlage über Kulturwahrung und Kulturwerbung an und beschloss, eine Stiftung Pro Helvetia mit einem Kredit von 500'000 Franken zu errichten. Diese sollte der «geistigen Landesverteidigung im weitesten Sinne und auf lange Sicht» durch Förderung «des schweizerischen Schrifttums, der Zeitungen, des Theaters, des Films, des Radios, der Kunstaustellungen und des Heimatschutzes» dienen.

Am 20. Oktober 1939, als der Krieg schon begonnen hatte, wurde statt der vorgesehenen Stiftung zunächst die Arbeitsgemeinschaft Pro

Helvetia mit einer Abteilung Armee und einer Abteilung Haus geschaffen. General Guisan unterstellte am 3. November 1939 die Abteilung Armee samt der Hälfte des Kredites mit der Sektion ‚Heer und Haus‘ der Generaladjutantur der Armee, während die Abteilung Haus beim Departement des Innern blieb.

Unterdessen hatte das Schweizervolk selber einen Beitrag an die geistige Landesverteidigung im weitesten Sinne des Wortes geleistet, wie kein behördliches Programm ihn fertiggebracht hätte. Als spontanes kollektives Werk hatten die schöpferischen Kräfte des Volkes die Schweizerische Landesausstellung geschaffen. Die ‚Landi‘, wie die Schweizer sie liebevoll nannten, gab einen umfassenden Überblick über Land, Volk und Geschichte; sie rief dem Schweizervolk das Besondere seines Staates, die demokratischen Formen und die Vielsprachigkeit in Erinnerung und war damit ein Stück staatsbürgerliche Erziehung. Sie machte dem Schweizer bewusst, dass es, in der damaligen Weltlage mehr als je, ein Privileg bedeutete, Schweizer zu sein, und sie stärkte das Gefühl der Zusammengehörigkeit in den verschiedenen Landesteilen. An der ‚Landi‘ wurde auch die Formel geprägt: «Die Schweiz will, kann und muss sich verteidigen», die während des Krieges zur Losung derer werden sollte, die für unbedingten Widerstand eintraten. Es mag an der ‚Landi‘ etwas allzu oft und laut auf die glorreiche Vergangenheit gepocht und in Selbstbeweihräucherung gemacht worden sein, aber sie ist sicher für manchen Schweizer zum echten Erlebnis geworden, das in ihm die Liebe zum Vaterland neu entfacht hat, jene Liebe zum Vaterland, über die der damalige Hauptmann Karl G. Schmid in seinem schönen Büchlein «Der Soldat und der Tod» schrieb: «Es ist gut, wenn man die ‚wunderbare Tatsache‘ des Vaterlandes, wie Gottfried Keller es einmal nannte, zu unterbauen, zu erklären, zu füllen versucht. Es kann nur von Nutzen sein, wenn möglichst viele wissen, was das Besondere, das nicht zu Verwechselnde ist

an unserem Staat. Es ist gut, wenn die erstaunliche Tatsache der Viersprachigkeit, der demokratischen Formen, wenn alle die alten Wunder unserer staatlichen Vielfalt ins Bewusstsein gehoben werden... Aber kulturelles und staatsbürgerliches Wissen hat nur dann Wert, wenn es von einem ungebrochenen Strom der Vaterlandsliebe getragen wird, der weit umfassender und viel kräftiger ist als alles sekundäre Wissen.»

In der euphorischen Stimmung jenes Sommers vergass man allzuleicht, dass angesichts der Geschehnisse in Österreich und in der Tschechoslowakei bei uns neben der Landesverteidigung auf lange Sicht eine Landesverteidigung im engeren Sinn notwendig gewesen wäre. Es genügte nicht, dass der Schweizer sein Vaterland liebte und dass er bereit war, es zu verteidigen; er musste auch die Gefahren kennen, von denen es bedroht war, und die Methoden, mit denen er ihnen begegnen konnte.

Im Bundesbeschluss vom 5. April 1939 über Kulturwahrung und Kulturwerbung hatte der Bundesrat erklärt: «Wenn die militärische und wirtschaftliche Verteidigung des Landes, ihre Vorbereitung und Organisation, ausschliesslich eine Sache des Staates sind, so möchten wir die geistige Verteidigung vor allem der Initiative der Bürger überlassen... Die Kräfte des Landes müssen sich selber mobilisieren, um eine gemeinsame Front zu bilden.»

Diese Haltung nahm der Bundesrat auch gegenüber der geistigen Landesverteidigung im engeren Sinn ein, wie sie sich angesichts der Bedrohung durch den Nationalsozialismus aufdrängte. So entsprach es unserer Tradition. Es gab damals zwar Leute, die der Ansicht waren, die Zeiten seien so gefährlich und aussergewöhnlich, dass sich ein Abgehen von der Tradition gerechtfertigt hätte. Nach der Opferung der Tschechoslowakei im Oktober 1938 unterbreitete zum Beispiel Hausamann im Einverständnis mit zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Le-

bens dem Bundesrat ein Exposé, betitelt «Kampf um die Schweiz», und einen Organisationsplan für eine schweizerische Zentrale für Forschung und Aufklärung. Ausgehend davon, dass man auch ein politisch geschultes Volk wie das schweizerische nicht wehrlos dem Einfluss der nationalsozialistischen Propaganda überlassen, «nicht einfach schlitteln lassen» dürfe und dass der beste Schutz nicht obrigkeitliche Verbote, sondern die Immunisierung des Volkes durch sachliche Aufklärung sei, schlug er vor, eine Stelle zu schaffen, die, parteipolitischen Erwägungen entzogen, der Armee nahestehen und im Kriegsfall der Armeeführung unterstellt werden müsste. «Nützen wir die Stunden und gehen wir zur organisierten Verteidigung über», schrieb er. «Sehen wir nicht länger zu, wie die national-sozialistische Propaganda den Widerstandswillen unseres Volkes unterhöhlt... Ohne eine umfassende Organisation geht es heute nicht mehr.» Seine Vorschläge fanden jedoch bei den Behörden kein Echo. Erst während des Krieges sollten sie in der ‚Aktion nationaler Widerstand‘ zum grossen Teil verwirklicht werden.

So blieb auch die geistige Landesverteidigung im engeren Sinne den Kräften des Landes überlassen. Es gab keine Stelle, die sich ordnend und vorausschauend mit ihr beschäftigte, wie es für die militärische und wirtschaftliche Landesverteidigung der Fall war. «Journalist und Pfarrer, Theatermann und Politiker, Lehrer und Jurist, Geograph und Historiker haben mit den Waffen ihres Berufes gefochten» (Peter Wegelin)³⁰. Aber jeder von ihnen focht für sich allein; zu einem Zusammenschluss zwischen ihnen kam es nur ganz vereinzelt.

Im Sommer 1936 taten sich Vertreter der vier grossen Weltanschauungsgruppen der Schweiz (Jungliberale, Jungkonservative, Neue Helvetische Gesellschaft, Aufgebot, Vaterländischer Verband und Nation), unter dem Präsidium von Dr. A. Stieger zum Forum Helveticum zusam-

men. Entstanden im Zusammenhang mit der Neuen Helvetischen Gesellschaft, setzte es sich das Ziel, regelmässige Aussprachen über Fragen und Aufgaben der geistigen Landesverteidigung durchzuführen. Subventioniert wurde es durch die Arbeitsgemeinschaft Pro Helvetia. In der Folge fanden alle zwei Monate Aussprachen statt, an denen sich Vertreter von über vierzig politischen und kulturellen Organisationen beteiligten. Dass eine derartige Vereinigung sich nicht für rasche, schlagkräftige Aktionen eignete, liegt auf der Hand. Für solche wurde im Oktober 1938 die Arbeitsgruppe Forum Helveticum geschaffen, die sich dann im Krieg für die Stärkung des geistigen Widerstandes einsetzen sollte.

Am 19. Januar 1939 gründete Karl Meyer zusammen mit Dr. Walter Ammann, Dr. Hans Bosshardt, Dr. Adolf Guggenbühl und Dr. Hermann Weilenmann die Vereinigung Res Publica. Als Aktuar zeichnete der Sozialdemokrat Dr. Emil J. Walter, als Quästor der Direktor der Nordostschweizerischen Kraftwerke, Dr. E. Fehr-Oechsli. Als Sekretär stellte sich bis zum Krieg Dr. Georg Thüerer, Lehrer an der Kantonsschule St. Gallen, zur Verfügung, der vom Rektorat der Kantonsschule und vom Erziehungsdepartement St. Gallen zu diesem Zweck beurlaubt wurde. Die Res Publica erhielt wiederholt grössere Beiträge vom Stadtrat von Zürich, von der Schweizerischen Nationalbank und von der Direktion der Nordostschweizerischen Kraftwerke. Die Vereinigung setzte sich die «Festigung des schweizerischen Abwehrwillens und die Förderung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft gegen aussen» zum Ziel. Wie Karl Meyer selber keiner Partei angehörte und sich bei seiner öffentlichen Vortrags- und Aufklärungstätigkeit überall zur Verfügung stellte, wo er eine Möglichkeit sah, der Schweiz als ganzer zu dienen, war die Res Publica streng neutral und identifizierte sich mit keiner politischen, konfessionellen, sozialen oder wirtschaftlichen Gruppe. Sie erklärte sich auch bereit, im Rahmen

ihrer allgemeinen Zweckbestimmung mit öffentlichen und privaten Institutionen und Einzelpersonen zusammenzuarbeiten und Anregungen oder Forderungen, die sie für dringend hielt, aufzugreifen und weiterzugeben.

Bis zum Kriegsausbruch stand die Vortrags- und Aufklärungstätigkeit im Vordergrund, die neben Karl Meyer, Guggenbühl und Weilenmann vor allem Thürer besorgte. Er organisierte, zum Teil zusammen mit Studierenden der beiden Zürcher Hochschulen, Kurse und Ausspracheabende für Studenten aller Fakultäten und wirkte an Kursen der Freien Vereinigung für nationale Erziehung und der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Erziehung mit. Er sprach an Veranstaltungen von Jugendorganisationen, wie Pfadfindern und der Tatgemeinschaft, und an grossen Grenzlandkundgebungen in Basel, Brugg, Schaffhausen, Winterthur und Arbon. Anlässlich der Aktion «Zürcher Jugend ruft der Schweizer Jugend» hielt er auf dem Festplatz der Schweizerischen Landesausstellung eine Rede über «Grund und Grat.»

Im Geiste der Res Publica verfasste er auch die Texte in Otto Baumbergers Wandbild auf dem Höhenweg der Landesschau. Am 13. August 1939 sprach er am Auslandschweizertag der ‚Landi‘ als Vertreter der deutschen Schweiz neben Bundesrat Motta und Oberstkorpskommandant Henri Guisan: «Nicht der totale Staat, sondern der totale Mensch ist unser Wunsch und Wille, dem Worte Pestalozzis folgend, der uns anwies, den Staat zu vermenschlichen und nicht den Menschen zu verstaatlichen. Es ist mir eine Bürgerfreude ohnegleichen», rief er den Landsleuten aus dem Ausland zu, «Ihnen zu sagen, dass dieser Wille zum Bunde der Freien im unabhängigen Staate in uns wach und wehrhaft ist wie kaum je zuvor. Nehmen Sie die Zuversicht mit sich über die Grenze, über die Meere, dass das Schweizervolk als tapfere Besatzung die Hochburg der Freiheit halten wird, damit der Welt ein Herd erhalten bleibe,

an dem andere Völker, wenn ihre lichte Stunde der Freiheit anbricht, die Fackel neu entzünden können.»

Thürers Vorträge dienten im Sinne der «geistigen Landesverteidigung» dem doppelten Ziel, «das Schweizervolk einen Schritt weiterzuführen auf dem Weg von der ‚naiven‘ zur bewussten Demokratie» und es zur Wachsamkeit und zum Widerstand gegen die «erweiterte Strategie» des deutschen Nationalsozialismus aufzurufen. Mit seiner Formulierung «Ein Diktator frisst keinen Igel» nahm er die Konzeption vorweg, auf welcher im Sommer 1940 der Rütlibericht General Guisans beruhen sollte.

Eine wichtige Forderung, die damals in der Luft lag, betraf den Rundfunk.

Schon am 5. Mai 1936 hatte der Schweizerische Gewerkschaftsbund in einem Schreiben an den Bundesrat betreffend die Landesverteidigung geschrieben: «Eines der wirksamsten Mittel im Dienste der geistigen Landesverteidigung könnte der Rundspruch sein. Er wird aber heute sozusagen gar nicht für diesen Zweck verwendet; ja es ist ihm durch den Bundesrat direkt untersagt, die aktuellen politischen Lebensfragen zu behandeln, so wie es sich einer Demokratie als würdig erweisen würde. Die Sender anderer Länder können die einseitigste Propaganda über unser Land fluten lassen. Allein der schweizerische Landessender bleibt stumm, oder er beschäftigt sich höchstens mit politischen Problemen aus dem 16. und 17. Jahrhundert ... Wir halten diesen Zustand für unerträglich und wünschen dringend eine Änderung, damit auch das Radio zur freien demokratischen Meinungsbildung herangezogen werden kann und damit zur politischen Schulung des Volkes, was zu den Voraussetzungen der Demokratie gehört.»

Am 2. Mai 1938 hatte das Forum Helveticum als Ergebnis einer seiner Aussprachen eine Resolution an den Bundesrat gerichtet, in welcher es verlangte, die Landesregierung möge vermehrten Gebrauch vom Ra-

dio machen: «Vertreter der Landesregierung sollten häufiger zum Volk sprechen, um das Gefühl des Kontaktes zu stärken.» Auch wies es daraufhin, dass bei unserem Radio «die Neutralität zur völligen Farblosigkeit zu führen drohe, während andererseits der Telephonrundspruch dadurch, dass man häufig deutsche Unterhaltungsprogramme unbesehen übernahm, nicht selten nationalsozialistische Propaganda mit übertrug». Beispielsweise hatten am 6. April 1938 die fünfundsechzigtausend schweizerischen Hörer des Telephonrundspruchs folgenden Kommentar zu einem Wehrkredit-Begehren des Bundesrates zu hören bekommen: «Die internationale Rüstungsfinanz erhält damit die Gewissheit, dass ihre Hetzarbeit auch in der Schweiz ihre Früchte getragen hat.»

Am 19. November 1938 schrieb Bosshardt an Dr. Job, Direktor der Radiogenossenschaft Zürich, zuhanden aller drei Landessender unter anderem: «Ganz unzweifelhaft kommt dem Radio für die geistige Landesverteidigung allergrösste Bedeutung zu. Die Leitung des Radios sollte ein umfassendes Programm der geistigen Landesverteidigung ausarbeiten. Auf diese Weise könnte der Einfluss der ausländischen Sendungen und auch der Einfluss der fremden Presseerzeugnisse auf unsere Bevölkerung abgeschwächt werden ... Ich möchte hervorheben, welche grosse Bedeutung dem Radio in kritischen Zeiten in psychologischer Hinsicht zukommt. Eine geschickte Radiosendung im kritischen Augenblick kann eine Panik verhindern ...»

Und schliesslich verfasste Thürer im Auftrag der Res Publica am 11. März 1939 zuhanden von Generaldirektor Glogg der Schweizerischen Radiogenossenschaft ein Expose, betitelt «Die gegenwärtige Lage und Haltung des schweizerischen Rundfunks in nationalen Fragen»: «Wenn es uns Angehörigen eines Gemeinwesens, das nicht den totalen Staat, sondern den totalen Menschen zum Ziel hat, im Grunde genommen auch widerstrebt, das Radio zu ‚politisieren‘, so werden wir doch die Sorge

nicht los, dass unsere verantwortlichen Behörden den Rundfunk als Waffe in fremder und eigener Hand einfach verkennen; unsere Bundesräte sollten sich häufiger und eindringlicher ans Volk wenden. In welchem Mass dieses auf ein mutiges und zuversichtliches Wort rechnet, zeigte das Echo auf die Ansprache von Pfarrer Zimmermann (vergleiche Seite 69), als sich in den schicksalsschweren Septembertagen kein Mitglied der obersten Landesbehörde bereiterklärte, zum Schweizervolk zu sprechen. Es gibt keinen besseren Luftschutz gegen Diktatorenreden als das mutige Bekenntnis unserer Verantwortlichen zur Freiheit der Schweiz und des Schweizer.» Und weiter stellt er fest: «Die Scheu, den Rundfunk zu ‚politisieren‘, artet nur zu leicht und zu oft in peinliche Charakterlosigkeit aus. Wenn ein Sprecher nicht mehr Vergleiche zwischen fremden Staaten und der Schweiz anstellen darf, so ist das ein krasser Anfang der Selbstaufgabe, der unseren Protest herausfordert ... Warum soll ein Schweizer Arbeiter nicht wissen dürfen, dass er sich mit seiner Arbeitslosenunterstützung noch besserstellt als ein deutscher Arbeiter in unterer Lohnkategorie? Warum soll unsere Jugend nicht hören dürfen, was für ein Raub an Freizeit ihrer im Falle der Eingliederung unseres Vaterlandes in eine Diktatur warten würde?»

Diese Vorschläge und Mahnungen fanden bei den zuständigen Behörden wenig Verständnis.

Schon damals sah man eben in Deutschland unsere geistige Landesverteidigung nicht gern. «Die geistige Landesverteidigung, wie die Schweiz sie betreibt, widerspricht dem Geiste der absoluten Neutralität», hiess es in einem Aufsatz des ‚Stuttgarter Kuriers‘, den die ‚National-Zeitung‘ am 29. Juli 1938 zitierte. Und am 20. Oktober 1938 schrieb das ‚Berliner Tageblatt‘: «Der skrupellosen Verdächtigung gegenüber, welche dem Schweizervolk einreden will, es habe vom Dritten Reich

etwas zu befürchten, sagen wir rundheraus, dass die Schweiz keiner ‚geistigen Landesverteidigung‘ gegen Deutschland bedarf.»

Einzig in ihrer Art war die geistige Landesverteidigung, die Professor J. R. von Salis während des Krieges in seiner «Weltchronik» betrieb. Vom Winter 1940 bis zum Ende des Krieges berichtete dieser auf persönlichen Wunsch Bundesrat Pilets aus dem Studio Zürich des Senders Beromünster jede Woche über die Weltlage. Obgleich er sich nach dem Motto «Analyse ist die beste Polemik» einer strengen Sachlichkeit und Unparteilichkeit befliss, stellte sich nach dem Krieg heraus, dass diese Sendungen vielen Menschen in Deutschland und in den besetzten Gebieten Trost gebracht hatten und zum Teil unter Lebensgefahr abgehört worden waren.

Das Drängen der Res Publica dürfte wohl dazu beigetragen haben, dass beim Radio am 5. Juli 1939 um 7 Uhr ein Frühnachrichtendienst und seit Kriegsbeginn um 22.15 Uhr ein Spätnachrichtendienst eingeführt wurde, nachdem vorher bei unserem Nachrichtendienst ein Leerraum von siebzehn Stunden bestanden hatte, den ein grosser Teil der Hörer damit auszufüllen pflegte, dass er seine Informationen – zum Teil auch diejenigen über die Schweiz – bei fremden Sendern holte.

Eine Tätigkeit der Res Publica, die sich während des Krieges als sehr wertvoll erweisen sollte, war die Herstellung eines intensiveren Kontaktes mit den Vereinigten Staaten.

Am 5. November 1938 war in der grossen amerikanischen Zeitung ‚New York Post‘ ein Artikel mit der Überschrift «Die Schweiz ist reif, von den Nazis gepflückt zu werden» erschienen. Der Verfasser, der sich auf einen «arischen schweizerischen Emigranten» berief, schilderte die Schweiz als ein Land, das im Begriff war, von seiner reaktionären Regierung und einer Kamarilla, bestehend aus deutschlandhörigen Grossindustriellen und hohen Offizieren, an das nationalsozialistische Deutschland ausgeliefert zu werden.

Diese und ähnliche Presseäusserungen zeigten, dass es dringend nötig war, die Amerikaner besser über die Schweiz zu unterrichten. Auf Anregung der Res Publica wurde hierauf, unter dem Vorsitz von Dietrich Schindler, ein Ausschuss zur Behandlung schweizerisch-amerikanischer Fragen geschaffen, der am 20. Januar 1940 dann zur Gründung der Swiss-American Society for Cultural Relations führte. Diese Gesellschaft trug dazu bei, dass in amerikanischen Zeitungen und Radiosendungen auch während des Krieges kopfklärende Berichte über die Schweiz erschienen, die der grössten Demokratie bezeugten, dass ein grosser Teil des Schweizervolkes zwar deutsch spricht, aber keineswegs politisch grossdeutsch empfand. In den letzten Wochen vor Kriegsausbruch führte Hermann Weilenmann Kurse und Reisen für Ausländer aus Europa und Übersee durch, welche den Gästen die Eigenart der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Gemeinde, Kanton und Bund zeigten.

Im Frühjahr 1939 unternahm das Mitglied der Res Publica E.J. Walter eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten, wo er sich mit der ‚New York Post‘ in Verbindung setzte und irrtümliche Vorstellungen über die Schweiz, wie sie im Artikel vom 5. November 1938 zum Ausdruck gekommen waren, korrigieren konnte.

Jon Kimche schreibt in seinem Buch «General Guisans Zweifrontenkrieg», er sei, als er bei seiner Rückkehr aus England in die Schweiz im Herbst 1941 die Schweizer Zeitungen der letzten Augustwochen 1939 durchblätterte, «betroffen gewesen über die seltsame Art des Unbeteiligtseins dieser wohlinformierten Zeitungen». Die Schweizer Presse habe zwar über die Vorgänge in anderen Ländern berichtet, «aber auf den Titelseiten der Zeitungen konnte man keine wie immer geartete Schweizer Reaktion auf diese Ereignisse feststellen. Die Schweiz blieb – oder schien zumindest – aussergewöhnlich indifferent.»

Kimche übersah, dass die Schweizer Zeitungen sich in ihrer äusseren Aufmachung grundsätzlich von den englischen dadurch unterscheiden, dass sie bewusst darauf verzichten, mit sensationellen Seitenüberschriften, Schlagzeilen und Abbildungen die Neugier der Leser zu wecken. Seine Bemerkung machte ihn aber auch zum unverdächtigen Zeugen dafür, dass die Schweizer Zeitungen sich damals schon einer Zurückhaltung befliessen, die einem Aussenstehenden auffiel.

Dass das Schweizervolk nicht «indifferent» war, geht schon daraus hervor, dass es die gewaltigen Opfer, die seine militärische Bereitschaft erforderte, freiwillig auf sich genommen hatte.

Auch die Landesregierung hatte ihren Willen zur Unabhängigkeit nicht nur mit Worten bekundet, sondern durch umfassende Vorbereitungen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Wie stand es aber mit der Vorbereitung des geistigen Widerstandes?

Seit dem Jahre 1933 war das nationalsozialistische Deutschland mit den Methoden der «erweiterten Strategie» gegen uns vorgegangen. Waren auch die Erfolge seiner Propaganda, vor allem dank der Aufklärung, die unsere Zeitungen noch vermitteln konnten, bei uns gering geblieben, so hatte es doch die Kanäle vorbereitet, durch welche diese Propaganda jederzeit in die Schweiz hineingeleitet werden konnte. Mit der These von der «Kriegsschuld der Schweizer Presse», die unterdessen auch in der Schweiz eine grosse Anhängerschaft gefunden hatte, lag ein gefährliches Instrument gegen unsere Pressefreiheit und damit unseren geistigen Widerstand bereit. Das «braune Netz» der nationalsozialistischen Organisationen bedeckte engmaschig die Schweiz. Die Frontisten warteten nur darauf, sich wieder hervorzuwagen, und die Organisationen der schweizerischen Nationalsozialisten, die aus der Frontenbewegung hervorgegangen waren, setzten ihre Wühl­tätigkeit mit deutscher Unterstützung, teils in der Schweiz, teils von Deutschland aus, eifrig fort.

Gegenüber diesen Angriffen, die Hitlerdeutschland mit der «erweiterten Strategie» auf die Schweiz unternahm, hatte der Bundesrat weitgehend eine Zurückhaltung gezeigt, die von den einen als Ängstlichkeit, von anderen als mangelnde Kenntnis des Nationalsozialismus gedeutet wurde und die in beiden Fällen ein gewisses Misstrauen, vor allem gegen den Leiter des Politischen Departementes, zur Folge hatte. Bundesrat Motta hatte bei vielen Schweizern den Eindruck erweckt, er vergesse über dem Bestreben, die Diktatoren nicht zu reizen, allzu oft, dass auch der Widerstandsgeist des Volkes eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung unserer Unabhängigkeit war und der Pflege bedurft hätte.

Diese Pflege hatte die Landesregierung den Kräften des Volkes überlassen, und die Kräfte hatten sich seit 1933 spontan geregt. Aber zu einem Zusammenschluss zwischen ihnen war es nur vereinzelt gekommen, von einer umfassenden Organisation gar nicht zu reden.

Nicht «indifferent» war das Schweizervolk am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, aber dem planmässig geführten, organisierten Angriff der Nationalsozialisten gegen unseren Widerstandsgeist stand keine ebenbürtige Organisation auf unserer Seite gegenüber. Es sollte mehr als ein Jahr vergehen, bis, unter dem Druck der aussenpolitischen Bedrohung, eine solche Organisation zustande kam.

IV. Grenzbesetzung

Am 23. August 1939 wurde die Welt durch die Nachricht überrascht, dass die scheinbar tödlich verfeindeten Systeme des Bolschewismus und des Nationalsozialismus einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt abgeschlossen hatten. In einem später bekannt gewordenen Zusatzabkommen waren die baltischen Länder als sowjetische Interessensphäre bezeichnet, Polen zwischen Deutschland und Russland aufgeteilt und Russlands Interesse an Bessarabien anerkannt worden. Hitler, der sich bis dahin als Beschützer Europas vor dem Bolschewismus aufgespielt hatte, lieferte mit diesem Pakt ganz Osteuropa den Russen aus und machte sich damit zum grössten Schrittmacher des Bolschewismus in Europa.

In seinem Buch «Mein Kampf» hatte Hitler geschrieben «Die heutigen Machthaber Russlands denken nicht daran, in ehrlicher Weise einen Bund einzugehen oder ihn gar zu halten. Man vergesse doch nie, dass die Regenten des heutigen Russland blutbefleckte gemeine Verbrecher sind, dass es sich hier um den Abschaum der Menschheit handelt. Man schliesst keinen Vertrag mit einem Partner, dessen einziges Interesse die Vernichtung des andern ist.» Nach dem Abschluss des Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes vom 22. August erklärte er: «Der zwischen Deutschland und Sowjetrussland abgeschlossene Pakt wird beiden Staaten nicht nur den Frieden, sondern eine glückliche und dauerhafte Zusammenarbeit ermöglichen.»

«Wenn die beiden Diktatoren in Berlin und Moskau es gegenwärtig für vorteilhaft erachten», schrieb die ‚Metallarbeiterzeitung‘ am 2. Sep-

tember 1939, «die Platte der traditionellen Feindschaft durch die der traditionellen Freundschaft zu ersetzen, so heisst das natürlich nicht, dass das auf die Dauer so bleibe. Wer schliesslich der betrogene Betrüger sein wird, lässt sich noch nicht voraussehen.» Und weiter: «Man darf hoffen, dass der Pakt die letzten Illusionen, die bei einzelnen Schweizern, sei es hinsichtlich der nationalsozialistischen, sei es hinsichtlich der bolschewistischen Politik noch bestanden, endgültig zerstört hat.» An einer Versammlung im Volkshaussaal in Basel erklärte der sozialdemokratische Ständerat Gustav Wenk: «Zwanzig Jahre lang gab es in der sozialistischen Arbeiterschaft Meinungsverschiedenheiten, die alle der gleichen Quelle entspringen: man war sich nicht einig über die Haltung gegenüber Sowjetrussland und den Kommunisten. Das ist nun vorbei, und darin liegt die historische Bedeutung dieses Tages. Für die Arbeiterschaft gibt es keinen anderen Weg zur Befreiung als den Weg der Demokratie.» Die radikalste Absage an die Kommunisten enthielt jedoch Walther Bringolfs Votum in der Sitzung des Sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 20. September: «Wenn in Deutschland eine Sowjetregierung entstehen würde, so müsste die Sozialdemokratische Partei gegenüber einer solchen dieselbe feindliche Haltung beziehen wie gegenüber dem Hitlerregime.» Am 16. September 1939 schloss die Sozialdemokratische Partei mit vierundzwanzig zu sechs Stimmen den Genfer Kommunisten Léon Nicole aus ihren Reihen aus, und dieser gründete am 24. September 1939 die linksextreme ‚Fédération Socialiste Suisse‘.

Nachdem Hitler sich durch den Freundschaftspakt mit Russland gesichert hatte, entfesselte er am 1. September mit dem Blitzfeldzug gegen Polen den Zweiten Weltkrieg.

Schon am 28. August hatte der Bundesrat die Grenztruppen vorsorglich aufgeboden. Am 29. August führte Bundesrat Motta vor den Kom-

missionen des National- und des Ständerates aus: «Heute bestehen mehr Chancen für den Frieden als für den Krieg. Hitler hat gezögert, den Krieg zu entfesseln, und damit seine Unsicherheit bekundet, oder, einfacher gesagt: Hitler hat Angst... Die mustergültige Haltung von Polen hat die Lage gerettet. Hätte sich dieses Land nicht zum Letzten entschlossen gezeigt, so würde es ohne Zweifel das Schicksal der Tschechoslowakei erlitten haben ... Polen besitzt aber eine vorbildlich ausgerüstete Armee, die zudem die Gerechtigkeit auf ihrer Seite weiss... Dies führte zur Unsicherheit des Führers Deutschlands und zur Tatsache, dass der Krieg heute gleichsam moralisch unmöglich geworden ist. Sollte der Krieg trotzdem erklärt werden, so braucht man über die sittliche Beurteilung eines solchen Aktes kein Wort zu verlieren.»

Am 30. August trat die Bundesversammlung zusammen, wählte den General und erteilte dem Bundesrat ausserordentliche Vollmachten. Der Bundesrat war fortan bei der Ausübung dieser Vollmachten nicht mehr an die Verfassung gebunden. Er musste aber der Bundesversammlung regelmässig Vollmachtenberichte zur Diskussion und Genehmigung unterbreiten, und es wurden Vollmachtenkommissionen geschaffen, in welchen auch oppositionelle Parlamentarier ein mindestens konsultatives Mitspracherecht ausübten.

Die beiden gegensätzlichen Tendenzen, die innerhalb dieser Vollmachtenkommissionen während der ganzen Dauer des sogenannten Vollmachtenregimes bestanden, kommen zum Ausdruck in zwei Voten, die bei der Beratung des ersten Vollmachtenberichts am 5. Dezember 1939 vor dem Nationalrat abgegeben wurden. Der Sozialdemokrat Huber erklärte: «Am 30. August stand die sozialdemokratische Fraktion vor der nicht einfachen Frage, ob sie der Vollmachtenerteilung zustimmen soll, die Erteilung von Vollmachten an eine Regierung, in der die Sozialdemokratische Partei als damals stärkste Fraktion des Nationalrates keinen einzigen Vertreter hatte, an einen Bundesrat, mit dessen Politik

wir in wesentlichen Punkten nicht einig sind... Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre Bedenken zurückgestellt und hat in den Vordergrund gestellt das Bedürfnis, nach innen und nach aussen ein Bild der Einheit und Geschlossenheit des Parlamentes zu geben, und sie hat deshalb dem Vollmachtenbeschluss ihre Zustimmung nicht versagt... Wir haben in politischer Hinsicht die Bedingung gestellt, dass eine ständige Kommission eingesetzt werde, damit die vom Bundesrat ausgeschlossene Sozialdemokratische Partei Gelegenheit habe, ihre Wünsche, Begehren, ihre Interessen trotzdem zur Geltung zu bringen...

Wir haben verlangt, und es ist das in den Beschluss vom 30. August 1939 aufgenommen worden, dass wichtige Erlasse vorerst den Vollmachtenkommissionen wenn möglich zur Begutachtung vorgelegt werden sollen... Wir müssen das Begehren stellen, dass die Regierung nie vergisst, dass die Zustimmung von uns erteilt worden ist vor allem unter der Bedingung, dass die Kommission regelmässig vor wichtigen Massnahmen konsultiert wird.» Und Bundesrat Baumann antwortete: «Das Votum von Herrn Huber veranlasst mich zu einer persönlichen Bemerkung. Er hat namentlich darauf hingewiesen, dass der Vollmachtenkommission womöglich alle wichtigen Vorlagen, die der Bundesrat, gestützt auf die ausserordentlichen Vollmachten, erlässt, vorgelegt werden sollen. Ich habe nicht diese Auffassung: Ich war schon in der ersten Kommissionssitzung Gegner der Herbeiziehung der Vollmachtenkommission für die Beschlüsse des Bundesrates. Es wird so kommen, wie ich mir damals gedacht habe: Die Vollmachtenkommission ist ein Hindernis gegenüber der raschen Durchführung der ausserordentlichen Bundesratsbeschlüsse ... Ich glaube, wir haben die Vollmachten erteilt, damit der Bundesrat rasch arbeiten kann... Darum habe ich die Auffassung, der Bundesrat sollte der Vollmachtenkommission eher weniger Aufgaben zuweisen als bisher.»

In seinem Bericht an die Bundesversammlung nach dem Krieg schrieb der Generaladjutant der Armee: «Nach der tadellosen Abwicklung der Generalmobilmachung herrschte in Volk und Armee eine einheitliche, geschlossene Stimmung. Jeder Bürger und Soldat war sich der Schwere der Zeit und der Gefahr bewusst und bemühte sich, jeder an seinem Platz, seine Pflicht zu erfüllen.»

Die Armee stand auf Grenzwacht. Die Zivilbevölkerung war von wunderbarer Bereitschaft und Disziplin. Tausende von Wehrmannsfamilien suchten in aller Stille mit ihren Existenzschwierigkeiten fertig zu werden. Wer nicht schon vorher irgendwo eingereicht war, stellte sich freiwillig zur Verfügung. Die Frauen meldeten sich zum militärischen Frauenhilfsdienst und schufen den Zivilen Frauenhilfsdienst. Niemand wollte beiseite stehen.

Für Misstrauen und Kritik war kein Raum. Geschlossen stellte sich das Volk hinter seine militärische und politische Führung.

Wir wussten zwar, dass Hitlerdeutschland für uns unvergleichlich gefährlicher war als das Deutschland Wilhelms II. es gewesen war. Aber die Vorstellungen bewegten sich bei uns in den ersten Kriegsmonaten doch weitgehend in den gleichen Bahnen wie 1914 bis 1918. Wir machten uns darauf gefasst, dass unsere Soldaten vielleicht jahrelang würden an der Grenze stehen müssen. Wir stellten uns vor, im Fall eines militärischen Angriffs auf die Schweiz würde es darum gehen, den Angreifer solange aufzuhalten, bis die andere Kriegspartei uns auf unser Ersuchen hin zu Hilfe kam. Das war eine Aufgabe, der wir uns gewachsen fühlten.

Wieder zeigten Frankreich und England sich schwach. Nachdem sie Deutschland am 1. beziehungsweise 3. September den Krieg erklärt hatten, fielen sie Deutschland nicht in den Rücken, solange es in Polen gebunden war. Dadurch verschlechterte sich auch die Lage der Schweiz auf lange Sicht weiter. Zunächst verschaffte es ihr jedoch eine Gnaden-

frist, die sie dazu benützte, ihre Kriegsbereitschaft auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet noch zu verbessern.

Die Bemühungen um eine organisierte geistige Landesverteidigung erlitten zwar dadurch einen Rückschlag, dass ein grosser Teil der Männer, die sich für sie einsetzten, einrücken musste. Aber besonders die Einheitskommandanten unter ihnen dienten auch im Wehrkleid weiter der geistigen Landesverteidigung, indem sie durch geeignete Aufklärung die geistige Haltung der Soldaten, diese direkte Voraussetzung der militärischen Leistung, beeinflussten.

Eine Massnahme, die mit dem Eintritt der Schweiz in den Zustand der bewaffneten Neutralität fällig wurde und in ihren Auswirkungen die geistige Landesverteidigung noch viel empfindlicher beeinträchtigen sollte, war die notrechtliche Neuordnung der Pressekontrolle. Diese wurde, nach einer Regelung, die auf die Zeit nach dem letzten Weltkrieg zurückging, der Armeeleitung übertragen.

In den Richtlinien der Generalstabsabteilung über die «Regelung der Pressekontrolle im Kriegsfall» vom Jahr 1924 hiess es: «Da im Kriegsfall bei der Pressezensur die militärischen Interessen vorwiegend sein werden, erscheint es angemessen, dass von der militärischen Oberleitung aus das Zensurwesen organisiert wird.» Und weiter: «Die Presse... muss im Kriegsfall unbedingt unter Kontrolle gestellt werden ... Und zwar kann nur eine unbeschränkte Präventivzensur für alle Drucksachen, Presse und so weiter zum Ziel führen³¹.»

Sich auf die Richtlinien des Jahres 1924 stützend, sah die Generalstabsabteilung am 24. Juli 1939 für die Presse die umfassende Vorzensur vor und erteilte den Territorialkommandos vorsorglich geheime Weisungen, alle Vorbereitungen für eine solche zu treffen. (Unsere Militärgesetzgebung kannte damals nur den Friedenszustand und den Kriegszustand, keinen Zustand der bewaffneten Neutralität.)

Bei Kriegsausbruch entschloss sich jedoch der Bundesrat, unter dem Druck der politischen Linken und der Pressevertreter aller politischen Richtungen, zu einer anderen Regelung der Presseüberwachung. Als die Abteilung für Presse und Funkspruch, die am 4. Januar 1938 von der Generalstabsabteilung geschaffen und der Leitung von Oberst Eugen Hasler, Bundesrichter in Lausanne, übertragen worden war, am 8. September 1939 in Funktion trat, musste sie als erstes die Weisungen zur Einführung der allgemeinen Vorzensur widerrufen. «Mit milde gesträubten Haaren» (Schürch) zogen sich die Militärs, die sich schon in einigen Zeitungsredaktionen einzunisten begonnen hatten, wieder zurück.

Die gleichen Leute, die der Schweiz im Jahre 1937 ein Presseabkommen erspart hatten, hatten sie damit vor der zweiten einschneidenden Massnahme gegen die Pressefreiheit, der Vorzensur, bewahrt, deren Gefährlichkeit darin bestand, dass der Staat sich für das, was in den Zeitungen stand, weitgehend verantwortlich machte.

Die Abteilung Presse und Funkspruch waltete zunächst ziemlich selbstherrlich ihres Amtes, und es zeigte sich bald, dass es den Militärs, die mit der Pressekontrolle betraut waren, häufig nicht nur an den erforderlichen Fachkenntnissen, sondern auch an den politischen Voraussetzungen für die Ausübung dieser eminent politischen Tätigkeit fehlte. In Armeekreisen kenne man vielfach die Propagandamethoden der nationalsozialistischen Pressepolitik nicht, gab der Leiter der Abteilung Presse und Funkspruch zu³². Und weil man sie nicht kannte, könnte man hinzufügen, fiel man ihnen selber zum Opfer. Schon vor Kriegsausbruch hatte das deutsche Propagandaministerium bei uns auf diesem Gebiet, wie wir gesehen haben, vorgearbeitet. Es gehörte zu seinen grössten Erfolgen in der Schweiz, dass nicht nur die Kreise, welche mit dem Nationalsozialismus sympathisierten und jederzeit bereit waren, ihm gegen

die Schweiz Helfersdienste zu leisten – von den Frontisten bis zur ‚Schweizerischen Handelszeitung‘ und den Jungbauern –, die These von der «Verantwortung der Schweizer Presse» übernommen hatten; auch eine grosse Zahl von Männern, deren patriotische Gesinnung über jeden Verdacht erhaben war, unter ihnen höchste Offiziere, machten sich unbewusst zu Trägern nationalsozialistischer Propaganda, indem sie mit dem Schlagwort von der «Kriegsschuld» der Schweizer Presse die Pressefreiheit bekämpften, die doch ein Teil der Freiheit selber war, für die sie zu sterben bereit waren.

«Von einer grösseren Anzahl von Armeeführern», schrieb Hasler, «werden der Schweizer Presse Vorwürfe gemacht, die, in dieser Allgemeinheit an die ‚Schweizer Presse‘ gerichtet, ungerecht sind³³.» Er wies darauf hin, dass der grösste Teil unserer Zeitungen überhaupt nie Anlass zu Beanstandungen gegeben hatte. (Bis zum Kriegsausbruch hatte die Pressekontrolle nur gegen rund zwei Dutzend von den vierhundert Zeitungen, die bei uns herauskamen, Massnahmen ergreifen müssen.) Aber die deutsche Propaganda hatte es fertig gebracht, dass auch bei uns viele Leute die «Presse» als ganze für die – immer seltener werdenden – wirklichen Verstösse einzelner Blätter verantwortlich machten.

General Guisan selber war nicht immun gegen diese Auffassung. Von ihm stammt der Satz: «Über der Pressefreiheit steht die Freiheit selber.» Am nachdrücklichsten vertrat jedoch der Leiter des Nachrichtendienstes, Oberst Masson, die «Kriegsschuldthese». Er berief sich dabei einerseits auf Klagen des deutschen Militärattachés, anderseits auf Aussagen von Privatpersonen, die aus Deutschland kamen und vom Nachrichtendienst befragt oder angehört worden waren. Über ein Gespräch mit einem Schweizer Kaufmann, der aus Deutschland zurückkam, berichtete er: «Die Stimmung gegen die Schweiz sei allgemein schlecht. Schuld daran sei die Haltung der Schweizer Presse. Der Einvernommene

ist überzeugt, dass für die Schweiz mit schwerwiegenden Folgen gerechnet werden muss, wenn sich die Presse nicht vorsichtiger benimmt.»

Aus der Truppe tönte es ähnlich: «Die verfluchten Zeitungsschreiber führen uns mit ihrer Schreibweise noch in den Krieg. Aber sie sind dann sicher nicht die, wenn es losgehen sollte, die mit uns im vordersten Schützengraben stehen.» Wer so dachte, übersah, dass die Zeiten vorbei waren, wo im Krieg die Zivilbevölkerung in der Heimat im Schutze der Armee friedlich ihrem gewohnten Leben nachging. Einen Unterschied zwischen Front und Hinterland hätte es bei uns sehr bald nicht mehr gegeben. Gar als dann nach der Konzeption des Reduits grosse Teile des Landes dem Feinde preisgegeben worden wären, hätte keine Armee unsere Zeitungsleute davor schützen können, «von der Gestapo verhaftet und mit Genickschuss erledigt» zu werden, wie die Nationalsozialisten es für alle jene Schweizer vorsahen, die sich in der Abwehr gegen die «erweiterte Strategie» des Dritten Reiches exponiert hatten.

Männer wie Masson glaubten im Interesse der Schweiz zu handeln und waren davon überzeugt, dass, wenn nur die Schweizer Presse zum Schweigen gebracht werden könnte, die deutschen Vorwürfe von selber aufhören würden und wir Ruhe hätten. Statt dass sie herauszufinden versuchten, was die Schweizer Zeitungen damals eigentlich noch verbrachten, wiederholten diese Schweizer unbesehen die deutschen Anklagen und konzentrierten ihre ganze Aufmerksamkeit darauf, wie man die Schweizer Presse weiter einengen könnte.

Im Armeestab ging man so weit, den Chefredaktor eines führenden Blattes zu fragen, «ob nicht bestimmte Persönlichkeiten Artikel schreiben könnten, welche die deutsche Sache in einem besseren Licht darstellten». Der Chefredaktor meinte jedoch, der Versuch, eine moralische Gleichschaltung zwischen Deutschland und den Westmächten herzustellen, würde beim Publikum höchstens Kopfschütteln zur Folge haben³⁴.

Diese Einstellung höchster militärischer Stellen machte sich, ob-
schon der damalige Chef der Abteilung Presse und Funkspruch, Hasler,
sie nicht teilte, auch in gewissen Entscheiden der mit der Pressekontrolle
betrauten Militärs bemerkbar. Es kam zu einer eigentlichen Pressekrise,
die in den Sessionen des Nationalrates vom Dezember 1939 und Februar
1940 ihre Entladung fand.

«Wenn man bedenkt», erklärte der Sozialdemokrat Schmid, «dass
jetzt plötzlich in diese Arbeit hinein ein fremdes Element kommt, das
zum Teil gehandhabt wird von Leuten, die von der Presse nichts verste-
hen, die sich bisher nicht mit der Entwicklung des Nationalsozialismus
in Deutschland, des Bolschewismus in Russland und der französischen
und englischen Politik befasst haben, dass hier unter einem einseitigen
Standpunkt Weisungen und Wünsche ausgesprochen werden, dann muss
das schief herauskommen.» Der Unabhängige Moos kritisierte die Be-
gründung, mit welcher am 24. November 1939 die ‚Weltwoche‘ be-
schlagnahmt worden war und die zu grössten Bedenken Anlass gab:
«Dabei ist die Frage, ob die erhobenen Anschuldigungen objektiv richtig
und begründet sind, vollkommen gleichgültig. Es kommt einzig darauf
an, wie dieselben jenseits der Grenze aufgefasst und empfunden wer-
den.» Damit machte sich eine schweizerische Amtsstelle den deutschen
Standpunkt zu eigen, den bisher Presse und Pressekontrolle übereinstim-
mend abgelehnt hatten. Auch Feldmann wies hin «auf den ausseror-
dentlich beunruhigenden Umstand, dass man in letzter Zeit in der
Schweiz da und dort die Probleme und Aufgaben der schweizerischen
Pressepolitik nicht mehr vom schweizerischen Standpunkt aus, sondern
nach Gesichtspunkten und Parolen erörtert und zu beurteilen beginnt, die
unverkennbar von ausländischen Wünschen bestimmt sind. Man muss
sich jenseits der Grenze nun einmal damit abfinden», erklärte er, «das
Schweizervolk – und hier geht es um das Schweizervolk und erst sekun-

där um seine Presse – lehnt jede, aber auch wirklich jede Gleichschaltung ab, es lässt sich auch nicht auf Umwegen, namentlich nicht auf dem sogenannten kalten Weg gleichschalten.» Er sah in der Begründung, mit welcher die ‚Weltwoche‘ beschlagnahmt worden war, einen Entscheid, bei dem man «mit rein militärischen Methoden vorgegangen war» und der «von politisch unrichtigen Voraussetzungen ausging», und knüpfte daran die Aufforderung an den Bundesrat, er möge die Zusicherung geben, dass künftig «die absolute Suprematie der zivilen Gewalt über die militärische Gewalt in politischen Dingen besser gewährleistet werde».

Oeri erwähnte «gewisse beängstigende Zeichen einer Verschärfung» der Pressekontrolle und wollte wissen, ob es sich um ein Nachgeben gegenüber ausländischen Beschwerden handle. «Mir wäre es eine besondere Beruhigung, wenn ich von Seiten des Bundesrates die Erklärung erhalten könnte, dass er gegenüber ausländischen Beeinflussungsversuchen jedenfalls fest bleiben werde. Das Nachgeben gegenüber solchen Versuchen wäre nämlich gefährlich. Man weiss wohl, wo es anfängt, aber nicht, wo es aufhört... Wenn man die Presse heute ein bisschen schurigelt, morgen ein bisschen mehr und übermorgen gar sehr, dann stellt sich allmählich im Ausland ein falsches Bild über unsere presserechtlichen Möglichkeiten heraus. Man glaubt, der Bundesrat könne die Verantwortung für alles übernehmen, was in der Presse überhaupt noch erscheint... Das kann er nicht, das ist unmöglich, da müsste man die Gesinnungsneutralität zwangsweise einführen. Der Bundesrat kann sich nicht für alles verantwortlich machen, und deshalb sollte er sich hüten, in einzelnen Fällen den Eindruck zu erwecken, dass er es könne und wolle...»

Bevor der Nationalrat zur Fortsetzung der Debatte im neuen Jahr wieder zusammentrat, verstärkte ein «Betriebsunfall» die Beunruhigung. Das Buch von Hermann Rauschnig «Gespräche mit Hitler», das in der

Schweiz seit einigen Wochen auf Englisch und Französisch verkauft worden war, erschien, im Einverständnis mit der Abteilung Presse des Generalstabs, Mitte Januar in gekürzter Form in deutscher Sprache. Schon im Dezember 1938 und wieder im Dezember 1939 hatte die deutsche Gesandtschaft gegen Erscheinen und Verbreitung von Rauschnings «Revolution des Nihilismus» protestiert. Am 29. Januar 1940 protestierte sie ein drittesmal und beschwerte sich gleichzeitig darüber, dass die «Gespräche mit Hitler» auf englisch und französisch in der Schweiz verkauft würden. Am 2. Februar machte sie in einem Nachtrag darauf aufmerksam, dass das Buch jetzt auch auf deutsch «durch den schweizerischen Buchhandel vertrieben werde, wenn nicht überhaupt in der Schweiz gedruckt sei». Am gleichen Tag brachte das ‚Stuttgarter Neue Tagblatt‘ einen Artikel, in dem es uns unneutrale Haltung vorwarf. «Neutralität ist offenbar heute für diese Herren der Freibrief, ihren westlichen Sympathien, wo es angeht, Ausdruck zu verleihen. Mit Neutralität glaubt man auch noch in Einklang bringen zu können, dass heute in der ganzen Eidgenossenschaft in fast allen Buchläden und an allen Kiosken an vorderster Stelle ein Buch aufliegt: ‚Hitler hat es mir gesagt‘, Herrn Rauschning nämlich, und zwar seinen Plan zur Eroberung der Welt!» Am 10. Februar telephonierte Freiherr von Bibra dem Politischen Departement und verlangte dringend das sofortige Verbot des Buches. Am 16. Februar verbot der Bundesrat die «Gespräche mit Hitler».

Gegen den Vorwurf von Oprecht im Nationalrat, der Bundesrat habe durch dieses Verbot mindestens den Eindruck erweckt, er handle unter fremdem Einfluss, verwahrte sich Bundesrat Baumann: «Wenn angedeutet werden sollte, der Bundesrat habe unter dem Druck der deutschen Demarchen gehandelt, so ist diese Behauptung grundfalsch. Der Bundesrat als Regierung eines freien Volkes nimmt keine Befehle ausländi-

scher Regierungen entgegen... Auch von Drohungen lässt er sich nicht beeinflussen.»

Oeri sprach von einer schweren Landesgefahr, der Gefahr der «kalten Gleichschaltung», an deren Rand wir gestanden hätten: «Das Unglück, das schwere Unglück, war nicht das Verbot an sich, sondern die fatale Regie, dass es nicht gleich kam, sondern im Moment, wo in der ganzen Schweiz von einem ausländischen Druck gesprochen wurde.»

Auch die Presse war sich in ihrer grossen Mehrheit in der Verurteilung des Verbotes einig. «Zugegeben, dass das deutsche Regime ein eminentes Interesse daran hat, dass die Welt die wahren Absichten Hitlers nicht erfährt», schrieb Redaktor Wick im konservativen Luzerner «Vaterland», «um so eminent ist das Interesse der Welt, sie zu erfahren. Hier stossen in der Tat zwei entgegengesetzte Interessen scharf aufeinander. Aber unser Schweizer Interesse liegt in der Kenntnis der Absichten des Reichskanzlers. Diese Kenntnis darf aber nicht nur eine Geheimkenntnis unserer Regierung sein, sondern das ganze Volk muss und darf wissen, wie es mit den weltpolitischen Absichten Hitlers steht... Bis zum Nachweis, dass Deutschland die Angaben Rauschnings glaubhaft bestreitet, muss der Entscheid des Bundesrates mindestens als merkwürdig bezeichnet werden.»

In Deutschland verfolgte man diese Misshelligkeiten zwischen der Presse und den an der Pressekontrolle beteiligten Stellen mit Befriedigung und tat alles, um den Graben noch zu erweitern. Am 14. März 1940 veröffentlichte die ‚Schweizerische Handelszeitung‘ unter der Überschrift «Fünf vor zwölf Uhr» einen Artikel, der – wie sich nachträglich herausstellte – auf deutschen Wunsch von den schweizerischen Persönlichkeiten verfasst worden war, die später die «Eingabe der Zweihundert» lancieren sollten. «Sollte die Schweiz», hiess es in dem Artikel unter anderem, «in politische Verwicklungen geraten, dann dürfte das be-

stimmt nicht zuletzt auf das Konto einiger massgebender Presseorgane zu setzen sein... Man wird im Pressewesen scharf Ordnung machen müssen. Ein erstes Recht darauf hat der Wehrmann an der Grenze; er ist nicht gewillt, eventuell mit seinem Blut zu sühnen, was verantwortungslose Zeitungsschreiber dem Lande mit ihrer frivolen Schreibweise zugefügt haben und noch täglich zufügen.»

In einer Eingabe der gemischten pressepolitischen Kommission an den Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes vom 18. März 1940 äusserte Feldmann sich dazu wie folgt: «Bezeichnende, offenbar inspirierte Äusserungen enthält der Artikel ‚Fünf vor zwölf Uhr‘ der ‚Schweizerischen Handelszeitung‘ vom 14. März 1940. Es wird dort eine Auffassung vertreten, die nicht nur eine offene Provokation der schweizerischen öffentlichen Meinung darstellt und zu schärfster Abwehr herausfordert. Sie ignoriert auch die absolut klaren pressepolitischen Erfahrungen der letzten Jahre in krasser Weise, vermochten doch die ausserordentlich grossen Zugeständnisse, welche Österreich (1936 und 1937), die Tschechoslowakei (1938 und 1939) und Polen (1934 bis 1939) dem deutschen Nationalsozialismus gemacht haben, das Schicksal dieser Staaten in keiner Weise zu ändern; dafür erfreut sich die Sowjetunion, deren Presse den deutschen Nationalsozialismus seit seinem Bestehen bis zum August 1939 konsequent und aufs Schärfste bekämpft hat, heute in Berlin grösster Wertschätzung... Der deutsche Druck auf die schweizerische Presse ist offensichtlich nichts anderes als ein Bestandteil des sogenannten Nervenkrieges, dessen Strategie und Taktik der deutsche Nationalsozialismus erfahrungsgemäss in virtuosem Ausmass beherrscht. Nicht um der schweizerischen Presse, sondern um des Landes willen muss heute unbedingt mit äusserster Entschiedenheit angekämpft werden gegen jeden Versuch, durch Einschüchterungen und Drohungen die Orientierung des Schweizervolkes über die Weltereignis-

se zu verhindern, die öffentliche Meinung der Schweiz ausländischen Wünschen und Interessen dienstbar zu machen, zwischen Behörden, Armee und Presse von aussen Gegensätze aufzureissen und – was ganz besonders schwer ins Gewicht fällt – die Frage nach der Verantwortlichkeit für einen allfälligen Angriffskrieg gegen die Schweiz bereits zum Voraus zum Nachteil der Schweiz zu entscheiden. Wer, wie die ‚Schweizerische Handelszeitung‘, diesen in ihrem Endzweck vollkommen durchsichtigen Tendenzen Vorschub leistet, schädigt auf das Schwerste die schweizerischen Landesinteressen und macht sich einer Handlungsweise schuldig, die unzweifelhaft an offenen Landesverrat grenzt.»

Das Parlament erlangte in den Sessionen vom Dezember 1939 und vom Februar 1940 vom Bundesrat die Zusicherung, dass er die Suprematie der Zivilgewalt über die militärische noch besser wahren werde, dass er die Gesinnungsneutralität und die These von der Kriegsschuld der Presse ablehne und für einen vermehrten Einfluss der Presse in der Pressekontrolle besorgt sein werde. Diese Zusicherungen sollten in einem neuen Presseerlass verankert werden.

Aber bevor dieser – am 31. Mai – in Kraft trat und bevor es sich zeigen konnte, ob der Bundesrat tatsächlich gewillt war, seine Zusicherungen in die Tat umzusetzen, überfiel Hitler am 8. April 1940 Dänemark und Norwegen, und auch die Schweiz geriet damit unter einen ausserpolitischen Druck, der ihre pressepolitische Lage weiter erschwerte.

Am 18. April erliessen Armeekommando und Bundesrat gemeinsam Weisungen für die Kriegsmobilmachung bei Überfall. Sie waren in dem festen, entschlossenen Ton gehalten, in dem die militärische und politische Führung sich bei Kriegsausbruch ans Schweizervolk gewendet hatte. Dass unsere Behörden gewillt waren, aus dem Schicksal der nordischen Kleinstaaten ihre Lehre zu ziehen, ging aus den Worten hervor: «Wenn durch Radio, Flugblätter und andere Mittel Nachrichten verbrei-

tet werden sollten, die den Widerstandswillen von Bundesrat und Armeeführung anzweifeln, so sind solche Nachrichten als Erfindung der feindlichen Propaganda zu betrachten... Unser Land wird sich gegen jeden Angreifer mit allen Mitteln aufs Äusserste verteidigen.»

Diese Kundgebung entsprach dem Willen des Volkes; sie wurde in allen politischen Lagern begrüsst; sie vermittelte das Gefühl, die Führung des Landes stehe auf ihrem Posten. Die Stimmung, die sich (laut Bericht des Generals aus dem Jahr 1946) «vom September 1939 bis zum Frühjahr 1940 im Allgemeinen auf einem sehr befriedigenden Niveau gehalten hatte³⁵», blieb weiter eine solche ruhiger Entschlossenheit und unerschütterlicher Abwehrbereitschaft. Sie wurde zunächst nicht durch die Tatsache beeinträchtigt, dass die Einengung der Presse in aller Stille weiterging, dass unsere Zeitungen sogar nach dem Eingeständnis des Bundesrates «lange nicht mehr alles sagen durften, was sie im Interesse des Landes eigentlich hätten sagen müssen».

In jenen Tagen nahm Karl Meyer unter dem Titel «Bewaffnete Neutralität» an öffentlichen Versammlungen in allen grösseren Orten der Schweiz noch einmal zur internationalen Lage und zur Lage der Schweiz Stellung.

Auf dem europäischen Kontinent, führte er aus, habe ein Ringen von nicht absehbarer Zeitdauer begonnen, aus dem es für keine der beiden Kriegsparteien einen Weg zurück gebe, und das die bedrohliche Tendenz zur Ausweitung zeige. «Der grosse Nichtkriegführende, Italien, steht diplomatisch und militärisch in Lauerstellung. Auf der Lauer liegt auch Japan, das schon seine Ansprüche auf die niederländischen Kolonien ausdehnt. Nach den Novemberwahlen 1940 wird die Entscheidung auch an die Vereinigten Staaten von Nordamerika herantreten. Und im Hintergrund wartet Russland, das den Krieg hat kommen sehen und auch zu

seiner Entstehung beitrug... Bisher ging der Kampf gegen militärische oder diplomatische Bundesgenossen der Gegner. Seit dem 9. April richtet er sich gegen Neutrale. Selbst die strikteste Neutralität schützt also nicht davor, in den Krieg hineingerissen zu werden ...»

Dennoch dürften wir auf keinen Fall die Neutralität preisgeben, erklärte er. Schon unsere kulturelle Mannigfaltigkeit verbiete es. Anschluss an einen anderen Staat würde, besonders im Zeitalter der Nationalstaaten, zum Auseinanderfallen der Schweiz führen. Auch hätten bittere Erfahrungen uns gelehrt, dass bei einem Bündnis mit einem Grossstaat der Kleinstaat immer den kürzeren ziehe. Vor allem aber ergebe sich die Neutralität aus dem eidgenössischen Staatsgedanken. «Um der inneren und äusseren Freiheit willen, die das Rechtfertigungsprinzip des eidgenössischen Bundes ist, haben wir auf die Macht verzichtet.»

Die Gewissensfrage, die damals viele Schweizer bedrängte: «Lässt Neutralität in einem Krieg, in welchem es letztlich um einen Kampf auf Leben und Tod zwischen Recht und Gewalt geht, sich noch vertreten?», beantwortete Karl Meyer mit der Gegenfrage: «Sind wir sicher, dass das Recht immer auf der gleichen Seite bleiben wird?»

Energisch wandte er sich gegen eine Ausweitung der Neutralitätspflicht auf die Presse. «Wir kennen keine Blutschuld der Schweizer Presse. Wer von einer solchen spricht, ist politisch unreif.» Er bezeichnete die Versuche, die Presse, das «Sinnesorgan der öffentlichen Meinung», zu narkotisieren, als einen Bestandteil des Nervenkrieges, in dem wir standen.

Der letzte Vortrag fand, veranstaltet von der Neuen Helvetischen Gesellschaft, am 6. Mai 1940 im Stadthaus Winterthur in überparteilichem Rahmen statt. Er schloss mit den Worten: «Der unbeugsame Volkswille ist die einzige Zukunftsgarantie des Staates.» Und die zweitausendköpfige Versammlung richtete eine Resolution an den Bundesrat, die lautete: «Die Versammlung bekundet durch das erneute Gelöbnis der unver-

brüchlichen Treue zur Schweizerischen Eidgenossenschaft ihren geschlossenen Willen zur Verteidigung.»

Es war eine der letzten grösseren Versammlungen, an welcher die Gefahren, die uns bedrohten, noch öffentlich genannt werden durften und über die in den Zeitungen berichtet wurde.

Am 9. Mai 1940 bezeichnete die ‚Deutsche Allgemeine Zeitung‘ eine Meldung der ‚Associated Press‘, nach welcher sich deutsche Truppen auf Holland zu bewegten, als «ein ebenso dummes wie plumpe Ablenkungsmanöver», und die anderen führenden deutschen Zeitungen äusserten sich im gleichen Sinn.

In der Morgenfrühe des 10. Mai 1940 meldete das Deutsche Nachrichtenbüro: «Die Reichsregierung hat den deutschen Truppen Befehl erteilt, die Neutralität Belgiens und Hollands mit allen militärischen Machtmitteln des Reiches sicherzustellen. Dieser Befehl bezieht sich auch auf Luxemburg.»

Am 11. Mai trat in England Winston Churchill als Premierminister an die Stelle von Nevil Chamberlain, und am 13. Mai sprach Churchill vor dem englischen Parlament seine berühmten Worte: «Ich habe nichts zu bieten als Blut, Mühsal, Tränen und Schweiss.»

Am 10. Mai ordnete General Guisan, «in Anbetracht der tiefgreifenden Veränderungen in der Lage an der Westfront», die zweite Generalmobilmachung der schweizerischen Armee an.

Am 12. Mai erteilte er den Territorialkommandanten den Auftrag, zur Bekämpfung allfälliger im Rücken der Front operierender Saboteure, Luftlandtruppen usw. aus den schiesskundigen Freiwilligen ihres Raumes unverzüglich Ortswehren zu bilden. Wie sehr er damit einem Wunsch des Volkes entgegenkam, geht daraus hervor, dass diese auf der Basis völliger Freiwilligkeit geschaffene Organisation Ende 1940 schon 2'835 Ortswehren und 127'563 Angehörige zählte.

Eine Weisung der Abteilung Presse und Funkspruch an die Zeitungsredaktoren vom 10. Mai lautete: «Den Kleinstaaten, deren Hoheitsgebiet verletzt wird, gehört unsere Sympathie. Es geziemt sich, Trauer und Bestürzung zu betonen, die die Schweiz darüber empfindet, dass die Grossmächte sich in ihrem Interesse über die Grundsätze des internationalen Rechtes hinwegsetzen. Es sollen jedoch keine voreiligen Urteile gefällt werden.»

Der von den Behörden empfohlenen «Trauer» gaben die Schweizer Zeitungen bereitwillig Ausdruck: «Neuer, unerhörter Bruch des Völkerrechts», «Neue Opfer einer wilden, unvorstellbaren Zerstörungswut», «Vergewaltigung dreier Kleinstaaten», lauteten die Schlagzeilen. Und die Sympathien äusserten sich in Wendungen wie: «Der Zynismus, mit dem der Angriff begründet und dementiert, der Angegriffene zum Angreifer gestempelt werden soll.» Auch Carl Spittlers berühmter Ausspruch anlässlich des deutschen Überfalls auf Belgien im Jahre 1914 wurde zitiert: «Ich halte den Dokumentenfischzug in den Taschen des zuckenden Opfers für einen seelischen Stilfehler. Das Opfer erwürgen war reichlich genug. Es noch verlästern ist zu viel³⁶.»

Nachdem der Bundesrat den Zeitungen noch einmal erlaubt hatte, ihren eigenen Gefühlen und denen ihrer Leser freien Lauf zu lassen, befahl er am 14. Mai, man solle Deutschland gegenüber wieder Zurückhaltung üben. «Die Meinungen sind jetzt gemacht.»

Im Zusammenhang mit der Eröffnung der Westoffensive durch Deutschland kam es in der Schweiz zu Vorgängen, die nachträglich viel kritisiert wurden.

Die Frage der Evakuierung der Zivilbevölkerung im Kriegsfall hatte unseren Behörden von jeher Kopfzerbrechen verursacht. Im März 1939 hatte Bundesrat Minger an einer Konferenz im Bundeshaus erklärt: «Das Militärdepartement hat bis jetzt für die Evakuierung der Zivilbevölkerung im Kriegsfall nichts vorkehren können; da müsste sich letzten En-

des jeder selber zu helfen suchen.» Am 30. Oktober 1939 erliess der Bundesrat Weisungen an die Bevölkerung für den Kriegsfall, in denen es über das Verhalten im Hinterland hiess: «Die freiwillige Abwanderung und die Aufnahme der Abgewanderten im Hinterland sind zuzulassen.» Am 25. Januar 1940 erliessen der Regierungsrat des Kantons Zürich und das Territorialkommando 6 gemeinsam eine zürcherische Evakuierungsverordnung, in welcher stand: «Die freiwillige Abwanderung der Bevölkerung steht im Belieben jedes einzelnen und erfolgt auf eigene Verantwortung. Sie ist längstens bis zum Ausbruch von Feindseligkeiten möglich und soll nach möglichst weit entfernten Landesteilen gehen.» Damit hatten unsere Behörden die Frage der Evakuation als erste öffentlich zur Sprache gebracht, und zwar in einer Form, die die Evakuation wenn nicht empfahl, so doch als durchaus zulässig erscheinen liess. (Erst die Instruktion des Generals vom 20. Juni 1940, die sich auf die Erfahrungen in Belgien und Frankreich stützte, schuf Klarheit, indem sie die freiwillige Evakuation der Zivilbevölkerung praktisch untersagte.)

Von militärischer Seite hörte man damals das Argument, eine rechtzeitige Abwanderung der Zivilbevölkerung wäre zu begrüssen; je weniger Zivilisten allfälligen Kampfhandlungen im Wege seien, um so besser.

Daraufhin sicherten sich zahlreiche Bewohner unserer nördlichen Landesteile, besonders solche mit kleinen Kindern, für den von den Behörden ausdrücklich vorgesehenen Fall in der Innerschweiz oder im Welschland Absteigequartiere. In Zürcher Zeitungen erschienen sogar Inserate, die «im Hinblick auf eine Evakuierung der Zivilbevölkerung» Rucksäcke, Koffer, Ferienhäuser, Hotels und bestimmte Ortschaften anpriesen.

Anfang Mai 1940, nach der Besetzung Norwegens und Dänemarks, begann Deutschland mit Truppenverschiebungen, die einen Angriff ge-

gen Frankreich, Belgien, Holland oder die Schweiz als möglich erscheinen liessen. Im Norden unseres Landes zirkulierten Gerüchte über Truppenansammlungen im Schwarzwald. Am 9. Mai gingen bei unserem Nachrichtendienst Meldungen ein, die auf ein Vorgehen gegen die Schweiz hinwiesen: «In Paris beurteilt man die Lage der Schweiz als sehr ernst»; «Die französische Botschaft in Bern verbrennt ihre Akten»; «Die britische Botschaft ruft ihre Landsleute aus der Ostschweiz zurück»; «An die Truppen im Schwarzwald wird Munition verteilt» – alles Massnahmen, die einem Kriegsausbruch unmittelbar voranzugehen pflegen.

Unsere Landesregierung hielt damals einen Angriff auf die Schweiz für so wahrscheinlich, dass sie auf den 10. Mai die zweite Generalmobilmachung anordnete. In den nördlichen Landesteilen war die Atmosphäre wie elektrisch geladen. Wann und wo würde der erste Funke zünden?

Der Aufruf, den der Bundesrat am Morgen des 10. Mai im Radio verlesen liess, war zu allgemein gehalten, um die Bevölkerung zu beruhigen. Dafür schlugen die Wogen der Gerüchte um so höher. In Zürich hiess es, die Limmatbrücken seien geladen und würden beim ersten Schuss, der an der Grenze fiel, in die Luft gesprengt.

Wann, wenn nicht in diesem Moment, hätte die Bevölkerung annehmen müssen, der in den behördlichen Erlassen vorgesehene Moment für die «freiwillige Abwanderung vor Ausbruch der Feindseligkeiten» sei gekommen?

Von den Behörden im ungewissen gelassen und einer Flut von Gerüchten preisgegeben, die zum Teil von Deutschland gezielt in Umlauf gesetzt waren, machte sich eine grosse Zahl von Leuten auf den Weg zu ihren vorbereiteten Quartieren. Dass dabei jene, die Autos besaßen, die öffentlichen Verkehrsmittel denen, die keine besaßen, überliessen, war zweckmässig und selbstverständlich; es ihnen als asoziales Verhalten anzukreiden, ist unangebracht. Der Auszug derer, die sich vorbereitet hat-

ten, wirkte auf die anderen alarmierend und veranlasste viele von ihnen zu überstürztem Aufbruch. Dabei war es bei der ungeheuer gespannten Lage unabwendbar, dass es auch zu Kopflösigkeiten und teilweise zu eigentlichen Panikerscheinungen kam.

In den Darstellungen über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg wird meistens halb spöttisch, halb verächtlich auf die Schweizer hingewiesen, die in gefährvoller Zeit nichts Wichtigeres zu tun wussten, als «ihre Silberlöffel in Sicherheit zu bringen». Es wäre nur billig, auch zu erwähnen, dass die Behörden, zuerst durch ihre unklaren Erlasse und nachher durch ihr Schweigen im kritischen Augenblick, für jene Vorkommnisse mindestens mitverantwortlich waren.

V. Der Zusammenbruch Frankreichs

Mitte Juni 1940 geschah, was bei uns auch der schwärzeste Pessimist nicht für möglich gehalten hätte: Die französische Abwehrfront – und mit ihr die Maginotlinie, die als unüberwindlich gegolten hatte – brach nach kaum sechswöchigem Widerstand unter dem Ansturm der deutschen Armeen zusammen. Die französische Flotte, damals die drittstärkste der Welt, gelangte gar nicht zum Einsatz; ganze Einheiten und Festungen ergaben sich kampflös. Die französische Armee kapitulierte unter entehrenden Bedingungen.

Dass dabei neben der inneren Zerrissenheit Frankreichs auch die «erweiterte Strategie» Hitlers eine Rolle gespielt hatte, erfuhr die Weltöffentlichkeit erst später. Zunächst sah sie im deutschen Sieg nur den Beweis für die Unwiderstehlichkeit der deutschen Waffen.

Mit dem Zusammenbruch Frankreichs, zu dem am 11. Juni noch der Kriegseintritt Italiens hinzugekommen war, brach für die Schweiz eine aussenpolitische Konstellation zusammen, in der sie fast anderthalb Jahrhunderte lang gelebt hatte. Zum erstenmal seit der Napoleonischen Zeit grenzte sie nicht mehr an mehrere Grossmächte, die einander das Gleichgewicht hielten, sondern sie war wieder von einer einzigen Mächtegruppe umklammert, und zwar von einer Mächtegruppe, die ihr ihrem Wesen nach feindselig gegenüberstand.

Man wusste in der Schweiz, dass England nicht auf den Krieg vorbereitet war. Die Friedensliebe des englischen Volkes war so gross, dass die allgemeine Wehrpflicht erst im Frühjahr 1939 hatte eingeführt wer-

den können. Und selbst wenn England den Kampf aufnehmen sollte, wie konnte es den Deutschen den Kontinent je wieder entreissen?

Es gab jetzt für die Schweiz kein Frankreich mehr, von dem sie Hilfe hätte erwarten können. Die stolzen Worte vom letzten Blutstropfen, den zu vergiessen wir bereit waren, erhielten plötzlich beklemmende Aktualität. Die deutschen Erfolge und die Ungewissheit über das Schicksal der Schweiz stellten das Schweizervolk auf eine harte Nervenprobe.

Eines der Ergebnisse der pressepolitischen Auseinandersetzungen im Parlament vom Februar und März war gewesen, dass bei der Abteilung Presse und Funkspruch eine Sektion für Informationen geschaffen wurde, die vom Mai bis September 1940 dem Bundesrat Wochenberichte über die Haltung der Bevölkerung lieferte. In einem Bericht von Ende Juni – nach dem Zusammenbruch Frankreichs – hiess es, die Reaktionen in der Schweiz bewegten sich zwischen «kapituliert wird nicht» und «es ist doch alles umsonst³⁷». Wiederholt tauche der Begriff Defaitismus auf. Die Kardinalfrage aller politisch Denkenden sei «die Frage nach der Abgrenzung von Widerstand und Nachgiebigkeit gegenüber den zu gewärtigenden Gleichschaltungsabsichten». Der Bericht führte weiter aus: «Das Gesamtbild einer sehr labilen Stimmung ruft dringend einer richtunggebenden und aufrichtenden Beeinflussung der Bevölkerung durch die Führung des Landes. Namentlich von den Zeitungsredaktionen häufen sich die Anfragen, wie nun eigentlich der Bundesrat und das Armeekommando die Lage der Schweiz beurteilten. Angesichts der den Zeitungen auferlegten Schweigepflicht ist ‚das Bedürfnis nach vermehrtem Einblick in die Zusammenhänge beim Volk besonders stark‘.»

«Diesem Bedürfnis wurde in Bern Rechnung getragen», heisst es im pressepolitischen Bericht des Bundesrates weiter. «Am 25. Juni 1940,

dem Tag der Unterzeichnung des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Frankreich, wurde am Radio in den drei Landessprachen von drei Mitgliedern des Bundesrates die bekannte Proklamation verlesen³⁸.»

Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz, der im Februar 1940 die Nachfolge des am 23. Januar 1940 verstorbenen Bundesrates Motta als Leiter des Politischen Departementes übernommen hatte, war vorher nur wenig an die Öffentlichkeit getreten. Jetzt fiel ihm die Aufgabe zu, in einem der kritischsten Augenblicke der Schweizer Geschichte zu einem Volk zu sprechen, das ihn kaum kannte.

«Ihr fragt Euch gewiss schon, warum ich während voller sieben Wochen das Stillschweigen beobachtet habe... Der Bundesrat musste denken, vorsehen, handeln. Er konnte nicht Reden halten. Man liebt bei uns das Reden, das den Lauf der Dinge um keinen Zollbreit zu beeinflussen vermag, viel zu sehr...», begann die Erklärung. Dann gab der bundesrätliche Redner seiner «Erleichterung» darüber Ausdruck, dass unsere drei Nachbarn den Weg des Friedens beschritten hätten. Das gestatte uns, «unverzüglich eine teilweise und stufenweise Demobilmachung ins Auge zu fassen». Er bereitete das Schweizervolk auf «gewaltige Anstrengungen ausserhalb veralteter Formeln» vor. «Der Zeitpunkt der inneren Wiedergeburt ist gekommen. Jeder von uns muss den alten Menschen ablegen. Das bedeutet nicht schwatzen, diskutieren, sondern schaffen...» Er kündigte wichtige Entscheidungen an, die der Bundesrat «auf Grund eigener Machtbefugnisse» werde fassen müssen, ohne dass man lange über sie beraten, diskutieren und sie abwägen könne. Er versprach dem Schweizervolk Arbeit, «unter allen Umständen, koste es, was es wolle». Und er rief es auf, der Regierung zu folgen als einer sicheren und hingebenden Führerin, die ihre Entscheidungen nicht immer werde erklären, erläutern und begründen können. «Die Ereignisse marschieren schnell; man muss sich ihrem Rhythmus anpassen.»

Die bundesrätliche Erklärung wurde von den Nationalsozialisten und ihren schweizerischen Sekundanten als «Stimme der Vernunft» begrüsst. Nationalrat Roman Abt gratulierte dem Bundespräsidenten in der Sitzung der Vollmachtenkommission vom darauffolgenden Tag zu seiner Proklamation und bezeichnete sie «als ein Meisterwerk in ihrer Art».

Die Zeitungen der deutschen Schweiz reagierten auffallend zurückhaltend. Zum grossen Teil gaben sie die Rede kommentarlos wieder. Sie hatten am Tag der bundesrätlichen Rede die Weisung erhalten, alles zu vermeiden, was dem Ausland «das Bild einer Zerrissenheit oder Unsicherheit unserer öffentlichen Meinung bieten könnte», und waren aufgefordert worden, «sich auf die Regierung einzudecken und auszurichten».

In der sozialdemokratischen Presse wurden die Parteien der Rede über die Arbeitsbeschaffung begrüsst, aber die autoritären Tendenzen, die man in ihr zu entdecken glaubte, kritisiert. Allgemein tadelte man den Mangel an Klarheit. Die Erklärung, die der höchste Magistrat in entscheidungsschwerer Stunde an das Volk richtete, hätte so klar und eindeutig sein sollen, fand man, dass es nicht mühseliger Interpretationskünste bedurfte, um zu verstehen, was eigentlich gemeint war.

«Auch uns ist der Mangel an Klarheit aufgefallen», schrieb Oeri in den ‚Basler Nachrichten‘ vom 2. Juli 1940. «Der Bundesrat versichert, nun müsse ein Umbruch, eine innere Wiedergeburt, kommen, ausserhalb veralteter Formeln, unter Verzicht auf lässige altväterische Gewohnheiten. Diese tadelnswerten Formeln und Gewohnheiten werden aber nicht näher definiert, so dass in weiten Kreisen sogar der Verdacht entstanden ist, damit sei unser ganzer demokratischer Staatsaufbau gemeint... Das Schweizervolk müsse sich bessern, sagt der Bundesrat, denn bisher habe es ‚sich in der Hoffnung gewiegt, grosse Erfolge mit wenig Mühe zu erzielen‘.

Wirklich? Voriges Jahr an der Landesausstellung haben wir nicht den Eindruck einer solchen mühelosen Phäakenexistenz unseres Volkes gewonnen, und die Herren Bundesräte offenbar auch nicht, sonst hätten sie uns in ihren vielen Reden gewiss davor gewarnt. Aber jetzt brauchen sie offenbar eine dunkle Folie für ihre Zukunftschweiz und ignorieren, dass man auch vor dem Umbruch nicht nur ‚herumdiskutiert, geschwätzt und genossen‘ hat... Der ‚alte Mensch‘ war wirklich nicht so schlimm, wie ihn der Bundesrat jetzt darstellt. Aber seine Lebensbedingungen waren glücklicher als heute. Das würde er auch ungerüffelt merken ... Miteinander reden, wie es sich unter Eidgenossen gehört, ist nicht ‚schwätzen‘, wie man nach der bundesrätlichen Radiorede glauben könnte. Auch der Bundesrat wird zu dieser Einsicht wieder gelangen, wenn er selber zu der Ruhe zurückgekehrt ist, die er vom Volk jetzt so kategorisch verlangt.»

Zu den «weiten Kreisen», die Oeri erwähnte, «in denen sogar der Verdacht entstanden sei, mit der Abschaffung veralteter Formeln habe der Bundespräsident unsere Demokratie gemeint», gehörten jene Schweizer, mit ihnen zweifellos Oeri selber, die hellhörig waren für alle Anzeichen der Anpassungsbereitschaft und vom Bundesrat eine Kundgebung des unbedingten Widerstandswillens in der Art der Erklärung vom 21. März 1938 erwartet hatten.

«Man macht sich offensichtlich im Bundeshaus immer noch nicht genügend klar, wie furchtbar die – vom schweizerischen Standpunkt aus unmögliche – Radioansprache des Bundesrates jenes Tages gewirkt hat», schrieb Dr. Arthur Frey, der Leiter des ‚Evangelischen Pressedienstes‘, am 5. November 1940 in einer Eingabe an die Abteilung Presse und Funkspruch. «Sie konnte doch nur gehalten werden, wenn man die Sache der Demokratie bereits für verloren gab.»

Wie auch immer die Rede in Wirklichkeit gemeint sein mochte, eines steht fest: «Richtunggebend und aufrichtend», als was sie geplant war, wirkte sie nicht. Sie verstärkte im Gegenteil noch die «labile Stim-

mung» des Volkes, die von der Sektion Information signalisiert worden war.

Die Erklärung war auch nicht geeignet, das Vertrauen zu schaffen, das notwendig gewesen wäre, damit das Volk «der Regierung als einer sicheren und hingebenden Führerin folgte», wozu Bundesrat Pilet am Schluss seiner Rede aufgerufen hatte und wozu auch ein «mot d'ordre» an die Presse vom gleichen Tag mit den Worten aufforderte: «In Zeiten der Gefahr und des Umbruchs ist eine starke, feste Führung unerlässlich. Dieser Auftrag liegt beim Bundesrat. Grundbedingung, ihn erfüllen zu können, ist das Vertrauen des Volkes in die Landesregierung.»

Die bundesrätliche Rede vom 25. Juni 1940 liess im Gegenteil das Misstrauen, das vor dem Krieg gegen unsere aussenpolitische Führung bestanden hatte, wieder aufleben. Man schloss aus ihr, dass Bundesrat Pilet gesonnen war, die Politik der festen Hand nach innen und der über-grossen Vorsicht gegen aussen fortzusetzen.

Geradezu verheerend wirkte die Rede des Bundespräsidenten im Zusammen-hang mit anderen Vorkommnissen aus jenen Tagen, die zunächst nur einem kleinen Kreis bekannt waren.

Zu diesem Kreis gehörten vor allem die Offiziere unseres Nachrichtendienstes, die infolge ihrer Tätigkeit unsere damalige aussenpolitische Lage vielleicht besser als irgend jemand sonst beurteilen konnten.

Unter diesen Offizieren hatten sich nach dem Zusammenbruch Frankreichs zwei Lager gebildet; ein grösseres, in dem man, zum Teil unter frontistischem Einfluss, überzeugt war, Deutschland habe den Krieg gewonnen. «Für diese Leute stand ausser Zweifel», schrieb Hausmann nach dem Krieg, «dass die deutsche Wehrmacht den Endsieg erringen werde, dass das Dritte Reich dann den europäischen Kontinent beherrschen werde, dass es gelte, durch Anpassung an diese Gegeben-

heiten dem Lande und dem Volk das Schlimmste, nämlich den Krieg, zu ersparen. Sie handelten nicht aus irgendwelchen eigennützigen Motiven, sondern sie glaubten fest, auf lange Sicht die richtige Politik zu befürworten. Für sie waren wir, die wir den schliesslichen deutschen Zusammenbruch voraussagten, auf dem Holzweg. Wer es nicht miterlebt hat, wird es kaum mehr glauben, dass man im ersten Kriegsjahr mit seiner Auffassung, die Achsenmächte könnten den Krieg nicht gewinnen, ziemlich allein stand.»

Im zweiten, kleineren Lager weigerte man sich hartnäckig, den deutschen Sieg für endgültig zu halten, weil man den unbeugsamen Charakter der Angelsachsen und ihr gewaltiges Kriegspotential kannte.

In diesem zweiten, kleineren Kreis der Nachrichtenoffiziere, dessen Kern die Hauptleute Ernst, Hausamann und Waibel bildeten, war man über die bundesrätliche Rede bestürzt. Diesen Offizieren klangen noch die ominösen Worte in den Ohren, die in den vorangegangenen Jahren mehr als ein Staatsoberhaupt gesprochen hatte: «Wir haben unseren Truppen befohlen, der einrückenden deutschen Armee keinen Widerstand entgegenzusetzen.» Aus der Erklärung des Bundespräsidenten schien eine Geisteshaltung zu sprechen, die nichts Gutes verhiess.

Die Tätigkeit unserer Nachrichtenoffiziere brachte es mit sich, dass sie manchmal auch von politischen Dingen Kenntnis erhielten, ohne dass sie sich darum bemühten. Wenn sie zum Beispiel ohne ihr Zutun erfuhren, dass der frühere schweizerische Konsul in Prag unter seinen Gästen einen Agenten der Gestapo regelmässig empfing, der nachher den zuständigen deutschen Stellen meldete, was beim schweizerischen Generalkonsul von Deutschen und Schweizern gesprochen wurde (im Vertrauen darauf, dass ein schweizerischer konsularischer Vertreter wisse, wen er einlädt), so hielten sie es für ihre Pflicht, dies dem Politischen

Departement mitzuteilen, auch auf die Gefahr hin, dass man es dort als eine Einmischung betrachtete. Dies um so mehr, als sie darauf hinweisen konnten, dass die Nachrichten, die unser diplomatischer Dienst lieferte, nicht genügten, um eine zuverlässige Beurteilung der Lage zu ermöglichen.

Einer der beiden Apparate bei unserem Nachrichtendienst, der sich mit der Nachrichtenbeschaffung befasste und völlig selbständig arbeitete, war das Büro Hausmann, genannt ‚Büro Ha‘, auch als ‚Büro Pilatus‘ in Funktion. Bei diesem Büro gingen Ende Juni 1940 Meldungen ein, die besagten, Frölicher, von dem man wusste, dass er für Anpassung eintrat, empfehle, unterstützt von Oberkorpskommandant Wille und Oberst Däniker, dem Politischen Departement, man sollte Deutschland gegenüber gewisse «Vorleistungen» erbringen, da es klüger sei, etwas unaufgefordert und freiwillig zu tun als hinterher unter Druck. Es war das, was Feldmann einmal «die Gefälligkeitsgesten» nannte, «die im Ausland nichts nützen und das Vertrauen des Volkes gefährden».

Man erfuhr hierauf, Bundespräsident Pilet habe zwar die Vorzensur, die Frölicher verlangte, kategorisch abgelehnt, er habe aber von einem bekannten Juristen ein Gutachten darüber eingeholt, ob der Bundesrat kompetent wäre, von sich aus die schweizerische Neutralität aufzugeben beziehungsweise die diplomatischen Beziehungen zu England abzubrechen. Dass er diese Möglichkeit überhaupt erwog, erregte schwere Bedenken, weil man beim ‚Büro Ha‘ wusste, dass Deutschland diesen Schritt gern gesehen hätte. Als «Vorleistung» empfand man es auch, dass der ‚Völkische Beobachter‘ über den Kopf der zuständigen Stellen hinweg vom Bundesrat wieder zugelassen, der frontistische ‚Grenzbote‘ dagegen, entgegen dem Antrag des Territorialkreises Zürich, nicht verboten wurde, mit der Begründung, «es sei angesichts der politischen Lage nicht angängig».

Die Offiziere wussten, dass der Bundesrat den Deutschen Flugzeuge, die bei Luftkämpfen über Schweizer Gebiet abgeschossen worden waren, samt ihren Besatzungen auslieferte. Sie wussten auch, dass der Bundesrat beabsichtigte, das polnische und französische Kriegsmaterial Deutschland zu übergeben, und dass polnische Soldaten, die aus deutschen Kriegsgefangenenlagern in die Schweiz geflohen waren, über die Grenze zurückgestellt wurden – Massnahmen, die formalrechtlich zulässig sein mochten, die sie aber für politisch fragwürdig und menschlich verwerflich hielten.

Aber das Bedenklichste war in den Augen der Nachrichtenoffiziere die Demobilisation, die der Bundesrat sofort in die Wege leitete. Schon am 7. Juli wurde fast die Hälfte unserer Armee, zum Teil in Formen, die den Eindruck erweckten, die Entlassung sei endgültig, entlassen. Angesichts der militärisch noch immer gefährlichen Lage erschien das den Nachrichtenoffizieren als sicheres Zeichen dafür, dass der Bundesrat nicht mehr an Widerstand dachte.

Die Demobilmachung erhielt dadurch noch eine besondere Bedeutung, dass gleichzeitig beim ‚Büro Ha‘ Meldungen eingingen, nach denen die deutschen Stellen darauf drangen, die Schweiz solle ihre Armee möglichst rasch und vollzählig entlassen. Man empfinde es in Deutschland als Provokation, dass wir weiter Truppen unter den Waffen hielten. Es könne nichts anderes bedeuten, als dass wir uns von Deutschland bedroht fühlten. Auch entzögen wir durch die Aufrechterhaltung der Mobilmachung der Industrie wertvolle Arbeitskräfte, die sonst für Deutschland arbeiten würden. Aus anderer Quelle liefen beim ‚Büro Ha‘ Berichte ein, das wirtschaftliche Argument sei nur ein Vorwand. In Wirklichkeit richte sich der deutsche Wunsch gegen den General, von dem man in Deutschland wisse, dass er zum Widerstand entschlossen war. Seien einmal keine Truppen mehr unter den Waffen, werde der Einfluss des Generals automatisch abnehmen.

Dann bekomme man vom Bundesrat alles; er werde es nicht wagen, die Truppen erneut aufzubieten.

Um diesen Wunsch der deutschen Regierung in die Schweiz hineinzuschleusen, wurde der bewährte Apparat in Bewegung gesetzt. Ribbentrop liess Frölicher kommen und unterbreitete ihm den Wunsch. Frölicher leitete ihn nach Bern weiter und unterstützte ihn warm. Er passte in den Plan seiner «Vorleistungen». «Das beste wäre», sagte er jedem, der es hören wollte, «wir würden demobilisieren; dann könnte man den General unter Verdankung der geleisteten Dienste entlassen.» Er schickte den schweizerischen Militärattache von Werdt in die Schweiz, um dem Wunsch Nachdruck zu verleihen. Dieser empfahl, wir sollten «überhaupt lieber nicht zu viel von Widerstand reden», es könnte Deutschland reizen. Hohe Offiziere, Grossindustrielle und Bankleute, die nach Deutschland reisten, wurden in diesem Sinn bearbeitet. Am 26. Juni 1940 erklärte der Aargauer Nationalrat Roman Abt vor der Vollmachtenkommission des Nationalrates, auf einer Geschäftsreise durch Deutschland habe er sich davon überzeugt, dass die Gefahr eines strategischen Durchmarsches gebannt sei. «Man kann daher ohne Bedenken mit der Demobilmachung beginnen – besser schon diese als erst die nächste Woche – und mindestens zwei Drittel der Truppen nach Hause schicken.» Der Redner betrachtete den deutschen Sieg als endgültig und hielt den Zeitpunkt für gekommen, wo unser Land aus politischen und militärischen Tatsachen in kluger Weise die Konsequenzen ziehen müsse. «Es läge sicher nicht im Interesse unseres Landes, wenn man durch eine falsche Entschlossenheit das europäische ‚Stachelschwein‘ markieren wollte.» In der gleichen Sitzung sagte Nationalrat L.F. Meyer: «Was würde unser Land gewinnen, wenn es in Missachtung der Tatsachen weiterfahren wollte, den Nachbarn gegenüber eine provokatorische Entschlossenheit zu zeigen? Falls es deshalb zum Krieg käme, wären

zerschossene Städte, zahlreiche Tote und Verwundete und die Besetzung des Landes die Folge. Man muss heute die Illusionen aufgeben und kühle Realpolitik treiben...»

Eine gezielte Falschmeldung des «Dienstes aus Deutschland» gab bekannt: «Die fünfhunderttausend Mann zählende schweizerische Armee hat demobilisiert.»

Man wusste auch, dass ausser Frölicher Männer wie Wille und Däniker, deren Sympathien für den Nationalsozialismus notorisch waren, bei Bundesrat Pilet aus und ein gingen, während er sich weigerte, Vertreter der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der evangelischen Kirche zu empfangen. Äusserungen, die er und andere Bundesräte in privatem Gespräch taten, liessen darauf schliessen, dass sie den deutschen Sieg für endgültig hielten. Alles deutete darauf hin, dass im Bundesrat eine Mehrheit für eine Politik der Anpassung eintrat.

Sogar auf den General fielen in jenen Tagen Schatten des Misstrauens. Warum schwieg er zur Rede des Bundespräsidenten? Warum liess er zu, dass fast die Hälfte unserer Armee nach Hause geschickt wurde? Warum duldeten er es, dass Däniker ihn bei seinen Untergebenen offen kritisierte? Eine Untersuchung, die vom General gegen frontistische Offiziere angeordnet worden war, wurde ohne ersichtlichen Grund abgebrochen, und der überwiegenden Zahl der betreffenden Offiziere wurde eine eigentliche Rehabilitierung ausgestellt. Bedenken erregte, dass ein Hauptmann, der erklärt hatte, die Schweiz werde zwangsläufig Deutschland angegliedert werden, sie sei gar keine Nation und Widerstand nütze nichts, nur zu einer bedingten Freiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt wurde.

Um die Befürchtungen der drei Offiziere des Nachrichtendienstes zu verstehen, muss man sich in die damalige Lage zurückversetzen. Dass Hitlerdeutschland uns nicht angriff und dass wir uns nicht freiwillig «an-

passten», darf man ihnen heute nicht entgegenhalten. Im Sommer 1940 hatten sie Grund, mit dem deutschen Angriff und mit einer kampflosen Unterwerfung zu rechnen.

Anfangs Juli 1940, wenige Tage nach der bundesrätlichen Kundgebung, kamen, auf Initiative der Hauptleute Ernst, Hausamann und Wai-bel, siebenunddreissig Offiziere mittlerer Grade, die zum grössten Teil dem Generalstab und dem Nachrichtendienst zugehörten, in Luzern zusammen, um die Lage zu besprechen. Sie sahen in der Politik, für welche sich die Landesregierung entschlossen zu haben schien, eine grosse Gefahr für das Land. Sie kannten den Nationalsozialismus und wussten, dass Nachgiebigkeit von ihm als Schwäche ausgelegt wurde und seine Begehrlichkeit nur steigerte.

Diese Offiziere rechneten damit, dass der Bundesrat vor einem deutschen Ultimatum kapitulieren könnte. Da der General der politischen Leitung unterstand, hätte er sich, wenn er entgegen den Weisungen des Bundesrates den Widerstand auslöste, formell der Rebellion schuldig gemacht. Die Offiziere des Nachrichtendienstes wussten auch besser als irgend jemand sonst um die Möglichkeit, dass Angehörige der fünften Kolonne den General physisch hätten daran hindern können, Befehl zum Losschlagen zu geben.

Diese Offiziere hofften bestimmt, dass der General und der grösste Teil der Kommandanten auch gegen einen Beschluss des Bundesrates den Kampf aufgenommen hätten; da sie aber nicht mit Sicherheit darauf zählen konnten, verpflichteten sie sich untereinander, dafür zu sorgen, dass im Bereich eines jeden von ihnen die Gewehre unter allen Umständen losgegangen wären.

Sie hätten sich auf die Erklärung von Bundesrat und General vom 18. April berufen und auf ihren Fahneneid, durch den sie sich verpflichtet hatten, «alles zu tun, was die Ehre und die Freiheit des Landes erfordert». Sie waren sich bewusst, dass sie etwas Ausserordentliches taten, aber die Zeiten waren auch «ausserordentlich». Es gab für sie nur eine

einzigste Hoffnung, die Unabhängigkeit der Heimat zu erhalten: «Wir mussten die Deutschen durch eine entschiedene Wahrung unseres Standpunktes, verbunden mit überzeugenden militärischen Vorbereitungen, von einem Angriff abschrecken, der sich für sie nicht lohnte.» Sollte ihnen das nicht gelingen, waren jene Offiziere entschlossen, lieber im Kampf unterzugehen als sich kampfflos zu ergeben.

«Wer nach dem Erfolg des Widerstandes fragt, ist ein Verräter», hiess die Losung der ‚Offiziersbewegung‘. Neben der Verhinderung einer kampflosen Unterwerfung setzte sie sich zum Ziel «die Bekämpfung des Defaitismus in Armee und Zivilbevölkerung und die weitere Verstärkung unserer militärischen Bereitschaft».

Die Angehörigen der ‚Offiziersbewegung‘ waren sich klar, dass sie etwas Gefährliches taten, für das sie allein die Verantwortung tragen mussten. Darum sorgten sie dafür, dass weder der General noch der Generalstabschef noch ein anderes Mitglied der Armeeleitung mit ihrem Vorhaben in Verbindung gebracht werden konnte. Als sie entdeckt wurden, nahmen sie ihre Strafe ohne Murren auf sich.

Die ‚Offiziersbewegung‘ wurde verraten, bevor sie Zeit gefunden hatte, sich zu organisieren. Ihre Mitglieder wurden verhaftet. Bei der Armeeleitung glaubte man anfänglich, es handle sich um einen frontistischen Militärputsch. Nationalrat Gafner, Regierungsrat des Kantons Bern und Oberst im Generalstab, und Nationalrat Oprecht, zwei einflussreiche Politiker, die den Offizieren gesinnungsverwandt waren, wurden von Korporal A. R. Lindt, einem Mitglied der Bewegung, das der Verhaftung entgangen war, benachrichtigt, setzten sich sofort mit Bundesrat Minger in Verbindung und klärten ihn über den wahren Charakter der Bewegung auf. Daraufhin begnügte sich der General damit, ein Disziplinarverfahren anzuordnen.

Die «Rädelsführer» erhielten Strafen von fünf bis fünfzehn Tagen

Arrest, die übrigen Angehörigen der Bewegung kamen mit einem schriftlichen Verweis davon oder gingen gar straffrei aus.

In seinem Schlussbericht an die Bundesversammlung aus dem Jahr 1946 schreibt General Guisan: «Ich lege Wert auf die Feststellung, dass diese Offiziere, falls der Widerstandswille unter dem Druck des Auslands geschwunden wäre, nicht nur im Recht gewesen wären, wenn sie den Gehorsam verweigert hätten; sie hätten ihre Soldatenpflicht erfüllt³⁹.»

Nicht nur trug der General diesen Offizieren, was sie getan hatten, nicht nach. Er liess sie trotz dem Protest Bundesrat Pilets, der strenge Bestrafung «jener Elemente», wie er sie nannte, verlangte, weiter auf ihren Posten. Mehr noch: Er zog sie in der Folge zur engeren Mitarbeit heran, und es bildete sich zwischen ihm und den «Verschwörern» Ernst, Hausamann und Waibel ein Vertrauensverhältnis, das zum Nutzen der Schweiz bis zum Kriegsende anhielt.

Man hat die ‚Offiziersbewegung‘ besonders von frontistischer Seite und von Seiten von Anhängern der Anpassungspolitik lächerlich zu machen versucht. Das ändert nichts an der Tatsache, dass sie den Anfang einer organisierten aktivistischen Widerstandsaktion gegen alle tatsächlichen und möglichen defaitistischen Einbrüche in die patriotische Kampffront wider das nationalsozialistische Deutschland darstellte.

Die ‚Offiziersbewegung‘ hatte zwar in den wenigen Wochen ihres Daseins (anfangs Juli bis Mitte August) keine Zeit gefunden, sich zu entfalten. Aber sie blieb trotzdem nicht ohne Wirkung. Im Laufe der Untersuchungen, die gegen ihre Mitglieder geführt wurden, kamen wichtige Tatsachen an den Tag, die dem General unbekannt gewesen waren. So stellte sich beispielsweise heraus, dass im Nachrichtendienst Offiziere sassen, die gewisse Meldungen aus Deutschland systematisch unterschlugen; zum Beispiel die Meldungen, welche jene Intrigen betrafen,

die man in Deutschland unter Mitwirkung hoher Schweizer Offiziere gegen den General spann. Als dieser erfuhr, welches die wahren Hintergründe des deutschen Wunsches nach Demobilmachung waren, wider setzte er sich mit doppelter Energie der weiteren Entlassung von Truppen. Auch den deutschen Plan, seine Stellung zu schwächen, indem man ihm einen – Deutschland genehmen – Stellvertreter zur Seite setzte, konnte er dank dieser Informationen rechtzeitig vereiteln.

Am 2. Juli 1940 formulierte Hausamann die Auffassung der Angehörigen der ‚Offiziersbewegung‘, die sich auf Informationen aus Deutschland stützte, wie folgt: «Es kommt für uns in der jetzigen Phase des internationalen Geschehens ausschliesslich darauf an, dass wir standfest und unbeugsam bleiben... Die Reichsführung wird sich zu einem militärischen Vorgehen gegen die Schweiz nicht entschliessen, wenn diese ihre derzeitige Rüstung und Mobilmachung beibehält, weil eine im Krieg verwüstete Schweiz für das Reich in dessen jetziger Situation nur eine Belastung wäre und selbst bescheidene wirtschaftliche Leistungen einem militärischen Vorgehen gegen eine bis zum äussersten Widerstand und zur Vernichtung ihres beehrten Besitzes entschlossene Schweiz vorzuziehen sind... Alles hängt unter diesen Umständen davon ab, dass die Wehrbereitschaft der Schweiz voll und unbeugsam aufrechterhalten und so gestaltet wird, dass der Eindringling nicht nur mit schärfstem militärischem Widerstand, sondern auch mit der Vernichtung der Güter, die er in erster Linie beehrt, und mit der Zerstörung unserer Transitlinien nach Italien rechnen muss.»

Die gleichen Gedankengänge finden sich in einem Schreiben, das der General am 12. Juli 1940 an Bundesrat Minger richtete und in dem es heisst: «Deutschland könnte versucht sein, auf die Schweiz einen Druck auszuüben, um freie Verfügung über die Verbindungswege zu erlangen. Die deutschen Forderungen könnten früher oder später derart

werden, dass sie mit unserer Unabhängigkeit und mit unserer nationalen Ehre nicht mehr vereinbar wären. Die Schweiz kann sich der Drohung eines direkten deutschen Angriffs nur dann entziehen, wenn das deutsche Oberkommando zur Überzeugung gelangt, dass ein Krieg gegen uns lang und kostspielig wäre und dass es dadurch in unnützer und gefährlicher Weise im Herzen Europas einen Kampfherd schaffen... würde. Ziel und Grundsatz unserer Landesverteidigung müssen deshalb von nun an sein, unseren Nachbarn zu zeigen, dass dieser Krieg ein langwieriges und kostspieliges Unternehmen wäre. Sollten wir in den Kampf verwickelt werden, so wird es sich darum handeln, unsere Haut so teuer als möglich zu verkaufen⁴⁰.»

Nach der bundesrätlichen Erklärung vom 25. Juni hatten Angehörige der ‚Offiziersbewegung‘ darauf gedrängt, der General möge den Eindruck der Anpassungsbereitschaft, den der Bundesrat erweckt hatte, durch eine Kundgebung des Widerstandswillens wiedergutmachen. Die einen schlugen vor, der General solle seine höheren Offiziere divisionsweise an geheim zu haltenden Orten versammeln und die Öffentlichkeit dürfe erst nachträglich davon erfahren. Sie befürchteten einen deutschen Handstreich, wenn der General die gesamte militärische Führung an ein und denselben Ort zusammenrief, wie andere es befürworteten.

Der General entschied sich für die gefährlichere, aber eindrucklichere Lösung. Am 25. Juli 1940 bot er alle höheren Kommandanten der Armee zu einem Rapport aufs Rütli auf und gab ihnen die doppelte Parole: Wille zum Widerstand gegen jeden Angriff von aussen und die verschiedenen Gefahren im Innern – und Vertrauen in die Kraft des Widerstandes. «Wir befinden uns an einem Wendepunkt unserer Geschichte. Es geht um die Existenz der Schweiz!» rief er seinen Offizieren zu. «Die Aufgabe der Armee ist noch nicht beendet.» Dann gab er den Entschluss

bekannt, die Armee in die Alpen in eine Reduitstellung zurückzunehmen und diese bis zum Äussersten zu halten.

Diese mutigen Worte, die auszugsweise – die Partien über das Reduit blieben zunächst noch geheim – in allen Schweizer Zeitungen veröffentlicht wurden, hatten eine Demarche des deutschen Auswärtigen Amtes zur Folge, der sich Mussolini anschloss. In den beiden Noten, die dem Bundesrat überreicht wurden, hiess es, die deutsche und die italienische Regierung hätten den Rütli-rapport als «unzeitgemässe Manifestation mit Befremden» zur Kenntnis genommen. Die deutsche Presse schwieg die Kundgebung tot.

Mit dieser Kundgebung schuf der General die Grundlage für das Vertrauensverhältnis, das ihn während des ganzen Krieges mit dem Schweizervolk verbinden sollte. Er hatte die «richtunggebenden und aufrichtenden» Worte und den warmen, vertrauenerweckenden Ton gefunden, die das Volk in der Erklärung des Bundespräsidenten vom 25. Juni vermisst hatte. Immer mehr wurde er, auch gegenüber dem Ausland, zum Symbol des Widerstandswillens nicht nur der Armee, sondern des ganzen Schweizervolkes. Er hat die Rolle, die man von ihm erwartete, mit sicherem Instinkt erfasst und während des ganzen Krieges klug und würdig gespielt.

VI. Anpassung oder Widerstand

Nach dem Zusammenbruch Frankreichs waren für die Schweiz zwei Haltungen möglich, die man vereinfachend mit Anpassung und Widerstand umschreiben kann. Eigentlich gab es nur diese Alternative. Alles, was Behörden oder einzelne von da an äusserten oder taten, führte auf den einen oder den andern Weg, fiel für die eine oder die andere Lösung in die Waagschale.

Anpassung oder Widerstand? lautete die Frage, vor die jeder einzelne Schweizer sich im Sommer 1940 gestellt sah.

«Wir stehen heute vor der Wahl: entweder dem Druck zu widerstehen, mit der Aussicht auf magere Jahre und vielleicht auf einen militärischen Angriff – und damit unsere Freiheit zu wahren ... schlimmstenfalls in Form eines nur vorläufigen anständigen Untergangs, oder dem Druck um der wirtschaftlichen Sicherheit willen nachzugeben, aber unsere Freiheit dahinzugeben und aufzuhören, die Schweizerische Eidgenossenschaft zu sein, um dann ‚im Namen Gottes des Allmächtigen‘ sicher nichts mehr zu melden zu haben⁴¹.»

Letztlich ging es um die Frage, ob man sich ein Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft überhaupt vorstellen konnte, ob man es noch lebenswert finden würde oder nicht. Wer die Frage verneinte, musste wünschen, den Einmarsch der deutschen Truppen nicht zu überleben. Für ihn gab es nur den unbedingten Widerstand. Wer sich Umstände vorstellen konnte, unter denen er sich, wenn auch widerwillig, mit einer nationalsozialistischen Herrschaft abfinden würde, der trat für

mehr oder weniger weitgehende Anpassung ein, selbst mit dem Risiko, dass sie schliesslich mit «Gleichschaltung» endete. Den extremsten Grad von Anpassungsbereitschaft, der hart an Landesverrat grenzte und in einigen Fällen praktisch zu diesem führte, vertraten die Urheber der Aktionen vom Herbst 1940 (vergleiche Seite 157ff.), die das Volk kurzweg die «Anpasser» taufte.

Die Schweizer, die nach dem Zusammenbruch Frankreichs für unbedingten Widerstand eintraten, kannten den Nationalsozialismus. Sie wussten, dass das «neue Europa», das er aufrichten wollte, nichts Junges, Kraftvolles war, wie die deutsche Propaganda es der Welt weismachen wollte, sondern ein Rückfall in grausamen Terror, in Konzentrationslager, Folter und Ausrottung Andersgesinnter. Sie wussten, dass das nationalsozialistische Deutschland, wie jedes totalitäre Regime, Nachgiebigkeit als Schwäche deutete und dass es auf die erste Forderung sofort eine zweite und dritte folgen liess, jede von ihnen scheinbar so geringfügig, dass es sich nicht lohnte, für sie zu kämpfen, bis plötzlich der Widerstand nicht mehr möglich war.

Diese Schweizer sahen jetzt den Augenblick gekommen, wo es für die Schweiz galt, der Welt zu beweisen, dass der oft beschworene Kampfgeist der Vorfahren in ihnen noch lebendig war; dass sie nicht zu den «von Sekurität und Wohlstand verweichlichten Völkern» gehörten, die nach nationalsozialistischer Auffassung für den Untergang reif waren. Für sie war die Fortsetzung des unbedingten Widerstandes eine Selbstverständlichkeit. Sie entsprach unserer bisher verfolgten Politik, wie Bundesrat Minger sie am 1. Februar 1939 vor dem Nationalrat formuliert hatte: «... auch wenn es ein Krieg wäre, der einzig unserem Land gelten sollte, gäbe es für uns nichts anderes, als dass wir uns bis zum letzten Blutstropfen verteidigen.»

Die Schweizer, die nach dem Zusammenbruch Frankreichs für die Weiterführung dieser Politik eintraten, waren keine weltfremden

Schwärmer. Sie verschlossen die Augen nicht vor der Tatsache, dass gewisse Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiet für uns eine unvermeidliche und tragische Notwendigkeit waren, wenn wir weiterbestehen wollten. Aber sie wussten auch, dass Nachgiebigkeit in Fragen, bei denen es um die Grundlagen unserer Unabhängigkeit ging, nicht geduldet werden durfte.

Eine dieser Fragen war die Pressefreiheit. In Österreich hatte es sich praktisch erwiesen. Karl Weber hatte in einem Vortrag vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft vor dem Krieg⁴² einmal den Weg, der von den ersten Einbrüchen in die Pressefreiheit zum Untergang des Staates führte, theoretisch nachgezeichnet: «Nehmen wir einmal an, die Presse liesse sich auf die Politik des Anpassens ein; sagen wir einmal, sie opfere fünfzig Prozent der Pressefreiheit. Die schweizerische Staatsgewalt wird Freude haben an diesem Verzicht und zuerst einmal aufatmen. Was sagt aber das Volk dazu? Selbstverständlich merkt es, was gespielt wird; man wird es ihm auch irgendwie sagen müssen. Wie wird es reagieren?»

Es käme zu einer Aufspaltung. «Ein Teil des Volkes nimmt das Joch auf sich und vollzieht eine gewisse Annäherung an die nationalsozialistische Geisteshaltung, ausgedrückt in Schweigen. Ein anderer Teil beharrt aber auf dem Recht des freien Wortes und gebraucht es fortan lauter und massiver... Der Staatsgewalt würde dieser Zustand die Aufgabe kaum erleichtern. Um so mehr aber fügt er sich in das Wunsch- und Willenssystem der Grossmacht. Den gefügigen und schweigsamen Teil der Bevölkerung wird sie als Zeugen für die schweizerische Bereitschaft zum Einlenken, vielleicht zu noch mehr, deuten. Der widerhaarige Teil, der die schweizerische Tradition des freien Wortes fortsetzt, wird... als rote, jüdisch geführte Horde gebrandmarkt werden. Die Aufspaltung des Schweizervolkes wäre unvermeidlich, und sie würde von aussen ausgenutzt werden.» Das Ausland erhielte einen Vorwand, den anpassungsbe-

reiten Teil des Schweizervolkes vom «Terror» des anderen zu «erlösen». Die Folge wäre der Untergang der Schweiz.

Das sahen jene Leute bei uns nicht ein, die mit dem Schlagwort «mourir pour la presse?» die Schweiz retten wollten.

Weil die Pressefreiheit, eine der Hauptvoraussetzungen des geistigen Widerstandes, bei uns zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus das am schwersten gefährdete Freiheitsrecht war, nimmt ihre Behandlung in einer Arbeit, die vom geistigen Widerstand handelt, einen so grossen Raum ein.

Bedroht war in jenen Jahren auch unser Asylrecht, eines unserer wertvollsten Souveränitätsrechte. Jene, die für unbedingten Widerstand eintraten, lebten in ständiger Sorge, unsere Behörden könnten sich bei ihrer Flüchtlingspolitik, die weitgehend der öffentlichen Kontrolle entzogen war, von Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland leiten lassen. Gesetzt den Fall, Deutschland hätte eines Tages ultimativ von uns verlangt, dass wir alle Emigranten ausweisen. Ansätze dazu waren vorhanden. Schon 1937 hatte Dr. Bockhoff in den ‚Nationalsozialistischen Monatsheften‘ geschrieben: «Ganze Neutralität beinhaltet logischerweise auch die Aberkennung des Asylrechtes für jüdische, marxistische und kommunistische Emigranten⁴³.» Ob in einem solchen Fall alle Schweizer erkannt hätten, dass es gar nicht um die Emigranten ging, sondern um unsere Freiheit, um unser Recht, selber zu bestimmen, wen wir beherbergen wollen oder nicht? Oder ob es dann auch Anpassungsbereite gegeben hätte, die «mourir pour les Juifs?» gerufen hätten? Vergessen wir nicht, dass bei uns zu einer Zeit, als man längst wusste, was mit den Juden in Deutschland geschah, noch von Fronten und reaktionären Kreisen antisemitische Propaganda getrieben wurde.

Ob alle Schweizer eingesehen hätten, worum es ging, wenn Deutschland ultimativ verlangt hätte, dass wir aus dem Völkerbund aus-

treten, dass wir die diplomatischen Beziehungen zu England abbrechen, dass wir den Transport von Waffen oder von deutschen Truppen durch den Gotthard und den Simplon zulassen? Alles Forderungen, die irgendwann in der Luft lagen und von denen jede für sich betrachtet als nicht gar so wichtig erschienen wäre und die doch, wenn wir sie erfüllt hätten, den «Anfang vom Ende» bedeutet hätten.

Die grosse Gefahr für uns lag darin, dass Deutschland sich einmal über unseren Widerstandswillen täuschen, eine Forderung, die für uns unannehmbar war, stellen und sie dann nicht mehr zurücknehmen könnte.

Darum mussten wir die Nationalsozialisten davon überzeugen, dass es uns mit dem Widerstand Ernst war.

Bei einem Zwischenfall, der sich gegen Ende des Krieges ereignete, sollte dieses Problem aktuell werden.

Am 29. April 1944 landete eine deutsche Messerschmitt 110 irrtümlicherweise auf dem Flugplatz Dübendorf. Es handelte sich um eine Maschine, der Deutschland höchste Bedeutung zumass. Als die Schweiz sich weigerte, das Flugzeug herauszugeben, beschloss das Oberkommando der Luftwaffe, die Maschine durch einen Gewaltstreich zurückzuholen oder wenigstens zu zerstören. Der aus Bern herbeigerufene deutsche Luftattache erklärte jedoch, eine derartige Aktion würde unter allen Umständen von der Schweiz als Eröffnung der Feindseligkeiten betrachtet werden und automatisch den Krieg auslösen. Hierauf liess Deutschland den Plan fallen, und man einigte sich dahin, dass die Schweiz selber für die Zerstörung des Flugzeuges sorgen werde⁴⁴.

Die Schweizer, die für unbedingten Widerstand eintraten, sahen darin, dass wir «das Stachelschwein spielten», um Abts Worte zu gebrauchen, nicht nur keine Gefahr, sondern im Gegenteil unsere einzige Chance.

«Auf lange Sicht», schrieb Karl Meyer Ende Juni 1940 an einen hohen Truppenführer, « – das zeigt die Geschichte immer aufs Neue – ist Idealpolitik nicht nur sicherer, sondern sogar lohnender als die kurzfristig eingestellte, vermeintlich so vernünftige ‚Realpolitik. Wenn unsere Nachbarn wissen, dass wir unsere Heimat – inbegriffen die internationalen Verkehrsrouten – lieber zerstören, als dass wir ungebührlichen Zumutungen weichen, so werden sie uns über die Dauer des Krieges im eigenen Interesse in Ruhe lassen. Sollte aber das sogenannte neue Europa den Sieg erringen – der heute übrigens noch in weiter Ferne steht – , so wird es ohnehin gegen uns vorgehen, auch wenn wir uns noch so sehr geduckt hätten. Auf diesen schlimmstmöglichen Augenblick müssen alle Widerstandskräfte gesammelt werden.»

Die Befürworter des unbedingten Widerstandes waren entschlossen, falls Deutschland siegen sollte, lieber für die Schweiz zu sterben, als für Deutschland auf fremden Schlachtfeldern verbluten oder in deutschen Fabriken Sklavenarbeit zu verrichten, um Deutsche für den Frontdienst frei zu machen. Die Soldaten unter ihnen hatten geschworen, «für die Verteidigung des Vaterlandes Leib und Leben zu opfern» – unbedingt, nicht unter der Bedingung, dass Frankreich oder sonst jemand uns zu Hilfe komme. Und die andern wollten lieber für die Schweiz hungern und frieren als für Hitler. «Fröhlich frieren, stolz sparen, freudig verzichten», hiess die Losung des Zivilen Frauenhilfsdienstes.

Bei einem Sieg der Westmächte aber wollten diese Schweizer als freie Bürger eines freien Landes dastehen und nicht als Angehörige eines «Gaus Schweiz» oder bestenfalls eines Vasallenstaates, der sich voreilig dem vermeintlichen Sieger «angepasst» hatte.

Anders die Schweizer, die für Anpassung eintraten. Wenn wir uns klein machten, so glaubten sie, wenn wir Deutschland nicht reizten, ja wenn wir ihm seine Wünsche von den Augen ablösen, würde es uns

schonen und beim Endsieg damit belohnen, dass es uns als gleichberechtigten Partner in sein «neues Europa» aufnähme. Sollte aber Deutschland wider Erwarten den Krieg verlieren, so argumentierte zum Beispiel Frölicher, so würden die Alliierten es uns auch nicht als Verrat an den gemeinsamen Idealen anrechnen, wenn wir «etwas weniger in hitlerfeindlicher Propaganda und geistigem Widerstand machen würden...» Als Verrat hätten sie es uns vielleicht nicht angerechnet, aber vielleicht wären ihnen eines Tages die Geduld und das Verständnis, die sie uns in bemerkenswertem Mass entgegenbrachten, doch ausgegangen, und sie hätten unsere Fabriken, die für Deutschland kriegswichtiges Material herstellten, und unsere Nord-Südverbindungen, über die Tag und Nacht lebenswichtige Güter zum südlichen Achsenpartner rollten, mit Bomben belegt.

Im Gegensatz zum Widerstandswillen, der klar und einfach war, stellte die Bereitschaft zur Anpassung eine komplizierte, schillernde Haltung dar. Von der Anpassung, die als strategische List zum Durchhalten gedacht war, umfasste sie alle Varianten des Opportunismus bis zum Sichabfinden mit dem deutschen Endsieg und resignierter Kapitulation. Aber nach aussen bot der Anpassungsbereite, gleichgültig welches seine Motive waren, immer das gleiche Bild der Schwäche und Ängstlichkeit; er befand sich ständig in Gefahr, in völlige Unterwerfung abzugleiten, und er unterlag immer dem Irrtum, er könne durch sein Verhalten sich oder der Schweiz einen Vorteil verschaffen. Dabei gehörte es gerade zum Wesen des Nationalsozialismus, dass er da, wo er Anpassungsbereitschaft vorfand, zupackte.

Was würde das Schweizervolk wählen? Anpassung oder Widerstand? Anfangs Juli meldete das ‚Büro Ha‘, diese Frage stellten sich auch die Nationalsozialisten. Die Einverleibung der Schweiz sei für die nationalsozialistischen Machthaber nach wie vor beschlossene Sache. Nur über den Zeitpunkt und die Art der Einverleibung gingen die Meinungen

zwischen den verschiedenen Stellen noch auseinander, wobei bald Göring als Freund der Schweiz, Himmler als ihr erbitterter Gegner hingestellt wurde oder umgekehrt. Gauleiter Bohle habe erklärt: «Die Vorbereitungen zur politischen und verwaltungstechnischen Einverleibung der Schweiz sind bis in alle Einzelheiten fertig. Im Auslandsinstitut in Stuttgart werden diese von besonderen Beamten ständig nachgeführt.»

Als Termine für die Einverleibung der Schweiz lösten sich ab: «spätestens nach der Kapitulation Englands», die man im Sommer 1940 als «eine Kleinigkeit von ein paar Wochen» bezeichnete; im Herbst 1940 hiess es: «bestimmt Frühjahr 1941», dann: «spätestens nach dem Sieg über Russland» und zuletzt: «spätestens nach dem deutschen Endsieg»; was der Schweiz bei den Nationalsozialisten den Spottnamen «Wartegau» eintrug.

Als Art der Einverleibung kamen in Frage entweder gewaltsame militärische Eroberung oder «freiwilliger Anschluss». Auch der letztere, die sogenannte «organische Lösung», wie die «gemässigte» Richtung der schweizerischen Nationalsozialisten in Deutschland unter der Führung von Riedweg⁴⁵, sie anstrebte, hätte zum Untergang der Schweiz geführt. Sie hätte darin bestanden, dass man in der Schweiz eine nationalsozialistische Regierung ans Ruder brachte, und eine nationalsozialistische Schweiz wäre keine Schweiz mehr gewesen.

Das ‚Büro Ha‘ erfuhr, Deutschland werde sein weiteres Vorgehen gegen die Schweiz «ausschliesslich nach seinen Feststellungen und Beobachtungen über die moralische und militärische Widerstandskraft der Schweizer richten».

Anpassung oder Widerstand? Von der Beantwortung dieser Frage hing im Sommer 1940 das Schicksal der Schweiz ab.

Wenn man dem Schweizervolk diese Alternative klar hätte vor Augen führen können, so wäre seine Antwort nicht zweifelhaft gewesen.

Aber diese Alternative zu verwischen war gerade die Absicht der nationalsozialistischen Propaganda, und auf schweizerischer Seite gab es, da die Zeitungen als wichtigstes Informationsmittel nur noch begrenzt in Frage kamen, keine Stelle, die ihr öffentlich entgegengetreten wäre.

Wir haben gesehen, wie der Bunderat nach dem Überfall auf Holland den Zeitungen noch ein letztes Mal erlaubt hatte, ihre Gefühle frei zu äussern, und wie er am 14. Mai die Zügel wieder fest anzog (vergleiche Seite 111).

Mitte Juni, als die Niederlage Frankreichs sich abzuzeichnen begann, hatte der Bundesrat den Schweizer Zeitungen durch die Abteilung Presse und Funkspruch «vorsorglich» Weisungen erteilen lassen, wie sie sich gegenüber der voraussichtlichen Kapitulation Frankreichs zu verhalten hätten: «Ruhige Feststellung, dass Frankreichs Widerstand nach ehrenvollem und tapferem Widerstand gegen einen an Zahl und Ausrüstung überlegenen Gegner zusammengebrochen ist... Ruhig und sachlich und ohne Voreingenommenheit der gewaltigen militärischen Leistungen der deutschen Armee gerecht werden und den Sieg über Frankreich nicht herabwürdigen.» Und zum Schluss: «Keine Rückschlüsse ziehen betreffend der Rückwirkungen der Ereignisse auf die Situation der Schweiz.»

Damit verlangte der Bundesrat von unseren Zeitungen, dass sie sich gegenüber einem Ereignis, das unsere Lage in nie dagewesener Weise veränderte und verschlimmerte und unser Volk aufs Tiefste erschütterte, ratlos, ja unbeteiligt stellten.

Als dann Frankreich tatsächlich zusammengebrochen war, erging die Weisung: «Für den Fall, dass der deutsche Reichskanzler vor Beginn des Angriffs gegen Grossbritannien dem letzteren eine Friedensofferte stellen sollte, ersuchen wir die Presse ... folgende Richtlinien zu beobachten: Es kann nicht Sache unserer Presse sein, den Grossmächten Rat-

schläge über ihr Verhalten zu erteilen... Dagegen steht mit diesem Grundsatz nicht in Widerspruch, darauf hinzuweisen, dass ein baldiger Friedensschluss im gesamteuropäischen Interesse gelegen wäre.» Ein Friedensschluss, der den sicheren Untergang der Schweiz bedeutet hätte!

Ende Juni schrieben drei Mitglieder der gemischten pressepolitischen Kommission – P. Béguin, J. Rubattel und L. Bickel – der Abteilung Presse und Funkspruch: «Seit dem 17. Mai hat die Abteilung Presse und Funkspruch ihre Haltung vollständig geändert. Unter dem Druck der internationalen Geschehnisse hat der Bundesrat die Pressekontrolle durch die Presselenkung ersetzt. Alle zwei bis drei Tage erhalten die Redaktionen Weisungen, an die sie sich strikte halten müssen... Aus Gründen, die wir hier nicht kritisieren wollen, hat der Bundesrat praktisch die Gesinnungsneutralität akzeptiert, die er noch vor einigen Wochen ablehnte...

Das Publikum weiss nichts von dieser Entwicklung... Das Schweizer Volk beschuldigt seine Zeitungen, es fehle ihnen an Mut... Dieses Missverständnis ist gefährlich, nicht nur für die Journalisten, sondern für das ganze Land. Es muss beseitigt werden...

Zwei Möglichkeiten stehen dafür offen: Eine offizielle Erklärung der Regierung – deren Schweigen immer mehr erstaunt –, oder man soll den Zeitungen erlauben, dem Publikum die neue Rolle zu erklären, die man ihnen zugewiesen hat.»

Bald darauf erging die seither schon beinahe berühmt gewordene Weisung: «Seit einiger Zeit beschweren sich verschiedene Zeitungen in Artikeln über die Einschränkung der Pressefreiheit. Einige Redakteure gehen sogar so weit, dass sie sich als Märtyrer der ‚Zensur‘ hinstellen und durchblicken lassen, dass sie ganz anders schreiben würden, wenn es ihnen gestattet wäre...

Ganz besonders darf nicht zugelassen werden, dass Journalisten durchblicken lassen, dass sie anders schreiben würden, wenn sie noch

frei wären ... Sollten sie sich als Opfer und Märtyrer hinstellen, so wäre die Abteilung Presse und Funkspruch gezwungen einzuschreiten.» Damit tat der Bundesrat das, wovor die Pressevertreter gewarnt hatten. Er verhinderte, dass das Volk erfuhr, wie sehr seine Zeitungen eingeengt waren. Sofern die Leser nicht zu den Eingeweihten gehörten, mussten sie annehmen, die Zeitungen glaubten das, was sie schrieben. Offenbar galten damals für den Bundesrat nur noch die Rücksichten auf Deutschland, gleichgültig wie seine Massnahmen sich auf das Schweizervolk auswirkten. Entscheidend war für ihn jetzt, wie man in Deutschland das Verhalten unserer Zeitungen beurteilte. Also tatsächlich Gesinnungsneutralität. Wie wenig sich die Bevölkerung des Ernstes der pressepolitischen Situation bewusst war, konnte man etwa an den Lachstürmen feststellen, die das ‚Cabaret Cornichon‘ beim Publikum mit seinen Nummern über die Pressezensur damals entfesselte⁴⁶.

Indem der Bundesrat die Schweizer Zeitungen derart unter Druck setzte, gab er nur den Druck weiter, dem er seinerseits damals in zunehmendem Mass von innen und von aussen ausgesetzt war.

Anfangs Juli kam Oberstdivisionär Bircher aus Berlin zurück und meldete, letzthin habe «ein Rapport über die Schweizer Presse Hitler in einen Tobsuchtsanfall versetzt», und Nationalrat Abt berichtete: «Überall, wo ich auf meiner Reise in Deutschland hinkam, beklagte man sich bitter über die deutschfeindliche Haltung unserer Zeitungen.» Professor Dr. Ernst Laur hatte auf der deutschen Botschaft in Rom den bestimmten Eindruck erhalten, Deutschland werde sein Vorgehen gegen die Schweiz vom Verhalten der Presse abhängig machen und «zwei hohe Schweizer Offiziere» hatten ihn ersucht, er möchte durch den Schweizerischen Bauernverband (dessen Präsident er war) beim Bundesrat die Vorzensur beantragen lassen, was er jedoch unterliess, nachdem er sich mit einem massgebenden Vertreter der Presse beraten hatte⁴⁷.

Am 21. Juni und am 4. Juli 1940 ersuchte General Guisan den Bundesrat, die allgemeine Vorzensur anzuordnen, andernfalls er beantragen müsse, dass die Pressekontrolle von den zivilen Behörden übernommen werde. Der General hatte von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Pressekontrolle ein «armeefremdes» Instrument sei, und seit dem Mai 1940, als auf Verlangen des Parlamentes die Suprematie der zivilen Behörde über die militärische noch stärker betont wurde, empfand er es als geradezu paradox, dass er gegen aussen die Verantwortung für Entscheidungen trug, die in Wirklichkeit der Bundesrat fällte.

Der Bundesrat schloss sich jedoch der Auffassung der beiden Pressevertreter Feldmann und Oeri an, die er zu Rate gezogen hatte und die ihm erklärten: «Die Einführung einer allgemeinen Vorzensur wäre der erste grosse Einbruch in die geistige Verteidigungsfront des Landes und in gewissem Sinn der Anfang vom Ende.» Ausserdem hatte es sich gezeigt, dass die Mittel, über die der Bundesrat verfügte, um die Presse in Schranken zu halten, vollkommen genügten. Nicht nur der Bundesrat selber hatte ihr zu jener Zeit mehrmals offiziell und inoffiziell ihr «Wohlverhalten» bescheinigt, sondern selbst der eingefleischte Feind der Pressefreiheit, Frölicher, musste zugeben, die Presse habe in jenem Zeitpunkt «das Gebot der Stunde, die Vorsicht, nicht ausser Acht gelassen».

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, dass die Vorwürfe gegen die Schweizer Presse sich vom tatsächlichen Verhalten der Schweizer Zeitungen völlig unabhängig gemacht hatten, so wäre er in jenen Tagen erbracht worden. Genau zu der Zeit, als von Schweizern jene Vorwürfe gegen die Zeitungen erhoben wurden, begann ein Teil unserer Zeitungen dem doppelten Druck der Katastrophe in Frankreich und der verschärften behördlichen Massnahmen zu erliegen. Es setzte ein eigentlicher «Umfall» ein. Zeitungen, die bisher «senkrecht» geblieben waren, stellten, den bundesrätlichen Weisungen gemäss (vergleiche

Seite 141), die französische Niederlage als eine Folge der unwiderstehlichen Macht der deutschen Waffen hin. Sie warfen die Frage nicht auf, weshalb die mit vielen Milliarden Goldfranken der französischen Steuerzahler erbaute französische Kriegsmarine sich geweigert hatte, in den Krieg einzugreifen, warum ganze Armeen sich kampfflos ergeben hatten. Hitlers Friedensangebot an England bezeichneten sie als eine «letzte grosse Chance», Europa und der Welt weiteres Blutvergiessen zu ersparen und den Frieden zu bringen. Churchill erteilten sie den Rat, dem Beispiel Frankreichs zu folgen und schleunigst zu kapitulieren. Formulierungen wie «Wiederkehr des normalen Lebens in Holland», «die moralische Wiedergeburt Frankreichs» oder «Neuaufbau Europas» waren an der Tagesordnung. Die französische Abneigung, Krieg um den Preis zerstörter Städte, vernichteter Fabriken und zahlreicher Toter und Verwundeter zu führen, fand weit herum Beifall, und der englische Entschluss zur Fortsetzung des Krieges wurde, wegen der damit verbundenen Weiterdauer der allgemeinen Unruhe und der Beeinträchtigung des Geschäftsganges, zunehmend kritisiert. Die Forderung nach dem Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund, die bisher nur die Frontenpresse erhoben hatte, tauchte plötzlich mehr oder weniger offen auch in anderen Blättern auf.

Es handelt sich heute nicht darum, im Leben unserer Miteidgenossen nachzuforschen, ob sie im Sommer 1940 vorübergehend «umgefallen» sind. Es ist damals in der Schweiz in allen politischen Lagern manches gesagt und geschrieben worden, was der Betreffende nachher lieber ungesagt und ungeschrieben gemacht hätte. Es wird uns vor Überheblichkeit bewahren, wenn wir uns von Zeit zu Zeit daran erinnern, dass wir in der Stunde der Gefahr nicht das Volk von lauter Helden waren, als das wir uns gerne sehen; dass es in der Schweiz – nicht nur bei der Presse – zu «höchst merkwürdigen Kapriolen» gekommen ist, wie Feldmann es einmal nannte.

Der Schock, den der Zusammenbruch Frankreichs ausgelöst hatte, war so gross, dass man sogar im weitentfernten Washington dem Deutschland Hitlers damals alles zutraute und die Wahrscheinlichkeit, dass England den Kampf aufnahm, nur auf eins zu drei schätzte. Und die Schweiz lag mittendrin, umklammert von der gepanzerten Faust.

Die bundesrätliche Weisung vom 17. Juli zeigt, dass man bei den zuständigen Stellen gemerkt hatte, was geschehen war. «Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Einstellung verschiedener Publizisten verändert... Es ist nötig, daran zu erinnern, dass der Defaitismus ebenso dem Zugriff der Pressekontrolle untersteht wie der Mangel an Unparteilichkeit den Kriegführenden gegenüber...»

Es war das erste und einzige Mal in zwölf Jahren, dass die Pressekontrolle die Schweizer Zeitungen nicht bremsen, sondern stützen musste.

Vor dem Krieg hatte Karl Weber einmal gesagt: «Wenn das Schweizervolk einmal wüsste und spürte, dass seine Zeitungen sich der dynamischen Macht fügen, bliebe ihm nicht verborgen, dass es nun von der Wahrheit abgeschnitten ist. Es wäre der Epidemie wilder Gerüchte ausgesetzt. Gegen sie hilft dann keine Verordnung mehr. Ein Volk, das so lange wie das schweizerische ununterbrochen unter dem Regime der Pressefreiheit gelebt hat, kann sich unmöglich zurechtfinden in der schwülen Atmosphäre des Halbwissens und Unwissens um das politische Geschehen. Es wird von der Gerüchtesuche stärker infiziert als Angehörige eines Staates, die Ähnliches schon erlebt haben⁴⁸.»

Genau das geschah im Juli 1940. Das Schweizervolk wurde von einer eigentlichen «Gerüchtesuche» heimgesucht.

Die Gerüchte waren selten völlig aus der Luft gegriffen. Sie knüpften meistens an tatsächliche Vorkommnisse an, die dann verzerrt und

masslos übertrieben wurden. Fast immer brachten sie das Misstrauen gegen die Standfestigkeit der Behörden gegenüber deutschem Druck zum Ausdruck. Besonders der Transit nach Italien gab Anlass zu zahllosen Gerüchten; einmal hiess es, es sei ein Zug mit Kriegsmaterial gesehen worden, ein andermal waren es Verwundete oder gar deutsche Soldaten in Uniform. Über unseren Wirtschaftsverkehr mit Deutschland zirkulierten phantastische Zahlen. Man sprach von achtzigtausend Arbeitern, die Deutschland ultimativ verlangt habe; in Wirklichkeit waren es zehntausend, und Deutschland bekam sie, dank dem Widerstand unserer Gewerkschaften, nie. Einmal hiess es, Deutschland habe ultimativ einen Kredit von 20 Milliarden verlangt. Das Volk wusste, dass Dinge wie Käse, Vieh und Elektrizität nach Deutschland gingen und wusste nicht, was wir dafür erhielten. Das böse Wort, «die Schweizer arbeiten sechs Tage für die Deutschen und beten am siebenten Tag für den Sieg der Alliierten», wurde herumgeboten; in Wirklichkeit haben von 1939 bis 1945, bei einer Zahl von über zwei Millionen beschäftigten Schweizern, nie mehr als drei Prozent für Deutschland gearbeitet, und die Schweiz hat während des Krieges wesentlich mehr aus Deutschland herausgeholt, als es ihm lieferte⁴⁹. Viele dieser Gerüchte setzten die Nationalsozialisten gezielt in Umlauf; die sogenannte «Flüsterpropaganda» war ein wichtiger Bestandteil ihrer «erweiterten Strategie». Dem Vertrauen des Volkes war es nicht förderlich, wenn die Behörden Dinge zu vertuschen suchten, welche die Bevölkerung entweder aus eigener Anschauung oder durch das ausländische Radio doch erfuhr – wenn etwa Bomber im strahlenden Sonnenschein über Zürich flogen, so dass jedes Kind das Hakenkreuz erkennen konnte, und das offizielle Communiqué nachher von «fremden» Flugzeugen sprach, die man «wegen des Nebels» nicht habe abschiessen können. Oder wenn – wie es ein Jahr später der Fall war – das Schweizervolk aus dem englischen Radio erfuhr, dass der eng-

liche König dem Bundesrat zur Sechshundertfünfzigjahrfeier eine Glückwunschsbotschaft geschickt hatte.

Der Bundesrat tadelte diese «Gerüchtemacherei» wiederholt mit scharfen Worten. Dabei verursachte er sie weitgehend selber, indem er es unterliess, die Lücke, die durch das von ihm angeordnete Schweigen der Zeitungen entstanden war, durch geeignete Informationen auszufüllen.

Im Pressebericht des Bundesrates heisst es zwar: «Wo immer möglich, ist die ausreichende Information als wirksamstes Mittel gegen die Gerüchtebildung eingesetzt worden⁵⁰...» Dieser Behauptung stehen die übereinstimmenden Aussagen massgebender Persönlichkeiten der Presse gegenüber. So schrieb Karl Weber: «Für das nächstliegende Korrekturmittel gegen die Gerüchtebildung, eine offene und sorgfältige Information, musste allerdings andauernd ein grossenteils fruchtloser, auf viel Verständnislosigkeit stossender Kampf geführt werden⁵¹.» Die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ erklärte in einem Artikel vom 26. März 1944, betitelt «Die grosse Lücke»: «Eine richtige Bereitschaft und Geübtheit für die Information ‚an der Quelle‘ würde eben automatisch die Bildung von Gerüchten und die Neigung, an sie zu glauben, zurückbinden.»

«Je mehr die Pressezensur funktioniert», hatte Oeri im Dezember 1939 vor dem Nationalrat gesagt, «desto deutlicher tritt auf der anderen Seite das Versagen der schweizerischen Amtsstellen hervor, auf Gebieten, auf denen sie wirklich funktionieren sollten, weil die Presse nicht mehr funktionieren kann. Die Presse bekommt ein Schweigegebot nach dem anderen, ohne dass eine amtliche Äusserung an die Stelle dessen tritt, was dem Publikum durch die Presse vorenthalten werden muss. Dann entstehen Gerüchte und wuchern wild...»

Niemand bestritt die Notwendigkeit, gewisse, vor allem militärische Dinge, aus Gründen der Sicherheit geheimzuhalten. Auf diese Art von

Schweigsamkeit bezog sich das bekannte Plakat: «Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat», oder, massiver ausgedrückt, die Aufschrift auf Plaketten, die in der Division Bircher an die Truppen verteilt wurden: «D'Schnörre halte, au im Hinterland.»

Aber die Schweigepflicht, die der Bundesrat im Sinne von Bundesrat Pilets Ermahnung: «Schweigen ist heute die schönste Rede», der Presse und sich selber auferlegte, ging über das hinaus, was notwendig gewesen wäre und «schadete der Heimat».

Anfangs August 1940, nachdem man die Entwicklung in der Schweiz vier Wochen lang «beobachtet» hatte, beurteilte man in Berlin die Lage, nach einem Bericht, der dem ‚Büro Ha‘ zuzuging, wie folgt: «Die Wirkung der Kapitulation Frankreichs auf die Haltung der Schweiz hat in den letzten Wochen die deutschen Erwartungen übertroffen. Das Mass der politischen, weltanschaulichen und militärischen Konzessionen, zu denen sich anscheinend immer grössere Kreise der Schweiz verpflichtet fühlen, geht weit über das hinaus, was das Reich der Schweiz vorerst zumuten wollte. Dies gilt vor allem für die bundesrätliche Kundgebung der Bereitschaft zum Umlernen und zur Annahme einer neuen Ordnung, die unter den gegebenen Umständen vom einfachen Volk nicht anders als eine Aufforderung zur allmählichen Gleichschaltung verstanden werden kann. Weiter gilt dies aber auch für einen Teil der schweizerischen Presse, der in letzter Zeit in einem Stellungs- und Gesinnungswechsel begriffen ist, den der führende Nationalsozialist als Kenner solcher Symptome als Beweis für Untergangsreife und moralische Haltlosigkeit in seine weiteren taktischen Pläne einstellt... Im übrigen ist es klar, dass jeder urteilsfähige Mensch in Deutschland solche Gesinnungs-Salti mortali als plumpe Anbiederungsmanöver durchschaut, hinter denen weder diese noch jene Überzeugung steckt und die nur beweisen, wieviel be-

reits dem Schweizervolk von Seite der Anpassungsbereiten zugemutet werden kann.» Weitere Meldungen stimmten darin überein, man sei auf Grund der Beobachtungen und Feststellungen, bei denen man sich auch auf die Informationen nationalsozialistisch gesinnter Schweizer stützte, zur Überzeugung gelangt, Deutschland könne sich die Opfer an Soldaten ersparen. Wenn es nur die in weiten Kreisen herrschende «Kapitulationspsychose» geschickt ausnütze, werde man bald mit massiven Forderungen an den Bundesrat herantreten können, ohne eine nennenswerte Reaktion des Volkes befürchten zu müssen.

Die Nationalsozialisten entschieden sich daher für Fortsetzung der «erweiterten Strategie».

VII. Anpassung?

Bei dem neuen Vorstoss, den die Nationalsozialisten von Ende Juli an mit den Methoden der «erweiterten Strategie» gegen den Widerstandswillen eines Schweizervolkes unternahmen, das noch unter der Schockwirkung stand, die der französische Zusammenbruch ausgelöst hatte, kamen ihnen die Vorbereitungen zugute, die sie bei uns vor dem Krieg getroffen hatten. Die Kanäle für ihre Propaganda waren bereit, die These von der «Kriegsschuld der Schweizer Presse» hatte seither auch in der Schweiz viele Anhänger gefunden, und die Beziehungen zu den schweizerischen Rechtsextremisten waren eifrig gepflegt worden.

Die Propaganda, die jetzt nicht mehr mit dem Schlagwort vom «Zusammenschluss aller Deutschen», sondern mit der «Neuordnung Europas» arbeitete, hatte im Sommer 1940 leichtes Spiel. Sie brauchte nur die Tatsachen sprechen zu lassen. In Filmwochenschauen, die damals zu sechzig Prozent deutscher Herkunft waren, in illustrierten Zeitungen, von denen beispielsweise das ‚Signal‘ unter dem Herstellungspreis verkauft wurde und im Sommer 1940 bei uns eine Verbreitung von über achtzigtausend Exemplaren erreichte, sowie über das deutsche Radio – deutsche Tageszeitungen las man bei uns nur wenige – versuchte man das Schweizervolk von der Unüberwindlichkeit der deutschen Armeen und der Aussichtslosigkeit jeden Widerstandes zu überzeugen. Die deutsche Gesandtschaft veranstaltete Empfänge, an denen hohe schweizerische Offiziere und Bundesbeamte teilnahmen und sich von Propaganda-

filmen von der Art des berühmten «Sieg im Westen» beeindruckten lesen. Die deutsche ‚Bodensee-Rundschau‘ vom 8. August 1940 meldete: «Vor einer grossen Anzahl geladener Gäste wurde auf Einladung des deutschen Gesandten in der Schweiz, Dr. Köcher, der Film ‚Sieg im Westen‘ vorgeführt. Unter den Anwesenden bemerkte man Mitglieder des Bundesrates und andere Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Schweiz.... Der Film hat bei allen einen sichtbar tiefen Eindruck hinterlassen. Wenige Tage zuvor war der gleiche Film auf Einladung des deutschen Militärattachés in der Schweiz, Oberst von Ilsemann, einer Anzahl höherer schweizerischer Offiziere gezeigt worden.»

Parallel und ergänzend zur Propaganda ging der Grossangriff gegen die Schweizer Presse, der schon anfangs Juli eingesetzt hatte, weiter. Zum Druck, den die schweizerischen Anhänger der Kriegsschuldthese auf den Bundesrat ausübten, kam jetzt der massive Druck von aussen hinzu. Dass die Schweizer Zeitungen «hetzten», konnten nicht einmal mehr die Nationalsozialisten behaupten. Worum es diesen in Wirklichkeit ging, sagte von Bibra am 18. Juli 1940 einer leitenden Persönlichkeit der Schweizerischen Nationalbank in Bern deutlich: «Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz sind ausgesprochen schlecht, und zwar deshalb, weil die schweizerische Presse zwar nichts mehr gegen Deutschland, aber auch nichts für Deutschland schreibt⁵².» Das war es also. Das Schweigen sollte nicht mehr genügen. Man erwartete von uns, wir sollten das nationalsozialistische Deutschland loben, wie die ‚Front‘ und der ‚Grenzbote‘ es taten, und uns damit zu Sprachrohren der nationalsozialistischen Propaganda machen. Gleichschaltung unserer öffentlichen Meinung, das war es, was man jetzt ganz offen von uns verlangte.

Es hatte am 9. Juli damit begonnen, dass Dr. Georg Trump, Presseattaché bei der deutschen Gesandtschaft, dem Verlag des Berner ‚Bunds‘ telephonierte und verlangte, Chefredaktor Schürch müsse unverzüglich

entlassen werden, sonst werde Deutschland die Nachrichtensperre über den ‚Bund‘ verhängen. Ausserdem forderte er strenges Stillschweigen über seine Demarche. Sollte Schürch versuchen, sich ins Ausland zu retten, so sei dafür gesorgt, dass er an der Grenze gefasst werde. Ähnliche Drohungen richtete Trump in der Folge gegen die Chefredaktoren der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘, Bretscher, und der ‚Basler Nachrichten‘, Oeri, sowie den Leiter der Schweizerischen Depeschenagentur, Lüdi.

Formell galt damals zwischen Deutschland und der Schweiz immer noch Reziprozität. Man stelle sich vor, ein Mitglied unserer Gesandtschaft in Berlin hätte die Entlassung des Chefredaktors etwa des ‚Völkischen Beobachters‘ verlangt. Aussenminister Ribbentrop hätte sich kaum damit begnügt, den Schweizer Gesandten «auf die Unzulässigkeit eines solchen Vorgehens aufmerksam zu machen», wie Bundespräsident Pilet es dem deutschen Gesandten in Bern gegenüber tat; und auch das erst, nachdem zwei Vertreter der Presse, Feldmann und Dr. Sartorius, diese Intervention dringend gefordert hatten. «Man glaubt in Deutschland offenbar auf Grund der bisherigen, ausschliesslich und einseitig für Deutschland entwickelten Pressepolitik des Bundesrates», erklärten die beiden Herren, «dass man sich der Schweiz gegenüber nachgerade alles leisten könne.» Offenbar nütze auch die ausserordentlich scharfe Praxis der Presseüberwachung nichts, da man deutscherseits «so oder so, einfach den Krach wolle». Die Angelegenheit zeige, bis zu welchem Tiefpunkt der Respekt vor der Schweiz gesunken sei. Wenn es auf dieser schiefen Ebene weitergehe, so werde man morgen versuchen, den Rücktritt von Professoren, von Bundesräten, von Regierungsräten und schliesslich auch denjenigen des Generals zu erlangen, und am Schluss des Ganzen stehe womöglich ein Ultimatum, die Schweiz habe zu kapitulieren.

Ob ein Handelsvertrag mehr oder weniger günstig abgeschlossen

werden könne, greife letzten Endes nicht an die Substanz der staatlichen Unabhängigkeit. Wenn wir es uns aber gefallen liessen, dass eine fremde Gesandtschaft in innerschweizerische Verhältnisse hineinregiere, so sei das nichts anderes als «der Anfang vom Ende».

Zur Zeit, als Feldmann das sagte, waren die deutschen Intrigen gegen General Guisan schon im Gang, und wenige Monate später sollte bei der Ersatzwahl für den zurücktretenden Bundesrat Baumann aus Rücksicht auf Deutschland der «harmlosere» Eduard von Steiger statt des für seinen unbedingten Widerstandswillen bekannten Feldmann gewählt werden.

Die Forderungen Trumps – aber auch seine Drohungen – blieben unerfüllt. Er hatte nur geblufft und steckte seine Abfuhr stillschweigend ein.

Nachdem die direkte Methode versagt hatte, beschlossen die Nationalsozialisten, ihre schweizerischen Hilfstruppen vorzuschicken. Es ist nicht bekannt, ob die Aktion Trump schon in Zusammenarbeit mit den schweizerischen Erneuerern zustande gekommen oder ob sie ein selbständiges Unternehmen der deutschen Gesandtschaft war. Zeitlich fiel sie jedenfalls mit dem Wiederaufleben der Frontenbewegung zusammen.

Dass die deutschen Siege den deutschen Nationalsozialisten in der Schweiz einen mächtigen Auftrieb verleihen würden, war zu erwarten. Zu Tausenden traten sie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Schweiz bei. Von Bibra rühmte sich, bevor er die Schweiz im Jahr 1943 verliess, leicht aufschneiderisch, er habe ihre Mitgliederzahl «von achthundert auf sechzigtausend» gebracht. Die einen traten aus Patriotismus bei, die andern, weil sie der Schweiz nicht mehr trauten und sich für den Fall eines deutschen Einmarsches sichern wollten. An Massenkundgebungen, für welche die grössten schweizerischen Versammlungsorte kaum ausreichten, legten deutsche Offiziere und Gauleiter

Zeugnis ab für die Unüberwindlichkeit der deutschen Waffen und sparten nicht mit Hieben gegen die Demokratie und die «verkalkten Engländer».

Aber nicht nur die deutschen Nationalsozialisten in der Schweiz, auch die schweizerischen Erneuerer witterten jetzt Morgenluft.

Schon Ende Mai war ein sogenanntes Aktionskomitee für die eidgenössische Erneuerung, hinter dem die schweizerischen Nationalsozialisten Leonhardt und Burri standen, mit einem Aufruf, der sich an die obersten Landesbehörden richtete, an die Öffentlichkeit getreten. Der Aufruf begann: «Sie werden zweifelsohne mit uns der Meinung sein, dass die Umstände, welche seitens des Dritten Reiches gegenüber Holland und Belgien zu den militärischen Massnahmen berechtigten, analog auch für die Schweiz nicht in Abrede gestellt werden können.» Und zum Schluss wurden die Behörden aufgefordert, dem Aktionskomitee «die weitere Verantwortung für die Heimat zu überlassen».

Mitte Juni 1940 feierte die Nationale Front, die sich anfangs März, als ihr Führer Tobler in eine Strafuntersuchung verwickelt wurde, aufgelöst hatte, samt ihrem Organ, ‚Die Front‘, in Zürich als Eidgenössische Sammlung ihre Wiederauferstehung. Gleichzeitig bildete sich unter der Leitung des Frontisten Karl Meyer in Schaffhausen die Nationale Gemeinschaft, deren Organ der ‚Grenzbote‘ war.

Die Eidgenössische Sammlung unterschied sich, wie schon die Nationale Front, von den anderen Erneuerungsbewegungen vor allem dadurch, dass sie ihre Parteitätigkeit in öffentlichen, mit grossem Propagandaaufwand angekündigten Versammlungen entfaltete. In ihrem politischen Kurs und in ihrem Wortschatz stimmte sie dagegen weitgehend mit den anderen Erneuerungsbewegungen überein.

Wie diese ging sie von der Voraussetzung aus, dass Deutschland den Krieg endgültig gewonnen habe. «Wir sind fest im Glauben, dass nie-

mand mehr den neuen europäischen Mächten den Sieg entreissen kann», verkündete damals Tobler an einer Massenversammlung im grossen Börsensaal. «Glücklicherweise ist die Festigung Europas noch nicht vollendet. Der Schweiz ist damit eine letzte Gelegenheit eingeräumt, sich mitgestaltend und mitkämpfend einzusetzen.» Es gelte jetzt für die Schweiz, den Anschluss nicht zu verpassen. Als Folgerung daraus verlangte er Aufgabe der Neutralität: «Es ist jetzt höchste Zeit, endlich einmal aus dem Völkerbund auszutreten und diesen Leichnam liegen zu lassen.» Auch müssten wir, nach dem Vorbild Pétains, eine Sondergesetzgebung gegen die Juden einführen: «Nein, die Schweiz ist keine Arche Noah, auch nicht dazu da, das israelitische Volk vor dem Ersaufen zu bewahren. Der Gutstein und der Goldstein haben sich verzogen; die anderen sollen ihnen folgen.» Und dann, im Hinblick auf einen Radiovortrag von Oberst im Generalstab Hans Frick, in dem er an die Schlacht von St. Jakob an der Birs erinnert hatte, die Feststellung Toblers: «Nur wir Hirtenknaben träumen noch von einem Heldenkampf vom neuen St. Jakob! Dieser Heldenkampf ist eine Illusion, genährt von völlig falschen Vorstellungen über die tatsächlichen Verhältnisse. Dieser Heldenkampf findet nicht statt⁵³!»

«Was muss einer eigentlich gegen unsere Demokratie noch unternehmen, bis sie ihm das Handwerk legt?» fragte ein sozialdemokratisches Blatt. Als die Sozialdemokratische Partei der Schweiz den Bundesrat am 14. November 1940 ersuchte, die Eidgenössische Sammlung zusammen mit der Nationalen Bewegung der Schweiz zu verbieten, fand der Bundesrat jedoch, der Moment für ein solches Verbot sei noch nicht gekommen.

Ende Juni 1940 richtete ein sogenannter Führerkreis und Freunde der Nationalen Bewegung der Schweiz einen Aufruf an das Schweizervolk, der unter anderem von Leuten unterzeichnet war, die, wie Büeler, Hofmann, Oehler, Henne, Keller, Wechlin und Wirz, vor dem Krieg im

Zusammenhang mit der Nationalen Front und mit den aus ihr hervorgegangenen, damals schon im Verdacht des Landesverrates stehenden Organisationen Eidgenössische Soziale Arbeiterpartei und Bund treuer Eidgenossen von sich reden gemacht hatten.

Diese Leute empfahlen sich als «die Männer in unserem Land, die seit Jahren die grosse Entwicklung vorausgesehen und die politischen und sozialen Aufgaben unseres Vaterlandes richtig erkannt hatten und denen das Zeitgeschehen in vollstem Umfang recht gegeben hatte». Sie forderten die «Wiederherstellung aufrichtiger und freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland und Italien», also Austritt aus dem Völkerbund und Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu England; ferner ein «eigenes Organ», womit die seit dem Dezember 1939 verbotene ‚Neue Basler Zeitung‘, wegen ihrer extremen Deutschhörigkeit das «Zwanzigpfennigblatt» genannt, gemeint war, und «Wiederherstellung der Unparteilichkeit der Rechtspflege und Amnestie für alle wegen ihrer politischen Gesinnung Verfolgten und Inhaftierten».

Am 28. August gelangte – angeblich durch Indiskretion – ein «Sofortprogramm» des Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz (nicht zu verwechseln mit dem Volksbund des Majors Leonhardt, wenn auch in seiner Art nicht weniger gefährlich) zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Für den Vorort zeichneten Staatsarchivar Hektor Ammann, Professor Heinrich Frick, Fabrikant Caspar Jenny und Dr. Andreas von Sprecher. Sekretär des Volksbundes war lange Zeit der frühere Redaktor der ‚Neuen Basler Zeitung‘, Dr. Gottfried Zeugin, gewesen. Dieser Volksbund war im Jahr 1921 aus der Gegnerschaft gegen den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund entstanden und allmählich immer mehr in ein extrem deutschfreundliches Fahrwasser geraten. In seinem «Sofortprogramm» verlangte er Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund,

«Wiedergutmachung aller jener Übergriffe unserer politischen Polizei, die sich lediglich durch die Verhetzung unserer öffentlichen Meinung erklären lassen», Amnestie für alle zu Unrecht Verurteilten und darüber hinaus «Bestrafung der Verantwortlichen» und «die Ausschaltung jener an verantwortungsvollen Stellen stehenden Personen, die einen für die Interessen des Landes höchst verhängnisvollen Kurs gesteuert haben», vor allem also die Chefredaktoren der führenden Blätter, wie ‚Neue Zürcher Zeitung‘, ‚Basler Nachrichten‘ und ‚Bund‘ sowie «Ausmerzung jener Organe, die ausgesprochen im Dienste fremder politischer Gedanken standen..., wie ‚National-Zeitung‘, ‚Weltwoche‘ und ‚Nation‘...» Also: Gleichschaltung der Schweizer Presse, freie Hand für die Erneuerer, und Besetzung aller verantwortlichen Stellen durch Personen, die Deutschland genehm waren. Genau das Programm, das Österreichs Untergang herbeigeführt hatte (vergleiche Seite 64 f.).

Aus der Forderung auf Ausschaltung der Chefredaktoren, mit welcher der Deutsche Trumpf sich eine Abfuhr geholt hatte, ergab sich der Zusammenhang dieses «Sofortprogramms» mit deutschen Amtsstellen. Und die Forderung nach «Wiedergutmachung» auf dem Gebiet der Justiz, die sowohl von der Nationalen Bewegung der Schweiz wie vom Volksbund erhoben wurde, liess auf einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Aktionen schliessen. Das legte den Verdacht nahe, dass es sich bei beiden Vorstössen um eine einzige Aktion handelte, die von einer bestimmten deutschen Stelle ausging.

Schon im Herbst 1940 waren sozialdemokratische Blätter in der Lage, die Hintergründe der beiden Aktionen etwas aufzuhellen. Sie meldeten, anfangs August sei der Schweizer Dichter Jakob Schaffner in der Schweiz aufgetaucht und habe erklärt, Reichskanzler Hitler habe ihn empfangen und ihm gesagt, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei dringe zwar auf die Besetzung der Schweiz, aber er, Hitler, sei entschlossen, sein Wort, das er der Schweiz gegeben habe, zu halten. Die

Schweiz müsse sich aber von jetzt an Deutschland gegenüber positiv einstellen; er gebe ihr eine letzte Gnadenfrist. Schaffner setzte sich mit den Leuten der Nationalen Bewegung der Schweiz und mit dem Volksbund in Verbindung, und es fanden mehrere gemeinsame Besprechungen statt, bei denen über das weitere Vorgehen beraten wurde. Über das Ziel herrschte Einigkeit: die schweizerische Regierung sollte unter Druck gesetzt und zu Massnahmen veranlasst werden, die eine Anpassung an das Dritte Reich zur Folge haben würden. Man beschloss, dieses gemeinsame Ziel auf getrennten Wegen anzustreben. Die Nationale Bewegung der Schweiz sollte sich an den Bundespräsidenten heranmachen und von ihm das Versprechen erlangen, er werde ihr ein «eigenes Organ» bewilligen und sie als «legale nationale Opposition» anerkennen. Der Volksbund würde in einer von einer grösseren Zahl von Schweizern unterzeichneten vertraulichen Eingabe mit den gleichen Forderungen an den Gesamtbundesrat gelangen. Da der Volksbund zuerst Unterschriften sammeln musste, kam die Nationale Bewegung der Schweiz als erste zum Zug. Jakob Schaffner gelang es, in Baden, wo Bundespräsident Pilet zur Kur weilte, dessen Bekanntschaft zu machen. Der Bundespräsident war von Schaffner begeistert und erklärte sich gerne bereit, ihn mit «zwei weiteren Angehörigen der Erneuerungsbewegung», über deren Identität er sich nicht näher erkundigte, zu empfangen, umso mehr als sein Kollege Bundesrat Wetter sowie Wille, Däniker und Frölicher ihm dazu rieten.

Am 11. September erfuhr das Schweizervolk über die Frühsendung des deutschen Kurzwellensenders, Bundespräsident Pilet habe am 10. September die «bevollmächtigten Vertreter der Nationalen Bewegung der Schweiz», Ernst Hofmann und Dr. Max Leo Keller, in offizieller Audienz empfangen. Der Unterredung habe auch der Schweizer Dichter Jakob Schaffner beigewohnt. Sie hätten dem Bundespräsidenten die Ziele

ihrer Bewegung erklärt, und er habe ihnen insbesondere die baldige Bewilligung einer Tageszeitung und einer Wochenzeitschrift ausdrücklich zugesagt. «Die Unterredung, welche eineinhalb Stunden dauerte, stellt einen ersten Schritt zur Befriedung der politischen Verhältnisse der Schweiz dar.» Am gleichen Tag erhielten die Redaktionen der Schweizer Zeitungen von einem ‚Pressedienst der Nationalen Bewegung der Schweiz‘ eine Meldung, welche diese Nachricht bestätigte.

Die Mitteilung löste bei der Bevölkerung zuerst Ungläubigkeit, dann zunehmende Bestürzung aus. Gerüchte von einem Ultimatum, das dem Bundespräsidenten überreicht worden sei, zirkulierten. Nur schwerster deutscher Druck, so nahm man an, konnte den Bundespräsidenten, der dafür bekannt war, dass er ungerne Audienzen gewährte, dazu bewegen haben, die drei Leute zu empfangen.

Noch mehr als mit seiner Rede vom 25. Juni gab sich der Bundespräsident mit diesem Empfang wieder mindestens den Anschein der Anpassungsbereitschaft und liess die Wirkung seines Vorgehens auf das Volk ausser Acht. Es rächte sich jetzt, dass er als Berater ausschliesslich Leute um sich hatte, die für Anpassung eintraten.

Bundespräsident Pilet verriet mit dieser Audienz nicht nur einen Mangel an Kontakt mit der Volksmeinung; sie zeigte auch, dass er mit den publizistischen Propagandamethoden der Nationalsozialisten nicht vertraut war. Sonst hätte er die drei Erneuerer nicht empfangen, ohne sich genau nach ihrer Identität zu erkundigen. Er hätte ihnen nicht erlaubt, eine Pressemeldung herauszugeben, ohne sich diese vorlegen zu lassen, und vor allem hätte er dafür gesorgt, dass von seiner Seite ein Zeuge zugegen gewesen wäre. Jetzt konnten seine Besucher behaupten – und taten es auch –, er habe ihnen die Erfüllung ihrer Forderungen zugesagt, und er besass keine Möglichkeit, das Gegenteil zu beweisen.

Wenn unser Bundespräsident – so sagte sich das Volk –, der immer wieder betonte, die Aussenpolitik sei seine Sache und er verbitte sich die

ständigen Einmischungen der Volksvertreter und der Öffentlichkeit in seine Politik, sich von drei gerissenen Taktikern in einer relativ geringfügigen Angelegenheit derart hereinlegen liess, wie sollte er standhalten, wenn einmal massiver Druck von höchster Stelle auf ihn ausgeübt würde?

Nach der Besprechung der Angelegenheit in der nationalrätlichen Vollmachtenkommission und in den Fraktionen kam sie am 18. September im Nationalrat zur Behandlung. Der Bundesrat bekräftigte den Willen zur Unabhängigkeit und zur Neutralität und betonte vor allem seine Verpflichtung auf die demokratischen Grundrechte des Schweizervolkes. Hierauf bestätigten die drei Regierungsfraktionen, unterstützt durch das liberale Zentrum, der Vorfall habe Beunruhigung und Besorgnisse geweckt, und bedauerten, dass die Vertreter der Nationalen Bewegung der Schweiz den Empfang durch den Bundespräsidenten «für propagandistische, der geschichtlichen Aufgabe der Schweiz zuwiderlaufende Zwecke missbraucht» hätten. «Wir vermögen die Audienz nicht als Ausfluss politischer Notwendigkeiten zu erkennen; unsere politischen Verhältnisse bedürfen einer solchen ‚Befriedung‘ nicht.» Schärfer konnten die Regierungsparteien ihre Missbilligung nicht formulieren, solange sie entschlossen waren, angesichts der kritischen aussenpolitischen Lage der Schweiz Bundesrat Pilet zu stützen. Eine sozialdemokratische Minderheit war bereit, dieser Erklärung zuzustimmen. Die Mehrheit erklärte jedoch: «Durch sein Verhalten hat Herr Pilet das Vertrauen verloren, dessen ein Mitglied der obersten Landesbehörde bedarf», und die Unabhängigen sagten rundheraus: «Die Demission des Herrn Bundespräsidenten Pilet-Golaz scheint uns unvermeidlich.» Nur die Jungbauern schwiegen. Die Erklärungen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen gaben die Stimmung, die damals im Volk herrschte, besser wieder

als die aus Gründen der inneren und äusseren Sicherheit vorsichtiger gehaltenen Formulierungen der übrigen Fraktionen.

Mit Ausnahme der Fronten, gewisser welscher Kreise und des konservativen Nationalrates H. Walther, der von «einer kleinen Ungeschicklichkeit» des Bundespräsidenten sprach, weil er – wie sich hinterher herausstellte – die Audienz auch befürwortet hatte, verurteilte das Schweizer Volk den Schritt des Bundespräsidenten scharf. Es brachte ihn in Zusammenhang mit der bundesrätlichen Erklärung vom 25. Juni 1940 und sah in ihm ein weiteres Glied in einer Reihe von Zugeständnissen, ein Symptom einer neuen Politik, die in Widerspruch zu der bis zum Zusammenbruch Frankreichs verfolgten stand und zu der es bis jetzt noch nie Gelegenheit gehabt hatte, sich zu äussern. Jetzt war diese Gelegenheit gekommen. Über dieser innenpolitischen Angelegenheit entlud sich seine ganze aufgestaute Opposition gegen die vom Bundesrat seit dem Zusammenbruch Frankreichs eingeschlagene Aussenpolitik. So wurde, was von den Nationalsozialisten und ihren schweizerischen Sekundanten als ein Schritt zur Anpassung und zur Verwirrung des Volkes geplant gewesen war, zu einer geschlossenen Kundgebung des Widerstandswillens.

Aber die Leute von der Nationalen Bewegung der Schweiz liessen sich durch diese eindeutige Reaktion der öffentlichen Meinung nicht entmutigen. Ende September stellte ein ‚Pressechef der Nationalen Bewegung der Schweiz‘ den schweizerischen Redaktionen einen Artikel, «Eine Audienz und ihre Hintergründe» betitelt, zur Verfügung. Darin bezeichnete sich die Nationale Bewegung der Schweiz als «eigentliche Trägerin des neuen politischen Gedankens in der Schweiz». Sie erklärte, die Nationale Bewegung der Schweiz «kämpfe für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und empfangen weder Weisungen noch Geld vom Ausland». Hochstehende Persönlichkeiten der Politik, der Wirtschaft und der Armee hätten dem Bundesrat zu der Audienz geraten. Die

Audienz selber bezeichneten sie als «Markstein in der Geschichte der Erneuerungsbewegung und einen ersten Schritt zur inneren Befriedung der Schweiz».

Anfangs November waren unsere Zeitungen in der Lage, das Programm der Nationalen Bewegung der Schweiz zu veröffentlichen. Es deckte sich fast wörtlich mit dem Organisationsstatut der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, mit Gliederung in Blocks, Stützpunkte, Ortsgruppen, auch mit dem Bekenntnis zum Führergedanken.

Diese öffentliche Blossstellung hinderte die Leute von der Nationalen Bewegung der Schweiz indessen nicht daran, am 12. November in einem in Massenaufgabe verbreiteten Brief dem Bundespräsidenten zuhanden des Gesamtbundesrates ein auf Ende November befristetes «Ultimatum» zu stellen.

«Nun ist es genug», hiess es in dem Brief. «Wir haben unsere Versprechungen gehalten (dass unser Kampf und ganzer Einsatz einzig und allein der Freiheit und Ehre unseres Volkes gilt) und dürfen deshalb erwarten, dass der Bundesrat gleichfalls sein gegebenes Wort einlöst, vor allem die baldige Bewilligung einer Tageszeitung und einer Wochenzeitschrift.»

«Es dürfte in der Tat genug sein», schrieb die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ am 15. November, «das heisst: zur Bildung eines sicheren Urteils über die Nationale Bewegung der Schweiz liegen heute wohl genügend Anhaltspunkte vor, um eine klare Stellungnahme der Behörden zu rechtfertigen. Die Behörden verfügen nicht nur über die rechtlichen Handhaben, um nötigenfalls mit ruhiger Energie einzugreifen, sondern sie wissen auch oder dürften es wissen, dass hinter dem Buchstaben der Gesetze und Verordnungen der Wille der überwältigenden Mehrheit des Schweizervolkes zur Erhaltung seiner Freiheit und Unabhängigkeit steht.» Ver-

treter verschiedener Parteien sprachen im Bundeshaus vor und erhoben dieselbe Forderung.

Jetzt konnte der Bundesrat nicht länger zuwarten. Am 18. November verbot er, auch auf das Risiko hin, dass Deutschland es als Provokation auffassen könnte, die Nationale Bewegung der Schweiz und die entsprechende welsche Organisation, das Mouvement National Suisse, in welchem der welsche Arzt Dr. Michel die führende Rolle gespielt hatte.

Schon am nächsten Tag kam das Echo aus Deutschland. Die Zeitung ‚Der Führen schrieb: «Seit dem Fall Pilet-Golaz kann es keinen Zweifel mehr geben, dass die demokratischen Mächte entschlossen sind, der Schweizer Bundesregierung ihren Willen aufzuzwingen.»

Am 29. November stand in der ‚Bodensee-Rundschau‘: «Der schweizerische Bundesrat hat mit der Auflösung der Nationalen Bewegung der Schweiz dem Drängen jener im englischen Ideenkreis verhafteten Elemente nachgegeben, deren politisches Bestreben darauf gerichtet ist, die Eidgenossenschaft unter allen Umständen aus dem kommenden europäischen Ordnungsprinzip herauszuhalten ... Besonders deutlich war die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ geworden, die kurzerhand postuliert hatte, die Eidgenossenschaft werde sich nie durch Leute erneuern, führen oder regieren lassen, die es mit der Souveränität des Volkes und der Unabhängigkeit des Staates nicht ernst meinten... Man verfolgt die nationalen Aufbaukräfte im eigenen Land und meint das nationalsozialistische Deutschland... Jede politische Angleichung an das junge Europa wird gleichbedeutend mit einem Angriff⁷ auf die Unabhängigkeit der Schweiz dargestellt. Auf dieser bewussten Lüge fussend, ist jene Anti-Erneuerungsstimmung propagandistisch vorbereitet worden, die den Bundesrat seiner eigenen Entschlussfreiheit weitgehend beraubt und ihn jetzt veranlasst hat, an die Stelle des klaren Rechtsbuchstabens der

schweizerischen Verfassung einseitige und, wie es scheint, auf die Dauer gesehen, bedenkliche Polizeimassnahmen zu setzen.»

Aus Berlin verlautete, Frölicher habe sich über das Verbot sehr bestürzt gezeigt. Beim ‚Büro Ha‘ gingen Meldungen ein, die Nationalsozialisten hätten das Verbot als einen Schlag gegen ihre Tätigkeit in der Schweiz empfunden. «Wo wir gerade so schöne Fortschritte gemacht haben!» habe ein Mitglied des Auslandsinstitutes bedauernd gesagt. Aber gleichzeitig hiess es, man hätte uns diese Massnahme nicht zuge-
traut und sie habe den Respekt vor uns beträchtlich gehoben. Der Ärger der nationalsozialistischen Stellen richte sich vor allem gegen die schweizerischen Erneuerer, die ihnen offenbar vom Widerstandswillen in der Schweiz ein falsches Bild vermittelt hätten.

Die Reaktion der Nationalsozialisten auf das Verbot war eine Bestätigung für die Schweizer, die Deutschland gegenüber eine feste Haltung befürworteten, dass sie richtig sahen.

Während die Öffentlichkeit sich mit dem Vorstoss der Nationalen Bewegung der Schweiz beschäftigte, hatten die Leute vom Volksbund in aller Stille ihr «Sofortprogramm» etwas vorsichtiger formuliert. Insbesondere nannten sie die Zeitungen, deren Chefredaktoren beseitigt und die selber «ausgemerzt» werden sollten, nicht mehr beim Namen – es wusste damals ohnehin jeder, welche gemeint waren. Ausserdem hatten sie eifrig Unterschriften gesammelt, wobei sie zum Teil Methoden anwendeten, die man als Unterschriftenfang bezeichnen muss. Offiziere hatten, ihre militärische Autorität ausnützend, politisch unerfahrene Untergebene zur Unterschrift überredet. Die Eingabe lag sogar bei einem Brigadekommando auf. Besonders Offiziere liessen sich wohl auch darum zur Unterschrift verleiten, weil die Verfasser in perfider Berechnung die Vorwürfe gegen die Presse in den Vordergrund stellten, die im Sommer 1940 gerade bei den Militärs eine Hochkonjunktur erlebten, wäh-

rend es in Wirklichkeit ja um viel mehr ging. Die Initianten spekulierten auch mit Recht auf den seelischen Schock, den die deutschen Siege bei uns ausgelöst hatten, um Leute für ihren Zweck zu gewinnen, die sich sonst wenig für Politik interessierten und jetzt zum Umfallen bereit waren.

Am 15. November schickten sieben Angehörige des Volksbundes, nämlich H. Ammann, Rud. Grob, F. Rieter, E. Friedrich, C. Jenny, A. v. Sprecher und Heinrich Frick das nur leicht abgeänderte «Sofortprogramm» als Eingabe an den Bundesrat. Diese Eingabe trug neben den Namen der Initianten die Unterschrift von hundertsechundsechzig Schweizer Bürgern, unter ihnen viele Akademiker und Militärs, und stellte an den Bundesrat die unerhörte Zumutung, er solle zugunsten der Erneuerer diktatorisch nicht nur in die Pressekontrolle, sondern auch in die Polizeigewalt und Rechtspflege eingreifen. «Sie haben durch Ausübung des verfassungsmässigen Petitionsrechtes kein Unrecht begangen, sondern ein Unrecht verlangt», schrieb Ernst Schürch⁵⁴, und die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ bezeichnete die Aktion als Teil einer «geistig-politischen Anpassungsoperation grossen Stils».

Das Schweizervolk erfuhr von der Eingabe erst, als die Leute vom Volksbund sie im Januar 1941 in stark gemilderter Form sechsundfünfzig Zeitungsredaktionen zustellten. Obgleich die Eingabe damit bekannt geworden war, hielt der Bundesrat es für ausreichend, dass Bundesrat von Steiger, der Leiter des Justiz- und Polizeidepartementes, einem Mitglied des Volksbundes, von Sprecher, im Februar 1941 unter vier Augen und mündlich erklärte, «die Eingabe sei rechtlich und politisch unhaltbar», ohne dass diese Erklärung veröffentlicht wurde. Diese Taktik des Verschweigens hatte zur Folge, dass die Angelegenheit der Eingabe der Zweihundert, wie man sie in der Folge nannte, während des ganzen Krieges weitermottete und dass die Reaktion, als sie im Jahre 1946 in Parla-

ment und Öffentlichkeit zur Sprache kam, von explosionsartiger Heftigkeit war. Das um so mehr, als nach dem Krieg Dinge an den Tag kamen, die vorher auch eingeweihten Kreisen nicht bekannt gewesen waren und die beide Vorstösse in einem noch bedenklicheren Licht erscheinen liessen⁵⁵.

Unbekannt gewesen war, dass Max Leo Keller, einer der Führer der Nationalen Bewegung der Schweiz und einer der drei Teilnehmer an der bundesrätlichen Audienz vom 10. September 1940, seit 1933 mit der deutschen Gesandtschaft in Bern und mit massgebenden deutschen Stellen in Verbindung gestanden hatte, dass von Bibra anfänglich sehr viel von ihm hielt und dass Hitler selber ihn als «den massgebenden Mann» der schweizerischen Erneuerungsbewegung bezeichnete. Er unternahm häufig Reisen nach Deutschland und wurde mehrmals vom Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, empfangen. Keller war fanatischer Nationalsozialist, überzeugt vom deutschen Endsieg und entschlossen, die Eingliederung der Schweiz in das «neue Europa» auf «organischem Weg» – im Gegensatz zum gewaltsamen, militärischen – herbeizuführen. Zu diesem Zweck wollte er mit Hilfe Deutschlands in der Schweiz eine nationalsozialistische Regierung ans Ruder bringen. Das Werkzeug dazu sah er – und sahen mit ihm die deutschen Nationalsozialisten – in der Nationalen Bewegung der Schweiz.

Unbekannt gewesen war aber vor allem auch, dass ein gewisser Dr. Klaus Hügel, der am 8. Februar 1942 mit einer Delegation der Stadt Stuttgart vom Zürcher Stadtrat und auch von St. Galler Industriellen empfangen wurde (obschon das ‚Büro Ha‘, wo man über Hügel Bescheid wusste, gewarnt hatte), die Spionage gegen die Schweiz unter sich hatte und den Verkehr mit den schweizerischen Nationalsozialisten besorgte.

Am 10. Oktober 1940 hatte Hügel auf Befehl von Berlin, wo die Rivalitäten zwischen den verschiedenen schweizerischen «Führern» Miss-

fallen erregten, die Schweizer Hofmann, (Eidgenössische Sozialistische Arbeiterpartei), Zander (Bund treuer Eidgenossen), Leonhardt (Nationalsozialistische Arbeiterpartei), und Burri (Bund der Schweizer in Grossdeutschland) mit Keller (Nationale Bewegung der Schweiz) zusammen nach München befohlen, um eine Versöhnung zwischen ihnen herbeizuführen.

Leonhardt und Burri – berüchtigt durch die ‚Eidgenössische Korrespondenz‘ und die ‚Internationale Presse-Agentur‘ (IPA), die sie trotz wiederholten Verboten immer wieder in der Schweiz und bei den Schweizern im Ausland verbreiteten, und die das Übelste darstellten, was an landesverräterischer Propaganda gegen die Schweiz je hervorgebracht wurde – beharrten auf ihren Führungsansprüchen und blieben abseits.

Hofmann und Zander jedoch gaben am 22. Oktober 1940 ihren Getreuen in der Schweiz in einem offenen Brief bekannt, sie hätten sich mit ihren Organisationen (Eidgenössische Soziale Arbeiterpartei und Bund treuer Eidgenossen) «im Bewusstsein ihrer Verantwortung gegenüber Volk und Land» (in Wirklichkeit auf Befehl des SS-Mannes Hügel!) «vorbehaltslos in den Dienst der Nationalen Bewegung der Schweiz gestellt».

Nach dem Krieg teilte Bundesrat Petitpierre in Beantwortung einer diesbezüglichen Interpellation der Nationalräte Giovanoli und Gressot dem Parlament mit, am 23. September 1940, am 28. Januar 1941 und am 15. Juli 1941 hätten Besprechungen zwischen Hügel und den Herren Heinrich Frick, Hektor Ammann, Caspar Jenny und Andreas von Sprecher vom Volksbund stattgefunden; an der dritten Zusammenkunft habe auch Oberst Däniker teilgenommen. Bei diesen Zusammenkünften seien «vor allem Fragen der Presse» besprochen worden und die schweizerischen Teilnehmer hätten «das Verständnis für die schweizerische Presse fördern wollen». «Dass ausgerechnet mit einem Obernazi über das

Schweizer Grundrecht der Pressefreiheit verhandelt wurde, gehört ins Kapitel Hirtenknabennaivität⁵⁶.»

Die Angelegenheit ist nie ganz aufgeklärt worden. Der Bericht, den der Bundesrat in Aussicht gestellt hat, ist noch nicht erschienen.^{56a} So weiss man bis heute nicht, worauf sich die seltsame Erklärung bezieht, welche die schweizerischen Gesprächspartner nach ihrer eigenen Aussage gegenüber Hügel abgaben: «Wenn Sie uns behilflich sein wollen, dass die Schweiz über ihr Schicksal selber entscheiden kann, sind wir zu weiteren Aussprachen bereit.» Man weiss nicht, was man dabei denken soll, dass ausgerechnet diejenigen Leute, die zur gleichen Zeit eine böserartige Diffamierungskampagne gegen die eigenen Landsleute und die eigene Presse vorbereiteten, mit einem der gefährlichsten nationalsozialistischen Agenten «im Einverständnis mit den schweizerischen Behörden Besprechungen über die schweizerische Presse pflogen», in denen sie «auf ein vermehrtes Verständnis für die schweizerische Presse hingewirkt» haben wollen. Und der Verdacht liegt nahe, dass dieser Dr. Hügel der Drahtzieher hinter beidem war, der Audienzangelegenheit und der Eingabe der Zweihundert, und dass die «Anpasser» somit nur Werkzeuge in der Hand eines der gefährlichsten, auf höchsten Befehl handelnden Agenten des nationalsozialistischen Deutschlands gewesen sind.

«Der Sturm war von aussen angeblasen, ohne dass die Mitläufer es wussten. Warum? Weil Deutschland hoffte, Helvetia werde in einem Schwächeanfall dem Führer an die Brust sinken und bis dahin die widerborstigen Federn gezähmt werden mussten⁵⁷.»

In engem Zusammenhang mit den Aktionen der Nationalen Bewegung der Schweiz und des Volksbundes stand der Vorstoss, den Oberst Däniker im Frühsommer 1941 zugunsten einer Politik der Anpassung unternahm.

Oberst Däniker war einer der anerkannt tüchtigsten Berufsoffiziere unserer Armee und genoss in militärischen Kreisen, besonders bei seinen

Schülern, hohes Ansehen. Er gehörte zu jenen Schweizer Militärs, die ihre Bewunderung für die deutsche Armee auf das politische System übertrugen, das hinter ihr stand. Er vertrat ein «totales Soldatentum», das er in Deutschland verwirklicht sah und in der Schweiz schmerzlich vermisse, einen auf das Politische und Weltanschauliche übertragenen Militarismus, wie er der totalitären Politik eigen und der Demokratie weisensfremd ist.

Aus dieser Einstellung heraus von jeher mit seinen Sympathien auf deutscher Seite, hatte Däniker, als der Krieg ausbrach, zu den Enttäuschten gehört, die gern Wille als General gesehen hätten. Er war von Anfang an ein Gegner General Guisans und machte aus seiner Abneigung gegen diesen kein Hehl. Er kritisierte seine Massnahmen vor seinen Untergebenen; er ersetzte in seinem Befehlsbereich das Bild Guisans durch dasjenige des verstorbenen Generals Wille. Er bezeichnete den Rütlibericht als eine «Provokation» und schrieb nachher dem General, er habe das Vertrauen zu ihm verloren. Gesprächsweise äusserte er sich im Sommer 1940, Guisan werde vermutlich bald «unhaltbar» werden. Die Deutschen dürften demnächst seine Absetzung verlangen.

Überall, wo Sympathien für den Nationalsozialismus gepflegt wurden, war er dabei. Er besuchte die Versammlungen der Frontisten, er hielt Vorträge in der deutschen Tarnorganisation Gesellschaft für europäische Fragen. Er war Mitarbeiter deutscher Militärzeitschriften und der ‚Nationalen Hefte‘ von Oehler. Er unterhielt Beziehungen zu den Leuten der Nationalen Bewegung der Schweiz, gehörte dem Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz an und unterschrieb die Eingabe der Zweihundert.

Im Mai 1941 hielt er sich zehn Tage in Berlin auf, und nach seiner Rückkehr legte er seine Eindrücke in einer Denkschrift nieder, die ursprünglich nur für eine kleine Zahl von hohen Offizieren bestimmt war, die aber auf nie ganz geklärte Weise in unberufene Hände gelangte, im-

mer wieder abgeschrieben wurde und schliesslich in Hunderten von Exemplaren Verbreitung fand.

Diese Denkschrift liest sich wie ein glänzendes Plädoyer für die Anpassungsbereitschaft und verdient in ihren Hauptthesen noch heute Interesse. An die Feststellung, dass das Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz zur Zeit sehr gespannt sei, knüpft Däniker die Erklärung: «Ich scheue mich nicht, hier in aller Form auszusprechen, dass wir Schweizer selber den Hauptteil der Schuld für das Vorhandensein dieser Krisenlage tragen.» Statt einzusehen, dass es sich im gegenwärtigen Krieg um einen «Einigungskrieg» handle, der uns die Pflicht auferlege, möglichst rasch, bevor man uns dazu zwingt, «ein nützliches Glied» der europäischen Neuordnung zu werden, bildeten wir uns etwas darauf ein, als «Querschläger» durch dieses neue Europa zu fliegen. Die Einseitigkeit unserer Presse, für die, seit es eine Zensur gab, «logischerweise auch Regierung und Armee verantwortlich seien», sei hinlänglich bekannt. Die «Aufpeitschung der Bevölkerung zum Widerstand», wie zum Beispiel Oberst Oskar Frey (der zu jener Zeit Leiter von Heer und Haus geworden war) sie in seinen Vorträgen betreibe, verrate «eine sehr bedenkliche Abhängigkeit von den Gegnern Deutschlands» und müsse dringend unterbunden werden.

Darin, dass man in der Schweiz fortfahre, «alle diejenigen, die sich gedanklich mit der zukünftigen Entwicklung Europas befassen, zu verdächtigen», sieht Däniker ein Zeichen der Schwäche und eine Gefahr, weil gegenüber dem Ausland der Eindruck erweckt werde, es gebe in der Schweiz «Unterdrückte». Von diesen Unterdrückten wenden sich dann «die schlechten Charaktere denjenigen ausländischen Kreisen zu, die... unserem Land übelwollen». Diesen «unterirdischen» Beziehungen könnte man nur dadurch entgegenwirken, dass man enge und gute «oberirdische» Beziehungen schaffe, woraus Däniker die Forderung ableitet,

gesinnungstreue Schweizer müssten für die Belebung der geistig-kulturellen Beziehungen mit Deutschland eintreten.

Zum Schluss bekennt Däniker sich zur «Eigenstaatlichkeit» der Schweiz und erklärt sich bereit, für diese – nicht aber für «allerhand unwesentliche Dinge» – zu kämpfen, auch wenn dieser Kampf aussichtslos sein sollte, denn: «Einer solchen Haltung bringt man im soldatisch denkenden Deutschland, das bekanntlich jeden tapferen Gegner achtet, Verständnis entgegen.»

Aus dieser Denkschrift ging hervor, dass der Verfasser keine Ahnung vom Nationalsozialismus hatte und seiner Propaganda völlig verfallen war. Nicht nur vertrat er die nationalsozialistische Auffassung vom neuen Europa und forderte uns auf, unsere Neutralität zugunsten dieses neuen Europas aufzugeben und ihm schleunigst beizutreten, bevor es zu spät wäre. Er ersetzte auch die «Unabhängigkeit» der Schweiz durch den farblosen Begriff der «Eigenstaatlichkeit», über die der damalige Oberstdivisionär Herbert Constam einmal schrieb: «Sollte Deutschland siegen, so müssten wir nach dem Willen des Siegers Uhren und Präzisionsinstrumente fabrizieren, Elektrizität erzeugen und Kurort Europas sein. Für diesen Fall müssen wir bereit sein, uns zu verteidigen.»

Das Schwerwiegendste aber war, dass Däniker ein einseitiges Verschulden der Schweiz an den gespannten Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz konstruierte und damit für einen künftigen Gegner gegenüber der Weltöffentlichkeit eine Legitimation für einen Angriff auf sein eigenes Land schuf.

Zum Fall Däniker lieferte die ‚Information der Woche‘ vom 23. Juni 1942 folgenden Beitrag aus dem Brief eines Auslandschweizers: «Ich habe das Memorandum Dänikers soeben gelesen. Was ich vermutete, hat sich bestätigt. Die von Däniker gebrauchten Formulierungen stammen nicht direkt von deutscher Seite, obwohl sie natürlich von dort inspiriert sind, sondern vom ‚Wirtschaftsstammtisch‘ in Berlin, der unter

dem Patronat von Frölicher steht. Diese Herren waren es auch, die schon vor dem Krieg die bekannten Briefe an den Bundesrat schrieben, um darzulegen, welche geschäftsschädigende und politische Gefährdung die Haltung der schweizerischen Presse habe» (vergleiche Seite 31).

Am 30. Oktober 1941 schrieb das ‚Schwarze Korps‘, unter der Überschrift «Der Querschläger durch Europa»: «Der vernünftige Schweizer, der durch keine Hetzarbeit der jüdischen Presse vernebelt ist, hat hier durch besorgte Äusserungen eines untadeligen Offiziers und Patrioten erfahren, dass die deutsch-schweizerischen Beziehungen unleidlich gespannt seien, und dass die Schweizer leider selbst den Hauptanteil an dieser Krise tragen.»

Besonders seltsam musste die Unterscheidung, die Däniker zwischen «oberirdischen» und «unterirdischen» Beziehungen schweizerischer Erneuerer zu deutschen nationalsozialistischen Kreisen machte, jene anmuten, die um seine eigenen engen Beziehungen zur Nationalen Bewegung der Schweiz und zu Leuten wie Riedweg, Keller und Hofmann wussten. Über die «Güte» des Charakters dieser Leute hätte ihm die Bundesanwaltschaft schon im Jahre 1938 Auskunft erteilen können.

Auch nach seiner Entlassung aus dem Bundesdienst, am 6. April 1942, setzte Däniker seine politische Tätigkeit mit unvermindertem Eifer fort.

In schweizerischen und deutschen Militärzeitungen und in frontistischen Kreisen vertrat er seine These von der Überlegenheit der deutschen Kriegsführung noch im Jahre 1943, als für die Mehrheit des Schweizervolkes feststand, dass Deutschland den Krieg verloren hatte.

Während die Nationale Bewegung der Schweiz und der Volksbund das, was Däniker die «oberirdischen» Beziehungen nannte, spielen liessen, pflegten die «schlechten Charaktere» nicht weniger eifrig die «un-

terirdischen». Das Fatale dabei war nur, dass es sich weitgehend um die gleichen Leute handelte⁵⁸.

Die Mitglieder der verbotenen Nationalen Bewegung der Schweiz traten zum Teil der Eidgenössischen Sammlung, dem Volksbund und Leonhardts Nationalsozialistischer Arbeiterpartei bei. Andere fanden ein Auskommen bei einer von Keller eigens zu diesem Zweck mit deutschem Geld aufgezogenen Exportgesellschaft namens Epro. Und wieder andere beteiligten sich an Neugründungen. Zu den wichtigsten von diesen gehörten die Freunde Deutschlands, auch Kampfbund Speer genannt, der unter der Leitung eines Deutschen namens Staiger stand und von Berlin ausdrücklich den Auftrag hatte, für Mitte Mai 1941 – auf welches Datum man mit England abgerechnet zu haben glaubte – eine Kampfstaffel von zweihundertfünfzig Mann bereitzustellen, die dann die einrückenden deutschen Truppen in der Schweiz unterstützen sollten.

Als Verbindungsleute zu den nationalsozialistischen Stellen wirkten Dr. Wilhelm Gröbl, der vor dem Anschluss in Österreich tätig gewesen war, und Dr. Ashton, deutscher Vizekonsul in Zürich.

Diese beiden beteiligten sich auch an der Schaffung einer schweizerischen SS. Anfangs 1941 war Franz Riedweg mit dem Auftrag an das frühere Mitglied der Nationalen Bewegung der Schweiz, Büeler, herangetreten, in der Schweiz eine sogenannte Fechtgemeinschaft ins Leben zu rufen. In Berlin wünsche man, dass im Mai ein Stosstrupp von ungefähr dreihundert Mann bereit sei «für den Moment, an dem dann der Schlag kommt»; womit ein Ultimatum an die Schweiz mit nachfolgendem Einmarsch der deutschen Truppen gemeint war. In der Folge wurden die Angehörigen der schon bestehenden «Sportschule» (SS) des Othmar Maag in Kilchberg für diesen Zweck ausgebildet. Ihre Mitglieder mussten dem Führer Maag ein Treue- und Schweigegelübde ablegen.

Befremdet und empört verfolgte die Bevölkerung von Luzern einen militärischen Ausmarsch, den Maag mit seiner Schweizer SS über Pfingsten 1941 ins Eigenthal unternahm und der in eigentlichen Manövern gipfelte, bei denen «Schneebälle, Tannzapfen und Steine als Handgranatendienten».

Am 10. Juni 1941 erfolgte dann tatsächlich der Schlag. Aber es waren nicht die Nationalsozialisten, die ihn England und der Schweiz versetzten, sondern die schweizerische Bundesanwaltschaft schlug zu und machte mit einer Polizeiaktion, die sich über siebzehn Kantone erstreckte und hundertdreissig Verhaftungen zur Folge hatte, dem gesamten illegalen Treiben von nationalsozialistischen Schweizern auf Schweizerboden ein Ende. Der Kampfbund Speer, die Sportschule Maag und alle anderen Ersatzorganisationen der Nationalen Bewegung der Schweiz wurden verboten. Die Männer des Führerkreises Büeler, Keller, Wechlin, Maag und Schlatter brachten sich vor dem «grauenhaften Terror, der damals in der Schweiz herrschte», über die Grenze in Sicherheit.

«Seit dem 19. November 1940 gibt es in der Schweiz keine legale und seit dem 10. Juni 1941 keine illegale nationalsozialistische Organisation mehr», beklagte sich einer der Schweizer Nationalsozialisten⁵⁹.

Dr. Michel, der Leiter des Mouvement National Suisse, das im November gleichzeitig mit der Nationalen Bewegung verboten worden war, berichtete nach seiner Rückkehr aus Deutschland im Sommer 1941, die leitenden Stellen interessierten sich nicht mehr für die schweizerischen nationalsozialistischen Kreise, weil sie erkannt hätten, dass sie in der Schweiz ohne Einfluss seien.

«Die Erneuerungsbewegung ist eine grosse Enttäuschung gewesen», erklärte von Bibra, bevor er die Schweiz zwei Jahre später verliess. «Die Erneuerer haben nicht eine einzige Persönlichkeit von Rang gehabt, und

sie sind untereinander immer uneins gewesen. Es waren alles kleine Leute. Es war nicht einer dabei, der etwas wert gewesen wäre. Wenn sie zu mir kamen, wollten sie immer wissen, dass sie es sein würden und nicht die anderen, die später von uns anerkannt werden und mit denen wir zusammenarbeiten werden. Ich habe ihnen immer geantwortet: ‚Wir können euch nicht sagen, was ihr tun sollt, und wir können uns jetzt nicht festlegen. Setzt euch zuerst einmal durch, und dann wollen wir weiterreden.›⁴ Und der deutsche Gesandte Köcher schrieb im Jahre 1941 nach Berlin: «Man sollte diesen Herrschaften klarmachen, dass es ihre erste Aufgabe sein muss, von sich aus den politischen Kampf zu führen.»

Von Bibra war es auch, der Keller, als er ihn nach dem Verbot aufsuchte, erklärte, auf politischem Weg sei jetzt nichts mehr zu erreichen; «die einzige Art, die Leute im Bundeshaus zur Vernunft zu bringen, wäre der Einmarsch, und den bekommen wir jetzt nicht⁶⁰».

Anfangs August war man in Berlin noch der Meinung gewesen, die Methoden der «erweiterten Strategie» würden genügen, um die Schweiz vollends für den Anschluss reif zu machen. Jetzt, im Juni 1941, erklärte von Bibra, sicher einer der besten Kenner der Schweiz, ohne Krieg werde es nicht gehen. Was hatte diese Wandlung herbeigeführt?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir noch einmal in den Sommer 1940 zurückkehren.

VIII. Widerstand

Anfangs August 1940 befand sich die Frage «Anpassung oder Widerstand?» noch in der Schwebe.

Als das nationalsozialistische Deutschland daranging, die Schweiz mit den Methoden der «erweiterten Strategie» anschlussreif zu machen, herrschte im Schweizervolk noch Unsicherheit. Es wusste, dass unsere militärische und politische Lage sich seit dem Zusammenbruch Frankreichs grundlegend verändert hatte, aber es fand sich in dieser veränderten Lage nicht zurecht, und den Zeitungen war es ausdrücklich verboten «Rückschlüsse auf unsere Lage zu ziehen». Dadurch waren Zweifel, Defaitismus und Unklarheiten entstanden.

Wohl hatte die Kundgebung des Generals auf dem Rütli gutgetan. Auch Artikel, wie etwa diejenigen Hausamanns, «Die Schweiz braucht sich nicht umzustellen», und die von ihm inspirierte Kundgebung des schweizerischen Unteroffiziersvereins wirkten aufrichtend; ebenso die Aufrufe des Gotthardbundes, die von Zeit zu Zeit in allen grösseren Zeitungen erschienen. Aber diese mutigen Worte in gefährvoller Zeit mussten sich auf allgemeine Formulierungen, wie «Durchhalten» und «Bereitsein», beschränken; sie durften nicht gegen die Neutralität verstossen. Das genügte nicht mehr in einem Augenblick, wo das Volk, von den Waffensiegen des Dritten Reiches beeindruckt und von der nationalsozialistischen Propaganda bearbeitet, die Orientierung zu verlieren drohte. Zur Aufrichtung hätte die Aufklärung hinzutreten müssen. Der Wille zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Vaterlandes war vorhanden,

aber er hätte einer über allen Parteischränken stehenden Organisation und einer gründlichen Klärung bedurft.

Es gab jedoch keine Stelle, die diese Aufgabe hätte übernehmen können. Auch jetzt verliess die Landesregierung sich wieder auf die «Kräfte des Landes», wie sie es vor dem Krieg für die «geistige Landesverteidigung» getan hatte.

Diese Kräfte regten sich nach dem Zusammenbruch Frankreichs mächtig. Die Verbandsleitung der Jungliberalen Bewegung der Schweiz traf Vorbereitungen für die Verwirklichung eines Sofortprogramms. Bei der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz waren ähnliche Bestrebungen im Gange. Eine Studienkommission für Nationale Erziehung, gegründet auf Initiative von Weilenmann, legte ein Programm für die Festigung des Widerstandswillens vor allem bei der Jugend vor. Eine ‚Eidgenössische Gemeinschaft‘, der unter anderem Männer wie Peter Dürrenmatt, Alfred Ernst und Gerhart Schürch angehörten, bekannte sich zum «ungebrochenen Willen zur bedingungslosen Verteidigung und zu neuer Verwirklichung der eidgenössischen Idee». Überall im Land entstanden spontan kleinere und grössere Gruppen des Widerstandes. Von vielen wird die Öffentlichkeit nie etwas erfahren. Über andere wird der Historiker, der die Geschichte der Schweiz jener Jahre schreibt, Aufschluss erteilen.

«Die Schar der Unbedingten mehrt sich von Stunde zu Stunde. Die Grundwelle von 1291 schlägt in ihnen empor. Sie stehen auf manchem Rütli in unserem Lande.» (Thürer.)

Soweit die Kräfte des Landes sich schon vor dem Krieg im Dienste der geistigen Landesverteidigung zu Organisationen zusammengefunden hatten, stellten sich diese jetzt in den Dienst der Stärkung des Willens zum unbedingten Widerstand.

Die Schulungskurse der Vertrauensleute, welche Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften seit 1934 gemeinsam durchführten, er-

wiesen sich als wertvolles Instrument der Aufklärung und konzentrierten sich jetzt ganz auf die Festigung des Widerstandswillens bei der Arbeiterschaft.

Die Tätigkeit der Res Publica veränderte sich mit der Kriegsmobilisierung naturgemäss stark. Ein grosser Teil ihrer Mitglieder, unter ihnen auch ihr Sekretär, Thürer, mussten in den Militärdienst einrücken. Als Sekretär stellte sich der Jurist Dr. Hans Nef zur Verfügung. Karl Meyer war, obwohl nicht dienstpflichtig, auf Ersuchen der militärischen Instanzen halbtätig beim Territorialkommando 6 tätig, wo er zusammen mit einigen Vorstandsmitgliedern der Res Publica den Vortragsdienst des III. Armeekorps aufbaute, bei dem er in der Folge während des ganzen Krieges im Rahmen von Heer und Haus als Vortragender tätig war. Gleichzeitig stellte er eine seiner Vorlesungen an der Freifächerabteilung der Eidgenössischen Technischen Hochschule in den Dienst der Volksaufklärung und damit der Stärkung des Widerstandsgeistes. Während des ganzen Krieges sprach er einmal in der Woche, von keiner Zensur bedrängt, vor Hunderten von Zuhörern über «Fragen der allgemeinen Politik und der heutigen Weltpolitik» und nahm laufend Stellung zu den internationalen Geschehnissen und ihren Rückwirkungen auf die Schweiz.

Nur als Berater beteiligte er sich an der Herstellung des Filmes «Landammann Stauffacher». Der Film spielt unmittelbar vor der Schlacht am Morgarten, als die Verbündeten Schwyzer, Urner und Unterwaldner angesichts der Übermacht des Feindes Habsburg verzagen wollten und Stauffacher durch das Beispiel seines persönlichen Mutes die Zögernden zum aussichtslos erscheinenden Kampf mitriss. Die Parallele zur Situation der Schweiz in den Jahren 1940 und 1941 lag auf der Hand. Mit diesem Film haben die Praesens-Filmgesellschaft L. Wechslers als Produzentin, der Regisseur Leopold Lindtberg, die Drehbuchautoren Richard Schweizer und Kurt Guggenheim und Heinrich

Gretler, der diesem Stauffacher unvergessliche Gestalt verlieh, einen Beitrag an die Stärkung des Widerstandswillens des Schweizervolkes geleistet, der nicht vergessen werden darf.

Besonders intensiv gestaltete sich seit Kriegsausbruch die Zusammenarbeit der Res Publica mit den Studenten beider Hochschulen. Zusammen mit Bosshardt gelang es Karl Meyer, das offizielle Organ der Studentenschaft, den (Zürcher Studenten', den Arnold Künzli redigierte, davor zu bewahren, dass frontistische Kreise sich seine finanziellen Schwierigkeiten zunutze machten, indem sie unter anderem einen Wettbewerb über das Thema «Eidgenössische Verpflichtung» veranstalteten und die besten Beiträge auf Kosten der Res Publica im (Zürcher Studenten' publizierten. Sie veranlassten auch die Vervielfältigung eines Aufsatzes, betitelt «Student und Schweizer sein in der gegenwärtigen Zeit», von stud. iur. Simon Frick, der über akademische Kreise hinaus Aufsehen erregte. Durch seine Klarheit und Objektivität war er geeignet, falsche Vorstellungen über die politische Einstellung des Schweizer Studenten zu korrigieren. Im Folgenden sei eine Stelle festgehalten, die für die geistige Haltung des Verfassers charakteristisch ist.

«Die Worte (Student und Schweizer sein in der Gegenwart' sind von einem dankbaren Bekenntnis zu einer hohen Verpflichtung geworden. Die politische Kraft eines Volkes ist nur dann lebensfähig und für die Zukunft sichergestellt, wenn sich auch die Jugend zu diesem Gemeinwesen bekennt... Die politische Kraft unseres Gemeinwesens beruht im politischen Willen des ganzen Volkes. Dieser eherne Grundsatz ist unser Leitziel und unser Leitbild in der gegenwärtigen Zeit und für die Zukunft. In unser aller Hand, im Alten wie im Jungen, im Reichen wie im Armen, im Bauer wie im Arbeiter und im Protestanten wie im Katholiken liegt es daher, dass die politische Kraft stark und widerstandsfähig ist.»

Frick gehörte der Zürcher Hochschulgruppe für freiheitlich-demokratische Politik an. Wenn man darauf hinweist, dass die Frontenbewegung unter Studenten der Universität Zürich entstanden war und viele Anhänger hatte und dass es an der Universität Zürich Vereinigungen wie die ‚Nationale Hochschulbewegung‘ und einen ‚Akademischen Harst‘ gab, so muss man auch erwähnen, dass in kritischer Zeit an den Zürcher Hochschulen eine sehr aktive Gruppe von Studenten wirkte, die sich mit Begeisterung für eine freie und demokratische Schweiz einsetzten.

Mit den Angehörigen dieser Hochschulgruppe, die Militärdienst taten, schuf Karl Meyer während der Wintermonate 1940/41 eine Aktion gegen den Defaitismus in der Armee. Die Teilnehmer erstatteten schriftlich Bericht darüber, in welchen Momenten nach ihrer Erfahrung im Militärdienst die Hauptursache des Defaitismus und der Unzufriedenheit zu erblicken seien. Diese Berichte wurden an zuständige militärische oder politische Instanzen, wie zum Beispiel das Kommando der 6. Division oder an den Präsidenten der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich, Gut, weitergegeben, aber auch an andere zuständige Instanzen, wie etwa die Leitung von Heer und Haus und in vielen Fällen konnte Abhilfe geschaffen werden.

Als erste Schrift gab die Sektion Heer und Haus im Dezember 1939 das vaterländische Brevier «Wir wollen frei sein» an alle Offiziere vom Hauptmann bis zum Armeekorpskommandanten ab. Diese Sammlung von Kernworten und weiteren knappen Texten, die zu einer festen eidgenössischen Haltung ermahnten, wurde von Adolf Guggenbühl und Georg Thürer in den ersten Monaten der Res Publica zusammengestellt. Der deutschen Ausgabe folgten bald Fassungen in den drei anderen Landessprachen.

Die Arbeitsgemeinschaft Forum Helveticum, die sich im Oktober 1938 gebildet hatte, diente der Stärkung des Widerstandswillens durch

Pflege der Gemeinschaftsgesinnung, durch Kernspruchaktionen und durch die ‚Eidgenössischen Briefe‘, die sie von Ende 1940 an jeden Monat an ihre Mitglieder verschickte und in denen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sich zu den brennenden nationalen Problemen äusseren. Daneben führte das Forum Helveticum weiter seine Aussprachen durch.

Im Zivilen Frauenhilfsdienst Zürich bildete sich eine Gruppe für geistige Arbeit, die sich die Stärkung des Widerstandsgeistes der Frauen zum Ziel setzte.

Die mächtigste Organisation aber, die sich «der Schar der Unbedingten» nach dem Zusammenbruch Frankreichs anschloss, war der ‚Schweizerische Evangelische Kirchenbund‘ unter seinem Präsidenten A. Koechlin.

«Nach dem Ausbruch des Krieges», schrieb Dr. Arthur Frey, der Leiter des Evangelischen Pressedienstes, in einer Eingabe vom 5. November 1940 an die Abteilung Presse und Funkspruch im Armeestab, «war man sich in der Kirche einig darin, dass es jetzt gelte, geschlossen hinter der Landesregierung zu stehen. Die Kirche brachte dem Bundesrat und der Armee volles Vertrauen entgegen. Seit dem 25. Juni 1940 ist das anders geworden. Jene Rede des Bundespräsidenten hatte eine ausserordentlich stark defaitistische Wirkung ... Sie erbrachte auch den untrüglichen Beweis (und Äusserungen einiger Bundesräte taten ein Übriges!), dass man im Bundeshaus in einer sehr kritischen Stunde dieses Weltkrieges die Lage nicht richtig einzuschätzen vermochte. In aller Bescheidenheit darf gesagt werden, dass kirchliche Kreise, und ganz besonders die Kreise um Professor Karl Barth, beim Zusammenbruch Frankreichs die Gesamtlage entschieden richtiger beurteilt haben, als es im Bundeshaus der Fall war.

Die Haltung des Bundesrates musste die Kirche veranlassen, nun ihrerseits den Kampf gegen den Defaitismus und gegen das Einlenken in

die Neuordnung Europas aufzunehmen. Wenn der Bundesrat das Schweizervolk ohne eigentliche Begründung aufforderte, den neuen Menschen anzuziehen, dann musste dem Schweizervolk gesagt werden, dass das heisst, sich dem neuen Europa anzupassen. Diesen Dienst an der Wahrheit ist die Kirche unserem Volk schuldig.»

Am 22. Oktober 1940 hatte die Abteilung für Presse und Funkspruch das Gesuch des Evangelischen Pressedienstes, Äusserungen von hervorragenden Kirchenführern wiedergeben zu dürfen, wie solche politischer Führer wiedergegeben wurden, abgelehnt, mit der Begründung, «die Aufgabe der Kirche sei wohl zum kleinsten Teil auf dem Gebiete der Politik zu suchen». Gleichzeitig hatte sie die evangelische Kirche ermahnt, sie solle sich die katholische Kirche zum Vorbild nehmen, «die neutral ist und sich offensichtlich dieser Neutralität auch befleisst».

In der erwähnten Eingabe vom 5. November erwiderte Frey zu diesen zwei Punkten: «Der Standpunkt des Armeestabes, dass die Kirche in politischen Dingen nichts zu sagen habe, ist für die Kirche zu einem eigentlichen Alarmzeichen geworden. Mit der genau gleichen Argumentation ist der Kampf des deutschen Nationalsozialismus gegen die Kirche eingeleitet worden. Und noch jeder Kampf gegen die Kirche hat seinen Anfang so genommen, dass man den Tätigkeitsbereich der Kirche einschränkte und sie auf eine private Sphäre verwies... Ausserdem vertreten Sie die Auffassung, das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche sei neutral und befleisse sich offensichtlich auch dieser Neutralität, was von der anderen Seite nicht immer behauptet werden kann. Es braucht keines Hinweises, dass eine Neutralität, wie sie der Vatikan seit einiger Zeit übt, von der reformierten Kirche als eine Verletzung ihres Bekenntnisses betrachtet werden müsste. Es wird auch von katholischer Seite zugegeben, dass die Einstellung nicht eine prinzipielle, sondern nur eine taktische

Haltung bedeute... eine solche taktische Haltung kann für die reformierte Kirche nie in Frage kommen.»

Die Haltung der katholischen Kirche, auf die Frey in seinem Schreiben Bezug nahm, war am 24. Oktober 1940 in der ‚Schweizerischen Kirchenzeitung‘ in einem Artikel «Kirche und Krieg» umschrieben worden: «Der Oberhirt der katholischen Kirche ist der Vater aller Gläubigen in beiden Lagern. Eine einseitige Parteinahme müsste bei jenen, welche national denken, auf Befremdung und Ablehnung stossen... Wir dürfen also mit Recht uns fragen, ob ein anderes Verhalten der Kirche als das gegenwärtige nicht unverantwortlicher wäre, denn obendrein wären die seelsorgerischen Folgen einer Gefangenschaft und Verfolgung der Kirche und ihres Hauptes in den Achsenländern für diese wie für die übrigen so verheerend, dass wohl das abwartende Verhalten der katholischen Kirche schon rein praktisch das klügere sein wird, abgesehen von dem grundsätzlichen Standpunkt, an welchem die Kirche festhält, dass sie den Irrtum bekämpft, aber nicht die Irrenden.» Und als Antwort auf die Vorwürfe von evangelischer Seite: «Wer heute das Verhalten der Kirche als Preisgabe der christlichen Grundsätze auslegt, möchte, dass die Kirche ihren geistigen Einfluss den Achsengegnern zur Verfügung stellt. Der Vatikan ist neutral, genau wie die Schweiz neutral ist. Wenn Neutralität nicht mit den christlichen Geboten in Einklang gebracht werden kann, müsste auch der Schweizer als Christ und Mensch die Neutralität aufgeben, selbst mit der Aussicht, das schreckliche Los der anderen Nachbarn Deutschlands zu teilen.» In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass mehrere führende katholische Persönlichkeiten der Aktion nationaler Widerstand (vergleiche Seite 197) angehörten und dass das ‚Büro Ha‘ am 8. November 1942 aus zuverlässiger Quelle aus dem Vatikan von folgendem Gespräch Kenntnis erhielt: «Im Laufe der Unterhaltung kam Papst Pius XII. auch auf die Schweiz zu sprechen. Er be-

tonte, wie sehr er die Schweiz liebe... Er führte aus, nach seinen Informationen und seiner Beurteilung der Lage bestehe für die Schweiz die Gefahr, in den Krieg verwickelt zu werden, nur dann, wenn sie in ihren Massnahmen zum Schutze des Landes und in ihrer Wachsamkeit erlahme. Er betonte, dass die Schweiz ihre Landesverteidigung nicht stark genug ausbauen könne... Die wertvollsten Pfänder, über welche die Schweiz verfüge, seien Gotthard, Simplon und Lötschberg. Solange man ausserhalb der Schweiz fest überzeugt sei, dass die Nordsüdverbindungen unter allen Umständen und auf lange Zeit unterbrochen werden, wenn jemand nach ihnen greife, dass diese Linien unter keinem Titel und in keiner Form intakt in fremde Gewalt gebracht werden können, werde man sich hüten, die Schweiz in einen Krieg zu verwickeln ...»

Am 6. Juli 1941 sprachen die Professoren Karl Barth, Emil Brunner und Georg Thürer auf grossen Tagungen der Jungen Kirche zu Tausenden von Jugendlichen über das Thema «Im Namen Gottes des Allmächtigen».

In seinem Vortrag berührte Barth unter anderem die Fragen der Pressefreiheit und des Asylrechts: «,Im Namen Gottes des Allmächtigen'. Weil das in unserer Bundesverfassung steht und gilt, fragen wir:... Wir haben heute in der Schweiz eine Zensur... eine der auffallendsten Eigenschaften dieser Zensur ist die, dass sie keine sein will... dass unser Volk offenbar im Glauben gehalten werden soll, dass es dieses Fallbeil über dem, was es öffentlich zu lesen und zu hören bekommt, gar nicht gebe. Als ein Instrument unserer Landesverteidigung ist dieses Institut ursprünglich geschaffen und darum unserem Armeestab angegliedert worden ... Was meinen eigentlich diejenigen Kreise, die es gelegentlich unverbblümt herausagen: dass es sich um der Pressefreiheit und um der öffentlichen Redefreiheit willen nicht lohnen würde, das Risiko eines Kriegs auf sich zu ziehen? ... Glauben sie im Ernst, dass ein zu öffentli-

cher Gesinnungsneutralität und also Gesinnungslosigkeit erzogenes Schweizervolk es auf sich nehmen werde, für die Eidgenossenschaft zu hungern und zu frieren, geschweige denn ernstlich zu kämpfen und im Notfall zu sterben? Ein Schweizervolk, das nicht weiss und das nicht offen gesagt bekommt, warum es nicht nachgeben darf, warum es widerstehen muss? Will man, dass wir nachgeben, oder will man, dass wir widerstehen? Wir trauen es den Männern zu, die das Ruder unseres Staates in Händen haben, dass sie wollen, dass wir widerstehen sollen. Aber eben darum fragen wir: Warum dann der Maulkorb? Was hat es für einen Sinn, dem Schweizervolk immer eifriger den Mund und die Ohren zu verbinden?»

Und weiter: «Im Namen Gottes des Allmächtigen!» Weil das in unserer Bundesverfassung steht und gilt, darum fragen wir: Was ist der Sinn der Behandlung, die die Schweiz den auf ihrem Boden weilenden Ausländern heute zuteil werden lässt? Diese scheiden sich heute ziemlich deutlich in zwei Klassen: Wir haben gern und haben ungern gesehene Gäste. Die gern gesehene sind diejenigen, deren Heimatpapiere ‚in Ordnung« sind, was heute in neunzig oder mehr Prozent aller Fälle bedeutet, dass sie mehr oder weniger überzeugte Anhänger des dem unsrigen so radikal entgegengesetzten politischen Systems der uns umgebenden Macht und freiwillig oder notgedrungen deren Propagandisten und manchmal noch etwas anderes sind. Die ungern gesehene sind diejenigen, die wegen ihres Widerspruchs gegen dieses System oder als dessen Opfer ihre Heimat verlassen mussten und als sogenannte ‚Emigranten« zu uns gekommen sind... Wird hier nicht ein Vorwurf auf uns sitzen bleiben wegen der so verschiedenen Behandlung unserer Gäste? Was wollen wir auch mit dem, was in dieser Sache geschieht: nachgeben oder widerstehen? Ist es nicht sonnenklar, dass jeder Franken, jeder Gang und Lauf, jede Fürsprache, mit denen man gerade jenen weniger

gern gesehenen Gästen in freiwilliger Hilfsarbeit beigesprungen ist, echter schweizerischer Widerstand war ^{61?}»

Der Vortrag erschien im Druck und wurde, nachdem sechzehntausend Exemplare verkauft worden waren, am 29. Juli von der Sektion Presse und Funkspruch verboten. In seinem Rekurs an den Leiter der Eidgenössischen Rekurskommission, Oberst Marcel Plancherel, Professor für Mathematik an der Universität Freiburg, vom 10. August 1941, schrieb Barth unter anderem, es werde behauptet, seine Schrift sei geeignet, die korrekten Beziehungen der Schweiz mit Deutschland zu stören und ihre neutrale Haltung zu gefährden. Die «korrekten Beziehungen» könnten darum nicht gestört werden, weil die Schrift sich an die Schweizer wende und von den Deutschen gar nicht gelesen werden könne. «Bedeutet aber die in der Schweiz betriebene nationalsozialistische Propaganda deutschen und schweizerischen Ursprungs keine Störung unserer korrekten Beziehungen zu England, so kann das von meiner Schrift im Blick auf Deutschland noch weniger gelten.» Und was die Gefährdung der «neutralen Haltung» der Schweiz anbelangt: «Diese neutrale Haltung schliesst nicht aus, dass wir auf wirtschaftlichem Gebiet um unserer ökonomischen Erhaltung willen tatsächlich Deutschland indirekt wichtige Dienste leisten, die England stören müssen. Darum kann die neutrale Haltung auch das andere nicht ausschliessen, dass die geistige Stärkung unseres Widerstandes, die um unserer politischen Erhaltung willen nötig ist, indirekt für England und gegen Deutschland wirksam wird. Der Begriff einer absoluten Neutralität ist offenkundig nach beiden Seiten undurchführbar... Es kann der Rekurskommission so wenig verborgen sein wie mir, dass ein Ausgleich innerhalb der nach beiden Seiten begrenzten neutralen Haltung ein Gebot der Gerechtigkeit und der Klugheit ist. Die Stärkung des schweizerischen Widerstandswillens... ist nicht nur so unentbehrlich wie die Aufrechterhaltung unserer

militärischen Mobilmachung, sondern als Kompensation und also als Bestätigung der ‚neutralen Haltung‘ der Schweiz nicht minder wichtig und wünschenswert ... Der Augenblick wird noch einmal kommen, wo Bern England und Amerika gegenüber froh sein wird, wenn es darauf hinweisen kann, dass in diesen Jahren auch Schweizer wie ich auf dem Plan waren, geredet und gehandelt haben und dass ihnen das gerade um der ‚neutralen Haltung« der Schweiz willen erlaubt gewesen ist.»

Am 28. Oktober 1941 ersuchte Frey den Armeestab um Entlassung aus seiner Mitwirkung bei der Pressekontrolle des Territorialkommandos 6: «Sie haben mir gestern telephonisch mitteilen lassen, der Armeestab verfüge auf bundesrätliche Weisung hin, dass in bezug auf die Geislerschiessungen nur noch die nackte Tatsache publiziert werden dürfe; Kommentare und rechtliche Untersuchungen hätten zu unterbleiben. Eine schriftliche Weisung erfolge nicht...

Wenn nicht mehr gesagt werden darf, dass die Erschiessung von Geiseln die Aufhebung jedes Rechts und aller christlichen Kultur bedeutet, dann wird nichts weniger als der Tatbestand der Gewissensnebelung erfüllt. Nachdem die Abteilung Presse und Funkspruch sich dazu hergab, diese unerhörte Weisung durchzugeben, ist es mir nicht mehr möglich, länger in ihrem Dienst zu bleiben ... Man wollte offenbar ein solches Dokument nicht den Akten einverleiben und der Nachwelt überliefern. Man hat zweifellos auch im Armeestab die Überzeugung, dass wir auf Grund solcher Weisungen unseren Weg nicht in Ehren gehen... Unser Bundesrat hat in diesem Jubiläumsjahr Gott reichlich um seinen Beistand angefleht. Dürfen wir auf Gottes Beistand hoffen, wenn wir seine Sache verleugnen? Wenn der Bundesrat auf diesem Weg weiterschreitet und tatsächlich das christliche Gewissen zum Schweigen bringen will, dann empfindet das christliche Schweizervolk die Anrufung Gottes

durch diesen Bundesrat als Blasphemie, und es befürchtet, dass uns nicht Gottes Beistand, sondern Gottes Gericht zuteil werde.»

Zu dieser Diskussion nahm Bundesrat von Steiger am 28. November 1941 in einer Rede über «Die persönliche Freiheit» an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Stellung: «Mit ganz besonders schmerzlichen Gefühlen muss deshalb bei dieser Gelegenheit auf die Meinungsverschiedenheiten hingewiesen werden, die gewisse Kreise der protestantischen Kirche von der Neutralität des Bundesrates trennt... Gegenüber dem Anspruch gewisser reformierter Pfarrer, manches zu sagen, ohne auf das Rücksicht nehmen zu brauchen, was der Staat verkündet, ist zu entgegnen, dass der Staat seine Bedürfnisse und Interessen voransetzen muss, und ohne Rücksicht auf ihn hat niemand ein Recht, seine Meinung zu sagen. Wer für das Los des Landes nicht verantwortlich ist, der kann sich leicht eines sogenannten Bekennermutes rühmen ... Wer als Eiferer sein Bedürfnis, öffentlich durch Wort und Schrift seine Meinung zu verkünden, über das Wohl des eigenen Landes stellt, darf sich nicht verwundern, wenn seinem Tun Einhalt geboten wird⁶²...»

Diese Diskussionen berührten die seelischen Spannungen, die unsere Neutralität für jeden denkenden Schweizer mit sich brachte.

Nicht nur «gewisse reformierte Pfarrer» wiesen auf die Gefahren hin, die die damalige Praxis der Pressekontrolle für das sittliche Gefühl und damit für den Widerstandswillen des Schweizervolkes zur Folge hatte.

Schon am 31. März 1941 hatte das Forum Helveticum eine Aussprache über die Pressezensur veranstaltet und anschliessend im Namen von über fünfzig Vertretern der wichtigsten kulturellen und politischen Verbände der Schweiz eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet. In dieser Eingabe hatte es unter anderem auch auf die Gefahr der Abstumpfung der Gefühle hingewiesen. Der Schweizer müsse heute seine gefühlsmäs-

sigen Reaktionen auf die Ereignisse der Gegenwart unterdrücken. Seine Freude über den heldenhaften Widerstand der Griechen und der Serben müsse er in sich begraben, ebenso sein Entsetzen über die Grausamkeiten, die jenseits unserer Grenze vorkommen und aller Menschlichkeit hohnsprechen. «Wenn der einfache Mann nicht mehr offen als gut preisen darf, was er für gut hält, und das Schlechte nicht mehr beim Namen nennen darf, entsteht nach und nach eine gewisse Gleichgültigkeit gegen die ethischen Werte. Auf ethischen Werten aber ist die Liebe zum eigenen Land aufgebaut» (Professor Hans Nabholz).

Nur mit einer «Abstumpfung der Gefühle» ist das damalige Verhalten eines Teils des Schweizervolkes gegenüber den Flüchtlingen zu erklären.

Die Kurse für Vertrauensleute bei der Arbeiterschaft, die Res Publica, das Forum Helveticum, die Evangelische Kirche und zahllose weitere kleinere und grössere Vereinigungen, die damals entstanden, dienten alle dem gleichen Ziel: den Widerstandswillen durch Aufklärung zu stärken. Aber sie waren entweder politisch oder konfessionell gebunden oder ihrer ganzen Anlage nach nicht dafür geeignet, die Aufgabe zu lösen, die sich damals stellte: alle ‚Kräfte des Landes‘ auf überparteilicher Ebene zu vereinigen und eine Aufklärung zu vermitteln, die alle Schichten der Bevölkerung erfasste.

In der Neuen Helvetischen Gesellschaft, die sich unter ihrem Zentralpräsidenten Dr. Peter Zschokke von deutscher Seite den Vorwurf zugezogen hatte, sie sei «die Hauptbrutstätte der geistigen Landesverteidigung», hätte ein neutrales Forum zur Verfügung gestanden. In ihrem Rahmen hatte im Jahre 1914 Carl Spitteier seine berühmte Rede, «Unser Standpunkt», gehalten, mit der er den damaligen Graben zwischen Welsch- und Deutschschweiz zu überbrücken versuchte. Im April 1938 hatte Karl Meyer vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft «Unsere Aufgabe nach dem Untergang Österreichs» umschrieben, am 27. Januar

1939 Karl Weber seinen klärenden Vortrag über «Pressepolitik» gehalten. Vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft hatte Bundesrat Obrecht im März 1939 seine unvergesslichen Worte gegen das «Wallfahrten» gesprochen.

Aber seither hatte sich unsere Lage grundlegend geändert. Für die Aufgabe, die sich im Sommer 1940 stellte, war die Neue Helvetische Gesellschaft nicht nur politisch nicht umfassend genug. «Die Rettung des Vaterlandes kann nicht das Monopol einer Vereinigung sein. Für eine verschworene Gemeinschaft des Widerstandes eignete sich kaum eine Gesellschaft von Zweitausend, die festen Platz und Ansehen in der öffentlichen Meinung besaßen; eine entschlossene Kampfgruppe liess sich nicht bilden, wo Besinnung und vermittelnde Aussprache nationale Konflikte zu lösen pflegte⁶³ ...»

Für kurze Zeit sah es aus, als werde der Gotthardbund die Aufgabe übernehmen.

Einer der Gründer des Gotthardbundes, Denis de Rougemont, gab im Juni 1941 in New York ein Buch unter dem Titel «The Heart of Europe» heraus. In einem Kapitel «Die Schweiz während des Krieges», schreibt er unter anderem: «Die Spannung liess plötzlich nach mit der Ankündigung des französischen Waffenstillstandes. Nun war die ganze Lage verändert. Die Schweiz konnte im Fall einer Invasion nicht mehr auf einen Verbündeten zählen ... Es folgten einige Wochen quälender Ungewissheit. Ein Teil der Presse begann ihren Ton zu ändern ... Das Volk schämte sich dieses Wechsels, aber es besass keine Möglichkeit, seine Gefühle zu zeigen. Mit schweigender, aber erstaunter Entrüstung nahm es eine Botschaft des Präsidenten der Eidgenossenschaft entgegen, der von ‚Erleichterung‘ sprach, weil der Kampf zwischen den Nachbarn der Schweiz zu Ende sei... Es bestand die dringende Notwendigkeit einer raschen und kräftigen Reaktion. Aber woher sollte der Anstoss kommen?...»

Daraufhin hätten, heisst es weiter, sich in Bern junge Offiziere, Professoren, linksgerichtete Syndikalisten und rechtsgerichtete Anhänger des korporativen Staates, Schriftsteller, Geschäftsleute heimlich versammelt und den Gotthardbund gegründet. «Der erste Schritt des Bundes war die Veröffentlichung einer Erklärung in achtzig Zeitungen, die eine ganze Seite füllte und das Volk und seine Führer zum Widerstand um jeden Preis und zur Zusammenarbeit zwischen den Klassen aufrief... All dies stärkte die öffentliche Meinung und erweckte neues Vertrauen... Als mit dem 1. August der nationale Feiertag kam, war es klar, dass der Nebel von Defaitismus und Panik gewichen war. Die Aktion einer kleinen Gruppe von Bürgern, die sich ihrer Verantwortung voll bewusst waren, hatte genügt, die öffentliche Meinung aufzuklären. Nichts ist charakteristischer für den eidgenössischen Patriotismus als dieses sofortige Erscheinen eines Widerstandszentrums in einer Zeit, als die Behörden gelähmt waren.»

Die Wirklichkeit entsprach nicht ganz dieser optimistischen Darstellung, die wohl zum Teil als Propaganda für die Schweiz in den Vereinigten Staaten gedacht war.

«Wird der Gotthardbund wohl die moralische Kraft, die Uneigennützigkeit und den unentwegten ehrlichen Willen aufbringen, ohne Macht- und Führergelüste nur der Unabhängigkeit unseres Landes und dem Wohl des ganzen Volkes zu dienen?» fragte eine sozialdemokratische Zeitung. «Es wäre falsch, sogar gefährlich, wollte man den neuen Bund verdächtigen und diffamieren, bevor er Gelegenheit gehabt hat, seinen Aufruf an das Volk und seinen Willen zu beweisen. Erfreulich ist vor allem die klare und konsequente nationale Haltung des neuen Bundes, der in den Fragen der eidgenössischen Ehre und Unabhängigkeit keine Diskussion zulässt und allem unschweizerischen Wesen den Kampf ansagt... Wenn es dem Gotthardbund gelingt, seine Ziele zu er-

reichen und seine Leitsätze zu verwirklichen, dann wird er sich um unser Land in hohem Masse verdient machen⁶⁴.»

Die Aufrufe, mit denen der Gotthardbund von Ende Juni an in Grossinserraten an den Widerstandswillen und die Opferbereitschaft des Schweizervolkes appellierte und gegen den Defaitismus Stellung nahm, hatten beruhigend und aufrichtend gewirkt. Aber die Hauptaufgabe hatte er nicht gelöst: Das Band herzustellen zwischen den Kräften des Landes, die für Widerstand sich einsetzten, und eine umfassende Aufklärung auf breiter Basis. Auch erregten personelle Zusammensetzung des Bundes und seine Organisation schon früh nicht nur bei Aussenstehenden, sondern auch bei den Angehörigen selber Bedenken. Einer seiner Gründer, Dr. Walter Allgöwer, fasste seine Enttäuschung in die Worte: «Als der Gotthardbund an die Öffentlichkeit trat, war er gezwungen, rasch zu handeln... Aber als nachträglich die Möglichkeit zur Konsolidierung einer demokratischen Organisation des Bundes und der Abklärung grundsätzlicher Fragen bestand, da fehlte hiezu in der Bundesleitung eindeutig der Wille. Man verstand unter Zusammenarbeit die Sammlung kritiklos begeisterter Anhänger und übersah die Kraft, die aus dem sachlichen Widerspruch kommt, wenn man versteht, ihn im Interesse des Ganzen einzuordnen. Man wollte alles zentralisieren und von der Bundesleitung aus organisieren. Es war nicht böser Wille am Werk, aber es fehlte die Klarheit des Denkens... Damit büsste der Gotthardbund seinen Charakter als Bund autonomer Gruppen ein und entwickelte sich zur autoritär geleiteten Einheitspartei.» Im gleichen Sinn äusserte sich der Welschschweizer E. Spühler in der Monatsschrift ‚Esprit‘ vom August 1940. «Der Gotthardbund musste rasch vorgehen, bevor er sich eine genügend breite Basis und ein genügend klares Ziel gesichert hat. Aber in der Folge scheint es am Willen gefehlt zu haben, das Versäumte nachzuholen.» Ausserdem gab er zu bedenken, ob wirklich die ‚Oxforder‘, deren Bestreben

darauf gerichtet war, Frieden zu schliessen, den Gegner zu verstehen und ihm über die Grenze hinweg die Hand zu reichen, an die Spitze einer Bewegung gehörten, deren oberstes Ziel der kompromisslose Kampf gegen den Nationalsozialismus war.

Auch eine Broschüre von Gonzague de Reynold, betitelt «Die ewige Schweiz und die heutigen Geschehnisse» («La Suisse de toujours et les événements d'aujourd'hui»), die unter Förderung des Gotthardbundes erschien, erregte in den Kreisen der zum Widerstand Entschlossenen schwere Bedenken, weil sie als defaitistisch empfunden wurde. In dieser Broschüre forderte er in einem brillanten und gleichzeitig verschwommenen Stil das Schweizervolk auf, sich so rasch wie möglich «dem grossen Zug der Zeit» anzuschliessen. Er vertrat die These, zwischen zwei Grossmächten, die sich bis aufs Messer bekämpften, habe Neutralität keinen Sinn mehr. Heute stehe die Existenz der Schweiz auf dem Spiel, und diese könnten wir nur retten, wenn wir uns der neuen europäischen Ordnung nicht länger widersetzen.

Am 19. Januar 1941 erinnerte die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ an den Ausspruch von Alexis de Tocqueville: «Die Eigenschaften, die einen glänzenden Schriftsteller ausmachen, werden ein Laster bei einem politischen Mann und können verhängnisvolle Folgen haben», und wies auf die Gefahren hin, welche im damaligen Moment die Haltung eines Schriftstellers vom Format Gonzague de Reynolds bedeutete, weil «sie geeignet war, die Geister zu verwirren... Solange der Krieg währt, kann die Schweiz nur eines wollen: sich nicht mitreissen lassen, das heisst, um jeden Preis die Neutralität bewahren. Solange der Krieg währt, müssen die Regierung, das Volk und die Armee – nicht zu vergessen die Schriftsteller – einmütig auf dieses Ziel hinarbeiten.»

Gegen Ende August zeigte es sich, dass der Gotthardbund seine Aufgabe zu wenig klar erfasst hatte. Die Unsicherheit im Volk hielt an, ja sie wurde noch verstärkt dadurch, dass der Plan des Reduit durchzusi-

ckern begann. Der Gedanke, dass die Armee im Kriegsfall sich in den Alpen bis aufs Äusserste verteidigen würde, während voraussichtlich grosse Teile des Landes dem Feinde preisgegeben werden müssten, beunruhigte das Volk und erhöhte seine Verwirrung. Die deutsche Propaganda strömte weiter in die Lücke ein, die durch das Schweigen entstanden war, das man unseren Zeitungen auferlegte. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Schweiz veranstaltete Massenversammlungen und fühlte sich bei uns schon «wie zu Hause». Das «Sofortprogramm» des Volksbundes war soeben bekannt geworden und wies darauf hin, dass frontistische Kreise im geheimen gegen die Schweiz konspirierten.

Bei den Schweizern, die sich für unbedingten Widerstand einsetzten, drang immer mehr die Überzeugung durch, dass es nur eine Lösung gab: einen Bund aller Gesinnungsverwandten, der im verborgenen wirkte und, ohne politischen Ehrgeiz, nur dem Dienst an der Unabhängigkeit der Heimat verpflichtet war. Also etwas wie ein ziviles Gegenstück zur ‚Offiziersbewegung‘.

Es war daher kein Zufall, dass ein Angehöriger der ehemaligen ‚Offiziersbewegung‘ den Gedanken, der in der Luft lag, aufgriff. Auf die Initiative von Hausamann gründeten am 7. September 1940 Dr. W. Allgöwer, Professor Karl Barth, Dr. A.R. Lindt, Nationalrat Dr. Oprecht und Dr. Ernst von Schenck die Aktion nationaler Widerstand. Dann gelangten sie unverzüglich an alle wichtigen Exponenten des Widerstandes in der deutschen Schweiz und forderten sie zur Mitarbeit auf. Am 23. November 1940 schufen E. Spühler, Generaldirektor Jean Mussard, Major im Generalstab Robert Frick und Dr. O.L. Forel zusammen mit weiteren prominenten Persönlichkeiten des Welschlandes eine welsche Gruppe der Aktion nationaler Widerstand, die Action de résistance nationale.

Die Aktion nationaler Widerstand war kein Verein; man konnte ihr nicht beitreten. Man gehörte ihr an, wenn man, dazu aufgefordert, die Er-

klärung unterschrieb: «Ich bin entschlossen und bereit, ich gelobe unter Einsatz von allem und jedem, zu kämpfen:

für die Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, geworden auf christlicher Grundlage; für die Freiheit der Person und des Gewissens; für die Freiheit der Gemeinschaft auf föderalistischer Grundlage; für die Volksherrschaft auf Grund der persönlichen Verantwortung; für die Sicherung von Arbeit und Brot jedes Eidgenossen; gegen jeden Defaitisten, stehe er, wo er wolle.»

In der Aktion nationaler Widerstand verbanden sich ein paar hundert Schweizer und Schweizerinnen aus allen Landesteilen, die sich darüber ausgewiesen hatten, dass Opferbereitschaft für sie nicht eine blosser Rezensart war. Dass nur einige Hundert zur Mitarbeit aufgefordert wurden, bedeutete nicht, dass man diese für standfester hielt als Tausende von anderen Mitbürgern. Man hatte sich an sie gewendet, weil sie «Aktivistinnen» waren, weil sie dank ihrer Stellung in Beruf und Politik die Möglichkeit besaßen, im Sinn der Aktion nationaler Widerstand tätig zu sein und ihre darin erworbenen Kenntnisse einem grossen Kreis von Schweizern weiterzugeben. Die Gründer wussten, dass das Ziel einer Organisation wie die ihre es war, nicht darin bestand, möglichst viele Mitglieder zu gewinnen, sondern darin, dass diese Mitglieder Stellungen innehatten, die ihnen einen direkten oder indirekten Einfluss auf Behörden und Mitbürger ermöglichten. Als die Liste der Mitglieder zusammengestellt war, zeigte es sich, dass sie die Namen fast aller jener Kräfte des Landes enthielt, die vor dem Krieg für die geistige Landesverteidigung und seit dem Zusammenbruch Frankreichs für unbedingten Widerstand eingetreten waren. Zur Aktion nationaler Widerstand bekannten sich führende Zeitungsredaktoren, Parlamentarier «von ganz links bis ganz rechts», Offiziere aller Grade, Vertreter der Arbeiterschaft, Angehörige der Gruppe

für geistige Arbeit des Zivilen Frauenhilfsdienstes, der Zürcher Hochschulgruppe für freiheitlichdemokratische Politik, der Res Publica, des Forum Helveticum, führende Männer der evangelischen, aber auch der katholischen Kirche, Lehrer und Hochschulprofessoren. Damit war die Organisation geschaffen, die «über den Parteien stehend, im verborgenen wirkte und, ohne politischen Ehrgeiz, nur dem Dienste der Unabhängigkeit der Heimat verpflichtet» war.

Die Aktion nationaler Widerstand diente dem Ziel, «die günstigsten politischen und geistigen Bedingungen für den Einsatz des Heeres zu erhalten, beziehungsweise zu schaffen, wo sie noch nicht oder nicht mehr vorhanden waren, für den Fall, dass vom Ausland an die Schweiz Zumutungen gestellt werden sollten, die an die Grundlage der Unabhängigkeit rührten». Zur Erreichung dieses Zieles stellte sie sich drei Aufgaben: Aktives Eingreifen da, wo die Feinde unseres Staates aktiv und dessen Vertreter oder Bürger im Kampf gegen jene schwach waren; mündliche und schriftliche Aufklärung der Bevölkerung; Vorbereitung des unterirdischen Widerstandes im Kriegsfall.

Jeder Angehörige der Aktion nationaler Widerstand wirkte in seinem bisherigen Kreis weiter, aber er wusste jetzt, dass er nicht allein war, dass hinter ihm eine geschlossene Schar Gleichgesinnter stand, jederzeit bereit, ihm Unterstützung zu leihen.

Durch ihre Aktionen geriet die Aktion nationaler Widerstand naturgemäss nicht selten in Gegensatz zu den Behörden oder zu einzelnen Behördemitgliedern, bei denen sie Anzeichen von Anpassungsbereitschaft vermutete. Aber sie stärkte dem Bundesrat in vielen Fällen auch den Rücken gegenüber dem doppelten Druck, dem er von aussen durch die Nationalsozialisten und von innen durch deren schweizerische Sekundanten ausgesetzt war.

Sie verkörperte jenes «methodische Misstrauen», über das Karl Meyer am 20. Januar 1942 im Zusammenhang mit der Aktion nationaler

Widerstand an Bundesrat von Steiger schrieb: «Wenn wir heute alle Massnahmen unserer Behörden, die irgendeine Beziehung zur Aussenpolitik haben, mit höchster Aufmerksamkeit, oft mit Sorge und Kritik verfolgen, so mögen wir, aus ungenügender Einsicht in die Kompliziertheit der Verhältnisse, im Einzelnen oft irren und ungerecht urteilen. Dennoch erscheint mir die Grundhaltung des ‚methodischen Misstrauens‘ des Schwächeren gegen Druck und Drohung des Auslandes und gegen wirkliches und vermeintliches Zurückweichen der eigenen Behörden heute notwendiger denn je. Unsere Regierung sollte sich über diese Einstellung des Volkes freuen, ist sie doch gegebenenfalls die beste Gewähr eines erfolgreichen Widerstandes.»

Für die Tätigkeit der Aktion nationaler Widerstand und die Namen ihrer Mitglieder galt strengste Geheimhaltungspflicht. Die wenigsten Aktionen wurden sämtlichen Angehörigen bekanntgegeben, um möglichst wenige von ihnen zu gefährden und um die Möglichkeit, dass ein Zufall zu ihrer Entdeckung führte, auf ein Mindestmass zu reduzieren. Wenn zum Beispiel Persönlichkeiten verschiedener politischer Richtungen scheinbar unabhängig im Bundeshaus vorsprachen, wie etwa nach Pilets «Frontenempfang» oder vor dem Verbot der Nationalen Bewegung der Schweiz, hätte es die Wirkung der Intervention abgeschwächt, wenn bekannt gewesen wäre, dass ein und dieselbe Organisation hinter ihr stand.

Als die Aktion nationaler Widerstand sich nach dem Krieg auflöste, beschlossen ihre Leiter, die Geheimhaltung auch in Zukunft zu wahren.

Der unterirdische Kampf, den sie mit Mut und Geschick geführt hat, hat sicher viel dazu beigetragen, dass nach dem Zusammenbruch Frankreichs bei uns der Geist der Anpassung nicht die Oberhand gewann.

Der zweite Programmpunkt der Aktion nationaler Widerstand war die mündliche und schriftliche Aufklärung der Bevölkerung, mit welcher die Lücke ausgefüllt werden sollte, die durch das Schweigen entstanden war, das die Behörden sich selber und der Presse auferlegten. Es handelte sich nicht darum, das Schweizervolk mit Propaganda für die Schweiz zu bearbeiten; man musste ihm nur die Tatsachen wahrheitsgetreu mitteilen; politisch geschult, wie es war, würde es schon selber aus ihnen die richtigen Schlüsse ziehen. Aber wie sollte es sich in seiner neuen Lage zu rechtfinden, wenn es die Tatsachen nicht kannte?

Es gab damals eine Organisation, die für eine mündliche Aufklärung wie geschaffen war. In einem Bericht vom 19. April 1941 schrieb Hausamann: «Ich weise erneut und eindringlich darauf hin, dass in einer Zeit bewaffneten Wartens, wie wir sie durchzustehen haben, der Tätigkeit von Heer und Haus vermehrte Wichtigkeit zukommt. Diese Sektion hat den Kampf um den Geist des Heeres und des Volkes zu führen... Für die Leitung der Sektion Heer und Haus ist der beste Mann gerade gut genug. Ihn zu suchen und an die Spitze von Heer und Haus zu stellen wird nachgerade dringlich.»

Die Sektion Heer und Haus war, ursprünglich vom Chef der Abteilung Presse und Funkspruch ins Leben gerufen, von General Guisan am 3. November 1939 der Generaladjutantur der Armee unterstellt und von der Arbeitsgemeinschaft Pro Helvetia, Abteilung Armee, mit einer Subvention von 250'000 Franken bedacht worden.

Die Aufgabe der Sektion bestand darin, «bei der Truppe das Verantwortungsgefühl für ihre Aufgabe und ihr vaterländisches Empfinden zu stärken, ihren Geist aufrechtzuerhalten und die Verbindung mit der Zivilbevölkerung enger zu gestalten, so dass die Armee sich mit dem Land ständig verbunden fühlen sollte⁶⁵.»

In den ersten Monaten des Aktivdienstes blieb dieses Programm weitgehend ein frommer Wunsch. In Wirklichkeit diente die Sektion hauptsächlich der Unterhaltung der Truppe, die ihr wegen ihrer Harmlosigkeit den Spottnamen «Heimchen am Herd» gab. Der letzte Leiter von Heer und Haus, Major Ziegler, gesteht in seinem Schlussbericht, bis zum Sommer 1940 habe bei der Truppe ein eigentliches Malaise gegen die Sektion bestanden: «Manchmal genügte es, dass man ihren Namen aussprach, um bei Offizieren und Soldaten eine negative Reaktion hervorzurufen.»

Solange die Truppe sich im Dienst befand, war ihr Geist gut. Als aber nach Einführung der Ablösungsdienste die Wehrmänner periodisch ins Zivilleben zurückkehrten, zeigte es sich, dass manche von der Stimmung, die bei der Zivilbevölkerung herrschte, angesteckt wurden.

In einem Brief aus der Truppe, den Hausamann im August 1940 erhielt, hiess es: «Mit der Dienstfreudigkeit der Soldaten ist es nicht mehr weit her, woran die Zivilbevölkerung weitgehend die Schuld trägt. Wenn man aus dem Dienst nach Hause kommt, muss man hören: ‚Wozu tut ihr überhaupt noch Dienst? Es nützt doch alles nichts mehr!‘ Jede mit dem Selbstbehauptungswillen des Landes verbundene Veranstaltung wird belächelt und angezweifelt, mit dem Hinweis, alle patriotischen Feiern hätten keinen Sinn, da wir ja doch Gefangene Deutschlands seien... Schon oft hätte ich gern aufrüttelnde Worte geschrieben, aber das, worauf es ankommt, darf man nicht schreiben. Das ist das Lähmende an der Sache. Man darf nicht sagen, wie die Menschen in den besetzten Zonen leiden, mit was für sadistischen Methoden man sie mürbe zu machen versucht ... Also: Aufklärung, immer wieder Aufklärung, Herr Hauptmann, ist dringend nötig... Auch wenn sie im grossen Reich Missbilligung erweckt... Aus Angst, jenseits der Grenze Missfallen zu erregen, verliert man an hohen Orten den Kontakt mit dem Volk.»

Junge Offiziere, die mit Karl Meyer in der Res Publica zusammenarbeiteten, schrieben um jene Zeit: «Die Missstimmung unter den Soldaten ist gross. Besonders verderblich wirkt eine unentschlossene Haltung unserer Aussenpolitik oder auch nur der Anschein einer solchen. Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, mit der unsere Regierung heute zu kämpfen hat, aber es ist erschreckend, festzustellen, wie sehr das Vertrauen der Soldaten in den unbedingten Widerstandswillen unserer Behörden erschüttert ist.» Und ein anderer: «Die Stimmung unter den Soldaten ist weitherum schlecht. Besonders die geistige Haltung unserer Behörden (Affäre Bundespräsident Pilet und Erneuerer; Auslieferung deutscher Flugzeuge und Flieger; Auslieferung des Kriegsmaterials der Internierten und so weiter) wirkt sich auf die Moral der Truppe ungünstig aus. Der Soldat zweifelt, ob die Landesregierung mit der nötigen Energie gegen die erklärten Feinde der Demokratie vorgehe, ja er fragt sich sogar, ob der Bundesrat, der schon jetzt Handlungen begeht, die schwer mit der Neutralität in Einklang gebracht werden können, nicht im Ernstfall zu Kompromissen bereit wäre... Diese schwerwiegenden Handlungen unserer obersten Landesbehörde sind deshalb sehr gefährlich, weil sie bei unseren Bürgern und Soldaten Zweifel hervorrufen, die das heute so dringend nötige Vertrauensverhältnis zwischen Volk und Regierung zerstören. Die defaitistischen Strömungen gewinnen dadurch an Macht.»

«Im Verlauf des Herbstes und des Winters 1940/41», schreibt General Guisan in seinem Bericht über den Aktivdienst, «wurde es klar, dass, wenn die Truppe in einer lauen Geistesverfassung wieder einrückte, dies oft von der Unwissenheit herrührte, in der die Zivilbevölkerung sich befand – Unwissenheit im Besonderen im Hinblick auf die wichtigsten schweizerischen Probleme, die besonderen Umstände, in denen unser Land sich befand⁶⁶...»

Der General schuf daher im Herbst 1940 zunächst ein Vortragsbüro und beauftragte einige Offiziere, unter ihnen Oberst Oskar Frey, Major

Robert Frick, Hauptmann i. Gst. Max Waibel und Hauptmann Hausmann, zum Teil öffentlich, zum Teil auf Ersuchen der Gewerkschaften bei deren Vertrauensleuten und in anderen geschlossenen Kreisen Kurse und Vorträge zu halten, mit dem Zweck, die Bevölkerung, soweit die Geheimhaltung aus Gründen der Sicherheit es gestattete, «über die Kriegserfahrungen und über den Wert unserer Pläne und Verteidigungsmittel aufzuklären». Bei diesen Vorträgen stellte sich heraus, dass bei der Bevölkerung ein brennendes Interesse an den grossen Problemen unserer nationalen Existenz bestand und dass sie dringend nach Information verlangte.

Am 13. Februar 1941 schrieb der General an das Eidgenössische Departement des Innern: «Seit Anfang dieses Jahres haben die Offiziere, die mit Vorträgen über militärische Fragen beauftragt sind, feststellen können, in welchem Masse diese Vorträge bei allen Klassen der Bevölkerung einem allgemeinen und tiefgehenden Informationsbedürfnis entgegenkommen. Aber dieses Bedürfnis beschränkt sich nicht auf militärische Fragen: es erstreckt sich auf alle Probleme geistiger, moralischer, historischer, wirtschaftlicher Art, die unsere Existenz als Nation und die Erhaltung unserer Unabhängigkeit zur Zeit aufwerfen.

Deshalb scheinen mir die militärischen Vorträge und ihr Erfolg nur ein Teil dessen zu sein, was unternommen werden könnte und sollte, unsere öffentliche Meinung zu informieren, aufzuklären, mitzureissen und zu bestärken... Ein Werk von diesem Ausmass kann nicht von der Armee allein unternommen werden ... Die Aufgabe fällt den zivilen Behörden zu, und die Armee wird unter ihrer Leitung mitwirken⁶⁷...»

Der Generaladjutant bemerkt in seinem Bericht dazu: «Offenbar wurde von den Zivilbehörden anfänglich eine Einmischung in die Politik befürchtet, so dass die Verwirklichung des Projektes lange auf sich war-

ten liess. Vielleicht war auch die Wichtigkeit und Dringlichkeit solcher Massnahmen nicht voll verstanden worden⁶⁸.»

Tatsächlich erklärte Bundesrat Pilet am 13. Mai 1941 vor der ausserpolitischen Kommission: «Ich habe den Eindruck, dass Deutschland nie die Absicht hatte, die Schweiz aufzuteilen und zu annektieren. Im Gegenteil, ich habe den Eindruck, Deutschland wolle friedlich mit uns leben.» Dann teilte er mit, Deutschland habe durch die deutsche Gesandtschaft in Bern gegen die Vorträge von Major Frick, Oberst Frey und Professor Barth protestieren lassen (den Protest gegen die Vorträge von Hausamann besorgten die Frontisten), und fügte hinzu: «Ich glaube nicht, dass im Schweizervolk Defaitismus herrscht. Deshalb halte ich solche Vorträge für unnötig.»

Aber unterdessen waren zwei wichtige Dinge geschehen: Der General hatte bei der Sektion Heer und Haus einen ‚Aufklärungsdienst Zivil‘ ins Leben gerufen, und Hausamann und seinem Kreis war es gelungen, «den besten Mann» an die Spitze der Sektion zu bringen. Oberst Oskar Frey, Kommandant des Basler Auszugsregimentes, hatte sich bereit erklärt, die Leitung der Sektion zu übernehmen. Den Vortragsdienst für die welsche Schweiz übernahm Major Robert Frick, denjenigen für die deutsche Schweiz Dr. A.R. Lindt, beides führende Mitglieder der Aktion nationaler Widerstand. Oskar Frey, der auch der Aktion nationaler Widerstand angehörte, verfügte über persönlichen Mut und über eine gewaltige Arbeitskraft. Er war ein glänzender Redner und setzte sich mit seiner ganzen Person für seine neue Tätigkeit ein, die er als eigentliche Mission auffasste. Seine geistige Haltung kam in den Worten zum Ausdruck: «Wenn jeder einzelne in unserem Volk mit heissem Herzen die Unabhängigkeit des Vaterlandes höher stellt als alle materiellen Werte und sogar als sein Leben, dann braucht uns nicht bange zu sein.» Seine ganze Arbeit für die Sektion Heer und Haus und seine Vorträge standen

unter dem Motto des Höhenweges der Landesausstellung: «Die Schweiz will sich verteidigen. Die Schweiz kann sich verteidigen. Die Schweiz muss sich verteidigen.»

Die Aufgabe, vor die er sich gestellt sah, lautete: Das Volk muss über die tatsächliche Lage, in der wir uns befinden, aufgeklärt werden. Durch Zeitungsartikel und öffentliche Vorträge ist das heute nicht möglich. Wie können wir einen möglichst grossen Teil der Bevölkerung direkt oder indirekt erreichen, ohne dass die Informationen in die Presse gelangen? Wie können wir im grossen Stil informieren und doch das Geheimnis wahren?

Der Zivile Aufklärungsdienst ermöglichte die Verbindung dieser beiden Ziele. Die Organisation war zivil und militärisch. Auf dem Weg über die zivilen Vereinigungen, über kantonale und kommunale Behörden wurden Einladungen verschickt. Wer sich interessierte, schrieb sich ein und wurde dann militärisch aufgeboten. Die so «Mobilisierten» wurden auf Kosten der Armee transportiert, verköstigt und logiert und erhielten sogar einen Sold.

Es wurden für Schweizer Bürger aller Kreise, zwischen hundertfünfzig und zweihundertfünfzig Teilnehmern auf einmal, zweitägige Aufklärungskurse veranstaltet, in denen Fachleute über militärische, wirtschaftliche und geistige Landesverteidigung orientierten. Die Referenten durften nicht politisch abgestempelt sein – Parlamentarier kamen also zum Beispiel nicht in Frage. Sie mussten gut informiert sein, und sie mussten wissen, was für Fragen das Publikum beschäftigten. Es wurden für sie regelmässig Referentenkurse veranstaltet. Die meisten von ihnen bekleideten im Zivilleben wichtige Posten und waren mit Arbeit überhäuft, und die Referententätigkeit bedeutete für sie eine zusätzliche Belastung, die grosse Anforderungen an ihre Opferbereitschaft stellte.

Nach jedem Vortrag fand eine Diskussion statt, und aus diesen Diskussionen erwuchs mit der Zeit ein Kern von siebentausend «Aktiven»,

von sogenannten «Korrespondenten», die über die ganze Schweiz verteilt waren und Informationen nicht nur «von oben nach unten», sondern auch von «unten nach oben» leiteten. Dadurch konnten Missverständnisse beseitigt und das Verständnis für die militärischen und wirtschaftlichen Massnahmen der Behörden gefördert werden.

Dadurch, dass sich die Zuhörerschaft aus Leuten aller Stände, Konfessionen und Berufe sowie beider Geschlechter zusammensetzte, ergab sich auch eine Wirkung in die Breite. Grosse Bedeutung kam dem Aufklärungsdienst bei der Bekämpfung der Gerüchte zu. Die Korrespondenten meldeten umlaufende Gerüchte. Der Aufklärungsdienst vermittelte den Referenten die wahren Sachverhalte, die sie dann an die Kursteilnehmer weitergaben.

In den Richtlinien des Kriegs-, Industrie- und Arbeitsamtes aus dem Jahre 1942 heisst es: «Unsere Angestellten- und Arbeiterschaft, die in ihrer gewaltigen Mehrheit schweizerisch denkt und handelt, wird fremden Einflüssen nicht erliegen, wenn sie weiss, wofür sie arbeitet, wozu sie Opfer bringt und was es zu erhalten gilt. Mit offenen Augen und klarem Sinn verfolgt sie die Ereignisse in der Welt. Sie sieht, wohin der Verlust der Freiheit führt, und ist bereit, für diese zu kämpfen. Das weiss auch die ausländische Propaganda, und darum sucht sie von innen her das Vertrauen in unsere Wirtschaftsführung und in unsere Behörden zu untergraben. Diesen Versuchen begegnen wir am besten, indem wir unsere Angestellten und Arbeiter über die tatsächlichen Verhältnisse und über die Gefahren unserer Lage orientieren...

Ein wertvolles Mittel der Orientierung wird durch die Kurse der Sektion Heer und Haus der Generaladjutantur geboten. In diesen Kursen werden von sachkundigen Referenten Massnahmen der militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung behandelt ... Den Re-

feraten folgen Diskussionen, in denen Fragen beantwortet, Missverständnisse aufgeklärt werden und Gerüchten durch Bekanntgabe von Tatsachen entgegengetreten wird. Für die Orientierung ist der Grundsatz unbedingter Wahrheit massgebend. Nicht Phrasen, sondern Tatsachen – auch wenn sie unerfreulicher Natur sind – werden geboten.»

Im Rahmen des Zivilen Aufklärungsdienstes veranstaltete die Gruppe für geistige Arbeit des Zivilen Frauenhilfsdienstes Zürich, eines der Zentren des Widerstandes, die im Sommer 1940 entstanden waren, Vorträge für Vertreterinnen aller grösseren schweizerischen Frauenverbände. Wiederholt konnten auch Insassinnen von Flüchtlingslagern zu zweitägigen Kursen eingeladen werden. Dabei wurde bei Frauen, die unser Land nicht immer von seiner besten Seite kennengelernt hatten und zum Teil voller Ressentiments gegen die Schweiz waren, durch sachliche Aufklärung ein gewisses Verständnis für die besondere Lage, in welcher die Schweiz sich befand, geweckt.

Der Erfolg des Zivilen Aufklärungsdienstes war so gross, dass er auch auf den militärischen zurückwirkte und dazu beitrug, dass die Vorurteile, die gegen diesen bei der Truppe bestanden, sich allmählich verloren. In seiner vierjährigen Tätigkeit hat der Zivile Aufklärungsdienst 628 Kurse mit 100'334 Teilnehmern, 2'525 Vorträge mit 348'337 Teilnehmern und mit im Ganzen 415 Referenten durchgeführt.

Der Bundesrat gibt in seinem pressepolitischen Bericht zu, die Sektion Heer und Haus habe auch auf zivilem Gebiet eine durchaus fruchtbare Tätigkeit entfaltet, verwahrt sich aber gegen den Vorwurf, er habe die Wichtigkeit der Aufklärung verkannt⁶⁹. In seinem Gegenbericht zum Generalsbericht begnügt er sich dagegen mit der Feststellung: «Die Hauptsache war, dass eine Tätigkeit, wie sie von Heer und Haus betrieben wurde, überhaupt in Bewegung war. Die Frage der Zweckmässigkeit

der Unterstellung unter das Armeekommando oder den Bundesrat war daneben von untergeordneter Bedeutung⁷⁰.»

Zur mündlichen Aufklärung, wie der Zivile Aufklärungsdienst sie im Geist der Aktion nationaler Widerstand mit ständig wachsendem Erfolg und in engem Zusammenhang mit ihr betrieb, trat die schriftliche Aufklärung hinzu. Vom November 1940 bis zum Beginn des letzten Kriegsjahres erhielt jeder Angehörige der Aktion nationaler Widerstand regelmässig in verschlossenem Briefumschlag mit der Post eine ‚Information der Woche‘. Max Ras, der Herausgeber des ‚Schweizerischen Beobachters‘, stellte seinen Verlag zur Verfügung und besorgte den Versand. Dr. Ernst von Schenck, der Verfasser der (Information der Woche‘, schrieb über diese an die Abteilung Presse und Funkspruch: «Der Haupt-sinn der (Information der Woche‘ ist die Mitteilung aussenpolitischer Tatsachen und für unsere eigene Stellungnahme relevanter Zustände, deren Kenntnis zur Erhaltung des nationalen Widerstandsgeistes unerlässlich ist, die aber aus Zensurgründen in der Presse nicht mehr publiziert werden können; sie sollen denen zugänglich gemacht werden, die in vorderster Linie dieses Kampfes stehen. Das sicherste schien uns deshalb, unsere Freunde genauestens davon auf dem Laufenden zu halten, was die deutsche Presse selber über die Schweiz und beispielsweise über die besetzten Gebiete zu berichten weiss: denn es handelt sich ja immer darum, mit wachsender Aufmerksamkeit die Propagandathesen von dieser Seite zu verfolgen, um von unserem Standpunkt aus die Gegenthese zu formulieren.»

Das Material für die (Information der Woche‘ erhielt von Schenck zu einem Teil von den Zeitungsredaktoren, die der Aktion nationaler Widerstand angehörten und ihm Weitergaben, was sie selber nicht veröffentlichen durften. Er selber verfolgte genau die ausländischen Zeitungen, die in der Schweiz zu jener Zeit erhältlich waren, und weitere mündliche und schriftliche Informationen verschafften ihm die übrigen Mit-

glieder der Aktion nationaler Widerstand. Um öffentliche Zeitungspolemiken zwischen deutschen und schweizerischen Blättern zu verhindern, waren die schweizerischen Zeitungen angewiesen, die systematische Hetze, die deutsche Zeitungen gegen unsere Zeitungen und die Schweiz als ganze betrieben, zu ignorieren. Das war geeignet, im Schweizervolk eine falsche Vorstellung von den wahren Absichten der Nationalsozialisten zu erwecken. Die Angehörigen der Aktion mussten wissen, dass die gleichgeschaltete Presse eines Staates, mit dem wir korrekte diplomatische Beziehungen unterhielten, und dem gegenüber unsere eigenen Zeitungen sich einer extremen Zurückhaltung beflissen, ungestraft unsere Regierung als englandhörig und verjudet, unseren General als Werkzeug der Freimaurer und unsere Presse als korrupt und käuflich hinstellen durfte. Neben Kostproben aus deutschen Zeitungen enthielt die ‚Information der Woche‘ fortlaufend Berichte über die Zustände in den von Deutschland besetzten Gebieten, über die Leiden und den Widerstand der dortigen Bevölkerung, über den Vernichtungsfeldzug gegen die Juden, aber auch über das landesverräterische Treiben unserer eigenen Landsleute in der Schweiz und von Deutschland aus und ihre Zusammenarbeit mit den zuständigen deutschen Stellen.

Jede ‚Information der Woche‘ war begleitet von einem Schreiben aus der Feder von Schencks, in welchem dieser von hoher Warte aus die Tatsachenberichte kommentierte. Er ermutigte, wenn Mutlosigkeit aufkommen wollte, und er warnte, wenn Sorglosigkeit sich auszubreiten begann. Er trat der nationalsozialistischen Propaganda entgegen, ohne sich mit derjenigen der Westmächte zu identifizieren. Immer und in Allem vertrat er unseren eigenen, schweizerischen Standpunkt. Nach dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges schrieb er: «Weder darf Deutschland für uns das Kreuzritterheer gegen den Bolschewismus werden, noch der Bolschewismus der Vorkämpfer gegen die faschistische

Diktatur. Wir haben mehr als je unseren Posten als freier Kleinstaat besetzt zu halten und uns auf unsere eigenen, nationalen, europäischen und humanitären Traditionen zu besinnen.» Als der Bundesrat im September 1942 befürchtete, der Flüchtlingsstrom könnte, infolge der Judendeportationen aus Frankreich, unerträgliche Ausmasse annehmen, und die Schliessung unserer Grenzen verfügte, gab von Schenck in seinem Begleitbrief ein Schreiben an Rothmund wieder, in dem er die prinzipielle Haltung der Aktion nationaler Widerstand zum Flüchtlingsproblem darlegt hatte: «Für uns sind alle europäischen Flüchtlinge, woher sie auch kommen, Opfer eines Systems, vor dessen ‚Segnungen‘ uns ein gütiges Geschick bis jetzt bewahrt hat... Und was die Juden im besonderen angeht, so lassen wir es uns nicht ausreden, dass jede abweisende Härte gegen sie eine Geste der Nachgiebigkeit gegenüber der Achse, und jede Hilfe, die wir ihnen gewähren, ein Stück Widerstand gegen diese darstellen. Hier ist ein unerhörtes Misstrauen gegen unsere offizielle Aussenpolitik wach. Auch der einfachste Bürger weiss heute, dass antisemitische Massnahmen den Anfang vom Ende bedeuten ... Wir sind der Meinung, das Mass dessen, was wir für die Opfer einer Terrorpolitik, die wir als verbrecherisch empfinden, tun dürfen, ja müssten – der sogenannte Sättigungsgrad – sei noch nicht erreicht. Da dieses aber der einzige Gesichtspunkt zur Beschränkung unserer Hilfeleistung sein darf, verstehen wir die Beschränkungen vorläufig nicht⁷¹.»

Der dritte wichtige Zweck der Aktion nationaler Widerstand war die Vorbereitung des unterirdischen Widerstands im Kriegsfall. Bei einer Besetzung der Schweiz wäre die Aktion nationaler Widerstand Trägerin des unterirdischen Kampfes gegen die Besetzungsmacht geworden. Darauf war die Organisation zugeschnitten. Lange nicht alle Angehörigen kannten einander. Keiner wusste, dass es im Land ausserhalb des Reduits

ein Funknetz gab. Zwanzig Stationen waren über das Land nach entsprechenden Gesichtspunkten verteilt, von einem Funkermajor in Zivil den Vertrauensleuten persönlich ins Haus gestellt: kleine, unscheinbare Zigarrenkästchen, die Antenne ein Wäshedraht, mit Akkumulatoren betrieben. Gefunkt werden durfte nicht, um die Station, die irgendwo versteckt war, nicht zu verraten. Jede Station hatte ihren Code, ihre Frequenz und so weiter. Dieses Funknetz wurde von Hausamann organisiert, und ausser dem General und dem Generalstabschef wusste niemand etwas von ihm.

Anfangs September 1940 war die Aktion nationaler Widerstand gegründet worden und hatte sofort ihre Tätigkeit aufgenommen. Von Mitte November 1940 an erschien regelmässig die *«Information der Woche»*. Als im Mai 1941 Oberst Oskar Frey an die Spitze der Sektion Heer und Haus trat und dieser seinen unerschütterlichen Willen zum Widerstand mitteilte, war die geistige Verteidigungsfront geschlossen. Die Kräfte des Landes, denen die Landesregierung die Sorge für den geistigen Widerstand überlassen hatte, hatten sich zusammengetan, um dem organisierten Angriff der Nationalsozialisten eine organisierte schweizerische Abwehr entgegenzustellen.

Das darf man wohl als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die *«Wandlung»* bezeichnen, die der bundesrätlichen Aktion vom 10. Juni 1941 gegen die schweizerischen Rechtsextremisten vorangegangen war (vergleiche Seite 175). Von Bibra hatte aus dieser Aktion den Schluss gezogen, an eine kalte Gleichschaltung der Schweiz sei nicht mehr zu denken. Die Frage war, ob auch die massgebenden Leute in Berlin so dachten. Wenn sie es taten, liessen sie es sich zunächst nicht anmerken und bearbeiteten uns weiter mit der *«erweiterten Strategie»*.

Am 22. Juni 1941 vollzog Hitler erneut eine Wendung um hundertachtzig Grad und setzte seine Armeen gegen Russland in Bewegung.

«In Todfeindschaft steht der Bolschewismus dem Nationalsozialismus gegenüber», verkündete er. «In dem kommenden Kampf ist sich das deutsche Volk bewusst, dass es nicht nur zum Schutze der Heimat antritt, sondern dass es dazu berufen ist, die gesamte Kulturwelt von den tödlichen Gefahren des Bolschewismus zu retten.» Er verliess sich darauf, dass die Welt sein Buch «Mein Kampf» vergessen hatte, in dem stand, der Krieg gegen Russland werde kein ideologischer Krieg, sondern ein Feldzug zur Eroberung von Kolonialland sein.

Seither arbeitete die nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz vor allem mit dem Schlagwort vom «Kreuzzug gegen den Bolschewismus». Hatte man der Schweiz bisher vorgeworfen, sie sei zu wenig neutral, so hiess es jetzt: «In einer wahren Neutralitätspsychose verharrt unser südlicher Nachbar beim augenblicklichen Befreiungskampf Europas gegen den Bolschewismus dort, wo sich gemeinhin die Zuschauer aufhalten. Seine Beschränktheit lässt die Erkenntnis nicht zu, dass es für Europa heute nur eine Alternative gibt: Sieg Deutschlands, dem er sich unter keinen Umständen anpassen will, oder Untergang aller⁷².» Und am 22. Juli schrieb ‚Das Reich‘: «Die Schweizer können vorläufig die zweifelhafte Ehre für sich in Anspruch nehmen, der einzige Staat Europas zu sein, in dem keine Freiwilligen geworben werden. Sollte es wirklich keine Organisation geben, keinen mutigen Offizier, der den Gedanken an die Öffentlichkeit trüge, dass eine ‚Schweizer Legion‘ gebildet werden müsse? Wir weigern uns noch, das zu glauben.» Als jedoch schweizerische Nationalsozialisten, vor allem Leonhardt, für eine «Schweizer Legion» zu werben begannen, winkten die zuständigen deutschen Stellen energisch ab. Dagegen waren sie damit einverstanden, dass Schweizer in verschiedenen Einheiten der Waffen-SS am «Kampf gegen den Bolschewismus» teilnahmen. Zu Hunderten verliessen im Laufe des Krieges junge Schweizer, von der nationalsozialistischen Propaganda

verführt, heimlich die Heimat, und über hundert haben ihre politische Verblendung mit ihrem Blut bezahlt.

Die grosse Mehrheit der Schweizer hatte jedoch den deutschrussischen Freundschaftspakt vom August 1939 noch in frischer Erinnerung und blieb gegen die nationalsozialistische Propaganda für den «Hakenkreuzzug», wie Oeri ihn getauft hatte, immun.

Auch die Aufhetzung des deutschen Volkes gegen die Schweiz durch die deutschen Zeitungen ging unvermindert weiter. Die beiden süddeutschen Blätter ‚Der Alemanne und die ‚Bodensee-Rundschau‘ waren auf diese Hetzkampagne gewissermassen spezialisiert. Während der Bundesrat, der am 1. Februar 1942, auf ultimatives Verlangen General Guisans, die Pressekontrolle selber übernahm, gewissenhaft darüber wachte, dass die Schweizer Zeitungen sich Deutschland gegenüber auch nicht den kleinsten Verstoß zuschulden kommen liessen, durften gleichgeschaltete deutsche Blätter schreiben: «Die Schweiz ist eben der Knochen, der nicht gefressen wird, weil keiner der grossen Hunde ihn dem andern gönnt», oder: «Wir können es einfach nicht mehr mitanhören, wie gegenüber den gewaltigen Machtleistungen des Reiches eine stationäre, verjudete und verfreimaurerte gehässige Spiesserpresse und Spiesseröffentlichkeit mit schiefer Schulter herumnörgelt. Wir haben diesen Giftzwerg satt, der immer nur hinter dem Reichswagen herläuft und schimpft.»

Die These von der «Kriegsschuld der Schweizer Presse» hatte schon am 3. März 1941 einen ersten empfindlichen Stoss erhalten, als Goebbels vor elf Schweizer Journalisten, die eine Reise durch Deutschland unternahmen, erklärte, Deutschland habe sich bei seiner Kriegspolitik immer

nur von strategischen Erwägungen leiten lassen; was Schweizer Zeitungen geschrieben hätten, habe dabei keine Rolle gespielt.

Am 14. Oktober 1942 erklärte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Gesandter Dr. Schmidt, vor versammelten Auslandsjournalisten in Berlin, die Schweizer Presse beginne langsam in eine unanständige Polemik gegen Deutschland einzu treten. Für die Redaktoren, die gegen das «Neue Europa» schrieben, werde in diesem kein Platz sein. Man werde kurzen Prozess mit ihnen machen; vielleicht würden sie «ihre Heimat in den Steppen Asiens finden, aber vielleicht werde es noch besser sein, wenn man sie ins Jenseits befördere». Obschon Frölicher dringend riet, die Sache zu ignorieren, sah Bundesrat Pilet sich gezwungen, für einmal aus seiner Reserve herauszutreten und bei den zuständigen deutschen Stellen energisch zu protestieren. In der Schweiz wagte jedoch seither niemand mehr, die These von der «Kriegsschuld der Presse» zu vertreten. Durch sein plumpes Vorgehen hatte Schmidt den Konflikt zwischen Freiheit und Zwang, wie unsere Neutralität ihn auf dem Gebiet der Presse unvermeidlich machte, gewissermassen auf sein «Normalmass» zurückgeschraubt.

Nur wenige Tage bevor Schmidt seinen Vorstoss gegen die schweizerischen Journalisten und damit gegen die Schweiz selber unternahm, hatten sich die Nationalsozialisten in der Schweiz eine Provokation geleistet, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. Am 4. Oktober 1942 hatten sich, aus allen Teilen der Schweiz mit Extrazügen der Schweizerischen Bundesbahnen herbeigeführt, zwölftausend reichsdeutsche Nationalsozialisten zur Feier des Erntedankfestes im grössten Versammlungslokal der Schweiz, im Zürcher Hallenstadion, zu einer Grosskundgebung eingefunden, die «in ihrem Umfang noch von keiner Kundgebung des Auslandsdeutschtums erreicht worden war». Gauleiter Bohle war persönlich gekommen und hatte die Grüsse des Führers ge-

bracht, «den er noch am Tag zuvor gesehen und gesprochen hatte». «Man kam sich vor wie im Sportpalast in Berlin», schrieb die ‚Deutsche Zeitung in der Schweiz« darüber. Nur der Besonnenheit und Disziplin der Zürcher Bevölkerung, die zusehen musste, wie die Tausende in überfüllten Zügen an- und abrollten, war es zu verdanken, dass es nicht zu Zwischenfällen kam, die unabsehbare Folgen hätten haben können. Am Tag darauf erteilte der Bundesrat den Kantonsregierungen Weisung, künftig keine Veranstaltungen mehr zu bewilligen, an denen voraussichtlich mehr als tausend Personen sich beteiligen würden, «da diese geeignet seien, seine Neutralitätspolitik und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gefährden».

Nachdem die Organisationen der schweizerischen Rechtsextremisten am 10. Juni 1941 verboten worden waren, blieb in der Schweiz, abgesehen von einigen unbedeutenden Neugründungen, als einzige ernstzunehmende nationalsozialistische Organisation die Eidgenössische Sammlung übrig. Die Nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz, die über die Gesellschaft für autoritäre Demokratie in direkter Linie auf den Volksbund zurückging, den Leonhardt im Herbst 1933 ins Leben gerufen hatte, diente nur dem Zweck, die landesverräterischen Aufrufe Leonhardts und Burris durch Flugblatt- und Streuaktionen in der Schweiz zu verbreiten.

Im Frühling 1941 war noch eine neue Gruppe der Eidgenössischen Sammlung entstanden, die sich Freunde der Erneuerung nannte und für Personen bestimmt war, die «als stille Freunde der Erneuerung, die nirgends eingetragen sind und keine Indiskretion zu befürchten haben» die Sache der Eidgenössischen Sammlung unterstützten.

Nachdem der Bundesrat es abgelehnt hatte, die Eidgenössische Sammlung am 18. November 1940, gleichzeitig mit der Nationalen Be-

wegung der Schweiz zu verbieten (vergleiche Seite 156), hatte der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt sie am 20. Dezember 1940 als «staatsgefährlich» erklärt. In einem Memorandum hatte er die Gründe zusammengestellt, die seiner Meinung nach das Verbot der Bewegung als dringend erscheinen liessen. Dieses Memorandum enthält neben dem Nachweis, dass die Eidgenössische Sammlung nicht weniger gefährlich sei als die vor einigen Wochen verbotene Nationale Bewegung der Schweiz, prinzipielle Überlegungen: «Eine Frage für sich ist, ob es tunlich sei, politische Bewegungen, deren Ziele als staatsgefährlich erkannt worden sind, zu verbieten. Diese Frage würden wir mit einem ‚Nein‘ beantworten, und zwar aus der Erwägung heraus, dass jedes Verbot die Möglichkeit einer Überwachung erschwert... Hat man aber einmal den Weg des Verbotes beschritten, so kann man unseres Erachtens, namentlich in einer politisch derart bewegten Zeit, nicht mehr davon abgehen. Wenn wir die eine staatsgefährliche Gruppe verbieten, bei der andern aber nichts tun... so kann dies einen gefährlichen Vertrauensschwund von Volk zu Behörden und damit auch einen gefährlichen Defaitismus zur Folge haben. Wir wissen, dass ernsthafte Leute die Ursache der behördlichen Langmut damit glauben erklären zu können, dass man sich heute in Anbetracht der weiteren Erstarkung der deutschen Machtposition nicht mehr getraut, politische Bewegungen von prononcierter Deutschfreundlichkeit zu verbieten, auch wenn sie noch so gefährlich sind. Es ist schwer, den Leuten solche Gedanken auszureden. Der Verdacht, die Behörden gingen den Weg des geringsten Widerstandes und beschränkten sich hauptsächlich darauf, die Kommunisten zu verfolgen, weil diese keinen unmittelbar an unserer Grenze wohnenden mächtigen Protektor haben, während die rechtsextremen Erneuerer aus der Machtstellung Deutschlands unmittelbaren Nutzen ziehen, ist jetzt schon weiter verbreitet, als man glauben möchte.»

Anfangs August 1942 untersagte der Vorsteher des Polizeidepartementes der Eidgenössischen Sammlung auf dem Gebiet des Kantons Basel-Stadt jede Abhaltung von Versammlungen und Zusammenkünften.

Trotzdem konnte die Eidgenössische Sammlung, die manche Schweizer mit einem unausrottbar wohlwollenden Vorurteil als eine Art ‚rechtsbürgerliche Bewegung‘ betrachteten, ihre landesschädliche Tätigkeit in der übrigen Schweiz fast ungestört bis in den Sommer 1943 hinein fortsetzen. Noch im April 1943 schrieb ‚Die Front‘: «Für jedes Volk stellt sich heute die Frage, ob es die Kraft zur Einordnung in die Gemeinschaft und damit den Weg zu seinem Glück finde. Unsere Aufgabe ist es, das Schweizervolk diesen Weg zu führen.»

Über einer Lüge ihres Führers kam die Eidgenössische Sammlung schliesslich zu Fall. In einem Brief an den General hatte Tobler wahrheitswidrig behauptet, der zum Tode verurteilte Landesverräter Zürcher habe nie der Eidgenössischen Sammlung angehört, worauf der Bundesrat am 6. Juli 1943 das Verbot aussprach.

Das Schweizervolk hatte allerdings sein Urteil schon lange vorher gemacht. Am 3. Juni 1942 klagte Tobler in einem Aufruf an die Mitglieder der Bundesversammlung: «Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass ein jeder, der sich offen zum Gedankengut der Erneuerungsbewegung bekennt, von der öffentlichen Tätigkeit sozusagen ausgeschlossen, in der militärischen Karriere gehemmt, im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben geächtet, kurz, in jeder Beziehung nur Bürger zweiter Klasse ist.»

Die eigentliche landesverräterische Tätigkeit der schweizerischen Nationalsozialisten war nach dem 10. Juni 1941 endgültig von der Schweiz nach Deutschland übergegangen und konzentrierte sich dort ganz auf die Schweizer in Deutschland. «Es muss alles getan werden, damit ein grosser Teil der im Reiche lebenden Eidgenossen im Geiste

des Nationalsozialismus und des Neuen Europa geschult wird. Hunderte von ihnen können später in der Heimat beim Aufbau einer nationalsozialistischen Volksgemeinschaft zum wertvollen Einsatz kommen», hiess es in einem ‚Rundschreiben‘, das Zander an die Mitglieder des Bundes für Schweizer in Grossdeutschland verschickte. Und die Konkurrenzorganisation Burris und Leonhardts, der Nationalsozialistische Schweizerbund, schrieb: «Wir appellieren an die Schweizer im Ausland, sich um unsere Fahne zu sammeln. Unter der schweizerischen Konkursmasse befindet sich auch die Neue Helvetische Gesellschaft, die von uns immer abgelehnt wurde, weil sie ein Werkzeug der Freimaurer ist und die Auslandschweizer in die sogenannte ‚geistige Landesverteidigung‘ der liberal-demokratischen Schweiz einbeziehen möchte.»

Eine Darstellung der Frontenbewegung wird auch die Tätigkeit der schweizerischen Nationalsozialisten unter den Schweizern in Deutschland behandeln müssen, die in jenen Jahren – fast ganz ohne Nachrichten aus der Heimat – dem doppelten Druck der deutschen und der schweizerischen Nationalsozialisten ausgesetzt und von unseren diplomatischen Vertretern nicht immer zureichend geschützt – einen geistigen Abwehrkampf zu bestehen hatten, der an Härte den ihrer Landsleute in der Schweiz noch übertraf.

Solange der Krieg währte, erfuhr das Schweizervolk nur bruchstückweise vom Treiben der nach Deutschland emigrierten Rechtsextremisten. Die Todesurteile, die unsere Militärgerichte fällten⁷³, und die Ausbürgerungen, die der Bundesrat vornahm⁷⁴, vermittelten nur eine annähernde Vorstellung von der Schwere der Verbrechen, die jene Leute gegen unser Volk und unseren Staat begingen. Erst die Berichte des Bundesrates vom 28. Dezember 1945 und vom 30. Dezember 1948 erteilten näheren Aufschluss.

Einig nur in der Entschlossenheit, die Heimat dem Dritten Reich auszuliefern, brachten es die schweizerischen Landesverräter in Deutsch-

land, wie früher die Erneuerungsbewegungen in der Schweiz, aus denen sie herkamen, nie zu einer einheitlichen, schlagkräftigen Organisation, die der Schweiz hätte gefährlich werden können. Sie verzettelten ihre Kräfte in ständigen Rivalitäten, die immer wieder Vermittlungsversuche von Seiten der Reichsstellen notwendig machten und einmal fast dazu geführt hätten, dass die Gestapo sie samt und sonders verbot. Gefährlich waren sie nur, weil die Organe des Dritten Reiches hinter ihnen standen und ihre Tätigkeit bis in die letzten Kriegsmomente hinein förderten und unterstützten.

Die bundesrätlichen Berichte enthalten Aussagen über die Entwicklung der Stimmung in der Schweiz, die für die vorliegende Arbeit von grösster Bedeutung sind. So sprach Riedweg zum Beispiel vom «falschen Weg» den die Schweizer leider damals immer deutlicher gegangen sei, und Keller, der ehemalige Führer der Nationalen Bewegung der Schweiz, stellte eine «tödliche Verkrampfung gegenüber dem deutschen Brudervolk» fest. Der österreichische Zeuge von Klimburg, der eine Stelle im Reichssicherheitshauptamt Himmlers bekleidet hatte, sagte aus, die Einverleibung der Schweiz in das Grossdeutsche Reich sei zwar im Sommer 1941 eine abgemachte Sache gewesen, aber nach der Polizeiaktion und nach dem «Stimmungsumschwung in der Schweiz» habe man in Berlin eingesehen, dass angesichts «der entschlossenen Haltung der überwiegenden Mehrheit des Schweizervolkes diese Einverleibung niemals auf dem Wege der kalten Gleichschaltung herbeigeführt werden könne⁷⁵.

Rückblickend stellte die ‚Bodensee-Rundschau‘ im Herbst 1942 resigniert fest: «Die Schweizer Würfel sind gefallen – gegen den Raum, in dem sie liegt, gegen die Vernunft, gegen die eigene Sicherheit und gegen die eigene Zukunft», oder: «Das völlige Versagen des politischen Instinktes der Eidgenossenschaft ist eine sattsam bekannte Tatsache.»

Dazu kamen Äusserungen aus den Kreisen schweizerischer Befürworter der Anpassung. Frölicher beklagte sich im Juni 1941, der Widerstand in der Schweiz nehme bedenklich zu; die Entwicklung mache ihm Sorgen. Und die ‚Front‘ vom 10. Juli 1941 schrieb: «Die Tragik der heutigen Situation im Landesinnern liegt darin, dass das Aufdämmern (von der Zwangsläufigkeit der Entwicklung) vor jenen einflussreichen Kreisen haltmacht, die heute aus den Kulissen heraus weitgehend die Geschichte der Schweiz bestimmen. Um ja keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Diese Kreise sind nicht die Bundesväter, sondern es sind die Leute hinter und unter ihnen, die nicht gesehen werden wollen.»

Und schliesslich sei in diesem Zusammenhang noch ein Bericht des ‚Büro Ha‘ vom 18. Juli 1941 erwähnt, nach welchem man sich im Amt Bohle darüber beklagte, dass die schweizerischen Unterhändler bei den deutschschweizerischen Wirtschaftsverhandlungen mehr als je von einer «unglaublichen, geradezu klebrigen Zähigkeit» seien. So ungern man es tue, man müsse Achtung haben vor ihnen; «diese verfluchten Kerle seien einfach nicht krummzukriegen». Im Amt Bohle ziehe man daraus den Schluss, dass man sich in bezug auf die Gleichschaltungsbereitschaft des Schweizervolkes keine Illusionen machen solle.

Von Bibra hatte also im Juni 1941 nicht nur seine private Ansicht geäussert, als er feststellte, auf politischem Weg sei nichts mehr zu erreichen (vergleiche Seite 176). Auch die Machthaber in Deutschland rechneten offenbar seit der Polizeiaktion gegen die schweizerischen Landesverräter nicht mehr damit, die Schweiz anders als durch militärische Eroberung zu bekommen. Die «erweiterte Strategie» hatten sie fortgesetzt, weil sie als Mittel der Einschüchterung noch gute Dienste leisten konnte; als Mittel der Herbeiführung zur freiwilligen Anpassung der Schweiz an das Dritte Reich hatte sie versagt.

So hat sich das Schweizervolk, zu einer Zeit, als nur das heldenmütige, in beinahe hoffnungsloser Lage kämpfende England zwischen Hitler und dem Endsieg zu stehen schien, vor die Wahl zwischen Anpassung und Widerstand gestellt, für den Widerstand entschieden.

Anmerkungen

¹ Dr. Hermann Rauschning, erster nationalsozialistischer Senatspräsident der Stadt Danzig, hatte in höchsten nationalsozialistischen Kreisen verkehrt. Am 13. November 1934 überwarf er sich mit der Parteileitung und musste fliehen. Seine «Revolution des Nihilismus» erschien im Jahre 1938 im Europa-Verlag, New York-Zürich. Im gleichen Verlag kamen im Jahr 1940 seine «Gespräche mit Hitler» heraus. Rauschnings Bücher gehören noch heute zu den aufschlussreichsten Dokumenten über Hitlers persönliche Ansichten und über den Nationalsozialismus. Zur Zeit des Zweiten Weltkrieges waren sie, wenn man von Hitlers «Mein Kampf» absieht, die einzigen uns zugänglichen und wurden überdies fortlaufend durch die Ereignisse bestätigt.

«Vielleicht muss man selber Nationalsozialist gewesen sein», schreibt Rauschning in der «Revolution des Nihilismus», «um den ganzen Umfang der Zerstörungsgefahr zu begreifen. Jeder, der nur am äusseren Rande dieser Erscheinung blieb, kann kein Verständnis für dieses Gemisch aufbringen, das aus irrationaler Drang und raffiniertester Berechnung, aus zielloser Romantik und nüchterner Zielstrebigkeit besteht. Und doch kann man nur so diese Politik begreifen, die für Deutschland scheinbar so grosse Erfolge errungen, in Wirklichkeit aber einen Abgrund inmitten der Nation aufgerissen hat, in den wir im Begriff stehen, hineinzutaumeln» (S. 413).

² Hitler hatte diesen Schritt mit heftigen Temperamentsausbrüchen gegenüber den Berufsdiplomaten durchgesetzt, und diese mussten Hals über Kopf die Konferenz verlassen. «Es war das erste grosse Ereignis in nationalsozialistischem Stil auf aussenpolitischem Terrain», schreibt Rauschning auf Seite 421.

³ ‚Rote Revue‘, Januar 1934, S. 147.

⁴ Pressebericht, S. 10.

⁵ Hermann Rauschning, «Gespräche», S. 118.

⁶ Pressebericht, S. 179.

⁷ Bruno Grimm, «Gau Schweiz?», S. 22.

⁸ Bruno Grimm, «Die braune Gefahr», S. 22.

⁹ Bruno Grimm, «Gau Schweiz?», S. 33.

¹⁰ a.a.O., S. 36.

¹¹ Dietrich Schindler, «Neutralität und Presse», «Neue Schweizer Rundschau», Heft 9, Januar 1939, S. 534.

..

- ¹⁴ Ich halte mich an die Version im Bericht des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt, S. 26.
- ¹⁵ Hermann Rauschnig, «Gespräche», S. 137.
- ¹⁶ Stenographisches Bulletin vom 26. April 1935.
- ¹⁷ «Das braune Netz», S. 57.
- ¹⁸ Domarus, Bd. 1, S. 575.
- ¹⁹ Karl Weber, «Die Schweiz im Nervenkrieg», S. 79.
- ²⁰ Ernst Schürch, «Als die Freiheit in Frage stand», S. 34.
- ²¹ Hermann Rauschnig, «Gespräche», S. 13.
- ²² Im Folgenden halte ich mich an Bruno Grimm, «Das Ende der Nationalen Front», S. 24 ff. Weitere Informationen siehe: Walter Wolf, «Faschismus in der Schweiz», Zürich 1969.
- ²³ Christian Gruber, «Die Rolle der Parteien im Zweiten Weltkrieg», eine Zürcher Dissertation, die der Autorin im Manuskript vorlag.
- ²⁴ Bericht des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt, S. 22.
- ²⁵ Bruno Grimm, a.a.O., S. 49.
- ²⁶ Gruber, a.a.O.
- ²⁷ Bruno Grimm, a.a.O., S. 36.
- ²⁸ Nationalrat Meierhans vor dem Nationalrat, 21. Februar 1940.
- ²⁹ Domarus, Bd. 1, S. 787, Anm. 62.
- ³⁰ Vergleiche seine Studie in (Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte', Bd. 18/19, S. 43 ff, in welcher er am Beispiel von Professor Werner Näf die Rolle des Historikers bei der geistigen Landesverteidigung behandelt.
- ³¹ Pressebericht, S. 193 f.
- ³² a.a.O., S. 56.
- ³³ a.a.O., S. 55, für das Folgende S. 54, 57.
- ³⁴ Karl Weber, «Die Schweiz im Nervenkrieg», S. 133 f.
- ³⁵ Generalsbericht, S. 201.
- ³⁶ Karl Weber, «Die Schweiz im Nervenkrieg», S. 160 f.
- ³⁷ Pressebericht, S. 253 f.
- ³⁸ a.a.O., S. 254.
- ³⁹ Generalsbericht, S. 215 f.
- ⁴⁰ a.a.O., S. 39.
- ⁴¹ Karl Barth, «Im Namen Gottes des Allmächtigen», S. 18.
- ⁴² Karl Weber in ‚Die Schweizer Presse‘, Heft 1/2, 1939.
- ⁴³ Zitiert in: ‚Die Schweizer Presse‘, Heft 1/2, 1939.
- ⁴⁴ Bericht des Chefs des Generalstabs, S. 21.
- ⁴⁵ Der ehemalige Luzerner Dr. Franz Riedweg nahm unter den schweizerischen Lan-

- desverrättern eine gewisse Sonderstellung ein. Nachdem er von 1934 bis 1936 der Nationalen Front angehört und mit Wechlin zusammen das Sekretariat der Schweizerischen Aktion gegen den Kommunismus von alt Bundesrat Jean-Marie Musy besorgt hatte, verheiratete er sich im Jahre 1938 mit der Tochter des ehemaligen Reichskriegsministers von Blomberg, verzichtete auf sein Schweizer Bürgerrecht und siedelte nach Deutschland über. Als SS-Obersturmführer stieg er rasch zum Chef der Germanischen Leitstelle auf und soll auf Himmler selber in Sachen Schweiz einen massgebenden Einfluss ausgeübt haben. Im Dezember 1943 begab er sich an die Ostfront und blieb seither verschollen. Er war der Hauptvertreter der «organischen Lösung», nach welcher die Schweiz nach dem Anschluss an das Dritte Reich eine gewisse «Eigenstaatlichkeit» beibehalten hätte. Er übte die Oberaufsicht über die Schweizer aus, die in der Waffen-SS kämpften.
- ⁴⁶ Das ‚Cabaret Cornichon‘ von Max Werner Lenz und Walter Lesch ist für die Zürcher untrennbar mit der Erinnerung an die Zeit des deutschen Nationalsozialismus verbunden. Mit der Waffe des Humors hat es, wie der ‚Nebelspalter‘ des Ständerrates Ernst Löpfe-Benz und seines Redaktors Carl Böckli (genannt «Bö») es auf dem Gebiet der Presse taten, unerschrocken «gegen braune und rote Fäuste» und für Freiheit und Menschlichkeit gekämpft.
- ⁴⁷ Pressebericht, S. 230.
- ⁴⁸ Karl Weber, «Die Schweiz im Nervenkrieg», S. 101.
- ⁴⁹ Ernst Speiser, «Die schweizerisch-deutschen Handelsbeziehungen während des Krieges» in ‚Schweizer Monatshefte‘, März 1946.
- ⁵⁰ Pressebericht, S. 281.
- ⁵¹ Karl Weber, «Die Schweiz im Nervenkrieg», S. 274.
- ⁵² a.a.O., S. 170.
- ⁵³ Protokoll vom 25. Oktober 1940.
- ⁵⁴ Ernst Schürch, a.a.O., S. 11.
- ⁵⁵ Vergleiche für das Folgende die Berichte des Bundesrates vom 28. Dezember 1945 und vom 30. November 1948.
- ⁵⁶ ‚Nationalzeitung‘ vom 22. Dezember 1945.
- ^{56a} Vgl. dazu die Berichte 4919 und 5546 des Bundesrates, erschienen zwischen dem 28. Dezember 1945 und dem 2. Dezember 1948, unter den Titeln «Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen (Motion Boerlin)» und «Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Verfahren gegen nationalsozialistische Schweizer wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft». *Für den Hinweis sei Juri Jaquemot, Silvia Natter und Damaro Bernardi von der Bibliothek am Guisanplatz in Bern gedankt.*

- ⁵⁷ Ernst Schürch, im ‚Bund‘ vom 6. Februar 1946.
- ⁵⁸ Bericht vom 28. Dezember 1945, S. 63 ff.
- ⁵⁹ Bericht vom 30. November 1948, S. 29.
- ⁶⁰ a.a.O., S. 30.
- ⁶¹ Karl Barth, a.a.O., S. 23.
- ⁶² Aus dem nachstenographierten Text der Rede.
- ⁶³ Peter Wegelin, Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft, 1964, S. 23.
- ⁶⁴ ‚Metallarbeiter-Zeitung‘ vom 31. Juli 1940.
- ⁶⁵ Generalsbericht, S. 217.
- ⁶⁶ a.a.O.
- ⁶⁷ a.a.O., S.218.
- ⁶⁸ Bericht des Generaladjutanten der Armee, S. 272.
- ⁶⁹ Pressebericht, S. 314.
- ⁷⁰ Gegenbericht, S. 55.
- ⁷¹ Siehe den Bericht Professor Carl Ludwigs an den Bundesrat über die Flüchtlingspolitik der Schweiz. Das Misstrauen, das von Schenck erwähnt, bezog sich vor allem auf zwei Massnahmen: auf die Einführung des sogenannten «Judenstempels» für deutsche Juden am 4. Oktober 1938, die ursprünglich auf Frölicher zurückging (siehe Ludwig, S. 99), und die Bestimmung, dass Juden nicht als politische Flüchtlinge zu betrachten seien (a.a.O., S. 205). Der Bericht Ludwigs vermittelt eine Vorstellung von der Kompliziertheit des Flüchtlingsproblems, dem unsere Behörden damals gegenüberstanden und die man heute rückblickend oft unterschätzt.
- ⁷² ‚Mühlhauser Tagblatt‘ vom 20. Juli 1941.
- ⁷³ Im Laufe des Zweiten Weltkrieges haben unsere Militärgerichte gegen Landesverräter, die sich in der Schweiz befanden, achtzehn Todesurteile ausgesprochen, von denen siebzehn vollstreckt wurden. Das erste wurde am 9. Oktober 1942 gefällt.
- ⁷⁴ Am 18. Mai 1943 erliess der Bundesrat den Beschluss über Ausbürgerung, der ihm erlaubte, im Ausland weilenden Schweizern, die Verräter an der Heimat geworden waren, das Schweizer Bürgerrecht zu entziehen. Die ersten Schweizer, die ausgebürgert wurden, waren Leonhardt und Burri. Im Laufe des Krieges gelangte der Beschluss im Ganzen neunundzwanzigmal zur Anwendung.
- ⁷⁵ Bericht vom 30. November 1948, S. 30, 39, 54.

Mit wenigen Ausnahmen sind Belege für Zitate nur da angeführt, wo diese veröffentlichtem, leicht zugänglichem Material entnommen wurden.

Benutzte Quellen

- KARL BARTH, «Im Namen Gottes des Allmächtigen», St. Gallen 1941.
«Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror», Basel 1933.
- WILLY BRETSCHER, «Neue Zürcher Zeitung 1933-1944. Siebzig Leitartikel», Zürich 1945.
«Das braune Netz. Wie Hitlers Agenten im Ausland arbeiten und den Krieg vorbereiten», Paris 1935.
- BRUNO GRIMM, «Gau Schweiz?», Bern 1939.
«Das Ende der Nationalen Front», Zürich 1940.
«Die braune Gefahr», Schweizerische Information 3/4.
- CHRISTIAN GRUBER, «Die Rolle der Parteien im Zweiten Weltkrieg», Zürcher Dissertation (Manuskript).
- ADOLF HITLER, «Reden und Proklamationen 1933-1945», kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Walter Domarus, Würzburg 1962/ 1963. Zitiert «Domarus».
- JON KIMCHE, «General Guisans Zweifrontenkrieg», Berlin-Frankfurt-Wien 1962.
- HANS RUDOLF KURZ (Hrsg.), «Dokumente des Aktivdienstes», Frauenfeld 1965.
- HERMANN RAUSCHNING, «Die Revolution des Nihilismus», Zürich-New York 1938.
«Gespräche mit Hitler», Zürich – New York 1940.
- ERNST SCHÜRCH, «Als die Freiheit in Frage stand», Bern 1946.
- KARL WEBER, «Die Schweiz im Nervenkrieg», Bern 1948.
Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939-1945 von General Henri Guisan, März 1946. Zitiert «Generalsbericht».

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die anti-demokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-1945, Teil I (28. Dezember 1945). Zitiert «Bericht vom 28. Dezember 1945».

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die schweizerische Pressepolitik im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-1945 (27. Dezember 1948). Zitiert «Pressebericht».

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über Strafverfahren gegen nationalsozialistische Schweizer wegen Angriffen auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft (30. November 1948). Zitiert «Bericht vom 30. November 1948».

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Bericht des Generals über den Aktivdienst 1939-1945 (7. Januar 1947). Zitiert «Gegenbericht».

Bericht des Generaladjutanten der Armee über den Aktivdienst 1939-1945.

Bericht des Regierungsrates über die Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe in den Vorkriegs- und Kriegsjahren, dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 4. Juli 1946.

Die Flüchtlingspolitik der Schweiz in den Jahren 1933 bis 1955, Bericht an den Bundesrat zuhanden der eidgenössischen Räte, von Professor Dr. Carl Ludwig, März 1957.

Ferner dienten mir als Quellen das Amtliche stenographische Bulletin und das Protokoll der Bundesversammlung, Zeitungen und Zeitschriften, die (Information der ‚Woche‘, Dokumente aus dem Nachlass von Professor Karl Meyer und aus dem Archiv des ‚Büro Ha‘, sowie Material, das mir Herr Nationalrat Dr. Hans Oprecht zur Verfügung stellte.

Anhang

Geschichte und ihre Deutung

Ein Beitrag zur Rezeption der Schweizergeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg

von Christa Altorfer

Die Vergangenheit liefert jeder aktuellen Gesellschaft einen Reichtum an Sach- und Schriftüberresten, die es mit einer nötigen Bescheidenheit und Zurückhaltung im Urteil zu verstehen und zu deuten gilt. Dieser Vorgang, also «Geschichte zu machen», ist Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Sie sucht nach den übriggebliebenen Spuren und deutet diese. Mittels Erinnerung wird das Vergangene vergegenwärtigt. Selbst mit Hilfe vieler Instrumente ist die Geschichtsschreibung jedoch nicht in der Lage, die Vergangenheit vollständig abzulichten, und kann vor allem keine absolute Gewissheit garantieren, das Geschehene der damaligen Zeit exakt wiederzubeleben und aufzudecken, «wie es wirklich war». Die übriggebliebenen Spuren repräsentieren die früheren Gesellschaften nicht als Ganzes, sondern als Teile aus einer Einheit, zudem haben einige Fragmente bessere Überlieferungschancen als andere. Nicht ausser Acht zu lassen sind die gegenwärtigen Perspektiven, die die Wahrnehmung des Vergangenen und damit die Geschichte als solche beeinflussen. Jede Gesellschaft fragt aufgrund der Bedingungen, in denen sie lebt, anders. Weil jede Zeit ihre Fragen wieder neu stellt, geprägt von ihrer Umgebung und ihrer Zeit, kann es zu Kontroversen und Auseinandersetzungen um die Analyse und Deutung der Geschichte kommen.

Ein Beispiel dafür ist die Diskussion um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, die vor allem in den Neunzigerjahren des zwanzigsten Jahrhunderts stattgefunden hat. Kein anderes, noch nicht allzu fernes, vergangenes Ereignis löste derart kontroverse Ansichten zur Ge-

schichte der Schweiz aus. Die folgenden acht Bücher geben einen Einblick in die Diskussion zum Thema Schweiz im Zweiten Weltkrieg und beleuchten damit auch einen Teil der Forschung dieser Zeit.

Alice Meyer schrieb das Buch «Anpassung oder Widerstand» mit Quellen aus dem Archiv ihres Mannes Prof. K. Meyer; zudem hatte sie Gelegenheit, mit Emigranten, Politikern und Mitgliedern des deutschen Widerstandes persönlich zu sprechen. Mündliche Aussagen von Zeitgenossen und Zeitgenossinnen, das Material ihres Mannes und sie selbst als Frau und Autorin gaben dem Buch eine einzigartige Note bezüglich der Rolle der Schweiz vor und während des Zweiten Weltkrieges. Meyer betrachtet vor allem die geistige Bedrohung der Schweiz genauer. Die Nationalsozialisten wandten bereits in den Dreissigerjahren psychologische Kriegsführung gegen die Schweiz an, was sie die «erweiterte Strategie» nannten. Mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchten sie, den Widerstandsgeist in der Bevölkerung zu durchlöchern. Eines der Mittel, mit welchem die deutsche Führung versuchte, das Volk zu untergraben, war die Presse. Die Presse hatte eine grosse Bedeutung, denn die Schweiz war das zeitungreichste Land der Welt und konnte dem Leser eine Objektivität bieten wie kein anderes. Diese Vielfalt der Schweizer Presse war den Deutschen ein Dorn im Auge. Der ständige Druck der deutschen Regierung auf die Schweizer Presse hatte zur Folge, dass der Bundesrat dieser einen Maulkorb verpasste und sie veranlasste, in ihren Äusserungen zurückhaltender zu sein. Das Ziel der deutschen Methode war es, die schweizerische Demokratie zu beschneiden und ihr den Stempel des Nationalsozialismus aufzudrücken. So herrschte in der Schweiz vor 1940 ein Klima der Mutlosigkeit, das sich erst nach dem Rütli-Rapport vom 25. Juli 1940 in weiten Bevölkerungskreisen in Widerstandswillen umwandelte.

Meyer schätzt die Bereitschaft des Volkes, den Widerstandswillen kund zu tun, als sehr hoch ein, auf jeden Fall deutlich höher als denjenigen des Bundesrates. Denn «unterdessen hatte das Schweizervolk selber einen Beitrag an die geistige Landesverteidigung im weitesten Sinne des Wortes geleistet, wie kein behördliches Programm ihn fertiggebracht hätte. Als spontanes kollektives Werk hatten die schöpferischen Kräfte des Volkes die Schweizerische Landesausstellung geschaffen. Die ‚Landi‘, wie die Schweizer sie liebevoll nannten, gab einen umfassenden Überblick über Land, Volk und Geschichte; sie rief dem Schweizervolk das Besondere seines Staates, die demokratischen Formen und die Vielsprachigkeit in Erinnerung und war damit ein Stück staatsbürgerliche Erziehung.»¹ Ganz im Gegensatz zur Haltung des Volkes bezeichnet Meyer die Haltung des Bundesrats als anpasserrisch, zurückhaltend und zögerlich. So schienen das Volk und die Regierung während der Kriegsjahre die politische Lage jeweils anders zu beurteilen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Regierung, vor allem auf Bundesebene, einen fundierten Wissensstand in Fragen der Politik, der Wirtschaft und des Militärs aufzuweisen hatte. Dadurch handelte der Bundesrat in vielen Bereichen taktisch angepasst und öffnete sich damit einen notwendigen Spielraum, um die diplomatischen Beziehungen mit dem Nachbarstaat Deutschland aufrecht erhalten zu können. Dieses Hin und Her zwischen Anpassung und Widerstand gehörte während der Kriegsperiode zu den Existenz sichernden Massnahmen der Behörden.

Im Titel «Anpassung oder Widerstand» schlägt sich die Meinung der Autorin nieder, dass sich die Schweiz in den Kriegsjahren entscheiden musste, ob sie sich anpassen oder Widerstand leisten sollte. Sie hat sich aus der Kraft des Volkes heraus für den Widerstand entschieden.

Kurz nach dem Erscheinen des Buches von Alice Meyer schrieb *Martin Rosenberg* eine Replik mit dem Titel «Was war Anpassung, wo war Widerstand?» Gleich zu Beginn stellt er fest, dass das Buch von einer Frau geschrieben worden sei, welche sich fast ausschliesslich auf den Nachlass ihres Mannes berufen habe. Rosenberg widersetzt sich der Ansicht Meyers, wonach der Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime nur im Volk vorhanden gewesen sei, wogegen der Bundesrat insgesamt eine ängstliche und anpasserische Politik betrieben habe. Das Buch von Alice Meyer vermittele so den Eindruck, «in der ‚geistigen Landesverteidigung‘ habe der Bundesrat versagt, die ‚geistige Landesverteidigung‘ habe der Bundesrat den ‚Widerstandskämpfern‘ überlassen.»² Ebenso vehement widerspricht Rosenberg der Meinung, dass zwischen dem General und dem Bundesrat ein Gegensatz bestanden habe. Rosenberg dazu: «Nehmen wir ein Dokument voraus, das hier erstmals an die Öffentlichkeit kommt, und das die Haltung des Bundesrates zum Rütli-Rapport des Generals eindeutig belegt.»³ Bei diesem Dokument handelt es sich um eine handschriftliche Aktennotiz von Bundesrat Etter über ein Gespräch, das dieser mit den Ministern Köcher und Tamaro am 13. August 1940 geführt hat. Gegenstand des Gesprächs war der Protest der Achsenmächte – vorgetragen von den beiden Ministern – gegen den Rütli-Rapport des Generals. Etter sagte unter anderem, «der General habe, als erster Soldat des Landes, der Armee einfach ihre Pflicht in Erinnerung gerufen, für die Unabhängigkeit des Landes gegen jeden möglichen Angriff zu kämpfen. In der Armee verkörpere sich aber eben der Wille des Landes zur Unabhängigkeit, der nationale Gedanke und die Einheit des Landes.»⁴ Schlussfolgerung von Martin Rosenberg: «Dieses Dokument zeigt, wie schwer die Aufgabe des Bundesrates war, unser Land in den Kriegsjahren durch die wechselnden Gefahren heil hindurchzuführen, aber auch, wie entschieden der Bundesrat in den ent-

scheidenden Wochen des Jahres 1940 sich hinter den General stellte. Anpassung oder Widerstand? – diese Frage stellte sich überhaupt nicht.»⁵

Für einen umfassenden Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges hatte *Edgar Bonjour* Einsicht in sämtliche Dokumente der zivilen und militärischen Behörden, aus denen hervorging, «warum die Schweiz während Jahren schwerster äusserer Bedrohung und Anfälligkeit für die nationalsozialistische Ideologie sich den dauernden Willen zur Behauptung bewahrte, wie und warum sie durchhielt und die Kriegszeit heil überstand.»⁶ In seinem Buch aus dem Jahr 1970 gelang es ihm nachzuweisen, dass die Landesregierung die Widerstandskräfte bis zur Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 zu stärken versucht hat. Zudem ergaben seine Recherchen, dass eine geschickte Taktik zwischen Selbständigkeit und Abhängigkeit in Bezug auf Nahrungsmittel und Rohstoffe gegenüber der Grossmacht Deutschland gefordert war. So endete für die Schweiz die äusserst zugespitzte Lage während der kritischen Monate im Sommer 1940 und notabene bis zum Kriegsende einerseits mit der Unabhängigkeit und Aufrechterhaltung des Widerstandswillens, andererseits aber auch, parallel dazu, mit wirtschaftlicher Anpassung. Die Verhandlungen mit Deutschland liefen somit, besonders im wirtschaftlichen Sektor, auf ein Abwägen hinaus, was das richtige Mass zwischen Nachgiebigkeit und Unnachgiebigkeit war. Schliesslich war die Versorgung des Volkes und der Armee mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen von grösster Wichtigkeit, denn es ging um das nackte Überleben des Staates. Nach Bonjour war der Widerstandswille in der Mehrheit der Bevölkerung nach der gesteigerten Bedrohung im Sommer 1940 ungebrochen. Presse, Parteien, Interessenverbände, Kirchen und Hochschulen begrüssteten und lebten den Gedanken des Widerstandes bewusst – eine nicht ganz ungefährliche Haltung, welche ei-

nerseits den Gegner reizen, andererseits viele Schichten der Bevölkerung zu einer Einheit zusammenzuschweissen wusste. Um die wirtschaftliche Versorgung garantieren zu können, bevorzugten also Handels- und Industrieverbandsvertreter im Auftrag des Bundesrates eine wirtschaftsnahe Politik, die zwischen der Schweiz und Deutschland abgesprochen und verhandelt werden musste. Diese Haltung im wirtschaftlichen Bereich bedeutete einen Schritt in Richtung Anpassung. Im Gegensatz dazu verkörperten die Armee mit der Ankündigung des Bezugs des Reduit national und die Bevölkerung mit dem Widerstandsgeist die Widerstandshaltung. Um dem wirtschaftlichen Druck standhalten zu können, entschloss sich die Führung der Schweizer Armee nach Absprache mit dem Bundesrat und sechs Wochen nach der zweiten Generalmobilmachung für eine teilweise Demobilmachung der Armee, damit die so freiwerdenden Arbeitskräfte für die Wirtschaft eingesetzt werden konnten. Ihre Truppen mit ihren Wehrmännern waren also sowohl an der Grenze und im Reduit als auch zuhause oder in den Firmen als Arbeitskräfte gefragt. Durch diplomatisches Geschick und eine der Situation angepasste Haltung schaffte es die Schweiz, sich aus dem Kriegsgeschehen heraushalten zu können.

Zu Beginn seines neuhundertseitigen Buches mit dem Titel «General Henri Guisan. Die schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg» nennt *Willi Gautschi* die Quellen, die über die Tätigkeit des Oberbefehlshabers der Armee in den Jahren 1939-1945 Auskunft geben. Es sind dies der Bericht des Generals über den Aktivdienst an die Bundesversammlung, der Gegenbericht des Bundesrates, die Tagebücher von Bernard Barbey sowie die Gespräche des Generals mit Raymond Gafner. Die verfügbaren Akten ermöglichen ein sehr genaues und differenziertes

Bild von der Tätigkeit des Generals. Nebst dem mittleren Hauptteil des Buches, der die Zeit von 1939-1945 darstellt, beleuchtet Gautschis Buch in einem ersten Teil den Werdegang von Henri Guisan vor seiner Wahl zum General sowie in einem dritten Teil die Nachkriegszeit. Insgesamt entsteht im Hauptteil des Buches eine Sicht auf die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges aus der Perspektive der Armeeführung unter der Leitung des Generals. Was beispielsweise den Rütli-Rapport angeht, so konnte sich Willi Gautschi 1989 unter anderem auf die Publikation des Bundesarchivars Gauye von 1984 abstützen.⁷ Oscar Gauye stiess auf einen Textentwurf der Rütlirede, welcher neue Erkenntnisse lieferte und auch Einblick gewährte in die politischen Ansichten des Generals. Die bis anhin von Geheimnissen umgebene Rede des Generals am Rütli-Rapport konnte nun analysiert und rekonstruiert werden. «Gauye hatte sich dabei die Frage gestellt, ob man weiterhin am einzigartigen Mysterium der Rede auf dem Rütli festhalten oder die wenigen neuen, fraglichen Elemente, die im Zusammenhang mit der Ansprache festzustellen sind, der Öffentlichkeit zumuten dürfe.»⁸ Das bisherige überlieferte Bild des volksbeliebten Generals wurde durch diese Sicht der neu gewonnenen Optik leicht angekratzt, was Gauye eher als «Retusche»⁹ bezeichnet haben wollte. Gautschi widerlegte in seinem Buch von 1989 auch die Annahme, dass der Rütli-Rapport in deutscher Sprache abgehalten worden sei, und kommt zum Schluss «dass General Guisan seine Rede auf dem Rütli tatsächlich in französischer Sprache gehalten hat.»¹⁰ Nach intensiven Abklärungen wurde auch bekannt, dass die Anzahl der Offiziere mit 420 der effektiven Zahl am nächsten kam. Was das Wetter am Rütli-Rapport betrifft, so war es nicht strahlend schön, sondern bedeckt. Dies ergab die Rückfrage beim Fotografen sowie der Schweizerischen Meteorologischen Zentralanstalt, deren Daten ausgewertet werden konnten.

Beim Historiker *Hans-Ulrich Jost* verlagert sich das Interesse am Zweiten Weltkrieg von der militärischen Kriegsführung zur Flüchtlings- und Wirtschaftspolitik des Bundesrates. Insofern bedeuten die Forschungen von Jost einen Wendepunkt in der Betrachtung der Schweizergeschichte zwischen 1939 und 1945 und ermöglichen eine andere Sicht auf das Kriegsgeschehen.¹¹ Es ist eine Sicht, welche die Bergier-Kommission weiterführen wird. Die Stabilisierung der Wirtschaftspolitik fand ihren Anfang bereits nach der Weltwirtschaftskrise Ende Zwanziger-, anfangs Dreissigerjahre. Sie «stand schon weitgehend unter der Vorahnung und Vorbereitung des kommenden Krieges.»¹² Es waren die Kriegsmateriallieferungen nach Deutschland, die der Schweiz aus der Weltwirtschaftskrise heraus halfen: «Der Krieg bedeutete für die Schweiz wirtschaftlich keine Katastrophe, sondern die Überwindung der Weltwirtschaftskrise und eine produktive Übergangsphase in die Hochkonjunktur der Nachkriegszeit.»¹³ Jost vertritt die Ansicht, dass die Schweiz als kooperationswilliger Partner in die Kriegsstrategie mit eingeflochten wurde und dass die Schweiz als Umschlagsplatz für diverse andere Geschäfte genutzt worden sei. «Eine Besetzung der Schweiz hätte, betrachtet man die wirtschaftlichen und politischen Strategien, Deutschland mehr Nach- als Vorteile gebracht. Die Industrie hätte in einem Besetzungsregime kaum wesentlich bessere und vor allem keine kriegsentscheidenden Leistungen erbracht. (...) Der letzte einigermaßen leistungsfähige Umschlagplatz für freie Devisen wäre verlorengegangen.»¹⁴ Josts Recherchen ergaben, dass Deutschland seine Devisen nur decken konnte, weil die Reichsbank die Möglichkeit erhielt, Gold an einen geschützten Ort ins Ausland zu verschieben. Mit der Schweiz hatte Deutschland einen kooperativen Wirtschaftspartner und einen leistungsfähigen Kreditapparat in einem politischen und geistigen Freiraum sicherstellen können. «Es besteht kein Zweifel, dass die mit der Schweiz getätigten Gold- und De-

visentransaktionen für die Achsenmächte von grosser Bedeutung waren.»¹⁵

Nach Jost stützte sich die Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg auf eine restriktive Haltung. Diese kam bereits im Frühling 1938 zum Tragen, indem der Bundesrat zu Mitteln griff, welche den Zustrom jüdischer Flüchtlinge aufhalten sollten: «Zwei Wochen nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich, am 28. März 1938, beschloss der Bundesrat die Einführung des Visumszwangs für Träger österreichischer Pässe.»¹⁶ Damit von diesen Massnahmen aber keine Touristen betroffen waren, einigten sich die Schweizerbehörden mit Deutschland, dass in den Pässen deutscher Juden ein Kreis mit einem **J** anzubringen sei. «Die rechtliche Begründung der antijüdischen Flüchtlingspolitik stützte sich auf eine sehr restriktive, formell nie klar festgelegte Definition der politischen Flüchtlinge.»¹⁷

Jost unterlässt es nicht, den Scheinwerfer auch auf die Frauen zu werfen und ihre Leistungen vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg hervorzuheben und zu würdigen. «Der zähe Widerstand gegen die politische und gesellschaftliche Emanzipation der Frauen trat zwar nur diffus in Erscheinung, prägte aber die gesellschaftlichen Grundwerte bestimmend. Diese Orientierung der Männer stand in krassem Kontrast zur Leistung der Frauen, die gerade in dieser Kriegs- und Umbruchsperiode einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und zur sozialen Stabilisierung beitrugen. Diesen bedeutenden Leistungen der Frauen in der schweizerischen Volkswirtschaft stand diametral eine politische Haltung der Männer gegenüber, die dem weiblichen Geschlecht nicht nur das Stimmrecht, sondern auch einen verantwortlichen Status in der Gesellschaft verweigerte.»¹⁸ In der Hoffnung, dass nach dem Krieg für die Frauen die politische Gleichberechtigung Einzug halten würde, setzten die emanzipierten Frauen noch einmal alles daran, sich gleich im An-

schluss an das Kriegsende 1945 im Nationalrat für die Frauenstimmrechtsdebatte vehement einzusetzen. Leider ohne Erfolg. Erst Ende der Fünfzigerjahre schlug die Haltung langsam um, das Frauenstimmrecht wurde dann allerdings erst 1971 eingeführt.

Das Buch «Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg» von *Georg Kreis*, ist 1999 erschienen und in der Zeit entstanden, in welcher die Unabhängige Expertenkommission (UEK) an der Arbeit war, die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu untersuchen. Kreis, selbst auch Mitglied der UEK, ist überzeugt: «Ohne die intensive Auseinandersetzung mit der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg wäre auch diese kleine Schrift nicht entstanden. Ihr Zweck ist es aber nicht, die ‚heissen Themen‘ hier ebenfalls zu bearbeiten. Es geht vielmehr darum, einem Publikum, das mit der Schweizer Geschichte und der dazu bereits erschienenen Literatur wenig vertraut ist, einen Überblick über die Probleme zu geben, denen sich die Schweiz während des letzten Weltkrieges ausgesetzt sah und die sie mit ihrem Verhalten zusätzlich schuf. Die Schrift verfolgt keine spezielle These, vielmehr will sie die Komplexität und die Vielfalt der Herausforderungen aufzeigen.»¹⁹ Die Themenbereiche Goldkäufe, nachrichtenlose Vermögen, Flüchtlingspolitik und Rüstungsexport will Kreis in ein Gesamtbild einfügen. So bettet Kreis die Nutzung des Eisenbahntransits in die allgemeine Verkehrspolitik der Schweiz ein und bezeichnet sie als «wichtige Schnittstelle zwischen der Sicherheits- und Aussenpolitik und der Wirtschaftspolitik».²⁰ Um den Rüstungsexport garantieren zu können, war das intakte Verkehrsnetz durch die Schweiz von grösster Bedeutung. Kreis weist jedoch daraufhin, «dass es neben dem ‚Gotthard‘ als der zentralen Alpenstellung auch General Henri Guisan als zentrale Identifikationsfigur des kollektiven Widerstandswillens gab»²¹. «Wie immer man die militärische Stärke der Schweizer Armee einstuft, die Armee hatte (...) einen Wert allein schon dadurch, dass es

sie gab. Ohne die Armee wäre die Schweiz wesentlich stärker dem deutschen und italienischen Druck ausgesetzt gewesen. Die Schweiz wäre zu einem völlig ungeschützten ‚Selbstbedienungsladen‘ geworden und wäre rücksichtslos ausgebeutet worden wie zum Beispiel Frankreich oder Dänemark».²²

Zum Thema der Goldkäufe sagt Kreis: «Die Geschichte der ‚nachrichtenlosen Vermögen‘ ist nur bedingt eine Geschichte der Kriegsjahre. Das Fluchtkapital späterer Opfer des Holocausts war zum grössten Teil vor 1938 von ihnen selbst oder durch Mittelspersonen nach der Schweiz gebracht, von dort aus zu einem Teil aber auch an andere Orte (insbesondere die USA) weitergeleitet worden. (...) Die nach 1989 erneut aufgeworfene Frage nach dem Schicksal von Vermögenswerten der im Zweiten Weltkrieg umgebrachten jüdischen Menschen hat 1996 einiges in Bewegung gebracht.»²³ Bankexperten und Anspruchsberechtigte bildeten ein Komitee, das weitere Abklärungen vornahm, Listen mit entsprechenden Namen zusammenstellte und diese öffentlich zugänglich machte. Kreis sagt weiter, dass die Schweiz in der Flüchtlingspolitik mit grosser Zurückhaltung brilliert habe, obwohl sie an der Landi 1939 mit dem Slogan ‚Die Schweiz als Zufluchtsort Vertriebener, das ist unsere Tradition‘ Werbung machte. Fest steht allerdings auch, dass die Schweiz niemals alle Asylsuchenden hätte aufnehmen können, dafür war das Land doch zu klein. Und im Vergleich zu den um einiges grösseren USA hat die Schweiz etwa gleich viele jüdische Flüchtlinge aufgenommen. Kreis vertritt die Meinung, dass die Schweiz in der Flüchtlingsfrage trotzdem zu restriktiv vorgegangen sei.

Seit Kriegsende bis in die Neunzigerjahre wurden der Schweiz immer wieder Vorwürfe betreffend die Flüchtlingspolitik und die nachrichtenlosen Vermögen gemacht. Auf der einen Seite war da die Sicht von in-

nen, welche der Schweiz ein Gesicht der Durchhaltestrategie gab, auf der anderen Seite die Perspektive von aussen, die die Schweiz als Drehscheibe von Vermögenstransaktionen darstellte. Aufgrund der Diskussionen im Zusammenhang mit den Vermögen von Holocaust-Opfern beschloss der Bundesrat per Beschluss vom 19. Dezember 1996 eine *Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK)* einzusetzen, welche die Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik vor, während und nach der Kriegszeit aufarbeiten sollte. Zwischen 1998 und 2001 hat die Kommission unter der Aufsicht von Jean-François Bergier insgesamt 25 Teilberichte und 2002 einen Schlussbericht publiziert. Der Auftrag war, die Vermögenswerte, die von Opfern und auch von Tätern des nationalsozialistischen Regimes in die Schweiz gelangt sind, sowie die Flüchtlingspolitik im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu den Alliierten und den Achsenmächten zu untersuchen. Dabei stellte der Bergier-Bericht fest, dass die Hauptverantwortung für die Flüchtlingspolitik der Bundesrat getragen habe. «Die durch den Krieg erschwerte Landesversorgung mit Nahrungsmitteln und Industriegütern wurde immer wieder als Argument angeführt. Bundesrat Eduard von Steiger rechtfertigte an der Tagung vom 30. August 1942 die Grenzschiessung, verglich die Schweiz mit einem stark besetzten Rettungsboot»²⁴, was später zum Schlagwort ‚das Boot ist voll‘ werden sollte.

Die UEK hat nicht nur die Flüchtlingspolitik durchleuchtet, sondern auch Tatsachen zur schweizerischen Volkswirtschaft dargelegt. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war die schweizerische Volkswirtschaft stark aussenhandelsorientiert. Ein Abbruch der damit verbundenen Beziehungen stand wirtschaftlich nicht zur Diskussion. Dies betraf insbesondere auch die Beziehungen zu Deutschland, welches im Sommer 1940, nach dem Zusammenbruch Frankreichs, Druck auf die Schweiz auszuüben begann und erreichte, dass die Exporttätigkeit der

Schweiz nach Deutschland stark intensiviert wurde. Noch wichtiger hingegen als diese Exportleistungen während des Krieges, so der Bergier-Bericht, «waren die schweizerischen Leistungen in der Zeit vor 1933, als die Schweiz – gemeinsam mit andern europäischen Staaten – zum Standort der verdeckten deutschen Rüstung wurde.»²⁵ Zum Thema Goldtransaktionen stellt die Kommission fest: «Die Schweiz war während des Zweiten Weltkrieges der wichtigste Umschlagplatz für Gold aus dem Machtbereich des ‚Dritten Reiches‘. Fast vier Fünftel aller Goldlieferungen nach dem Ausland wickelte die Deutsche Reichsbank über die Schweiz ab.»²⁶ Die UEK kommt zum Schluss: «Im Endeffekt bedeutete dies die Einschleusung von Gold, das vom ‚Dritten Reich‘ unrechtmässig erworben war, in den Bereich des frei fungiblen Währungsgoldes.»²⁷ Besonderes Interesse galt natürlich der Frage nach der Herkunft des Goldes. Im Verlaufe des Krieges wurde klar, dass das Gold, das die deutsche Reichsbank zum Verkauf anbot, nicht aus den eigenen Beständen stammen konnte. Es handelte sich um geraubtes Gold aus den besetzten Gebieten, etwa aus Belgien, sowie um Gold von Holocaust-Opfern. Da das Gold jeweils umgegossen wurde, könne, so die Kommission, «unmöglich festgestellt werden, was mit den einzelnen Goldatomen geschah, die den Opfern des NS-Genozids entwendet worden waren.»²⁸

Die Ergebnisse der UEK sind bis heute politisch stark umstritten, besonders die rechtsbürgerliche Seite wirft dem Bericht Einseitigkeit vor. Trotzdem war die Aufarbeitung der oben genannten Bereiche durch die UEK eine Zäsur in der Geschichte der Schweiz. Das historische Erkenntnisinteresse wurde durch die Bergier-Kommission auf die Opfer gelenkt und antwortete damit auf die Vorwürfe des Jüdischen Weltkongresses und des US-Aussenministeriums im Zusammenhang mit den Goldtransaktionen und den nachrichtenlosen Vermögen von Juden auf Schweizer Banken.

Das Buch «Freier Fels in brauner Brandung. Die Schweiz in den schwersten Jahren des Bundesstaates 1940 bis 1942» wurde von *Jürg Stüssi-Lauterburg und Hans Luginbühl* 2009 geschrieben und stellt die Ereignisse der Jahre 1940-42 dar. Methodisch ist dieses Buch insofern interessant, als die Autoren sich mit Interpretationen stark zurückhalten und vorab die Dokumente sprechen lassen. Nicht die Verfasser geben die eigene Meinung wieder, sondern die Aneinanderreihung der Dokumentenauszüge schreibt Geschichte. Damit erreichen die Autoren eine sehr objektive Darstellung, die sich allerdings auf die getroffene Auswahl der Dokumente abstützt. Stüssi und Luginbühl werten erstmals die amerikanischen diplomatischen Depeschen aus, welche den oben genannten Zeitabschnitt betreffen. Die Originaldokumente ermöglichen Einblicke in Details, die das vergangene Geschehen besonders nahe heranholen können. So fasste etwa der amerikanische Militärattache Barnell L. Legge am 16. September 1940 die Ereignisse der vergangenen drei Monate wie folgt zusammen: «Seit dem Zusammenbruch Frankreichs hat in vielen Kreisen in der Schweiz ein entschiedenes Gefühl geherrscht, dass bewaffneter Widerstand gegen eine deutsche Invasion zwecklos sei. Dies zeigt sich mehr in Gesprächen mit einzelnen Persönlichkeiten als in der Presse. Es wird angenommen, dass es in der Armee nur in geringem Mass vorhanden sei. General Guisan hat jede Anstrengung unternommen, diese Tendenz im Volk zu bekämpfen und in der Armee zu unterdrücken. Seine Ansprache an seine auf der Rütliwiese versammelten Offiziere am 25. Juli 1940 und seine Radioansprache ans Volk vom 1. August 1940 sind schlagende Beispiele seiner Ausstrahlung.»²⁹ Legge übermittelte eine wörtliche Übersetzung der Resolution, um die Widerstandshaltung einer Mehrheit der Schweizerbevölkerung dokumentieren zu können und auf den strategischen Trumpf der Verkehrsverbindungen von Norden nach Süden aufmerksam zu machen. Stüssi und Luginbühl

wollen mit Auszügen von Korrespondenzen zwischen den USA und der Schweiz zeigen, dass die Diplomaten während der Kriegszeit einen regen Austausch betrieben haben und ein gutes Einvernehmen zwischen den beiden Ländern auf diplomatischer Ebene bestanden hat.

Wie bereits zu Beginn des Nachworts vermerkt, schafft jede Zeit, jede Generation ihr Geschichtsbild wieder neu und aus immer wieder anderen Perspektiven. Deshalb haben alle erwähnten Forschungsbeiträge von 1965-2009 ihre Berechtigung und Bedeutung. Dabei ist anzumerken, dass alle Beiträge und Deutungen aus einer sicheren Position und zu Friedenszeiten verfasst werden konnten. Die Aktivdienstgeneration hingegen handelte inmitten des Geschehens, als Zeitgenossen und Zeitgenossinnen. Sie waren Kinder dieser Zeit, und die Aktivdienstzeit hat vor allem einen grossen Teil der Männer, indirekt aber auch die Frauen, zu Patrioten und Patriotinnen gemacht, für welche das höchste Ziel die Verteidigung der Schweiz war. Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage hat die Mehrheit dieser Generation eine äusserst wertvolle Leistung vollbracht. Sie hat mit Ausdauer und Durchhaltewillen, mit Widerstand, aber auch mit teilweiser Anpassung die Schweiz aus dem Kriegsgeschehen herausgehalten. Dabei war es schwierig abzuschätzen, welches die Auswirkungen ihres Handelns sein würden, denn schliesslich war die europäische wie die innenpolitische Lage bedrohlich genug und es ging in erster Linie darum, unter Druck das eigene Überleben sicher stellen zu können. Furcht und wirtschaftliche Interessen trieben viele Schweizerinnen und Schweizer zur Nachgiebigkeit gegenüber dem Dritten Reich, veranlassten sie aber auch, Entschlossenheit zu demonstrieren und die eigene Integrität und Unabhängigkeit zu verteidigen. Die Frage von Anpassung oder Widerstand ist eine immer wiederkehrende Frage in der Diskussion um den Zweiten Weltkrieg. Die Forschung

zeigt, dass sich die Schweiz durch eine Strategie des Sowohl-als-auch, von Anpassung und Widerstand, aus dem Kriegsgeschehen hat heraushalten können.

- 1 Meyer, Alice, Anpassung oder Widerstand. Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus, Frauenfeld 1965, S. 77.
- 2 Rosenberg, Martin, Was war Anpassung, wo war Widerstand? Eine Artikelserie aus dem Vaterland Winter 1965/66, hg. vom Generalsekretariat der Konservativ – Christlichsozialen Volkspartei der Schweiz, Bern 1966, S. 21.
- 3 Rosenberg, a.a.O., S. 27.
- 4 Rosenberg, a.a.O., S. 30.
- 5 Rosenberg, a.a.O., S. 31.
- 6 Bonjour, Edgar, Geschichte der Schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik, Bd. IV, 1939-45, Basel und Stuttgart, 1970 S. 14.
- 7 Gauye, Oscar, Au Rütli, 25 juillet 1940, Le discours du Général Guisan, in: Studien und Quellen 10, Bern 1984, S. 5-56.
- 8 Gautschi, Willi, General Henri Guisan. Die schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1989, S.II.
- 9 Gautschi, a.a.O., S. 11.
- 10 Gautschi, a.a.O., S. 273.
- 11 Erstmals in: Jost, Hans Ulrich, Bedrohung und Enge, in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Bd. 3, Basel 1983.
- 12 Jost (1983) a.a.O., S. 162.
- 13 Jost, Hans Ulrich, Politik und Wirtschaft im Krieg, Zürich 1998, S. 13.
- 14 Jost (1998) a.a.O., S. 98.
- 15 Jost (1998) a.a.O., S. 109.
- 16 Jost (1998) a.a.O., S. 37.
- 17 Jost (1998) a.a.O., S. 39.
- 18 Jost (1998) a.a.O., S. 24.
- 19 Kreis, Georg, Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Ihre Antworten auf die Herausforderungen der Zeit, Zürich 1999, S. 12 f.
- 20 Kreis, a.a.O., S. 47.
- 21 Kreis, a.a.O., S. 97.
- 22 Kreis, a.a.O., S. 98.
- 23 Kreis, a.a.O., S. 82.
- 24 Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK). Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht, Zürich 2002, S. 128.
- 25 UEK, a.a.O., S. 223.
- 26 UEK, a.a.O., S. 243.
- 27 UEK, a.a.O., S. 244.
- 28 UEK, a.a.O., S. 256.
- 29 Stüssi-Lauterburg, Jürg und Hans Luginbühl, Freier Fels in brauner Brandung. Die Schweiz in den schwersten Jahren des Bundesstaates 1940 bis 1942, Zollikofen und Baden 2009, S. 30.

Gosteli-Stiftung – Das Archiv zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung

Den vielen fast vergessenen Frauen ein Gedächtnis zu geben, die Erinnerungen an ihr Tun lebendig zu halten und dies im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, ist Ziel der von Marthe Gosteli 1982 gegründeten Stiftung und des Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung.

Die Idee eines Archivs und einer Dokumentationsstelle rund um Frauenfragen hatten Pionierinnen des Bundes Schweizerischer Frauenvereine, der 1900 gegründet worden war, schon früh. Inspiriert von deren Plänen, verwirklichte Marthe Gosteli das lange gehegte Projekt, weil eine dauerhafte Institution errichtet werden musste, damit nicht wertvolle Dokumente der Frauenbewegung achtlos weggeworfen wurden und werden. Seit der Eröffnung konnten zahlreiche Archivalien, Bücher und Broschüren von Frauenorganisationen und Privatfrauen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vor der Vernichtung bewahrt und so auch die Nachvollziehbarkeit ihrer Geschichte(n) für die nachfolgenden Generationen gesichert werden.

Nicht nur der Verzeichnung und Aufbewahrung dieser Vermächtnisse der schweizerischen Frauenbewegung hat sich die Stiftung verpflichtet, sondern auch der Gleichberechtigung der Frauen in der Geschichtsschreibung. Mit der Bereitstellung der Quellen will die Stiftung die Erforschung der Geschichte der Frauen fördern, um deren Leistungen im historischen Prozess aufzuzeigen und ihren Platz in der allgemeinen Geschichte zu rechtfertigen. Zahlreiche, vielfach auch unpublizierte Arbeiten entstanden mit Hilfe der aufbewahrten Archivalien, so dass heute belegt werden kann, dass die «Schweizerinnen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu den am besten organisierten Frauen Europas ge-

hörten»¹ und vielfältige Impulse zur Modernisierung der Gesellschaft beisteuerten.

Bestrebt, dass diese von Forschenden gewonnenen Erkenntnisse auch im öffentlichen Bewusstsein verankert werden, fördert die Stiftung die Herstellung von Lehrmaterialien für den Schulunterricht, Erwachsenenbildung und politische Schulung. Wider das Vergessen soll sichergestellt werden, dass künftige Generationen über diesen wichtigen Teil Schweizergeschichte informiert werden.

Publikationen:

Vergessene Geschichte – Illustrierte Chronik der Frauenbewegung

1914-1963, Marthe Gosteli (Hrsg.), Stämpfli-Verlag,

ISBN 3-7272-9256-3

Bewegte Vergangenheit – 20 Jahre Archiv zur Geschichte der schwei-

zerischen Frauenbewegung, Verena E. Müller (Hrsg.),

Stämpfli-Verlag, ISBN 3-7272-1270-5

Gosteli-Stiftung, Archiv zur Geschichte der schweizerischen Frauenbe-

wegung, Altikofenstrasse 186, 3048 Worblaufen,

info@gosteli-foundation.ch, www.gosteli-foundation.ch.

¹ Mesmer, Beatrix: Staatsbürgerinnen ohne Stimmrecht. Die Politik der schweizerischen Stimmrechtsverbände 1914-1971, 2007, S. 20.

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie

Im Jahr 1933 gründeten Schweizerinnen die Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie zur Abwehr totalitärer Strömungen, die mit dem Aufkommen des Faschismus in Italien und besonders des Nationalsozialismus in Deutschland für die innere Sicherheit unseres Landes zur wachsenden Gefahr wurden. Zu den treibenden Kräften beim Zusammenschluss zählten namentlich Maria Fierz, Mitbegründerin und damalige Präsidentin der Zürcher Frauenzentrale sowie die Berner Pädagogin und Historikerin Dr. Ida Somazzi. Der jungen und bald schon zur Mitträgerin der geistigen Landesverteidigung erstarkten Arbeitsgemeinschaft waren 26 schweizerische Frauenverbände und kantonale Frauenzentralen beigetreten. Von Anfang an ging es um das Bekenntnis zur Demokratie, um das Bewusstmachen der Freiheits- und Menschenrechte und der politischen und sozialen Mitverantwortung der Frauen. In der Überzeugung, dass allein eine demokratische Staatsform unserem Lande entspricht, lehnten die Frauen jede Diktatur öffentlich ab und forderten auf zur Bekämpfung jeder Bestrebung, welche die Demokratie angreift.

Meilensteine in der Geschichte der Arbeitsgemeinschaft waren der Tag der Schweizerfrauen in Basel, Bern, Lausanne und Zürich, Bekenntnis der Schweizerfrauen zur Demokratie, Feier im Berner Münster, Sonntag, 1. September 1933, und die Botschaft der Schweizerfrauen in vier Landessprachen, vom Rütli-Frauentag, einberufen auf den 29. Juni 1941 aus Anlass der 650-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft.

Quellen:

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft, «Frau und Demokratie»,

Gerda Stocker-Meyer, AGoF Bro 366

Programm der Schweizerfrauen, AGoF 103 Bund Schweizerischer

Frauenvereine, Schachtel 90, Dossier 400-01

Aufruf zum Tag der Schweizerfrauen am 1. September 1935,

Frauen-Zeitung «BERNA», 30. August 1935

Namen- und Sachregister

Kursiv gesetzte Seitenzahlen beziehen sich auf das Geleitwort sowie den Anhang.

- Abt, Roman, 118, 124, 137, 143
Aktion nationaler Widerstand, 83, 184,
195, 196, 197, 198, 199, 203, 207,
208, 209, 210
Alemannischer Arbeitskreis, 53
Allgöwer, Walter, 193, 195
Ammann, Hektor, 157, 166, 168
Ammann, Walter, 84
Anpasser, 134, 169
Anpassung, 5, 7, 23, 120, 122, 125, 133
134, 138, 139, 140, 151, 159, 160,
162, 169, 177, 198, 219, 220, 229,
230, 231, 232, 233, 242, 243
Antisemitismus, 21, 48
Ashton, Georg, 174
Asylrecht, 136, 185
Aufklärungsdienst, Ziviler, 203, 204,
205, 206, 207
Ausbürgerung von Landesverrätern,
217, Anm. 74
Auslandorganisation, 21, 35

Bachmann, Hans, 49
Barbey, Bernard, 233
Barth, Karl, 182, 185, 187, 195, 203
Baumann, J. Bundesrat, 39, 56, 66, 80,
96, 104, 154,
Baumberger, Otto, 85
Béguin, P., 142
Bergier, Jean-François, 239
Bibra, Sigmund Freiherr von, 41, 42,
43, 44, 104, 152, 154, 167, 175,
176, 210, 219
Bickel, L., 142
Biedermann, Ernst, 47, 52
Bircher, Eugen, 143, 149
Bockhoff, Wilhelm, 31, 136
Böckli, Carl, Anm. 46
Bodensee-Rundschau, 148, 164, 212,
218
Bohle, Ernst Wilhelm, 21, 35, 37, 41,
140, 213, (219)
Böschenstein, Hermann, 43
Bosshardt, Hans, 84, 87, 180
Bretscher, Willy, 32, 70, 80, 153
Bringolf, Walther, 60, 94
Brunner, Emil, 185
Bucher, Kurt, 49
Büchergilde Gutenberg, 60
Büeler, Heinrich, 52, 156, 174, 175
Bund der (für) Schweizer in Gross-
deutschland, 168, 217
Bund treuer Eidgenossen (BTE), 52,
79, 157, 168
Bundesrätliche Vorlage für Kulturbe-
wahrung und Kulturwerbung, 79,
80, 82
Büro Dr. Peter, 52, 53

Büro Ha, 122, 123, 139, 140, 149, 165, 167, 184, 219
 Burri, Franz, 155, 168, 214, 217

Cabaret Cornichon, 143
 Canova, Nationalrat, 38
 Chamberlain, Nevil, 75, 110
 Churchill, Winston, 76, 110, 145
 Constam, Herbert, 172

Däniker, Gustav, 122, 125, 159, 168, 170, 171, 172, 173
 Defaitismus, 116, 127, 146, 177, 181, 182, 192, 193, 203, 215
 Demokratieschutzverordnung, 51, 79ff
 Denner, Kaufmann, 53
 Deutsche Zeitung in der Schweiz, 36, 65, 214
 Deutsches Auslandsinstitut, 21
 Deutsch-russischer Freundschaftspakt, 93, 94, 212
 Dodd, William, 41
 Dollfuss, 75
 Dübi, Hans, 61
 Dürrenmatt, Peter, 178

Eidgenössische Front, 47
 Eidgenössische Gemeinschaft, 178
 Eidgenössische Sammlung, 155, 156, 214, 215, 216
 Eidgenössische Soziale Arbeiterpartei (ESAP), 52, 79, 157, 168
 Eingabe der Zweihundert, 105, 166, 169, 170,
 Ernst, Alfred, 121, 126, 128, 178
 Erntedankfest 1942, 213

Etter, Philipp, Bundesrat, 79, 231
 Evakuierung der Zivilbevölkerung, (freiwillige), 111, 112

Fehr-Oechsli, E., 84
 Feldmann, Markus, 26, 33, 79, 102, 106, 122, 144, 145, 153, 154
 Fierz, Maria, 246
 Fischer, Theodor, 48
 Flüchtlingsproblem, 209, Anm. 71
 Foerster, Friedrich Wilhelm, 12
 Forel, O.L., 195
 Forum Helveticum, 84, 86, 181, 182, 189, 190, 197
 Frankfurter, David, 39
 Freunde der Erneuerung, 214
 Frey, Arthur, 119, 182, 183, 184, 188
 Frey, Oskar, 171, 202, 203, 210
 Frick, Hans, 156
 Frick, Heinrich, 157, 166, 168
 Frick, Robert, 195, 202, 203
 Frick, Simon, 180, 181
 Frick, Wilhelm, 47
 Friedrich, E., 166
 Frölicher, Hans, 72, 73, 122, 124, 125, 139, 144, 159, 165, 173, 213, 219
 Frontenfrühling, 46, 50

Gafner, Max, Nationalrat, 127
 Gafner, Raymond, 233
 Gauye, Oscar, 234
 Geistige Landesverteidigung, 7, 26, 59, 65, 80, 81, 83, 87, 88, 89, 98, 178, 196, 204, 217, 230, 231
 Gesellschaft für (die) Freunde einer

autoritären Demokratie, Schweizerische, 51, 214
 Gesellschaft zur Förderung kulturellen Lebens, 22
 Gesinnungsneutralität, 32, 103, 107, 142, 143, 186
 Giovanoli, Nationalrat, 168
 Glogg, Generaldirektor, der Schweizerischen Radiogenossenschaft, 87
 Goebbels, Joseph, 10, 17, 26, 212
 Göring, Hermann, Reichsmarschall, 64, 76, 140
 Gotthardbund, 177, 191, 192, 193, 194
 Grenzbote, 47, 54, 122, 152, 155
 Gressot, Nationalrat, 168
 Gretler, Heinrich, 180
 Grimm, Robert, 66
 Grob, Rudolf, 166
 Gröbl, Wilhelm, 174
 Gruppe für geistige Arbeit des ZFH, 182, 197, 206
 Guggenbühl, Adolf, 84, 85, 181
 Guggenheim, Kurt, 180
 Guisan, Henri, General, 81, 85, 86, 90, 100, 110, 128, 144, 154, 170, 199, 201, 212, 233, 234, 237, 241
 Gustloff, Wilhelm, 35, 36, 37, 38, 39, 40
 Gut, Theodor, 49, 181

 Habsburg, Otto von, 62
 Hácha, Tschechischer Staatspräsident, 76
 Hakenkreuzzug, 212
 Handelszeitung, Schweizerische, 100, 105, 106, 107
 Hasler, Eugen, 99, 100, 102
 Hausamann, Hans, 11, 15, 82, 120, 121, 126, 128, 129, 177, 195, 199, 200, 202, 203, 210
 Haushofer, Karl, 20
 Heer und Haus, 81, 171, 179, 181, 199, 200, 203, 205, 206, 210
 Henne, Rudolf, 47, 52, 156
 Hess, Rudolf, 18, 24, 35, 167
 Heterogenität der Parteien, 49
 Himmler, Heinrich, 43, 53, 140, 218
 Hindenburg, Reichspräsident, 9
 Hitler, Adolf, 9, 10, 12, 13, 18, 27, 36, 38, 40, 41, 44, 45, 48, 56, 62, 63, 64, 65, 75, 76, 93, 105, 107, 138, 143, 146, 158, 159, 167, 210, 220
 Hofmann, Ernst, 52, 156, 159, 168, 173
 Horstenau, Glaise von, 64
 Huber, Johannes, 95, 96
 Hügel, Klaus, 53, 167, 168, 169
 Hugenberg, 56

 Ilg, Konrad, 61
 Ilsemann, 152
 Information der Woche, 172, 207, 208, 210
 Integrale Neutralität, 66f

 Jacob, Berthold, 34f
 Jenny, Caspar, 157, 166, 168
 Job, Jakob, 69, 87

- Jungliberale (Bewegung), 45, 55, 83, 178
- Kampfbund Neue und Nationale Front, 46, 47,
- Kampfbund Speer, 174, 175
- Kappeler, Legationsrat, 43
- Katholische Kirche, 183, 184, 197
- Keller, Gottfried, 81
- Keller, Max Leo, 156, 159, 167, 168, 173, 174, 175, 176, 218
- Kimche, Jon, 91
- Klimburg, 218
- Köcher, Otto, 21, 152, 176, 237
- Koechlin, A., 182
- Kreuzzug gegen den Bolschewismus, 211
- Kriegsschuld (der Schweizer Presse), 34, 91, 100, 107, 151, 152, 212, 213
- Künzli, Arnold, 180
- Kulturbewahrung und Kulturwerbung, 79, 80, 82
- Lafont, Alfred, 55
- «Landammann Stauffacher», 179f
- Landesaussstellung, Schweizerische (Landi), 81, 85, 119, 204, 230, 238
- Laur, Ernst, 143
- Legge, Barnell, L., 241
- Leonhardt, Ernst, 51, 155, 157, 168, 174, 211, 214, 217
- Lindt, A.R., 127, 195, 203
- Lindtberg, Leopold, 179
- Löwengarten Luzern, 49
- Lüdi, Direktor der Schweizerischen Depeschagentur, 153
- Ludwig, Carl, 35
- Maag, Othmar, 55, 174, 175
- Masson, Roger, 100, 101
- Meierhans, Paul, 43, 73, 78
- Meyer, Alice, 230, 231
- Meyer, Karl, Professor, 11, 15, 25, 31, 68, 69, 84, 85, 108, 109, 138, 179, 180, 181, 190, 197, 201, 225f.
- Meyer, Karl, Frontist, 155
- Meyer, L.E, 124
- Michel, Walter, 164, 175
- Minger, Rudolf, Bundesrat, 15, 111, 127, 129, 134
- Moos, Herbert, Nationalrat, 102
- Motta, Giuseppe, Bundesrat, 17, 18, 26, 32, 40, 42, 43, 44, 67, 71, 72, 73, 74, 75, 85, 92, 94, 117
- Mussard, Jean, 195
- Mussolini, Benito, 19, 71, 131
- Musy, Jean-Marie, alt Bundesrat, 52, Anm. 45
- Nabholz, Hans, 190
- Nation, Die, 60
- Nationale Bewegung der Schweiz, 156, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 167, 168, 169, 170, 173, 174, 175, 198, 214f, 215, 218
- Nationale Front, 13, 46, 47, 48, 50, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 155
- Nationale Gemeinschaft, 155
- Nationale Hefte, 47, 170

Nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz, 214
 Nationalsozialistischer Schweizerbund, 217
 Nef, Hans, 179
 Neue Basler Zeitung, 157
 Neue Front, 45, 46
 Neue Helvetische Gesellschaft, 11, 61, 68, 76, 83, 84, 109, 135, 190, 191, 217, Anm. 63
 Neutralität und Presse, 30
 Nicole, Léon, 94
 Nobs, Ernst, 26
 Nürnberger Gesetze, 12

 Obrecht, Hermann, Bundesrat, 76, 77, 191
 Ochsen, Saalschlacht im, 53
 Oehler, Hans, 47, 156, 170
 Oeri, Albert, 75, 103, 105, 118, 119, 144, 148, 153, 212
 Offiziersbewegung, 127, 128, 129, 130, 195
 Oltramare, Georges, 46, 47
 Oprecht, Hans, 14, 15, 55, 60, 61, 77, 104, 127, 195
 Ortswehren, 78, 110
 Österreichs «Anschluss», 54, 65, 75, 174

 Papen, 63
 Pétain, 156
 Peter (Büro Dr. Peter), 52, 53
 Petitpierre, Max, Bundesrat, 168
 Pilet-Golaz, Marcel, Bundesrat, 87, 117, 120, 122, 125, 128, 149, 153, 159, 160, 161, 164, 198, 201, 203, 213
 Pius XII., Papst, 184
 Plancherel, Marcel, 187
 Praesens-Filmgesellschaft, 179
 Presse und Funkspruch, Abteilung für, 99, 102, 111, 116, 119, 141, 142, 143, 182, 183, 187, 188, 199, 207
 Presseabkommen, 33, 34, 59, 63, 64, 99
 Pressekontrolle, (Neuordnung der), 98, 99, 100, 102, 103, 105, 107, 142, 144, 146, 166, 188, 189, 212
 Pro Helvetia, 80, 81, 84, 199

 Radio und «geistige Landesverteidigung», 86ff
 Ras, Max, 207
 Rauschnig, Hermann, 10, 13, 18, 36, 63, 103, 104, 105
 Reduit, 101, 131, 195, 210, 233
 Reichsdeutsche, Der, 36, 38
 Reichstagsbrand, 12, 27
 Reinhardt, 60
 Res Publica, 84, 85, 87, 89, 90, 179, 180, 181, 190, 197, 201
 Reutlinger, Heinrich, 53
 Reynold, Gonzague de, 14, 55, 194
 Reziprozität (auf dem Gebiet der Presse), 28, 30, 153
 Rheinlande, Remilitarisierung der, 13
 Ribbentrop, 124, 153
 Riedweg, Franz, 140, 173, 174, 218
 Rietet, E, 166
 Röhms, Ernst, 12
 Röhmputsch, 12, 29, 52

Rothmund, Chef der Eidgenössischen
 Polizeibehörde, 42, 209
 Rougemont, Denis de, 191
 Rubattel, J., 142
 Rüeegg, Eduard, 47
 Rüttli(rapport), 86, 130, 131, 170, 177,
 229, 231, 234, 241

 Saarabstimmung, 13
 Salis, J.R. von, 89
 Säntis, Terrorgruppe, 53
 Sartorius, 153
 Schaffner, Jakob, 158, 159
 Schenck, Ernst von, 195, 207, 208, 209
 Schindler, Dietrich, 26, 31, 90
 Schlatter, 175
 Schmid, Arthur, Nationalrat, 102
 Schmid, Karl G., 81
 Schmidt, Sprecher des Auswärtigen
 Amtes, 213
 Schulthess, Edmund, alt Bundesrat, 18,
 41
 Schürch, Ernst, 17, 44, 78, 99, 152,
 153, 166
 Schürch, Gerhart, 178
 Schuschnigg, Kurt von, 33, 62, 63, 64,
 65, 76
 Schweizer, Richard, 180
 Schweizerischer Beobachter, 207
 Schweizerischer Evangelischer
 Kirchenbund, 182
 Seyss-Inquart, Arthur, 64
 Somazzi, Ida, 246
 Sonderegger, 47, 49
 Speiser, Ernst, 24

 Spitteier, Carl, 111, 190
 Sportschule Maag, 174, 175
 Sprecher, Andreas von, 157, 166, 168
 Spühler, E., 193, 195
 Staiger, 174
 Steiger, Eduard von, Bundesrat, 154,
 166, 189, 198, 235f.
 Stieger, Anton, 83
 Strahm, Hans, 77, 78
 Strategie, erweiterte, 7, 9, 10, 17, 19,
 25, 27, 30, 59, 65, 86, 91f, 101, 115,
 147, 150, 151, 176, 177, 210, 219,
 225f.
 Swiss-American Society for Cultural
 Relations, 90

 Tamaro, Minister, 231
 Thalmann, Ernst, Ständerat, 36, 38
 Thürer, Georg, 84, 85, 86, 87, 178, 179,
 181, 185
 Tobler, Robert, 14, 45, 47, 49, 52, 53,
 55, 56, 155, 156, 216
 Tocqueville, Alexis de, 194
 Todesurteile, 217, Anm. 73
 Trump, Georg, 152, 153, 154, 158
 Tschechenkrise, 68ff

 Völkerbund, 10, 13, 17, 67, 69, 136,
 145, 156, 157
 Völkischer Beobachter, 56, 122, 153
 Volksbund, 20, 51, 79, 158, 159, 165,
 166, 168, 169, 173, 174, 195, 214
 Volksbund für die Unabhängigkeit der
 Schweiz, 47, 157, 170
 Vollmachtenkommission, 79, 95, 96,
 118, 124, 161

Von Neurath, 26
 Vonwyl, Hans, 46
 Vorzensur, 98, 99, 122, 143, 144

 Wagner, badischer Reichsstatthalter, 40
 Waibel, Max, 121, 126, 128 (202)
 Walter, Emil J., 60, 84, 90
 Walther, Heinrich, Nationalrat, 162
 Weber Karl, 135, 146, 148, 191
 Wechlin, Heinrich, 52, 156, 175
 Wechlser, Lazarus, 179
 Wegelin, Peter, 83, Anm. 30, Anm. 63
 Weilenmann, Hermann, 84, 85, 90, 178
 Weltwoche, 102, 103, 158
 Wenk, Gustav, Ständerat, 94
 Werdt, Militärattache, 124
 Wesemann, Hans, 34
 Wetter, Ernst, Bundesrat, 159
 Wick, Redaktor, 105
 Widerstand, 5, 7, 11, 15, 55, 59, 60, 62,
 64, 76, 81, 83, 84, 86, 91, 115, 116,
 121, 123, 124, 125, 126, 127, 129,
 130, 133, 134, 136, 137, 138, 139,
 140, 141, 147, 151, 171, 177, 178,
 184, 187, 190, 191, 192, 193, 194,
 195, 196, 197, 198, 199, 203, 206,
 207, 208, 209, 210, 215, 219, 220,
 229, 230, 231, 232, 236, 241, 242,
 243
 Widerstandsgeist, 92, 172, 182, 207,
 229, 233
 Widerstandswille, 15, 83, 108, 119,
 128, 130, 131, 137, 139, 151, 154,
 162, 165, 178, 179, 180, 182, 187,
 189, 190, 193, 201, 225, 232, 237
 Wiedmer, Hans, 77
 Wilhelm II., 97
 Wille, General, 170
 Wille, Ulrich, 78, 122, 125, 159, 170
 Wirz, Hans Georg, 78
 Wirz, Wolfgang, 48, 157

 Zander, Alfred, 47, 52, 168, 217
 Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, 60
 Zeugin, Gottfried, 157
 Ziegler, Major, 200
 Zimmermann, Karl, 69, 88
 Zschokke, Peter, 190
 Zürcher Hochschulgruppe für freiheit-
 lich-demokratische Politik, 181, 197
 Zürcher Student, 180
 Zürcher, Landesverräter, 216
 Zust, Karl Friedrich, Ständerat, 66

Inhalt

Geleitwort Marthe Gosteli	5
Vorwort	7
I. Militärische Bedrohung	9
II. Erweiterte Strategie	17
III. Geistige Landesverteidigung	59
IV. Grenzbesetzung	93
V. Der Zusammenbruch Frankreichs	115
VI. AnpassungoderWiderstand	133
VII. Anpassung?	151
VIII. Widerstand	177
Anmerkungen	221
Benutzte Quellen	225
Anhang	
Christa Altorfer: Geschichte und ihre Deutung	228
Gosteli-Stiftung – Das Archiv zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung	244
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie	246
Namen- und Sachregister	248